

Verband Niedersächsischer Archivarinnen und Archivare e.V.
Niedersächsisches Landesarchiv

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

23/2019

4. Niedersächsischer Archivtag





Behalten Sie ruhig Ihre Daten sind sicher!

Sprechen Sie uns an!

Digitale Langzeitarchivierung von startext Handhabbare Lösungen für die Praxis

- ✓ OAIS-konform
 - ✓ Kostengünstig
 - ✓ Benutzerfreundlich
 - ✓ Sofort einsetzbar
 - ✓ Konfigurierbarer Ingest-Workflow
 - ✓ Intelligenter DIP-Creator
 - ✓ Herstellerunabhängig
 - ✓ Einfach
 - ✓ Sicher
- ✓ Begleitende Beratung und Schulung inklusive

Tel: +49(0)2 28-9 59 96-0

Fax: +49(0)2 28-9 59 96-66

info@startext.de

www.startext.de

startext
innovation in software

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

23/2019

4. Niedersächsischer Archivtag

Herausgeber:

Verband Niedersächsischer Archivarinnen und Archivare e.V.
Niedersächsisches Landesarchiv

Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven
ISSN 1617-6820

Herausgeber:

Verband Niedersächsischer
Archivarinnen und Archivare e.V.



www.vna-online.de

Niedersächsisches Landesarchiv



**Niedersächsisches
Landesarchiv**

www.nla.niedersachsen.de

Hervorgegangen aus:

ANKA-Nachrichten
(hg. von der ANKA e.V.)

Archive in Niedersachsen
(hg. von der Niedersächsischen
Archivverwaltung)

Schriftleitung:

Heiner Schüpp | Kreisarchiv Emsland

Herzog-Arenberg-Straße 9, 49716 Meppen, Tel. 05931 598-345, Fax -347, heiner.schuepp@emsland.de

Dr. Birgit Kehne | NLA – Abteilung Osnabrück

Schloßstraße 29, 49074 Osnabrück, Tel. 0541 33162-11, Fax -62, birgit.kehne@nla.niedersachsen.de

Lars Nebelung | Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover

Welfengarten 1 B, 30167 Hannover, Tel. 0511 762-9389, lars.nebelung@tib.eu

Erscheinungsweise:

Die Archiv-Nachrichten Niedersachsen erscheinen jährlich.
Redaktionsschluss ist der 30. November.

Bezug, Aboverwaltung,
Anzeigen:

Die Mitglieder des VNA erhalten die Zeitschrift kostenlos im
Rahmen ihrer Mitgliedschaft. Alle übrigen Interessenten können
die Archiv-Nachrichten Niedersachsen beziehen über:

Danny Kolbe
Stadtarchiv Lüneburg
Wallstraße 4, 21335 Lüneburg
Tel. 04131 309-3224
danny.kolbe@stadt-lueneburg.de

Gesamtherstellung:

müllerdruck e.K., Meppen
www.muellerdruck-meppen.de

© 2020 VNA e.V. Alle Rechte vorbehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

wieder liegt eine neue Ausgabe der Archiv-Nachrichten Niedersachsen vor ihnen.

Die Dokumentation des 4. Niedersächsischen Archivtages in Göttingen nimmt in diesem Jahr einen besonders großen Teil des Heftes ein. Dabei sticht ein Thema heraus, das in Göttingen intensiv beraten wurde und zunehmend an Bedeutung gewinnt: Provenienzforschung. Sie rückt mehr und mehr auch in den Fokus der öffentlichen Debatte. Es geht sogar so weit, dass aktuell an der Leuphana Universität Lüneburg eine Professur für Provenienzstudien eingerichtet und besetzt wurde. Welche Rolle die Archive auf diesem Forschungsfeld spielen können, haben die Beiträge der entsprechenden Sektion in Göttingen eindrucksvoll gezeigt. Welche Rolle einzelne Archivare dabei in der jüngeren Vergangenheit gespielt haben, war im Vortrag über Georg Schnath zu hören. Leider müssen wir auf den Abdruck des Textes von Thomas Vogtherr verzichten, aber wie er ja in Göttingen gesagt hat, bereitet er die Veröffentlichung einer umfangreicheren Studie dazu vor. Auf diese Publikation dürfen wir also gespannt sein.

So tun sich immer wieder neue Themenfelder auf, die ohne das Zutun der Archive nicht zu bearbeiten wären. Daraus schöpfen diese nicht zuletzt ihre gesellschaftliche Relevanz. Gleichzeitig weist dies auf einen, wenn nicht den Kernauftrag der Archive zurück: Bewertung und Übernahme von Schriftgut. So simpel es klingt, aber die entsprechenden Quellen müssen erst einmal in das Archiv gelangen. Dazu braucht es Archivpersonal, und dies zu gewinnen, wird immer schwieriger, wie in der Eingangssektion des Archivtags in Göttingen zu hören war. Der eine oder andere wird es schon selbst erlebt haben, wie langwierig und kompliziert Stellenbesetzungen sein können. Die Nachwuchsgewinnung wird in Zeiten des Wettbewerbs um die besten Köpfe für die öffentliche Verwaltung und speziell für die Archive nicht leichter. Den im Beruf stehenden Archivarinnen und Archivaren kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu, nämlich für ihren attraktiven Beruf zu werben. Immer noch sitzt das Klischee des einsamen, in seinen Keller abgeschobenen Archivars zu tief in den Köpfen unserer Mitmenschen und wird leider immer wieder auch bedient, etwa in Fernsehfilmen. Es liegt an uns, diese schon lange überständigen falschen Vorstellungen aktiv zu bekämpfen. Reden wir also über die spannende Arbeit im Archiv!

Wir legen dieses neue Heft der Archiv-Nachrichten Niedersachsen den Leserinnen und Lesern vor, verbunden mit einem aufrichtigen Dank an alle, die zum pünktlichen Erscheinen beigetragen haben, vor allem den Autorinnen und Autoren.

Im Februar 2020

Birgit Kehne
Osnabrück

Heiner Schüpp
Meppen

Lars Nebelung
Hannover

INHALT

4. Niedersächsischer Archivtag

Marcus Stumpf

Archivar*in steckbrieflich gesucht?	9
Herausforderungen der Nachwuchsgewinnung heute und morgen	

Karsten Uhde

Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Archivschule Marburg	18
in Zeiten des Qualifikationsnotstands	

Susanne Freund

Fachkräfte gesucht – Strategien und Zukunftsvisionen des Potsdamer Modells	26
Studienangebote des Fachbereichs Informationswissenschaften	

Birgit Hoffmann

Sachthematischer Archivführer für die Region Braunschweig	36
– ein Werkstattbericht	

Susanne Altenburger

Vom Keller ins Kino – mit Amateurfilmen in die Öffentlichkeit	43
---	----

Oliver Brennecke

YouTube für Archivbenutzer	52
----------------------------------	----

Björn Berghausen

Die Crowd im Archiv. Ehrenamtliche Mitarbeit integrieren	56
--	----

Arnd Reitemeier

Gestank und Mangel versus Überfluss und Verschwendung:	65
Ressourcen und Ressourcenmanagement in der Stadt des 15./16. Jahrhunderts	

Claudia Andratschke

Vernetzte Provenienzforschung in Niedersachsen	74
--	----

Archive und Provenienzforschung: Berichte aus der Praxis

• *Saskia Johann*

Provenienzforschung im Städtischen Museum Göttingen.....	84
--	----

• *Johannes Schwartz*

Die Bestände im Stadtarchiv Hannover als Gegenstand und	87
Materialgrundlage der NS-Provenienzforschung am Fallbeispiel Emil Meyer, Fritz Schaper und Klara Berliner	

INHALT

- *Hansjörg Pötzsch*
Provenienzforschung für die Museen in Braunschweig: 93
Zur Aktenlage in Braunschweig und der Region
- *Rolf Uphoff*
Archivische Überlieferung und Provenienzforschung dargestellt 99
am Beispiel des Stadtarchivs Emden
- *Christian Riemenschneider*
Archivgut als Quelle der Provenienzforschung in Südniedersachsen 103
– ein Praxisbericht
- *Christopher Manuel Galler*
Buchvorstellung: Sophia Barth, Kulturgutschutz in Schloss Celle 106

Aus der Arbeit der Archive

- Christian Schlöder und Ebbo Schröder*
Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Landesarchiv und 113
der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover
- Martin Schürer*
Bergungsversuche des Panzerkreuzers SMS Yorck in der Jade.
Bewegende Briefe zwischen öffentlichen Ausschreibungsdokumenten 125
- Nicolas Rügge*
„Wolfenbütteler Abgaben betr. hannoversche Territorien“ 131
Ein „neuer Altbestand“ in der Abteilung Hannover des Niedersächsischen
Landesarchivs
- Lennart Gütschow*
Internet-Findbuch zur niedersächsischen Unternehmensgeschichte soll 134
weiter ausgebaut werden
- Thorsten Unger*
Betreuung von Studierenden des Studiengangs Öffentlichen Verwaltung (B.A.) ... 137
als Praktikanten im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Osnabrück.
Ein Praxisbericht
- Holger Berwinkel*
Das Universitätsarchiv Göttingen: Neubeginn im Traditionshaus 140

INHALT

VNA-Angelegenheiten

Heiner Schüpp

Aus der Mitgliederversammlung des VNA e. V. 149

Berichte aus den Regionalgruppen

Silke Schulte

Regionalgruppe Südniedersachsen 155

Anna Philine Schöpfer

Regionalgruppe Bentheim-Emsland-Osnabrück 156

5. Niedersächsischer Archivtag in Stade 157



4. Niedersächsischer Archivtag 2019

Göttingen

Archivar*in steckbrieflich gesucht?

Herausforderungen der Nachwuchsgewinnung heute und morgen

von Marcus Stumpf

Nachwuchsgewinnung und die adäquate Besetzung von Stellen im Archivwesen sind ein Dauerthema, das regelmäßig zu Standortbestimmungen einlädt.¹ Kaum jemand wird bezweifeln, dass sich die Lage am archivischen Arbeitsmarkt zurzeit besonders zuspitzt. Die folgenden Ausführungen verstehen sich daher als eine solche Standortbestimmung. Da deren Anlass der Niedersächsische Archivtag ist, soll neben den überregionalen Aspekten die nordwestdeutsche Situation mit im Fokus stehen; nordwestdeutsch und nicht nur niedersächsisch deshalb, weil das Thema in der Beratung kommunaler Archivträger in Westfalen-Lippe unvermindert einen großen Raum einnimmt und die folgenden Betrachtungen in erheblichem Maße auf den dortigen Erfahrungen beruhen.

Die derzeitige Situation, die man ohne Übertreibung auch als Misere bezeichnen kann, ist keineswegs neu, denn Engpässe bei der Personalgewinnung im Archivwesen hat es immer wieder gegeben. Auch in den 1970er-Jahren und Anfang der 1990er-Jahre, also nach der Wende, bestand ein großes Delta zwischen Nachfrage und Angebot auf dem archivarischen Arbeitsmarkt.² Die Lage ist nun aber besonders kritisch geworden, weil die aktuellen fachlichen Herausforderungen Archivarinnen und Archivaren ein immer höheres Maß an Fachlichkeit und Professionalität abverlangen. Genannt sei-

en nur die Stichworte: e-Government, elektronische Archivierung, Digitalisierung und archivspezifische Rechtsfragen.

Mich selbst beschäftigt die angespannte Personalsituation im kommunalen Archivwesen auch in meiner Rolle als Vorsitzender der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) und als Leiter des BKK-Unterausschusses Aus- und Fortbildung. Die Diskrepanz zwischen offenen Stellen auf der einen Seite und der Zahl der Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungseinrichtungen auf der anderen macht sich inzwischen in ganz Deutschland und wohl in allen Sparten immer mehr bemerkbar.

Ein Mitglied der BKK, Vertreter eines süddeutschen Bundeslandes und Leiter eines kleineren Stadtarchivs, begründete seine Absage der Teilnahme an der Frühjahrssitzung der BKK in diesem Jahr nachvollziehbar damit, dass in seinem Hause „durch Vakanzen und Elternzeit ... die personelle Decke zur Zeit bedauerlich dünn“ sei, zugleich bat er indessen um Folgendes: „Was sich in einer Reihe von Kommunalarchiven jetzt wirklich sehr zuspitzt, ist die personelle Situation im gehobenen Dienst; die Lage tendiert wirklich dahin, dass attraktive und für die Häuser sehr wesentliche Stellen schlicht nicht mehr besetzt werden können ... Ich bitte Sie, das ... als wirklich akutes Problem noch einmal verstärkt zur Sprache zu bringen, da wir uns als Berufsstand sonst langfristig gleichsam abschaffen...“

Und tatsächlich: An der Entwicklung der Stellenangebote auf der Homepage der Archivschule Marburg, dem ‚Hauptumschlagplatz‘ für Stellen im deutschen Archivwesen, kann man die Entwicklung gut ablesen. Aktuell sind zwölf Stellen des höheren Dienstes vakant, 15 des gehobenen Dienstes. Daneben werden neun FaMIs gesucht, was erst einmal wenig erscheinen mag. Indessen werden Stellen des mittleren Archivdienstes oft nur lokal oder regional ausgeschrieben. Im Jahr 2018 summierten sich die Stellenausschreibungen auf insgesamt 586 (2017: 537 / 2016: 412 / 2015: 346). Die Anzahl der offenen Stellen stieg also zwischen 2015 und 2016 um 16 %, zwischen 2016 und 2017 um 23 % und zwischen 2017 und 2018 noch einmal um 8 %. Im Jahr 2019 sind es jetzt bereits rd. 550 Anzeigen.³ Mit den geburtenstarken Jahrgängen wird dieser Trend zweifellos anhalten. Im vergangenen Jahr entfielen dabei 214 Stellen auf den gehobenen und 70 Stellen auf den höheren Dienst, vakante FaMI-Stellen gab es 109.

Bezeichnend ist auch, dass die Stellenausschreibungen nicht selten mit dem Hinweis „Bewerbungsfrist verlängert bis ...“ versehen sind. Ein weiteres Indiz ist ferner, dass das LWL-Archivamt in den letzten Jahren immer häufiger Anfragen von Archivträgern (und nicht nur westfälischen) erhält, ob ihre Stellenausschreibungen auch auf der Homepage des Archivamtes und in unserem archivamtblog veröffentlicht werden könnten. Es hat sich also herumgesprochen, dass man für Stellenausschreibungen eine größtmögliche Streuung braucht, und Archivträger hoffen überdies, auf diese Weise Bewerberinnen und Bewerber anzulocken, die sich der Region verbunden fühlen.

Fakt ist jedenfalls, dass sich das Blatt grundlegend zugunsten potentieller Bewer-

berinnen und Bewerber gewendet hat und sich das Blatt auch mittelfristig nicht in die andere Richtung wenden wird: Aus einem Stellenmarkt, auf dem lange die Archivträger das Sagen hatten, ist ein Stellenmarkt geworden, auf dem die Bewerberinnen und Bewerber die für sie besten Stellenangebote auswählen können. Vor ziemlich genau 20 Jahren hat Norbert Reimann in der Festschrift für Botho Brachmann die Situation der archivarischen Aus- und Fortbildung aus Sicht der kommunalen Archivpflege analysiert.⁴ Damals war – nach Jahren des Fachkräftemangels – die Lage für die Archivträger eine Zeitlang günstig. Dank der Studiengänge an der Fachhochschule in Potsdam und auch dank mancher Doppelkurse an der Archivschule Marburg, die in den 1990er-Jahren durchgeführt wurden, war für Berufsanfängerinnen und -anfänger die Stellensuche schwierig und oftmals die erste Stelle dann eine befristete Projektstelle oder eine Elternzeitvertretung. Ich selbst musste mir als Referendar in der Ausbildung ermutigende Hinweise anhören wie: „Sie müssen sich erst einmal ganz hintenanstellen“ oder: „Sie werden so schnell nichts kriegen!“ War man damals froh, überhaupt eine Stelle zu ergattern, so haben Bewerberinnen und Bewerber heute gute Karten und finden mit etwas Glück genau in der Region eine Stelle, in die sie gerne wollen.

Jedenfalls kommt es inzwischen deswegen zu Dominoeffekten. Um ein Beispiel zu geben: Eine Kollegin in einem sauerländischen Kommunalarchiv wechselt aus persönlichen Gründen ins südliche Niedersachsen; auf deren Stelle im Sauerland rückt eine Kollegin aus einem Ruhrgebietsarchiv nach, weil sie dort verwurzelt ist. Natürlich gibt es daneben auch noch Stellenwechsel

aus Unzufriedenheit mit der bisherigen Stelle oder aus finanziellen Gründen, aber der regionale oder lokale Bezug ist erkennbar besonders wichtig.

Ich will im Folgenden anhand einiger Fallbeispiele die Situation noch einmal genauer illustrieren und mich bewusst auf jene Lösungsansätze beschränken, die sich den Archivträgern stellen. Ferner werde ich den Stellenmangel im höheren Archivdienst, der sich auch schon deutlich abzeichnet, nicht systematisch behandeln, sondern nur punktuell streifen. Der einfache Grund hierfür ist, dass Stellen im höheren Dienst in der kommunalen Archivlandschaft vergleichsweise selten sind. Sie finden sich weitgehend nur in Großstadtarchiven und Archiven von Mittelstädten mit besonders reicher Tradition und entsprechenden Altbeständen. Für die kommunalarchivische Landschaft insgesamt ist das Thema ‚höherer Dienst‘ dennoch nicht unwichtig, weil sich formal für Stellen des höheren Dienstes qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, z. B. solche mit Masterabschluss in Geschichte, vielfach auch auf Stellen des gehobenen Archivdienstes bewerben.

Ausbildung von FaMIs

In Niedersachsen bilden die Städte Braunschweig, Celle, Goslar, Hannover, Hildesheim, Neustadt am Rübenberge (Regionsarchiv Hannover), Oldenburg, Salzgitter und das Niedersächsisches Landesarchiv FaMIs mit der Fachrichtung Archiv aus.⁵ Dass das vorhandene Ausbildungsangebot für die niedersächsische Archivlandschaft auskömmlich ist, darf bezweifelt werden. Generell gilt heute schon, dass Archive schon deshalb deutlich über Bedarf hinaus ausbilden müssen, allein schon um

den *eigenen* Bedarf decken zu können. Denn erfahrungsgemäß ist bei ausgebildeten FaMIs die Quote derer ziemlich hoch, die sich nach der Ausbildung umorientieren oder weiterqualifizieren.⁶ Nach den im LWL-Archivamt gemachten Erfahrungen in der FaMI-Ausbildung steigt die Wahrscheinlichkeit der Umorientierung oder Weiterqualifizierung mit der Einstiegsqualifikation: Im Archivamt, das unmittelbar nach Zulassung des neuen Ausbildungsberufs zum 1. August 1998 in die Ausbildung einstieg,⁷ beginnen immer noch zweijährlich zwei FaMIs ihre Ausbildung. Es gelingt aber immer seltener, die Stellen mit Absolventinnen und Absolventen mit Mittlerer oder Fachoberschulreife zu besetzen. Es bewerben sich inzwischen weit mehr Abiturienten und inzwischen auch schon Studienabbrecher, obwohl sie ja formal die Voraussetzung für die Anwärterausbildung hätten. Ein weiteres Indiz: Der LWL bietet seinen Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss eine befristete Anschlussbeschäftigung. Schon seit einigen Jahren hatten wir keine FaMIs mehr, die dieses Angebot in Anspruch genommen hätten, entweder weil sie sofort eine feste Stelle gefunden oder aber weil sie sich neuorientiert oder entschlossen haben, direkt die Ausbildung für den gehobenen Archivdienst anzustreben.

Meines Erachtens müssen also die Archive ihre Ausbildungsaktivitäten weiter verstärken. Wir brauchen mehr Ausbildungsstellen! Diese Stellen dann adäquat zu besetzen, wird aufgrund des demografischen Wandels sicher nicht ganz einfach sein, denn der Ausbildungsberuf FaMI muss sich gegen andere attraktive Ausbildungsberufe behaupten. Hier sind berufsständische Werbeanstrengungen nötig, um den Beruf bekannter zu machen.

Zunächst muss der FaMI aber auch in unserer eigenen Zunft die verdiente Anerkennung finden, denn gar nicht so selten

begegnet man noch immer der Auffassung, FaMIs seien keine Archivarinnen und Archivare! Allen Ernstes – das weiß ich aus erster Hand aus den Modulveranstaltungen in der Fernweiterbildung Archiv an der Fachhochschule Potsdam,⁸ wird FaMIs die Zugehörigkeit zu unserem Berufsstand bestritten. Aus der Praxis in den Archiven, zumal den klein(er)en, lassen sich jedoch keine Ab- und Ausgrenzung von FaMIs und erst recht kein Standesdünkel begründen.

Weiterbildung von FaMIs

Mindestens so wichtig wie die Ausbildung und die berufsständische Anerkennung der Fachangestellten wird es sein, deren Entwicklungsmöglichkeiten deutlich zu verbessern. Dabei kann die Höhergruppierung *ein Weg* sein, doch ist dieser oftmals steinig. Denn zum einen errichten kommunale Verwaltungen dem demografischen Wandel und dem damit verbundenen Erfordernis als Arbeitgeber attraktiv zu sein zum Trotz, hohe Hürden. Zum anderen sind höheren Eingruppierungen dadurch Grenzen gesetzt, dass jede Eingruppierung in das Gehaltsgefüge des Archivs und vor allem der Kommunalverwaltung (die sogenannte Vergleichsgruppe) passen muss. Und dieses Gefüge ist in kleineren Kommunen eben ein anderes als in Großstädten, was die Handlungsspielräume einengt. Dies führt dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kommunalen Archiven nicht selten weder in Übereinstimmung mit den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltordnung eingruppiert sind, noch nach dem verdienstvollen, vom VdA-Unterarbeitskreis „Archivarische Fachaufgaben“ erarbeiteten „Beispielkatalog für Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in

Kommunen“ und erst recht nicht entsprechend ihrer persönlichen Vorbildung.

Umso wichtiger ist es daher, in der Archivarbeit bewährten und am Weiterkommen interessierten Fachangestellten die Möglichkeit der beruflichen Weiterbildung zu ermöglichen und sie gezielt weiterzuqualifizieren. Die noch viel zu wenig etablierte Fachfortbildung⁹ und die eben schon erwähnte berufsbegleitende Fernweiterbildung Archiv in Potsdam, die rund vier Jahre dauert und mit dem Bachelor abgeschlossen werden kann, eröffnen gute Möglichkeiten. Das Stadtarchiv Nürnberg hat in den letzten Jahren FaMIs die Teilnahme an der Potsdamer Fernweiterbildung ermöglicht und ihnen nach erfolgreichem Bachelor-Abschluss Stellen des gehobenen Dienstes übertragen. Nun werden manche sagen, so etwas sei nur in einem großen Kommunalarchiv möglich, aber in der Tat gibt es in Westfalen schon ein Beispiel, wo eine FaMI, die derzeit die Potsdamer Weiterbildung absolviert, die Leitungsstelle eines Archivverbunds zweier kleinerer Kommunen übernehmen wird.

Die Beispiele belegen, dass dieser Weg gangbar und sinnvoll ist, um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig zu binden. Und es erhöht fraglos die Attraktivität des Ausbildungsberufs, wenn sich realistische Aufstiegschancen bieten.

Die Situation im gehobenen Archivdienst

Im gehobenen Dienst ist der Mangel an Fachkräften derzeit am größten. Da der gehobene Archivdienst das Rückgrat in den größeren und in der Regel die Leitungsebene in den

kleineren Kommunalarchiven darstellt, klappt hier die empfindlichste Lücke.¹⁰

Gegenüber der Situation in der alten Bundesrepublik, als im Wesentlichen die Archivschulen in Marburg und München für die Belieferung des Fachkräftemarktes zuständig waren, hat die Gründung der Fachhochschule Potsdam mit ihren Studiengängen ohne Zweifel eine Verbesserung der Lage am archivistischen Arbeitsmarkt mit sich gebracht. Es tut dem Archivwesen in jeder Hinsicht gut, dass es in Form der Potsdamer Studiengänge Alternativen zur verwaltungsinternen Ausbildung gibt. Jährlich verlassen rund 20–25 Studierende die FH mit dem B.A. Archiv. Diese Absolventinnen und Absolventen des grundständigen Bachelorstudiengangs erfüllen nicht nur weitgehend den beträchtlichen Arbeitskräftebedarf der Stasiunterlagenbehörde und insgesamt der reichen Berlin-Brandenburgischen Archivlandschaft, sondern sie sind inzwischen bundesweit tätig.

Indessen wurde diese positive Entwicklung ein Stück weit dadurch kompensiert, dass die verwaltungsinterne Ausbildung bei einer ganzen Reihe von Landesarchiven in den letzten beiden Jahrzehnten eher zurückgefahren wurde, und das, obwohl die Ausbildungsaktivitäten speziell für den gehobenen Archivdienst nie wirklich auskömmlich waren. Ich will das hier nicht erneut aufrollen,¹¹ sondern nur darauf hinweisen, dass an der Archivschule Marburg in den letzten rund sechzig Jahren beinahe genauso viele Referendarinnen und Referendare wie Anwärtinnen und Anwärter ausgebildet wurden.¹²

Immerhin: In Bezug auf die Ausbildung des gehobenen Archivdienstes in Marburg könnte es zu einer deutlichen Verbesserung der Ausbildungszahlen kommen, wenn die derzeit in der Umsetzung befindliche

Reform der Finanzierung der Archivschule Marburg gelingt.¹³ Kommunale Arbeitgeber hätten nach entsprechender Öffnung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen in den Ländern die Möglichkeit, selbst Archivarinnen und Anwärter einzustellen und zur theoretischen Ausbildung nach Marburg zu entsenden.¹⁴ Als Träger der Ausbildung müssten sie zwar die Gehälter schon während des Vorbereitungsdienstes tragen, aber die bisher pro Anwärter/in anfallenden Teilnahmegebühren für die Archivschule würden entfallen.

Das Beispiel NRW zeigt, dass dies keine rein theoretische Option ist, sondern eine realistische Chance: In Anbetracht des demografischen Wandels und der heranrollenden Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge arbeiten ohnehin viele kommunale Verwaltungen mit Hochdruck an Personalgewinnungskonzepten. Hier ist die Bereitschaft vorhanden, ein offenes Ohr zu haben, nicht nur für den allgemeinen Verwaltungsdienst auszubilden, sondern auch einmal bedarfsweise für den Archivdienst. Mit der problematischen Nachwuchssituation im Archivwesen lässt sich sehr gut argumentieren. Die Archivämter in NRW haben jedenfalls auf diesem Wege im Jahr 2016 Anwärterstellen schaffen können, und die ersten vier kommunalen Anwärterinnen und Anwärter haben bereits Ende August 2019 ihre Ausbildung beendet. Besonders bemerkenswert dabei: Sowohl eine westfälische als auch eine rheinische Kommune (Gelsenkirchen und Solingen) waren schon in der ersten Runde dabei und haben jeweils eine Anwärterin bzw. einen Anwärter ausgebildet. In der zweiten Einstellungsrunde (Einstellungen zum September 2018) bilden in Westfalen der Kreis Steinfurt einen Anwärter, das Archivamt zwei, im Rheinland die Stadt

Duisburg einen und die Stadt Köln sogar drei Anwärter aus. Dieser Trend setzt sich fort: In Westfalen haben sich der Hochsauerlandkreis und die Stadt Bocholt entschlossen, jeweils eine/n Anwärter/in auszubilden. Diese beiden werden gemeinsam mit den Anwärtern des LWL-Archivamtes im September 2020 ihren Vorbereitungsdienst beginnen.

Dieses Modell in anderen Bundesländern zu adaptieren, ist sicherlich in Bezug auf den Arbeitsmarkt sehr empfehlenswert, doch müssen dafür zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden.

In NRW wurde auf gemeinsames Betreiben des Landesarchivs NRW und der Archivämter die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst geändert und das zuvor bestehende Ausbildungsmonopol des Landes in ein Ausbildungsoligopol verwandelt. Neben dem Landesarchiv sind nun auch die beiden Archivämter Träger der Ausbildung. Die Anwärterinnen und Anwärter der Kommunen befinden sich in Auftragsausbildung der Landschaftsverbände, sind in ihrer Praxisphase aber auch schon im künftigen ‚Heimatarchiv‘ eingesetzt. Die Ausbildung aller Anwärterinnen und Anwärter in NRW wird in enger Kooperation der Archivämter mit dem Landesarchiv durchgeführt. Der Unterricht aller nordrhein-westfälischen Anwärterinnen und Anwärter ist weitgehend in Duisburg zentralisiert, auf einigen Feldern sind aber auch Unterrichtseinheiten bei den Archivämtern angesiedelt.

Sollte Niedersachsen diesem Beispiel folgen wollen, müssten auf die niedersächsische Situation passende rechtliche Weichenstellungen und organisatorische Absprachen zwischen kommunalen Archiven und dem Landesarchiv erfolgen. Ich glaube, man täte in Niedersachsen gut daran, mit

konzeptionellen Überlegungen zu einem staatlich-kommunalen ‚Ausbildungspakt‘ zu beginnen. Denn die lt. § 3 Abs. 6 NArchG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 grundsätzlich mögliche Deponierung für kommunales Archivgut beim Landesarchiv kann in Anbetracht der gewachsenen Herausforderungen im Archivwesen (Stichworte: e-Government, Digitalisierung, elektronische Archivierung und Rechtsfragen in der täglichen Archivarbeit) kaum mehr als realistische und praktikable Handlungsoption gelten.

Weiterentwicklungsmöglichkeiten im gehobenen Archivdienst

Ein schwerwiegendes Problem besteht im gehobenen Archivdienst bezüglich der Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Auch hier ist allenfalls in großen Kommunalarchiven ein Aufrücken auf höherwertige Stellen möglich, während eine Höhergruppierung auf der ausgeübten Stelle selten ist: Das enge Korsett des Stellenplans und leider auch oft die mangelnde Bereitschaft der eigenen Verwaltung lassen hier wenig Spielraum. Was bleibt, ist natürlich die Bewerbung auf höherwertige Stellen in anderen Archiven, und dafür ist die Lage am Arbeitsmarkt auch sehr günstig. Freilich ist das eben u. U. mit einem Umzug der Familie in eine neue Umgebung verbunden, was niemandem leichtfallen dürfte.

Was ist die Alternative? Im Unterschied zu den FaMIs fehlt für Archivarinnen und Archivare im gehobenen Archivdienst ein Angebot zur qualifizierenden Weiterbildung, denn der berufsbegleitende Weiterbildungs-

masterstudiengang an der FH Potsdam steht Archivarinnen und Archivaren mit Marburger Diplom und Potsdamer Bachelor ausdrücklich nicht offen. Zugangsvoraussetzung ist vielmehr „ein erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Hochschule in einem *nicht archivfachlichen*, mindestens sechssemestrigem Bachelorstudiengang oder in einem mindestens achtsemestrigen Diplom- oder Masterstudiengang.“¹⁵

Für Arbeitgeber bleibt also hinsichtlich der Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Dienst bis auf Weiteres nur das Ermöglichen und Vergrößern von Handlungsspielräumen in der Aufgabenwahrnehmung. Speziell für die staatlichen Archivverwaltungen dürfte gelten, dass sie einen ‚Brain drain‘ gerade im gehobenen Dienst nur schwer verhindern können, da sich Archivarinnen und Archivaren im kommunalen Archiv doch in der Regel ein breiteres Spektrum an Aufgaben bietet. Die Landesarchive können m. E. diese Abwanderungen nur kompensieren, indem sie deutlich über ihren eigenen Bedarf ausbilden.

Qualifizierende Weiterbildung von Seiteneinsteigern

Der Anteil von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern ist unter den Archivbeschäftigten in kommunalen Archiven nach wie vor sehr groß: Nach der von der BKK zuletzt im Jahr 2012 erhobenen Statistik lag deren Anteil bei gut 56 %. Die Gründe sind bekannt: Wenn das Archiv in der Kommune keine 100 %-Aufgabe ist, wird meist eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus der Verwaltung damit betraut.¹⁶ Außerdem ist – wie eingangs erwähnt

– das Fachkräfteproblem im Archivwesen uralt. Sieht man von einer kurzen Zeitspanne etwa zwischen 1995 und 2005 ab, gab es zumindest in der Bundesrepublik seit den 1950er-Jahren immer schon zu wenige Archivarinnen und Archivare mit Fachausbildung. Das war auch der Grund, warum die Landschaftsverbände zwischen 1964 und 1996 die sogenannten Duisburger Kurse durchgeführt haben, in denen rund 300 Archivbeschäftigte (auch aus anderen Bundesländern) geschult wurden.¹⁷ Diese blieben ihren Arbeitgebern, die ihnen die Teilnahme ermöglicht hatten, oftmals in der Folge treu, aber sie hatten meist auch keine andere Wahl: Denn in den sechsmonatigen Kursen erhielten sie zwar das grundlegende Handwerkszeug für die Arbeit in der analogen Archivwelt (und das war vom „Workload“ natürlich nicht mit einer Marburger oder Potsdamer Fachausbildung vergleichbar), aber sie erwarben keinen qualifizierten Abschluss, d. h. ihre Weiterentwicklungsmöglichkeiten waren und blieben ziemlich eingeschränkt.

Die Fachhochschule Potsdam bietet den oben bereits erwähnten sechssemestrigen berufsbegleitenden Masterstudiengang Archivwissenschaft an, in dem alle zwei Jahre zum Sommersemester 30 Plätze zur Verfügung stehen.¹⁸ Das Interesse von Seiteneinsteigern u. a. aus den nichtstaatlichen Archivsparten ist groß, so dass es regelmäßig 50 bis 60 Bewerberinnen und Bewerber für den Masterstudiengang gibt. Besonders erfreulich und rühmend ist, dass die FH Potsdam außerhalb des üblichen zweijährlichen Rhythmus im Jahr 2020 einen weiteren Masterkurs startet.

Allerdings zielt der Weiterbildungsmasterstudiengang darauf ab, die Teilnehmenden für den höheren Archivdienst zu

qualifizieren. Der Studiengang ist also insofern keineswegs passgenau für qualifizierungswillige Seiteneinsteiger in Kommunalarchiven geeignet, die Stellen des gehobenen Dienstes einnehmen.

Zur Milderung des Notstandes im Bereich des gehobenen Dienstes wäre daher anzustreben, ein qualifizierendes Weiterbildungsangebot für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger zu schaffen, mit dem diese berufsbegleitend den ‚Bachelor Archiv‘ erwerben könnten. Dies ließe sich evtl. durch die Öffnung bzw. Erweiterung der in Potsdam angebotenen Fernweiterbildung Archiv erreichen.¹⁹

Fazit

Die beruflichen Anforderungen an die Archivarbeit sind in den letzten 30 Jahren immer mehr gestiegen, was ein Blick in die einschlägigen Berufsbilder des VdA und der BKK nachdrücklich belegt.²⁰ Ein breit gefächertes Fachwissen und Professionalität sind unerlässliche Voraussetzungen, um im archivischen Alltag zu bestehen.

Wenn sich die Gesamtsituation verbessern soll, müssen alle Archive und ihre Träger im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen. Wir müssen uns selbst in der Ausbildung engagieren: Archivpraktika zumin-

dest kann eigentlich jedes Archiv anbieten und damit das Interesse am Beruf wecken. Es gilt ferner, für alle Laufbahnen Aus- und Weiterbildungsangebote zu nutzen. Dafür müssen die Ausbildungseinrichtungen gestärkt und ermutigt werden, weiterhin grundständig auszubilden (möglichst mehr als bisher!) und vor allem ihre Angebote zu einer qualifizierenden Weiterbildung auszubauen. Zwar gibt es keinen Rechtsanspruch auf Qualifizierung. Aus- und Weiterbildung fällt grundsätzlich in den persönlichen Verantwortungsbereich des Beschäftigten. Aber um den Archivarsberuf für Berufsanfängerinnen und -anfänger attraktiv zu machen, die heute unter zahlreichen Berufen wählen (und dabei wählerisch sein) können, und um für berufserfahrene Kolleginnen und Kollegen Möglichkeiten der Weiterentwicklung zu eröffnen, muss die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen erhöht werden. Analog zu anderen Verwaltungszweigen muss der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen und vom gehobenen in den höheren Dienst gelebte Wirklichkeit werden. Und wenn das die Fluktuation erhöhen und den archivischen Arbeitsmarkt flexibilisieren sollte: Wäre das wirklich tragisch? Ich bin davon überzeugt, dass es dem Archivwesen guttäte, denn es gilt aus meiner Sicht wirklich, das „recht undurchlässige berufliche Kastensystem“²¹ aufzubrechen.

1 Der Beitrag entspricht weitgehend meinem Vortrag anlässlich des 4. Niedersächsischen Archivtags in Göttingen (29./30.4.2019). Die Vortragsform wurde weitgehend beibehalten.

2 Vgl. ausführlich Marcus Stumpf, Aus- und Weiterbildung von Archivarinnen und Archivaren aus kommunalarchivischer Sicht – eine Bestandsaufnahme, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 88 (2018), S. 2–8 mit weiteren Hinweisen.

3 Ich danke Dr. Karsten Uhde, Archivschule Marburg,

herzlich für die Mitteilung dieser Zahlen (E-Mail vom 19.11.2019).

4 Vgl. die immer noch sehr lesenswerte Standortbestimmung von Norbert Reimann, Zur Situation der archivischen Aus- und Fortbildung. Ein Diskussionsbeitrag aus der Sicht der kommunalen Archivpflege, in: Friedrich Beck / Wolfgang Hempel / Eckart Henning (Hg.): *Archivistica docet*. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds (Potsdamer Studien Bd. 9), Potsdam 1999,

- S. 637–661; Hartwig Walberg, Perspektiven der archivarischen Aus- und Fortbildung in Deutschland, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 57 (2002), S. 43–50, hier S. 44.
- 5 Lt. der Liste der Ausbildungsbehörden und Ausbildungsstätten auf der Homepage der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, an der die für den Ausbildungsberuf Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste zuständige Stelle angesiedelt ist.
- 6 Vgl. dazu die lesenswerte Zwischenbilanz von Volker Zaib, Neue Besen kehren gut. Die erfolgreiche Integration der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in die Archivlandschaft Nordrhein-Westfalens. Eine empirische Studie, in: Archivar 62 (2009), S. 161–165.
- 7 Vgl. Antjekathrin Graßmann / Gabriele Viertel, Der Ausbildungsberuf „Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste“, in: Der Archivar 52 (1999), S. 306–310; Antjekathrin Graßmann, Der Ausbildungsberuf „Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste“, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 49 (1999), S. 24 ff.; Brigitte Nimz, Der neue Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste, ebd., S. 37; Norbert Reimann, Das Westfälische Archivamt: Dienstleistung für die nichtstaatlichen Archive in Westfalen-Lippe, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 50 (1999), S. 2–8, hier S. 6.
- 8 Genauere Informationen zum Angebot finden sich auf der Homepage des Fachbereichs Informationswissenschaften unter => Weiterbildung => Fernweiterbildung Archiv.
- 9 Vgl. Stumpf (wie Anm. 2), S. 7; Hans-Jürgen Höötman, Realisierung der Aufstiegsfortbildung zum Fachwirt/zur Fachwirtin für Medien- und Informationsdienste, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 78 (2013), S. 13–19.
- 10 In den Jahren 2015–2018 entfielen nach den von Karsten Uhde (wie Anm. 3) mitgeteilten Zahlen deutlich mehr als die Hälfte aller auf der Homepage der Archivschule Marburg publizierten laufbahnspezifischen Stellenausschreibungen auf Stellen des gehobenen Archivdienstes. Demnach waren es insgesamt 648 g. D.-Stellen gegenüber 545 des höheren oder mittleren Dienstes (h. D.: 237 / FaMI: 308).
- 11 Vgl. Stumpf (wie Anm. 2), S. 3 f. mit Tabelle 2.
- 12 Ebd., S. 2 f. mit Tabelle 1; rund 960 Absolventinnen und Absolventen der wissenschaftlichen Kurse stehen rund 1 100 aus den Fachhochschulkursen gegenüber.
- 13 Angestrebt wird, die bisherige Gebührenfinanzierung des Ausbildungsbetriebs abzulösen, die wegen der sinkenden Anmeldezahlen für die Ausbildungskurse zu einer Unterfinanzierung geführt und das Land Hessen als Sitzland der Archivschule zu Kompensationszahlungen gezwungen hat. Die Finanzierung würde dann nach einem angepassten Königsteiner Schlüssel erfolgen, an dem sich alle an der Marburger Ausbildung teilnehmenden Bundesländer beteiligten. Der Ausbildungsbetrieb der Archivschule wäre dann – unabhängig von den Kursgrößen – finanziell gesichert.
- 14 Wie es zwischen 1970 und 1990 üblich war, als von Kommunen 92 (!) Archivarinnen und Archivare des gehobenen Dienstes in Marburg ausgebildet wurden; vgl. dazu Stumpf (wie Anm. 2), S. 3 f. mit Tabelle 2.
- 15 Zitiert nach den auf der einschlägigen Webseite des Fachbereichs Informationswissenschaften der FH Potsdam angegebenen Zugangsvoraussetzungen (Hervorhebung von mir).
- 16 Vgl. auch Marcus Stumpf, Zur Situation der Kommunalarchive in Westfalen-Lippe – eine Bestandsaufnahme, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen 15 (2011), S. 83–91, hier S. 86 ff.; ders., Ausbildung im Wandel. Eine kommunalarchivische Position, in: Archivar 68 (2015), S. 325 ff., hier S. 326.
- 17 Vgl. Stumpf (wie Anm. 2), S. 3 ff.
- 18 Vgl. Susanne Freund, Weiterbildung. Archivwissenschaft (Master of Arts) an der Fachhochschule Potsdam, in: Archivar 68 (2015), S. 310–316; alle weiteren Infos wie Prüfungsordnung, Curriculum und Modulhandbuch sind auf der Homepage der FH zu finden.
- 19 Vgl. oben Anm. 8.
- 20 Vgl. Das Berufsbild von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Archiven, in: Archivar 62 (2009), S. 449 ff.; das BKK-Positionspapier „Berufsbild für Archivarinnen und Archivare in Kommunalarchiven“ findet sich auf der BKK-Homepage unter „Empfehlungen“; Jens Murken, Historische Bildungsarbeit – Öffentlichkeitsarbeit. Eine theoretische Annäherung, in: Der Archivar 60 (2007), S. 131–135, hier S. 134; Robert Kretzschmar, Aktuelle Entwicklungstendenzen des archivarischen Berufsbilds, in: Archivar 63 (2010), S. 356–360.
- 21 So die m. E. durchaus treffende Charakterisierung bei Murken (wie Anm. 20), S. 134.

*Dr. Marcus Stumpf
ist Leiter des LWL-Archivamtes für Westfalen
in Münster und Vorsitzender der Bundes-
konferenz Kommunalarchive beim Deutschen
Städtetag (BKK).*

E-Mail: Marcus.Stumpf@lwl.org

Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Archivschule Marburg in Zeiten des Qualifikationsnotstands¹

von Karsten Uhde

Die derzeitige Lage

Vor 15 Jahren, am 29. April 2004, wurde mit dem 37. Wissenschaftlichen Lehrgang ein Referendarkurs verabschiedet, der am Tag der Zeugnisübergabe zur Hälfte erst einmal in die Arbeitslosigkeit ging (s. Abb. 1). Natürlich haben auch die Mitglieder dieses Kurses in den Monaten danach eine Anstellung gefunden, aber: Damals war es kein Automatismus, ja nicht mal sehr wahrscheinlich, am Ende der Ausbildung sofort eine Stelle zu haben, schon gar keine unbefristete. Oder aus der Perspektive der Arbeitgeber

gesprochen: Man hatte die Wahl zwischen verschiedenen Kandidatinnen,² die alle eine Fachausbildung aufwiesen. Die Lage war damals beim gehobenen Dienst übrigens besser, aber nicht wirklich gut.

Und wie sieht die Lage 2019 aus? Heute ist sie vor allem im gehobenen Dienst, zum Teil aber auch im höheren Dienst genau anders herum. Die Marburger Absolventen können sich in vielen Fällen die Stelle aussuchen. Oder um es auch hier aus der Perspektive der Arbeitgeber zu formulieren: Es besteht ein deutlicher Fachkräftemangel.

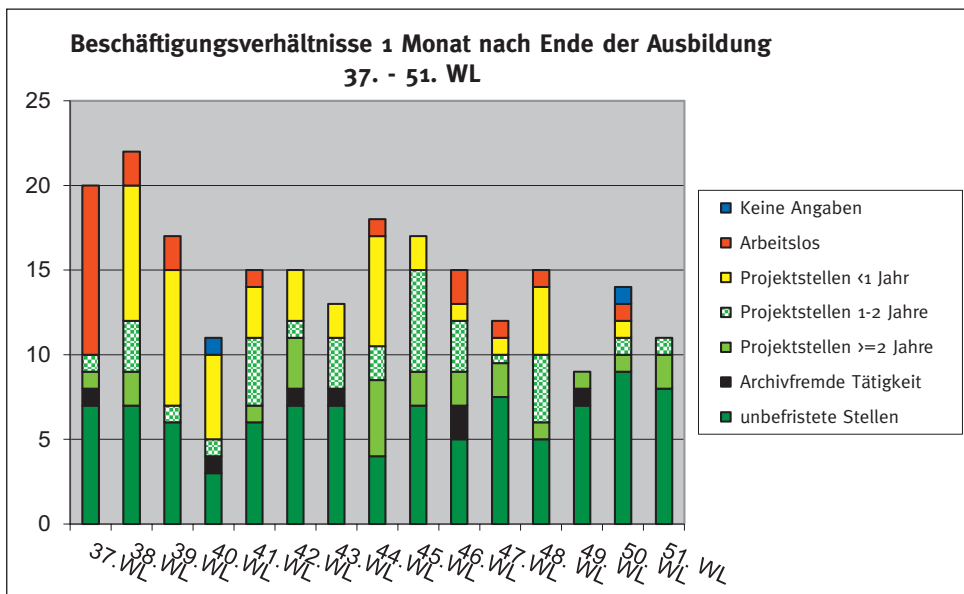


Abb.1: Beschäftigungsverhältnisse 1 Monat nach Ende der Ausbildung.

Und das hat Folgen. So werde ich durchschnittlich einmal pro Woche von Archiven oder Personalabteilungen angerufen und zur Lage auf dem Arbeitsmarkt befragt. Die einen wollen wissen, wann sie innerhalb eines Jahres die größten Chancen haben, eine Facharchivarin zu bekommen, die anderen bitten mich, bei den noch in der Ausbildung befindlichen Kursen Werbung für ihre Stellenanzeigen zu machen. Wieder andere bitten den Betreuer der Stellenbörse, den Einsendeschluss einer Anzeige zu verlängern, weil sich bislang niemand beworben hat. Oder er bekommt gleich eine zweite veränderte Ausschreibung.

Eine andere Folge des Fachkräftemangels sind die seit einigen Jahren zu beobachtende Wanderungsbewegungen innerhalb des Archivwesens. Waren früher die meisten Kollegen oft sehr lange, nicht selten ihr ganzes Leben in einem Archiv tätig, so wechseln heute deutlich mehr schon nach wenigen Jahren die Stelle. Das tun sie nicht nur, weil eine lukrativere, also höherdotierte Stelle lockt, was früher oft das einzige Motiv war zu wechseln, sondern in zunehmendem Maße auch aus persönlichen Gründen. Bei einzelnen Kolleginnen habe ich in den letzten zehn Jahren eine Art langsames Heranpirschen an die Region feststellen können, aus der sie kamen. Anders ausgedrückt: Man kann sich nicht mehr sicher sein, das Personal, das man einmal engagiert hat, auch dauerhaft zu behalten, vor allem außerhalb der Ballungszentren, denn auch im Archivwesen gibt es eine Art „Landflucht“. Ich weiß aus Gesprächen, dass sich die Ausbildungsverwaltungen deshalb bei der Auswahl der Anwärter oder Referendare im Zweifel gern für diejenigen entscheiden, die aus der Nähe des Archivs stammen, um so

die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass sie hinterher auch im Haus bleiben.

Der Fachkräftemangel führt leider auch verstärkt zur Einstellung von Quereinsteigern.

So rief mich Anfang April 2019 ein Vertreter aus einer niedersächsischen Stadtverwaltung an und erklärte mir, dass die Stadt sich nun dazu entschlossen hätte, ein Archiv aufzumachen und eine Stelle im gehobenen Dienst (9c) auszuschreiben, die mit einem Facharchivar besetzt werden sollte. Und dann kam er zu seinem Problem. Er habe inzwischen gehört, dass es schwer sei, so jemanden zu finden, und nun befürchtete er, dass sich dann wohl viele Historiker melden würden. Und er fragte mich, wie er dies verhindern könne – zumindest in der ersten Runde. Am Ende diskutierten wir über die Alternative: Im Fall, dass sie keinen Diplom-Archivar oder jemanden mit einem BA in Archivwesen finden würden, könnten sie vielleicht einen guten FAMI einstellen, für den eine 9a eine interessante Karrierechance darstellen würde und den man über Fort- und Weiterbildung noch weiterqualifizieren könnte.³

Auch hier ist also der Fachkräftemangel spürbar und wirft Probleme auf.

Wie groß die Lücke zwischen Angebot und Anfrage ist bzw. wie groß der Bedarf an ausgebildeten Archivarinnen und Archivaren ist, ist allerdings nahezu unmöglich zu ermitteln. Man kann sich der Zahl nur auf verschiedene Weise nähern. So zeigt die Anzahl der jährlich ausgeschriebenen Stellen einen Bedarf, genauso wie die Verbleibsstatistiken der drei Ausbildungsstätten. Doch in beiden Fällen ist dies nur ein Teil der Wahrheit, denn nicht jede Stelle wird in der Stellenbörse der Archivschule gemeldet, und wir wissen nicht von allen Absolventen, was sie nach

dem Examen machen. Was man allerdings erkennen kann, ist der langjährige Trend. Und der zeigt vor allem beim gehobenen Dienst, aber seit einigen Jahren auch im höheren Dienst eine deutliche Unterversorgung des Arbeitsmarktes.

Als Beispiel sei das Jahr 2017 aufgeführt: 2017 waren in der Stellenbörse der Archivschule⁴ 321 (282/226) Stellen (ohne Doppelungen) angeboten worden, davon 54 (64/49) Stellen im höheren Dienst, 174 (141/119) Stellen im gehobenen Dienst und 82 (65/52) Stellen für FAMILs, davon auf allen drei Ebenen jeweils ca. 65 % unbefristet.

Das heißt: Es wurden im Jahr 2017 im gehobenen Dienst insgesamt 112 unbefristete Stellen ausgeschrieben, zugleich suchten aber nur vier Marburger Absolventen, die noch auf befristeten Stellen saßen, und elf, die in dem Jahr die Ausbildung beendeten, eine solche Stelle. Das war ein unterdurchschnittlich großer Kurs, aber auch wenn der Kurs doppelt so

groß gewesen wäre, also eine durchschnittliche Stärke gehabt hätte, bliebe eine große Unterversorgung. Und daran ändern auch die Potsdamer Absolventen nichts.

Mit all diesen Erhebungen ist aber immer nur der Blick in die Vergangenheit möglich. Einen Blick in die Kristallkugel der zukünftigen Entwicklung zu werfen, ist da schon schwieriger, wäre aber auch viel wichtiger, könnte man so doch unter Umständen rechtzeitig gegensteuern und nicht immer nur reagieren. Grundsätzlich könnte man in allen Archiven ermitteln, wann die einzelnen Archivarinnen und Archivare in den gesetzlichen Ruhestand treten werden. Die Personalabteilungen von Bund, Ländern, Kommunen, Universitäten etc. hätten diese Daten auf Knopfdruck zur Verfügung – aber sie werden sie schon aus Datenschutzgründen nicht zur übergreifenden Auswertung zur Verfügung stellen. Und z. T. kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch in den Per-

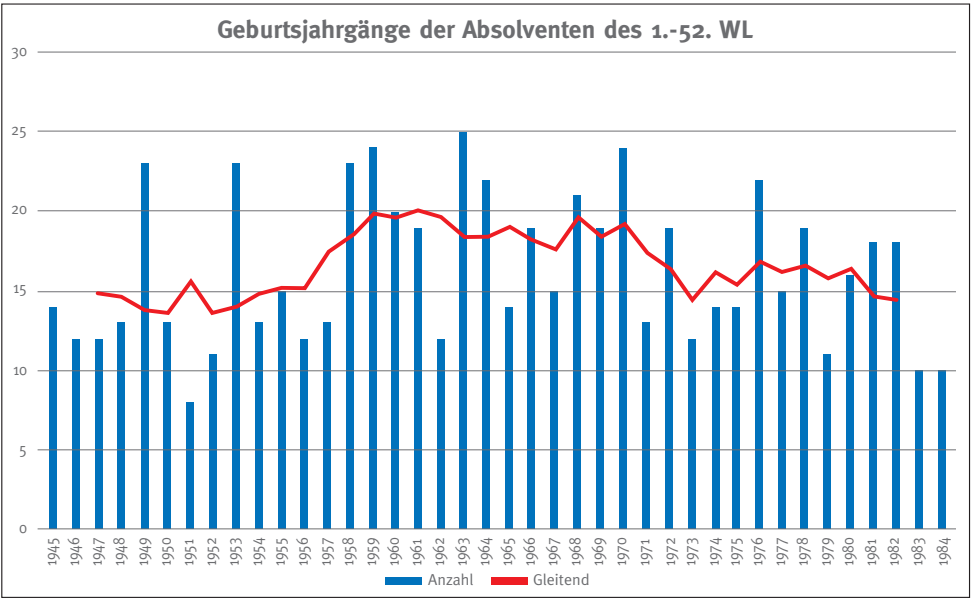


Abb. 2: Geburtsjahrgänge der Marburger Absolventen hD.

sonalverwaltungen selbst diese Daten nicht bekannt sind. Zumindest bin ich manchmal erstaunt, wie überrascht die Archive zu sein scheinen, wenn „plötzlich“ ihre langjährigen Mitarbeiter bei Erreichen der Altersgrenze in Rente gehen und dann „ganz schnell“ Ersatz eingestellt werden muss.

Zumindest für den höheren Dienst konnte ich aber eine grobe Prognose erstellen. Ich habe zu diesem Zweck aus unseren Matrikeln die Geburtsjahre aller Absolventen der Wissenschaftlichen Kurse ermittelt. Dabei hat sich gezeigt, dass in ca. drei Jahren die Anzahl der wissenschaftlichen Archivarinnen und Archive, die regulär in den Ruhestand treten werden, signifikant vom derzeitigen Niveau von ca. 15 pro Jahr auf knapp 20 pro Jahr ansteigen und auf diesem Niveau für rund zehn Jahre bleiben wird, bevor die Zahlen langsam wieder sinken (s. Abb. 2).

Natürlich ist das nur eine grobe Entwicklung, sind hier doch weder die letzten Absolventen der wissenschaftlichen DDR-Ausbildung enthalten, noch die Münchner oder Potsdamer Kollegen oder die Quereinsteiger, die im höheren Dienst arbeiten. Ebenso ist nicht zu ermitteln, wie viele Aufstiegsbeamte es gibt, und schon gar nicht, wie viele von all diesen vorzeitig in Rente gehen oder aus anderen Gründen vorzeitig den Berufsstand verlassen.

Dennoch: In den nächsten 15 Jahren werden die geburtenstärksten Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Zudem sind in den meisten Ländern und in den Kommunen in den vergangenen 20 Jahren so viele Sparmaßnahmen umgesetzt worden, dass ein weiteres Absenken der Personalgröße nicht mehr möglich ist, sollen die gesetzlich verankerten Aufgaben erledigt werden. Es ist also nicht mehr mit massenhaften Stellen-

streichungen zu rechnen, zumal auch durch die Lage in anderen Bereichen der Verwaltung den Verantwortlichen klar geworden ist, dass die Personalstreichungen der letzten Jahrzehnte Lücken gerissen haben, die kaum noch durch eine entsprechende Effizienzsteigerung und höheren Technikeinsatz ausgeglichen werden können.⁵

Im Gegenteil: Es werden neue Stellen geschaffen. Immer mehr Einrichtungen begreifen, dass eine effektive Schriftgutverwaltung und Archivierung wichtig ist. Auch die Gesetzeslage trägt zu einem Aufbau bei. So wurde bei uns in Hessen bei der Novelle des Archivgesetzes 2013 festgeschrieben, dass die Kommunen eigene Archive zu unterhalten haben und ihre Unterlagen im Normalfall nicht mehr in die Staatlichen Archive abgeben dürfen. Das führt langsam aber sicher zur Etablierung von immer mehr Gemeinde- und Kreisarchiven, die natürlich oftmals recht klein sind und schon deshalb unbedingt wenigstens einen ausgebildeten Archivar brauchen.

Aus all dem kann man zwei Schlussfolgerungen ziehen:

1. Der Bedarf an ausgebildeten Archivarinnen und Archivaren wird derzeit von den drei Ausbildungsstätten nicht gedeckt.
2. In den nächsten Jahren wird der Bedarf höchstwahrscheinlich noch steigen.

Ausbildung

Kommen wir zu der Frage, was die Archivschule Marburg in diesem Zusammenhang tun kann.

Grundsätzlich wäre es hilfreich, wenn wir mehr ausbilden könnten. Allerdings sind nicht wir die einstellende Behörde, sondern

dies sind die Archivverwaltungen des Bundes und der Länder. Seit über zehn Jahren wird über die Frage der Erhöhung der Ausbildungskapazität an der Archivschule diskutiert. Gescheitert ist die Steigerung der Ausbildungszahlen längere Zeit an einem doppelten Problem.

Da war zum einen die prekäre Haushaltslage von Bund und Ländern, die nicht nur die Schaffung neuer Ausbildungsplätze verhinderte, sondern im Gegenteil sogar dazu führte, dass nicht alle theoretisch vorhandenen Ausbildungsplätze besetzt wurden, sodass zwischen 2005 und 2015 die Zahlen der Studierenden in Marburg verglichen mit den zwei Jahrzehnten zuvor deutlich nach unten gingen.

Zum anderen war seit den 1980er Jahren ein faktisches Ausbildungsmonopol von Bund und Ländern in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen festgeschrieben worden. Einzig die Hessische APO sah mit dem Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main ein nicht-staatliches Archiv als Ausbildungsarchiv vor. Das verhinderte über Jahrzehnte die Ausbildung in einem Stadtarchiv, wie sie bis in die 1980er Jahre hinein immer wieder praktiziert wurde.

Beide Probleme sind in den vergangenen Jahren angegangen worden. Auf Initiative Hessens als Trägerland der Archivschule haben Bund und Länder ein verändertes Finanzierungsmodell für die Archivschule entwickelt, das auf einem modifizierten Königsteiner Schlüssel beruht. Das Land Hessen trägt dabei ab 2020 eine Sockelfinanzierung von 40 % und die übrigen 60 % werden von den Ländern, dem Bund und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz mit jeweils einem festgelegten Prozentsatz getragen. Ausgenommen sind Bayern und Brandenburg, da

sie selbst Ausbildungsstätten finanzieren. Dieses System führt künftig dazu, dass nicht mehr wie bisher Gebühren je Teilnehmer erhoben werden.

Wenn also z. B. Niedersachsen statt der bislang üblichen zwei Referendarinnen drei oder vier senden würde, würde dies keine höheren Zahlungen an die Archivschule bedeuten, zumindest nicht, solange die Gesamtzahl der Studierenden nicht so deutlich ansteigen würde, dass die Lehrgänge geteilt werden müssen, was mehr Lehrende, also auch höhere Kosten nach sich ziehen würde. Da aber Bund und Länder für die zusätzlichen Studierenden noch immer die Anwärterbezüge zahlen müssen, rechnen wir zwar mit einer leichten Steigerung der Zahlen, die aber allein nicht die Lösung des Problems sein wird.

Zielführender scheint da die Öffnung der Ausbildung für andere Archive zu sein. Gerade der zuvor genannte „Hang zur Großstadt“ macht es für Archive in ländlicheren Gebieten schwer, Personal zu bekommen. Im Frühjahr fragte mich eine Kollegin aus Dillenburg, ob sie nicht selbst ausbilden könnten, denn Sie hätten da zwei oder drei junge Historiker in und aus der Region, die sicher gern die Ausbildung machen und dann auch im Archiv bleiben würden. Derzeit ist das in Hessen so leider noch nicht möglich.

Aber zum Glück ist hier in den vergangenen Jahren eine allmähliche Öffnung zu verzeichnen. Dies gilt derzeit vor allem für NRW, wo seit drei Jahren auch die beiden Landschaftsverbände ausbilden können. Und diese bilden nicht nur für sich selbst aus, sondern sie bilden auch gezielt für Kommunen aus, derzeit z. B. für Köln, Solingen und Gelsenkirchen.⁶

Die neue Finanzierung der Ausbildung könnte zumindest aus Sicht des Landes

Hessen auch bedeuten, dass für Kommunen die Ausbildung an der Archivschule zukünftig kostenfrei ist. Sie würden dann aus unserer Perspektive auf dem „Landesticket“ mit ausbilden können. Ob sich die Länder zumindest einen Teil der Kosten dann von den Städten und Kreisen wiederholen, wird sich zeigen. Insgesamt aber besteht die Hoffnung, dass beide Maßnahmen dazu beitragen, die Zahl der Studierenden unseres Faches in Zukunft zu steigern.

Fortbildung

Nach wie vor haben wir bei der Fortbildung eine kaum zu deckenden Nachfrage. In den beiden letzten Jahren haben wir jeweils mehr als 30 Kurse angeboten, an denen jeweils über 50 Personen teilnahmen, was fast 1 900 Teilnehmertagen entspricht. Dennoch haben wir in den meisten Kursen Wartelisten und werden deshalb dieses Jahr sogar 37 Kurse anbieten. Darüber hinaus ist bei unseren derzeitigen personellen und räumlichen Kapazitäten allerdings vorerst keine Erweiterung möglich.

Dennoch überlegen wir derzeit, ob und wie aus dem Fortbildungsprogramm auch ein Zertifikat angeboten werden kann. Ein solches Zertifikat wird von unseren Teilnehmern immer wieder nachgefragt. 84 % von ihnen haben keine Fachausbildung und sehen in einem Zertifikat eine Möglichkeit, ihr über die Fortbildungen erworbenes Wissen besser belegen zu können, auch wenn ihnen ganz überwiegend bewusst ist, dass sie damit keinen vollwertigen Ersatz für eine Fachausbildung erlangen. Ein Zertifikat würde aber belegen, dass sie sich ein breiteres Fachwissen angeeignet haben, und das kann u. U.

bei Höhergruppierungen für sie wichtig sein. In einem ersten Schritt haben wir für das kommende Jahr unser Fortbildungsprogramm neu strukturiert und die einzelnen Kurse noch besser aufeinander abgestimmt, sodass sie auch stärker aufeinander aufbauen⁷.

Weiterbildung

Immer wieder erreichen die Archivschule Marburg Anfragen einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie man sich an der Archivschule im Sinne eines Fachstudiums weiterbilden kann. Ich verweise dann immer – und tue das auch jetzt⁸ – auf die Kolleginnen und Kollegen in Potsdam mit ihren entsprechenden Angeboten, zumal fast immer der Wunsch herauszuhören ist, diese Qualifikation berufsbegleitend zu absolvieren.

Darüber hinaus kommt es aber auch vor, dass wir von Archiven bzw. ganzen Archivverwaltungen auf dieses Thema angesprochen werden. In der Regel wird angeregt bzw. angefragt, ob wir nicht maßgeschneiderte Angebote für sie anbieten können. Diese unterteilen sich in drei verschiedene Varianten:

1. Das Archiv sucht zu einem ganz konkreten Thema eine Art Inhouseschulung für die eigenen Mitarbeiterinnen, und dabei handelt es sich meist um recht „aktuelle“ Themen, wie die digitale Langzeitarchivierung oder Digitalisierung. Wir haben solche Veranstaltungen schon mehrfach geplant und durchgeführt. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei aber eher um eine besondere Form der Fortbildung, bei der wir vor allem den oder die Dozenten vermitteln.

2. Das Archiv sucht nach einem Paket, um die eigenen Mitarbeiterinnen zu quali-

fizieren, die keine Fachausbildung haben. Das geht über eine einfache, auf ein Thema bezogene Inhouseschulung hinaus, sowohl was den Umfang der Stunden als auch was die Breite der Themen angeht. Hierbei geht es dem Archiv aber nicht um eine sozusagen „offizielle“ Ausbildung, die in einem allgemein anerkannten Fachabschluss mündet, sondern einfach „nur“ um eine Qualifizierung der eigenen, oft langjährigen Mitarbeiter, zum Beispiel, weil deren bisheriges Arbeitsumfeld sich in den kommenden Jahren verändern wird bzw. weil das Archiv umstrukturiert werden wird. Ziel ist es, die vorhandenen Mitarbeiter ohne Fachausbildung zum Wohle des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers breiter einsetzen zu können. Eine solche Weiterbildungsmaßnahme bedeutet aber einen nicht unerheblichen Einsatz bei der Planung, sodass wir uns derzeit anhand einer konkreten Anfrage Gedanken darüber machen, wie solche Kurse grundsätzlich geplant und durchgeführt werden könnten. Am Ende hoffen wir, ein inhaltliches wie organisatorisches Grundgerüst zu haben, das dann bei künftigen, ähnlich gelagerten Anfragen als Grundlage für Gespräche mit den Interessenten dienen kann. Zugleich sehen wir hier eine Schnittmenge zu der schon genannten Zertifizierung der Fortbildungskurse.

3. Das Archiv sucht nach einer generellen Möglichkeit, immer wieder einzelne Mitarbeiter so weiterzuqualifizieren, dass sie die Laufbahn wechseln, d. h. aufsteigen können. Hier ist also das von Herrn Stumpf schon angesprochene Thema der Durchlässigkeit der Laufbahnen zentral. Das Problem besteht dabei vor allem in der vergleichsweise aufwändigen Akkreditierung, die an sich nur bei regelmäßig wiederkehrenden Angeboten sinnvoll und wirtschaftlich ist, und den an-

dererseits sehr kleinen Gruppen, die überhaupt dafür infrage kommen.

Diese Diskrepanz wird durch die föderale Struktur unseres Landes noch verstärkt, denn seitdem das Beamtenrecht und damit das Laufbahnrecht Ländersache ist, gibt es eine sehr große Anzahl von zum Teil recht unterschiedlichen Bedingungen, unter denen ein Aufstieg möglich ist. Wenn wir ein Angebot erstellen würden, dass z. B. zu den Nordländern passt, deren Rechtslage ziemlich ähnlich ist, würde es für Personen aus NRW oder Baden-Württemberg nicht passen. Anders ausgedrückt: Wir hätten vielleicht alle zwei bis drei Jahre ein oder zwei mögliche Interessenten für einen solchen Kurs mit denselben Voraussetzungen und denselben rechtlichen Rahmenbedingungen. Dass dieser Kurs im herkömmlichen Sinne nicht kostendeckend angeboten werden kann, ist, glaube ich, von jedermann sofort nachvollziehbar. Deshalb muss für diese Zwecke über ganz neue Wege der Weiterbildung nachgedacht werden, sowohl inhaltlich als auch formal.

Die Archivschule wird 2019/20 eine Umfrage im deutschen Archivwesen durchführen, um den Bedarf im Bereich der Fort- und Weiterbildung genauer zu ermitteln und danach gezielter über die Umsetzbarkeit der verschiedenen Varianten nachdenken zu können.

Fazit

Es geschieht also etwas im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Archivarinnen, aber wir müssen noch viel mehr tun. Wir, das müssen neben den drei Hochschulen auch die bisher ausbildenden Verwaltungen und im Grunde der gesamte Berufsstand sein.

Und natürlich wäre es hilfreich, wenn auch die Politik wüsste, dass es im Archivwesen einen Fachkräftemangel gibt.

Doch im Gegensatz zum Fachkräftemangel bei der Polizei oder bei den Finanzbeamten hat der im Archivwesen noch nicht zu einer Ausbildungsinitiative des Staates sozusagen ex officio geführt. Kein Minister stellt sich pressewirksam vor die Journalisten und verkündet, in den kommenden Jahren nicht nur 600 Polizisten mehr ausbilden zu lassen als sonst, sondern auch sechs Archivare. Blei-

ben wir also realistisch bei den drei zunächst genannten Playern: den Hochschulen, den bisherigen Ausbildungsverwaltungen z. B. durch die Öffnung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für Kommunalarchive und bei dem gesamten Berufsstand.

Wir müssen Hand in Hand arbeiten und wir müssen alle Wege ausloten, den Fachkräftemangel zu beheben. Und dies geht nur durch eine Kombination von Ausbildung, Fort- und Weiterbildung – und eine verstärkte Kooperation auf allen Ebenen.

-
- 1 Der Vortragsstil wurde weitgehend beibehalten.
 - 2 Im Folgenden wird zwischen der weiblichen und männlichen Form gewechselt, es sind aber jeweils alle Geschlechter damit gemeint.
 - 3 Vgl. dazu auch den Beitrag von Markus Stumpf in diesem Band.
 - 4 Die Angaben in Klammern geben die Zahlen der Jahre 2016 und 2015 wieder. Die Stellenbörse findet sich unter <https://www.archivschule.de/DE/service/stellenanzeigen/stellenanzeigen.html>.
 - 5 Der Deutsche Beamtenbund hat schon 2017 einen bundesweiten Fehlbestand von rund 200 000 Beamten festgestellt. In einer derzeit laufenden Umfrage bei den Teilgewerkschaften werden neue Zahlen erhoben. Es zeichnet sich aber aus den ersten Rückmeldungen schon ab, dass die Zahlen deutlich höher liegen werden, sich die Situation noch weiter verschärft hat. McKinsey Deutschland prognostizierte im April 2019, dass bis 2030 im öffentlichen Sektor 730 000 Mitarbeiter fehlen würden: <https://www.mckinsey.de/news/presse/2019-04-02-die-besten-bitte> (letzter Abruf 02.12.2019).
 - 6 Dass die Anwesenheit von Anwärtinnen und Anwärtern aus Kommunen die Diskussionen innerhalb des Kurses wirklich bereichert haben, weil sie andere Erfahrungswerte aus dem praktischen Teil mitbrachten als die, die in staatlichen Archiven ausgebildet wurden, sei an dieser Stelle nur am Rande vermerkt.
 - 7 Das Fortbildungsprogramm für 2020 bildet diese neue Struktur auch durch neue Veranstaltungssiglen ab: https://www.archivschule.de/uploads/Fortbildung/2020/Fobi_2019_V_12_WEB.PDF.
 - 8 Siehe dazu den Beitrag von Susanne Freund in diesem Band.

*Dr. Karsten Uhde
ist Studienleiter an der Archivschule
in Marburg.*

E-Mail: uhde@staff.uni-marburg.de

Fachkräfte gesucht – Strategien und Zukunftsvisionen des Potsdamer Modells

Studienangebote des Fachbereichs Informationswissenschaften

von **Susanne Freund**

Lehre und Forschung orientieren sich am Fachbereich Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam an den Kernelementen Wissen, Information und Daten. Der 1992/93 initiierte achtsemestrige Diplomstudiengang Archiv zeichnete sich von Beginn an durch die Implementierung integrativer Unterrichtseinheiten in Verknüpfung mit den beiden anderen Diplomstudiengängen Bibliothek sowie Information und Dokumentation aus.¹ Im Zuge der Umsetzung des Bologna-Prozesses und der Einführung des siebensemestrigen Bachelorstudiengangs Archiv zum Wintersemester 2007/08 wurde der Anteil der für alle Studiengänge verbindlichen themenübergreifenden Lehrmodule im Grundstudium noch einmal erhöht, um den digitalen Anforderungen an Informationseinrichtungen generell Rechnung zu tragen.² Das Archivstudium konzentriert sich inzwischen explizit auf die digitale Langzeitarchivierung und die damit verbundenen Aufgaben in der Berufspraxis.³ Zum Wintersemester 2019/20 wurden in dem mittlerweile zulassungsfreien Bachelorstudiengang Archiv 51 Erstsemester immatrikuliert; 80 % von diesen haben ihr Studium zum 1. Oktober 2019 aufgenommen.⁴

Auf den Bachelorabschluss aufbauend besteht ferner die Option, den drei Semester umfassenden konsekutiven Masterstudiengang Informationswissenschaften anzuschließen. Es handelt sich hierbei um eine integrative, interdisziplinäre wissenschaftliche Weiter-

qualifikation mit hoher Praxis- und Anwendungsorientierung für Berufsfelder im Umgang mit Information und Wissen. Dies betrifft z. B. Einrichtungen des kulturellen Erbes, aber auch Wirtschaftsunternehmen, Forschungsinstitute bzw. Arbeitsgebiete der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur. Dieser Master ist für interne und externe Bachelorabsolvent*innen zugänglich.⁵ Derzeit sind hier 30 Studierende immatrikuliert.⁶

Darüber hinaus stehen seit dem Wintersemester 2009/10 für sogenannte Seiteneinsteiger*innen ein nicht konsekutiver weiterbildender Master Archivwissenschaft (6 Semester)⁷ und ab dem Frühjahr 2020 der gleichfalls weiterbildende Master Digitales Datenmanagement (4 Semester), ein Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität Berlin,⁸ zur Verfügung. Diese beiden Masterstudiengänge werden berufsbegleitend absolviert. Insbesondere der Fachkräftemangel angesichts des virulenten Zukunftsthemas digitaler Daten und ihrer Verarbeitungs- und Nutzungsprozesse in Wirtschaft, Forschung und Kultur war die Initialzündung für die Institutionalisierung des Weiterbildungs-Masterstudiengangs Digitales Datenmanagement, der eine einjährige Berufserfahrung voraussetzt und in dessen Curriculum auf die Einbindung der Berufspraxis großer Wert gelegt wurde.

In der Archivcommunity ist im Hinblick auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation und

die hohe Vakanz von Stellenpositionen vor allem der Weiterbildungs-Masterstudiengang Archivwissenschaft wichtig. Der Studiengang ist bis zum 30. September 2023 akkreditiert und qualifiziert für den höheren Archivdienst. Er richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe von Geisteswissenschaftler*innen im gesamten Bundesgebiet, die bereits einen ersten qualifizierenden Hochschulabschluss und mindestens 12 Monate Berufserfahrung in einer Archiveinrichtung im Umfang einer Vollzeittätigkeit, die das Aufgaben- und Themenspektrum einschlägiger, praktischer Archivarbeit umfasst, nachweisen können. Voraussetzung für die Zulassung ist zudem eine studienbegleitende Tätigkeit in einer Archiveinrichtung von mindestens 20 Stunden/Woche.⁹

Bislang wurde dieses mit 1 200 € Semestergebühren kostenpflichtige Studium alle zwei Jahre jeweils zum Wintersemester angeboten. Die Nachfrage war von Anfang an relativ hoch – auf 30 Studienplätze bewerben sich in der Regel ca. doppelt so viele Interessierte.¹⁰ In diesem Jahr überstieg die Anzahl der qualifizierten Bewerbungen jedoch bei Weitem die Erwartungen, weshalb die Studiengangleitung entschieden hat, nicht nur zum Wintersemester 2019/20, sondern auch zum Sommersemester 2020 einen neuen Kurs zu eröffnen.

Die Belastbarkeit des Weiterbildungsteams ist damit ausgereizt. Auch die Raum- und Personalausstattung musste entsprechend erweitert und die Gewinnung von zusätzlichen Dozent*innen intensiviert werden. Der Entschluss, die Studienplatzkapazitäten von 30 auf 66 Plätze aufzustocken, war allerdings alternativlos, da dringend Personal mit einschlägiger archivfachlicher Befähigung benötigt wird und die Bewerber*innen bereits in der Praxis, oftmals mit Aussicht auf attraktive Positionen, tätig sind. Deshalb werden weitere Überlegungen angestellt, die Vernetzung von Berufscommunity und Fachhochschule noch mehr zu fördern.

Transfer-Offensive an der Fachhochschule Potsdam – Duales Studium

Der Austausch von Theorie und Praxis steht auf der Agenda der Transfer-Offensive an der Fachhochschule Potsdam und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Anlässlich einer von beiden Institutionen im Frühsommer 2016 ausgerichteten Konferenz diskutierten Hochschulangehörige und Gäste aus Politik,

Statistik des Weiterbildungs-Masterstudiengangs Archivwissenschaft 2009-2020

Semester	Bewerber*innen	Studienplätze	Immatrikulation
SS 2020			32
WS 2019/20	92	30	34
WS 2017/18	66	30	32
WS 2015/16	54	30	30
WS 2013/14	52	30	32
WS 2011/12	48	30	30
WS 2009/10	37	24	24

Wirtschaft und Wissenschaft mit der ehemaligen Wissenschaftsministerin Dr. Martina Münch über Entwicklungsperspektiven der Transferaktivitäten für die Region.¹¹

Die Transfer-Offensive Brandenburg wurde vom Ministerium ins Leben gerufen, um den Transfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken und die Maßnahmen zu bündeln. Im Konkreten bedeutet dies, dass Netzwerkaktivitäten mit Projektpartnern durch Kooperationsprojekte Wissenspotentiale nutzbar machen. Der erweiterte Transferbegriff schließt berufsbegleitende Studienangebote ein, was nicht zuletzt dazu geführt hat, dass der Fachhochschule Potsdam durch den am 21. März 2019 unterzeichneten Hochschulvertrag ins Stammbuch geschrieben wurde, den Ausbau dualer Studiengänge voranzutreiben. Im Hochschulvertrag heißt es zu diesem Aspekt: *„Mit der Förderung des Aufbaus und der Unterhaltung einer Geschäftsstelle für das Duale Studium in Brandenburg verfolgen die Hochschulen und das MWFK seit 2016 das gemeinsame Ziel, eine Koordinierungs-, Service- und Beratungsstelle als Bindeglied zwischen den Hochschulen, Unternehmen, Berufsschulen und Interessierten an einem Hochschulstandort des Landes Brandenburg einzurichten. Die Agentur Duales Studium wurde im Jahr 2016 an der TH Brandenburg eingerichtet und nimmt koordinierende und übergreifende Aufgaben für alle Hochschulen wahr, die sich im Bereich Duales Studium engagieren. Dabei unterstützt sie die Hochschulen bei der wichtigen Aufgabe der Entwicklung und Implementierung der Studienangebote sowie bei den Unternehmenskontakten und Messeauftritten. Der weitere Ausbau des Dualen Studiums in Brandenburg bleibt auch zukünftig ein hoch-*

*schulpolitisches Ziel. Aufgrund der positiven Evaluierung im Jahr 2018 durch den Beirat Duales Studium wird die Finanzierung der Agentur Duales Studium in der Vertragslaufzeit durch das MWFK fortgesetzt“.*¹²

Im Fachbereich Bauingenieurwesen der Fachhochschule Potsdam konnten bereits zum Wintersemester 2018/19 vier duale Bachelorstudiengänge starten, die dem Konzept *Theorie-Praxis-Transfer* verpflichtet sind.¹³ Auch der Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften hat sich das Ziel gesetzt, ein duales Bachelor-Angebot zu entwickeln. Beide Modelle könnten eine Vorbildfunktion einnehmen für die aufgrund von Anfragen aus der Berufspraxis im Hochschulvertrag anvisierte Prüfung des Fachbereichs Informationswissenschaften, die schon bestehenden Fernweiterbildungskurse im Archiv- und Bibliotheksbereich in duale Studiengänge zu überführen.¹⁴

Da sich die Profilierung und Profilbildung der Fachhochschule Potsdam dadurch auszeichnet, die Zahl der Studienanfänger*innen zu halten und an geeigneter Stelle durch kapazitären Ausbau zu steigern, sollen die Qualität der Lehre sowie die Passfähigkeit für den Arbeitsmarkt durch Lehrinhalte und -formate, die sich an aktuellen Entwicklungen orientieren bzw. diese antizipieren, erhöht werden.¹⁵ Für den Fachbereich Informationswissenschaften könnte dies bedeuten, die vierjährigen Zertifikatskurse, die Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste der Fachrichtungen Archiv (seit 1999) und Bibliothek (seit 2006) frequentieren, um sich nach erfolgreichem Abschluss in das siebte Semester des Direktstudiums einstufen zu lassen und das Bachelor-Examen abzulegen, in ein duales Studium umzuwandeln.¹⁶ Erste Vorge-

sprache mit der Geschäftsstelle für das Duale Studium an der Technischen Hochschule Brandenburg als Koordinierungs-, Service- und Beratungsstelle und dem Projektkoordinator der dualen Studiengänge des Fachbereichs Bauingenieurwesen wurden bereits geführt.

Aktuell weisen die laufenden Fern Weiterbildungskurse Archiv insgesamt 156 Teilnehmende auf. Die Kapazität von 30 Plätzen wurde in diesem Jahr mit der Aufnahme von 33 Teilnehmenden in den am 11./12. November 2019 neu eröffneten Kurs gleichfalls überschritten. Pro Jahr finden jeweils vier zweitägige Präsenzen in der Fachhochschule Potsdam statt.¹⁷ In der Zwischenzeit erfolgt die Betreuung der Teilnehmenden ebenso wie im Weiterbildungs-Masterstudiengang Archivwissenschaft über die E-Learning-Plattform MOODLE. Die Weiterentwicklung des Formats der digitalen Lehre hat laut Hochschulvertrag im Verbund mit dem landesweiten Netzwerk „E-Learning Brandenburg“ eine hohe Priorität. Angestrebt ist ein barrierefreier Zugang zu digitalen Lehrmaterialien. Außerdem soll u. a. eine Erweiterung des fachlichen Kompetenzspektrums (z. B. die Verwendung und die selbstgesteuerte Aneignung spezifischer digitaler Arbeitsinstrumente) und die Einbeziehung fachübergreifender und interdisziplinärer Dimensionen der Digital Literacy (wie z. B. die Diskussion ethischer Herausforderungen und juristischer Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft) realisiert werden.¹⁸

Die Förderung der digitalen Lehre ist eine gute Voraussetzung, um gegebenenfalls ein duales Studium aufzubauen. Die Zielgruppe wäre vorrangig wie bisher die Gruppe der Mitarbeiter*innen in Archiven,

und zwar archivspartenübergreifend, die bereits über einen Berufsabschluss verfügt und Berufspraxis mitbringt. Daneben müssten die Arbeitgeber als duale Partner hinzukommen. Denn von einem dualen Studium kann man nur dann sprechen, wenn ein Kooperationsvertrag zwischen Unternehmen/Organisation und der Hochschule und ein (Weiter-)Bildungsvertrag zwischen Studierendem und Unternehmen/Organisation vorliegt. Somit würden die Studierenden einen Vertrag von einem Archiv erhalten, in dem sie für die Studienzeit freigestellt und auch sonst unterstützt werden (Weiterbildungsvertrag). Das Archiv würde sich ebenso gegenüber der Hochschule vertraglich verpflichten, zumindest einen Teil der Studiengebühren zu übernehmen. Damit wären die Studierenden von Anfang an immatrikuliert. Die in der Praxis erworbenen Kompetenzen würden mit ECTS-Punkten angerechnet, entweder mit pauschaler Anrechnung für bestimmte Berufs- oder Weiterbildungsabschlüsse oder individuell aufgrund bestimmter spezieller Berufserfahrungen. Weiterhin sollte es Module geben, deren Kompetenzerwerb in der Praxis erfolgt. Jeder Studierende könnte einen eigenen Studienplan erhalten, der auf der Basis der Vorleistungen zusammengestellt wird. Auf diese Weise ergäbe sich ein modularisierter Aufbau des Studiums (ähnlich der Fernweiterbildung). Empfehlenswert wäre hierbei die Erhöhung des Anteils des Kompetenzerwerbs in der beruflichen Praxis durch Forschungsaufgaben, Projekte o. ä. Dies würde den Charakter der Dualität nochmals deutlich unterstreichen. Grundsätzlich könnte ein solches duales Modell noch in anderen Varianten umgesetzt werden.¹⁹

Variante 1

Ausbildungsintegrierendes duales Studium

Bei der Verbindung eines dualen Studiums mit dem Ausbildungsberuf Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv müssten neben dem Studium gleichzeitig die berufliche Zwischen- und Abschlussprüfung abgelegt werden. Daher wäre es angeraten, ein Ausbildungsjahr vor Beginn des Studiums vorzuschalten. Außerdem sollten die Studieninteressierten über die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung verfügen, wodurch sich die Ausbildungsdauer auf 2,5 Jahre verkürzen ließe. Allerdings ist zu überlegen, ob es sinnvoll ist, beide Abschlüsse – den Abschluss der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste und den Bachelor – zu erwerben, da das Bachelorexamen in jedem Fall höherwertig ist und die berufliche Ausbildung evtl. obsolet wäre. Prinzipiell könnte ein tragfähiges Konzept für ein praxis- oder ausbildungsintegrierendes duales Studium ohnehin nur im Austausch mit Vertreter*innen aller Archivsparten aus allen Bundesländern entstehen. Denn es geht nicht darum, nur die Bedarfe im Land Brandenburg abzudecken, da der Fachkräftebedarf im gesamten Bundesgebiet signifikant, die Berufsschulpflicht jedoch individuell in den Bundesländern geregelt ist. Bei dieser Variante des dualen Studiums bleiben also noch eine Reihe von Fragen offen, die fachkompetent und realitätsbezogen im Dialog von Hochschule und Archivcommunity zu erörtern wären.

Variante 2

Praxisintegrierendes bzw. kooperatives duales Studium

Eine zweite Variante des dualen Studiums lässt sich ohne die Integration einer Berufsausbildung abbilden. Da die Lehrinhalte dem Direktstudium mit zwei Praktika (8 Wochen nach dem 2. Semester sowie 22 Wochen im 5. Semester) angeglichen sind, der Praxisanteil in der oben beschriebenen ausbildungsintegrierenden Form einerseits durch die vorherige Ausbildung und andererseits mittels der berufsbegleitenden Tätigkeit gewährleistet ist, müsste ein solches duales Studienformat eine ebenso hohe Praxisorientierung gewährleisten. Denkbar wären ein achtwöchiges Praktikum sowie ein Praxissemester und zwei in einer Archiveinrichtung zu absolvierende Projektmodule. Die Bindung an eine Archiveinrichtung würde gleichfalls vertraglich geregelt, indem die finanzielle Förderung seitens des Arbeitgebers und die Verpflichtungserklärung des Studierenden zu einer mindestens zweijährigen Tätigkeit in dem betreffenden Archiv nach erfolgreichem Abschluss festgeschrieben werden.

Variante 3

Berufsintegrierendes duales Studium

Diese Variante richtet sich an Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv, die bereits die Ausbildung abgeschlossen haben, in einem Archiv arbeiten und sich über ein Studium zum Bachelor weiterqualifizieren möchten. Der Arbeitgeber würde Unterstützung über Freistellungen für Präsenzphasen und die Beteiligung an den Studiengebühren gewährleisten. Im Gegenzug könnten so höher dotierte Stellen mit Absolvent*innen aus dem eigenen Haus

besetzt werden. Das Zusammenspiel von Investition und Gewinn für den Arbeitgeber wäre im Einzelfall zu regeln.

Duales Studium – eine Zukunftsvision?

Die letzte Variante kommt dem bisherigen Modell der Fernweiterbildung, die nach Ausbildungsabschluss berufsbegleitend absolviert wird, am nächsten und hätte den Vorteil der unmittelbaren Bindung der Studierenden an die Hochschule ab dem ersten Semester. Das duale Studium entspräche auf Bachelorniveau dem Weiterbildungs-Masterstudiengang Archivwissenschaft, dessen Studiengebühren erfahrungsgemäß ebenso wie die Kosten für die Fernweiterbildung momentan noch fast ausschließlich von den Teilnehmenden allein getragen werden. Es spricht Vieles für die stärkere Einbeziehung der Archiveinrichtungen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Archive wären von Anfang an involviert und müssten sich bereit erklären, Raum im beruflichen Alltag für das Studium einzuräumen und sich finanziell zu beteiligen. Langfristig würde sich dieses Engagement zweifellos durch mehr Sicherheit in der Personalplanung auszahlen. Eine gute Übernahmequote, die enge Verbindung von Theorie und Praxis, die Verbesserung von Netzwerkqualitäten und weitere Argumente bestätigen den Innovationscharakter eines dualen Studiengangs, wenngleich noch viele Fragezeichen offen sind. Wie immer ist es der Faktor Geld, der sich als Hauptproblem erweist. Denn die bisherige Kostenpflicht der Fernweiterbildung könnte bei der Umwandlung in ein duales Bachelorstudium daran scheitern, dass im Land Brandenburg ein grundständiges Studium grundsätzlich gebührenfrei ist. Doch ist

es nur über gegenfinanzierte zusätzliche Angebote mit externen Dozent*innen möglich, die Zahl der Absolvent*innen zu erhöhen. Eine abschließende Prüfung der Sachlage steht noch aus. Auch hängt es von künftigen ministerialen Entscheidungen und der Bereitschaft der Archive ab, sich finanziell an der Ausbildung des Nachwuchses zu beteiligen, ob ein dualer Studiengang das Potential hat, eine tragfähige Lösung im Sinne der Hochschule und der Berufspraxis herbeizuführen.

Weiterbildung – Profilierung von Angeboten des lebenslangen Lernens

Die Weiterbildung ist eine tragende Säule des Hochschulvertrages, was durch die eindeutige Aussage unterstrichen wird, dass *„die Hochschulen ... die Profilierung ihrer Angebote zum lebenslangen Lernen und berufsbegleitenden Studium unter Berücksichtigung von Durchlässigkeit und der Anrechnung von außerhochschulisch erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten [verstärken sollen].“* Des Weiteren heißt es: *„Sie achten darauf, dass die Angebote eng am Profil der Hochschule ausgerichtet sind. Die Hochschulen prüfen dabei auch, ob Formate in Bereichen und Fächergruppen, in denen Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung bislang nur in geringerem Maße vorhanden sind, geschaffen werden können. Ein weiterer Schwerpunkt sind Angebote im Bereich der Veränderung der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter (Arbeit 4.0). Aufbauend auf den bereits vorhandenen hochschul-spezifischen Konzepten intensivieren die Hochschulen in*

der Vertragslaufzeit ihre Zusammenarbeit, um die akademische Weiterbildung in Brandenburg zu stärken.“²⁰

Was bedeutet das nun konkret für die archivfachlichen Studiengänge? Im Prinzip wird unser Konzept nur offiziell bestätigt. Denn es ist zu konstatieren, dass der Fachbereich Informationswissenschaften diese Forderung bereits durch seine bisherigen Weiterbildungsoptionen erfüllt. Zumal über den Weiterbildungs-Masterstudiengang Archivwissenschaft und die Fernweiterbildung hinaus seit 2008 in Kooperation mit dem Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin der Zertifikatskurs „Archive im Informationszeitalter“ durchgeführt wird.²¹ Diese berufsbegleitende, wissenschaftliche Weiterbildung richtet sich an Mitarbeiter*innen in Archiven, die sich speziell in den Bereichen Strategieentwicklung, Historische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Digitale Präsentationen und Audiovisuelle Medien, Digitale Archivierung, Bestandserhaltung und Urheberrecht weiterqualifizieren möchten. Die zwei- bis dreitägigen Seminare verbinden Theorie mit Praxisberichten und Übungen. Sie bieten eine Plattform für den Austausch und die Kommunikation im Rahmen von Exkursionen und Expert*innengesprächen. Das Programm beinhaltet insgesamt zehn zwei- bis dreitägige Module, die am Weiterbildungszentrum Berlin durchgeführt werden. Der aktuelle Kurs wurde soeben abgeschlossen, und eine Fortsetzung ist in Planung.

Für gänzlich Fachfremde, die erst einmal mit den Grundlagen und den Grundbegriffen der Archivarbeit vertraut gemacht werden müssen, wurde das Modul „Archive für Einsteiger“ aufgebaut.²² Basics wie die Struktur und Aufgaben von verschiedenen

Archivtypen von der Überlieferungsbildung bis zur Nutzung werden in einem kostenpflichtigen Seminar von Dozent*innen des Fachbereichs und der angeschlossenen Landesfachstelle für Archive und Öffentliche Bibliotheken vermittelt.

Das beschriebene Gesamtpaket von Qualifizierungen für die Archivtätigkeit seitens des Fachbereichs Informationswissenschaften ist relativ dicht und berücksichtigt die differenzierten Einsatzmöglichkeiten in allen Archivsparten. Dennoch bleibt die schwierige Lage des Fachkräftebedarfs bestehen. Diese kann aus meiner Sicht in den nächsten Jahren nur gemildert werden, wenn wir die Archive als potentielle Arbeitgeber ins Boot holen.

Image der Archivausbildung – Werbung und Flexibilität

In erster Linie gilt es jedoch, eine grundsätzlich andere Haltung gegenüber dem eigenen Berufsbild einzunehmen. Das Klischee vom „verstaubten Archiv“ und „langweiligen Beruf“ hat sich inzwischen so sehr verfestigt, dass – überspitzt formuliert – die Archivwelt offenbar selbst daran zu glauben scheint. Auch das Beharrungsvermögen, an starren Berufsbildern festzuhalten, bremsst alle noch so gut durchdachten strategischen Ambitionen. Archive müssen für sich selber werben und zwar auf eine Art und Weise, wie es in anderen Branchen längst üblich ist. Seitens des Fachbereichs ist die Intensität der Werbung auf Messen und im Netz erheblich gesteigert worden. So gibt zum Beispiel ein über die Website abzurufender Online-Studienwahl-Assistent konkrete und praktische

OSA - Online Studienwahl-Assistenten der Fachhochschule Potsdam

Online Studienwahl-Assistent für den Studiengang Archiv (B.A.)

Online Studienwahl-Assistent für den Studiengang Archiv (B.A.)

OSA Archiv in der Textversion

Willkommen >

Studium

Aufgaben

Studienalltag

Aussichten

Mein Fazit

Herzlich willkommen!

Studiengang Archiv (B.A.)

- Interessieren Sie die konkreten Studieninhalte?
- Hätten Sie Lust, einmal typische Studienaufgaben auszuprobieren?
- Würden Sie gern in den Studienalltag hineinschnuppern?
- Oder möchten Sie die beruflichen Perspektiven nach dem Studium kennenlernen?

Dann sind Sie bei diesem Online Studienwahl-Assistenten (OSA) genau richtig. In knapp 60 Minuten erfahren Sie all das und mehr über unseren Studiengang Archiv.

Sie können den OSA Schritt für Schritt durchlaufen, aber auch springen und sich einzelne Themenblöcke und Videoclips, die Ihnen besonders interessant erscheinen, separat anschauen. Am besten ist es jedoch, den OSA der Reihe nach zu durchlaufen und sich an den verschiedenen kleinen Aufgaben zu erproben. Eine Registrierung ist nicht erforderlich.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Erkunden des OSA!

Start >

Einblicke ins Studium. Es können Erwartungen getestet, typische Studienaufgaben ausprobiert und Videointerviews mit Studierenden, Lehrenden und Absolvent*innen angeschaut werden.²³

Die Website des Fachbereichs „Das Gedächtnis der Gesellschaft mitgestalten“ informiert über das Studium und die Berufschancen.²⁴ Hier werden junge Menschen auf eine moderne und gewinnende Weise angesprochen. Der Aufbau der Website ist übersichtlich und in einem ansprechenden Design gestaltet. Vergleichbare Aktionen seitens des Berufsverbandes wären sicherlich förderlich. Denn ändern muss sich die Präsentation des Berufsbildes insgesamt! Solange im gesellschaftlichen Bewusstsein – sofern die Existenz und Notwendigkeit von Archiven überhaupt bekannt sind – dem Beruf des Archivars/der Archivarin immer noch ein negatives Image anhaftet, wird sich die

Zahl der Interessent*innen angesichts des allgemeinen Qualifikationsnotstands nicht wesentlich erhöhen. Bundesweite und gut konzipierte Werbekampagnen wie derzeit beispielsweise im unterbesetzten Pflegebereich könnten hier Wirksamkeit zeigen.²⁵

Die Attraktivität des Berufs hängt natürlich auch vom Verdienst und den Aufstiegschancen ab. Die Durchlässigkeit des Tarifsystems und die längst überfällige Abkehr vom Laufbahnrecht versprechen positive Effekte. Das sind die Gesetze des Marktes, die von Angebot und Nachfrage bestimmt sind und auf die mit neuen Maßnahmen reagiert werden muss. Hier sind wir als Hochschule gefragt, hier ist der Berufsverband gefragt und hier sind die Archive selbst gefragt, indem sie sich dafür einsetzen, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich unsere Absolvent*innen nicht nur in Berlin und Brandenburg, sondern im gesamten

Das Gedächtnis der Gesellschaft mitgestalten

Mit dem Bachelorstudium
„Archiv“ wirst du Experte für
historische Spurensuche:

Du arbeitest mit historisch
relevanten Artefakten, machst
neue Erkenntnisse der
Öffentlichkeit zugänglich und
formst so die
Geschichtserzählung in
Gegenwart und Zukunft mit.



Bundesgebiet bewerben. Eine Perspektive kann nur darin liegen, die Qualifizierung im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis zu sichern. Die Ausbildungseinrichtungen können das Problem des Fachkräftemangels in den Archiven nicht allein bewältigen. Wir

brauchen Engagement und Unterstützung bei der Motivation und Gewinnung junger Menschen für einen attraktiven Beruf, der dem digitalen Zeitalter und seinen Herausforderungen entspricht. Wir brauchen die Archivcommunity als starkes Seil und Partner!

- 1 Alle Internetabrufe wurden letztmals am 30.11.2019 vorgenommen.

Zur Gründung des Studiengangs Archiv vgl. Hartwig Walberg, Eine neue Ausbildungsstätte für Archivarinnen und Archivare in Potsdam. Fachhochschule Potsdam-Fachbereich 5 (Archiv-Bibliothek-Dokumentation), 1995. Abrufbar unter: <http://docplayer.org/6333324-Eine-neue-ausbildungsstaette-fuer-archivarinnen-und-archivare-in-potsdam-fachhochschule-potsdam-fachbereich-5-archiv-bibliothek-dokumentation.html>

- 2 Vgl. Hartwig Walberg, Archivarische Aus- und Fortbildungsangebote der Fachhochschule Potsdam, in: Archivar 63 (2010), S. 366–372. Die Akkreditierung erfolgte am 23.02.2012. Am 23./24.05.2016 wurde die Neuakkreditierung der drei Bachelorstudiengänge Archiv, Bibliothekswissenschaft (ehemals Bibliothek, zunächst umbenannt in Bibliotheksmanagement) so-

wie Informations- und Datenmanagement (ehemals Information und Dokumentation) mit einer Laufzeit bis zum 30.09.2023 bestätigt, siehe: https://www.fh-potsdam.de/fileadmin/fb-informationswissenschaften/dokumente/studium/modulbeschreibung/archiv_ba/Akkreditierungsurkunde_BA_Archiv.pdf

- 3 Zum aktuellen Curriculum siehe: https://www.fh-potsdam.de/fileadmin/user_dateien/2_studieren-FB_Infowiss/studium/modulhandbuecher/ABK_284_Modulhandbuch_Archiv-2019-11-21.pdf
- 4 Statistik des Fachbereichs Informationswissenschaften.
- 5 Zu den Zugangsvoraussetzungen sowie zum Aufbau und Ablauf des konsekutiven Masters Informationswissenschaften siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/studium/studiengaenge/informationswissenschaften-ma/>

- 6 Statistik Fachbereich Informationswissenschaften.
- 7 Siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/weiterbildung/archivwissenschaft-ma/>
- 8 Zu den Konditionen siehe: <https://www.fh-potsdam.de/weiterbilden/weiterbildungsangebote/digitales-datenmanagement/> und zur Pressemitteilung: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/aktuelles/news/news-im-detail/artikel/neuer-masterstudien-gang-digitales-datenmanagement/>
- 9 Zu den Zugangsvoraussetzungen und den Auswahlkriterien siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/weiterbildung/archivwissenschaft-ma/>
- 10 Vgl. Susanne Freund, Weiter + Bildung. Archivwissenschaft (Master of Arts) an der Fachhochschule Potsdam, in: *Archivar* 68 (2015), S. 310–315.
- 11 Siehe: <https://www.fh-potsdam.de/informieren/aktuelles/news-detailansicht/artikel/transfer-offensive-an-der-fh-potsdam/>
- 12 Der Hochschulvertrag ist unter folgendem Link einsehbar: https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/HSV_FHP_2019.pdf, hier S. 9.
- 13 Siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/bauingenieurwesen/studium/studiengaenge/>
- 14 Siehe: Hochschulvertrag (wie Anm. 12), hier S. 11 f.
- 15 Ebd., S. 11.
- 16 Zu den Zugangsvoraussetzung und zur Organisation der Fernweiterbildung Archiv siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/weiterbildung/fernweiterbildung-bibliothekswissenschaft/>
- 17 Insgesamt müssen 27 Pflicht- und 2 Wahlpflichtmodule belegt werden. Für jedes Modul ist eine Teilnahmegebühr von 240 € zu entrichten. Zur anteiligen Finanzierung kann eine Bildungsprämie, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung vergeben wird, beantragt werden. Auf weitere Fördermöglichkeiten in den einzelnen Bundesländern wird hingewiesen, siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/weiterbildung/fernweiterbildung-archiv/>
- 18 Siehe: Hochschulvertrag (wie Anm. 12), hier S. 12.
- 19 Vgl. im Folgenden: <https://www.duales-studium-brandenburg.de/>
- 20 Siehe: Hochschulvertrag (wie Anm. 12), hier S. 4.
- 21 Siehe: <https://www.fh-potsdam.de/studieren/fachbereiche/studium-informationswissenschaften/weiterbildung/archive-im-informationszeitalter/>
- 22 Siehe: <https://www.fh-potsdam.de/weiterbilden/weiterbildungsangebote/archive-fuer-einsteiger/>
- 23 Siehe: <http://osa.fh-potsdam.de/archiv/>
- 24 Siehe: <https://archiv-ba.fh-potsdam.de/>
- 25 Siehe: beispielsweise die Kampagne des Bundesministeriums für Gesundheit für den Pflegeberuf: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflege-ist-mehr-als-ein-beruf.html>

*Prof. Dr. Susanne Freund
ist Professorin für Archivwissenschaft
an der Fachhochschule Potsdam.*

E-Mail: freund@fh-potsdam.de

Sachthematischer Archivführer für die Region Braunschweig – ein Werkstattbericht

von Birgit Hoffmann

Was haben Asse und Zucker, Eintracht und Hanse, Jägermeister, Klaviere, Löwen, Schöduvel, Spargel und Welfen miteinander zu tun? Sie verweisen auf die gegenwärtige Region und das alte Land Braunschweig, heute repräsentiert durch die Braunschweigische Landschaft e. V. Durch sie gefördert, entsteht gegenwärtig als innovatives Projekt ein themenorientierter Archivführer für die Region Braunschweig, der über kurze, leicht lesbare Artikel zu regionalen historischen Begriffen exemplarisch den Zugang zu Archivquellen ermöglichen soll. Die verantwortliche Arbeitsgruppe „Geschichte“ der Braunschweigischen Landschaft nimmt gerne die Gelegenheit wahr, das Konzept hier kurz vorzustellen.

Projektträger

Die 1990 aus den zur Region Braunschweig gehörenden Landkreisen und Kommunen nebst der Stadt Wolfsburg gegründete Braunschweigische Landschaft dient als Informations- und Kommunikationsforum sowie Vernetzungsplattform für kulturelles, historisches und naturkundliches Engagement in der Region. Sie initiiert Seminare, Publikationen, Vorträge, Ausstellungen, Wettbewerbe u. v. m. und unterstützt zehn thematische Arbeitsgruppen organisato-

risch und finanziell. In der Arbeitsgruppe „Geschichte“ sind neben Vertretern historischer Vereine insbesondere Repräsentantinnen und Repräsentanten regionaler Archive und Gedenkstätten tätig. Sie tragen zur Erforschung und Verbreitung landes- und regionalgeschichtlicher Grundlageninformationen bei. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Buchprojekte realisiert und thematische Wanderausstellungen erarbeitet, so beispielsweise die Braunschweigischen Biographischen Lexika, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Region, die Bände über die kommunalen Amtsträger aus Stadt und Land Braunschweig sowie die Ausstellung „Heimatfront“ über den Ersten Weltkrieg.



Abb. 1: Website der Braunschweigischen Landschaft, Projekteübersicht

Bedingung für die Auswahl und Förderung der Projekte ist ihr Bezug auf die gesamte Region, gewünscht ist insbesondere auch die Vernetzung der Gruppen untereinander.

So ist auch das aktuelle Projekt der Arbeitsgruppe „Geschichte“, ein sachthematischer Archivführer für die Region, ein Angebot an andere historisch Interessierte und geschichtsvermittelnd Arbeitende in den anderen Arbeitsgruppen der Landschaft (z. B. AG Ortsheimatpfleger) und darüber hinaus.

Projektziele

Die derzeit aktiv Mitarbeitenden der Arbeitsgruppe „Geschichte“ verbindet die Zuständigkeit für die Bewahrung und Bereitstellung von Quellen- und Dokumentationsmaterial. So lag es nahe, einmal gemeinsam zu versuchen, interessierten Forscherinnen und Forschern einen innovativen, gut verständlichen Zugang zu Archivgut zu bieten.

Gemeinsam

Ergänzend zu individuellen oder spartenorientierten Archivflyern, -broschüren, Internetauftritten, Beständeübersichten – und mit etwas anderer Schwerpunktsetzung als die bereits bekannten institutionenbezogenen regionalen Archivführer¹ – sollen die Archive und weitere quellenverwahrende Institutionen im sachthematischen Archivführer als regionaler Verbund präsentiert werden. Dieser existiert zwar nicht in einem juristisch-institutionellen Sinne, bildet sich aber in spontaner oder längerfristiger Kooperation immer wieder neu. Wir teilen Aufgaben, Methoden und die Herausforderung, unse-

ren Nutzerinnen und Nutzern die jeweilige Zuständigkeit, den Aufbau der Bestände, dessen Konsequenz für ihr jeweiliges Forschungsanliegen und unsere Arbeitsweise zu erklären. Nicht selten beraten Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter einer Archiveinrichtung Forschende stellvertretend für andere Archive in der Region mit, wenn sich ergibt, dass ein Anliegen den Besuch mehrerer Institutionen erfordert. Mindestens wird dabei geholfen, geeignete Bestände und deren Verwahrort zu ermitteln. Themenabhängig kommen dabei gegebenenfalls auch weitere Einrichtungen wie Museen und Bibliotheken ins Spiel. Aus personellen und praktischen Gründen liegt der Schwerpunkt des vorliegenden Projektes auf den regionalen Archiven und Gedenkstätten.²

Zugang

Weil es für Archivnutzerinnen und -nutzer mit geringeren Vorkenntnissen, zunehmend aber auch für Teile der fachwissenschaftlichen Klientel schwierig ist, die provenienz- und aufgabenbezogene Ordnung der Archivbestände nachzuvollziehen und für ihre eigenen Fragestellungen anwendbar zu machen, soll ihnen diese im gegenwärtigen Projekt exemplarisch demonstriert werden. In kurzen historischen Artikeln erschließen wir themenbezogen Bestände- und detailliertere Quellenhinweise – einem wissenschaftlichen thematischen Archivführer³ oder Quelleninventar ähnlich, aber weder monothematisch noch auf Ausführlichkeit oder Vollständigkeit ausgelegt.

Vielmehr geht es darum, mit Hilfe individuell geschriebener, gut lesbarer Texte verschiedener Autorinnen und Autoren unterhaltsam Themen und Quellenbasis zu ver-

knüpfen und ganz nebenbei auch die regionale historische Kultur sichtbar zu machen.

Entwicklungsschritte

Zunächst wurde eine Liste potenzieller Themen erarbeitet, sie wird ständig fortgeschrieben. Es galt, zentrale Objekte, Ereignisse, Phänomene, mithin Begriffe zu finden, die Geschichte und Gegenwart der Region Braunschweig maßgeblich prägen. Geradezu symbolisiert wird sie beispielsweise durch den Braunschweiger Löwen, die Welfen oder Till Eulenspiegel. Nicht alle Themen verbinden sich so offenkundig oder ausschließlich mit ihr, sondern könnten ebenso andere Regionen und Landschaften repräsentieren (z. B. Spargel, Klaviere, Hanse). Hier wie dort erwachsen aus der Aufgabenbewältigung der Verwaltung und anderer Stellen im Zusammenhang mit z. B. (land-)wirtschaftlicher Produktion, Handel und Gewerbe oder völlig anderen Gebieten Unterlagen, die – formiert in Archivbeständen – die Quellengrundlage für historische, heimatgeschichtliche oder sonstige Forschung bilden. Mit diesem Blickwinkel wurde ein Teil der Begriffe für die Themenliste des sachthematischen Archivführers ausgewählt.

Um noch auf einer möglichst breiten exemplarischen Basis zu vermitteln, welche Informationen in welchen Archiven gewonnen werden können und wie sich ein Bezug zwischen Beständen, Quellen und potenziellen Forschungsinteressen der Archivnutzer/innen herstellen lässt, haben wir auch allgemeinere Stichworte und Themenfelder aufgenommen. Viele Nutzungsanliegen entspringen einem über rein regional- oder lokalgeschichtliche Fragestellungen hinaus-

gehenden Forschungsinteresse. Oder umgekehrt formuliert: Es gilt zu verdeutlichen, in welcher Weise regionale Archive auch für nicht oder nicht in erster Linie regionalgeschichtlich gebundene Themenstellungen genutzt werden können (z. B. Nachhaltigkeit, Klimakrise, Grenzen, Liebe, Helden etc.). Die Quellenbeispiele in den betreffenden Artikeln des Archivführers verknüpfen exemplarisch überörtliche Themenstellungen mit der Regional und Landesgeschichte.

Aus der entstandenen, nicht abgeschlossenen Stichwortliste konnten und können interessierte Autorinnen und Autoren Artikelthemen auswählen. Gegenwärtig sind ungefähr 20 Themen zur Bearbeitung vergeben und zum größten Teil bereits abgefasst. Weitere 10–20 Artikel sollten für eine erste Realisierung des erweiterbaren Projektes hinzukommen. Bei Erfolg wäre ein weiterer Band denkbar oder eine Fortsetzung als Online-Projekt, beispielsweise über die Website der Braunschweigischen Landschaft.

Um uns darüber klar zu werden, wie ein thematischer Archivführer überhaupt aufgebaut werden kann, wie er aussehen und wie die einzelnen Texte geschrieben werden sollen, haben wir seit Projektbeginn zwei Workshops mit externen Referenten durchgeführt. Ein Mitarbeiter der Akademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel begleitete die teilnehmenden Arbeitsgruppenmitglieder zunächst bei der Definition der Zielgruppen und der Möglichkeiten, das Werk aufzubauen und zu gestalten. Ein Geschichtsdidaktiker der Technischen Universität Braunschweig legte dabei das allgemeine Interesse universitärer Zielgruppen, insbesondere aber seiner Studierenden an Archiven überhaupt und einem solchen Projekt insbesondere dar. Gleichwohl wur-

de nach intensivem Austausch über die Nutzergruppen der Institutionen, deren Vertreterinnen und Vertreter am Workshop teilnahmen, entschieden, als Zielgruppe für einen sachthematischen Archivführer in erster Linie die vielen historisch interessierten, aber wenig bis gar nicht vorgebildeten Archivbesucherinnen und -besucher anzunehmen, weniger die (professionelle) Historikerzunft, auch nicht monothematisch forschende Gruppen wie beispielsweise Genealogen. Mit Blick auf die Vorgaben der Braunschweigischen Landschaft zielt das Projekt insbesondere auch auf Ortsheimatpflegerinnen und -pfleger sowie andere ortsgeschichtlich Forschende. Studierende zählen erfahrungsgemäß ebenfalls eher zur Gruppe der irgendwie historisch Interessierten als zur wissenschaftlich arbeitenden Nutzerklientel. Wenn sie überhaupt in Archiven forschen, erfordert ihr oft sehr eng gesteckter Studienplan einen besonders leichten und schnellen Zugang zu den benötigten Quellen. Fraglich ist allerdings, ob und inwieweit sie überhaupt über Printproduktionen wie den geplanten Archivführer als Hilfsmittel für die Archivbenutzung erreichbar wären. Die Möglichkeit einer zumindest parallel zu realisierenden Online-Publikation wurde angedacht, aber nicht abschließend beraten.

Ebenfalls intensiv diskutiert wurde die Ausrichtung des Projektes: zwischen einer kulturhistorischen Darstellung der Regionalgeschichte (etwa als „Geschichte der Region Braunschweig in 50 Begriffen“) mit Angabe von Quellen und Archiven und einem dezidiert als Mittel der archivischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit angelegtem Archivführer, der zugleich historischen Informations- und Unterhaltungswert besitzen

soll. Als Ergebnis des ersten Workshops wurde letztlich folgendes Kurzkonzept für die Autorinnen und Autoren herausgearbeitet:

Anhand der Kurzdarstellung verschiedener die Geschichte des Braunschweiger Landes und seiner Städte direkt oder indirekt betreffender Themen, Ereignisse und Phänomene mit Angabe relevanter Quellen und/oder Archivbestände soll ein Zugang zur Archivlandschaft des Braunschweiger Landes geboten werden, der sich an eine historisch interessierte Öffentlichkeit richtet. Ein möglichst allgemeinverständlicher, gut lesbarer Schreibstil ist erwünscht.

Geplant sind ein möglichst konkreter darstellender Textteil A (maximal 3 Seiten umfassend und 2–3 Abbildungen enthaltend) sowie ein Quellenteil B (maximal 2 Seiten umfassend), beide im Prosastil. Im darstellenden Teil können bei Bedarf einzelne Quellen angeführt und gegebenenfalls abgebildet werden. Im sich anschließenden Quellenabschnitt werden die für das Thema relevanten Archivbestände, wenn möglich aus mehreren Institutionen, aufgeführt und hinsichtlich Relevanz und Provenienz bzw. archivischem Kontext beschrieben. Sofern einzelne besonders wichtige Quellen im ersten Textteil genannt wurden, können sie im zweiten Teil in ihrem Überlieferungskontext genauer erläutert werden. Das Ziel ist auch hier Relevanz, nicht die Vollständigkeit. Weiterhin ist hier die Möglichkeit gegeben, weniger bekannte, gleichwohl interessante Archivbestände und Verwahrorte hervorzuheben. Ebenso können die darstellenden Texte auch überraschende, nicht unbedingt sofort ins Auge springende Perspektiven auf die jeweilige Thematik oder auch fiktive Beispiele beinhalten. Beabsichtigt ist, die von den jeweiligen Verfasserinnen und Ver-

fassern entworfenen Quellenabschnitte unter Einbeziehung der in Frage kommenden Archive redaktionsseitig zu ergänzen, auf Redundanzen zu prüfen und stilistisch zu vereinheitlichen. Diese Verfahrensweise wird herausfordernd und arbeitsaufwändig werden, sollte aber die Qualität des geplanten archivischen Orientierungsgebers steigern.

Zur Entlastung der Texte werden unverzichtbare Fachbegriffe aus der archivischen Arbeit und der Nutzung von Archiven sowie historische Fachtermini und aus den Quellen stammende Begriffe ausführlich in einem Glossar erläutert.

Ein Serviceteil wird die Archivadressen mit einer „Visitenkarte“ der Institutionen sowie einen erläuternden Text über den Zugang zu Archiven und die Nutzung von Archivgut nebst einem knappen Literaturverzeichnis enthalten. Eine optisch ansprechende, professionell erstellte Aufmachung ist angestrebt. Beispielsweise könnte ein Farbkonzept zur Orientierung im Band beitragen.

Das Schreiben kurzer ansprechender Texte wurde im Rahmen eines weiteren Workshops, einer eintägigen Schreibwerkstatt, geübt. Hieraus ist die Hälfte der bereits vorliegenden Artikelentwürfe für den Band hervorgegangen. Zwei Beispiele sollen kurz erläutern, wie man an die Aufgabe herangehen kann:

I. Löwe-Text von Brage Bei der Wieden:

Der Text erläutert die Bedeutung des Löwen-Standbildes in Braunschweig für Herzog Heinrich den Löwen, seine Nachfolger, die Stadt Braunschweig und die Nachwelt. So

weist der Autor exemplarisch auf verschiedene Adaptationen auf Siegeln, Logos und sonstigen bildlichen Darstellungen hin: Über Vereins- und Firmenlogos ist der Löwe weiterhin fest im heutigen Bewusstsein der Region verankert.

Mit einer sich anschließenden kurzen Beschreibung des weiteren Umgangs mit dem Standbild sowie des Streits um die Eigentumsfrage zwischen Stadt und Land Niedersachsen treten zu dem umspannenden Themenfeld „Identifikationssymbol Braunschweiger Löwe“ rechtliche und konservatorische Aspekte hinzu. So deutet der Autor auf wenig Raum die Dimension des Themas und mögliche Anknüpfungspunkte für weitere Fragen an. Wichtige einzelne Quellen (kaiserlicher Wappenbrief zur Bestätigung der Nutzung des Löwensymbols für die Stadt Braunschweig von 1414) und abbildungsgerechte Beispiele bildlicher Darstellung (z. B. Logo der Firma Heinrich Büssing, Emblem des Braunschweiger Turn- und Sportvereins „Eintracht“) werden im Haupttext (A) erwähnt. Die umfassenden und weiterführenden Archivbestände (Siegelabdrucks- und Urkundensammlungen, Aktenbestand „Städtisches Museum“ im Stadtarchiv Braunschweig mit Quellen zur Restaurierung des Löwen-Standbildes; Nachlass „Scheel“ im Landesarchiv mit Quellen zum Eigentumsstreit) werden im Quellenabschnitt (B) beschrieben. Ergänzt werden könnten einschlägige Hinweise auf Firmenwerbung mit dem Löwen in Archivbeständen der genannten Firmen.

2. Lärm-Text von Norman Pingel:

In diesem Text durchschreitet der Verfasser den historischen Bedeutungshorizont von „Lärm“, ausgehend von der Entstehung des Begriffs im militärischen Kontext („Alarm“, aus „ad arma“) über die Verbindung zwischen Lärm und Aufruhr bis hin zu den vielfältigen Vorstellungen von Ruhestörung,

durch Geräusche von Menschen, Fabriken und Verkehr. Erwähnt werden obrigkeitliche Erlasse gegen ausuferndes Feiern, besonders bei Hochzeiten und an Neujahr, Bestimmungen für Handwerker und Maßnahmen gegen studentisches Unfug-Treiben. Das nicht vordergründig regionalgeschichtlich gebundene Thema lässt sich gleichwohl vielfach mit der historischen Lebenswelt der Menschen der Region verknüpfen, wie der Autor exemplarisch vorführt.

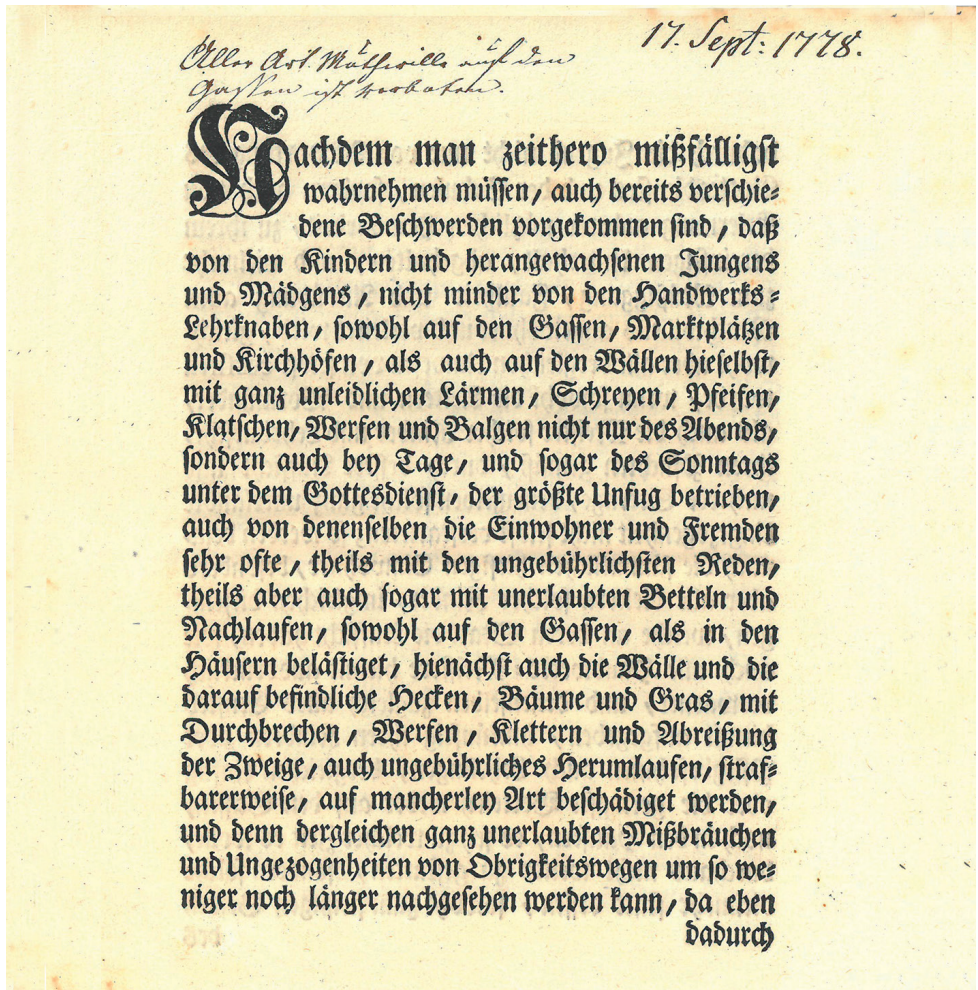


Abb. 2: Verordnung gegen Lärmen und Mutwillen auf den Gassen, 1778 (Quelle: NLA WO 40 Slg Nr. 12034)

Im Quellenabschnitt hat der Autor durch Nennung einzelner Quellen (z. B. bestimmte obrigkeitliche Erlasse) aus dem Niedersächsischen Landesarchiv Wolfenbüttel vorgearbeitet. Entsprechende Quellen normativen oder regulativen Charakters verwahren fast alle teilnehmenden Archive, neben dem Landesarchiv insbesondere Kommunal-, aber auch Kirchenarchive. Lärmreduzierung im Wirtschafts- und Verkehrswesen (Gesundheitsschutz) als Aufgabe der Verwaltungen lässt sich ebenfalls in entsprechenden Beständen nachweisen. Einen besonderen Aspekt führt der Autor mit folgender Quelle exemplarisch an: Planung und Ausbau von Verkehrsgrünflächen in der Weststadt sowie Lärmschutzbepflanzung an der Südtangente (Stadtarchiv Braunschweig, E 67:145, Magistratsarchiv des 20. Jahrhunderts, Stadtgarten- und Grünflächenamt). Kirchenarchive verwahren Quellen zur Läuteordnung. Auf das Läuten der Glocken kann im Artikel „Lärm“ sowohl unter dem Aspekt der Alarmierung als auch demjenigen der Ruhestörung hingewiesen werden.

Unternehmensarchive verwahren Quellen zu Lärmschutzaufgaben, möglicherweise zu bestimmten akustischen Einrichtungen, Ausrüstungen etc.

Über die Auswahl und Begrenzung der Quellen- und Bestandshinweise in Kombination mit den angeschnittenen inhaltlichen Aspekten wird noch intensiv zu beraten sein, generell und für jeden einzelnen Beitrag. Die Möglichkeiten der Darstellung sind natürlich vielfältig, wie die beiden Beispiele zeigen. Die Herausforderung liegt für die Verfasserinnen und Verfasser vor allem darin, sich für aussagekräftige Beispiele zu entscheiden. Die vorgestellten Textbeiträge erreichen das Ziel, auf leichte Weise zu demonstrieren, wie eine Verbindung zwischen unendlich scheinender Verwaltungsüberlieferung in Archiven und unterschiedlich begrenzten Forschungsinteressen hergestellt werden kann. Man könnte der gewählten Vorgehensweise eine gewisse Beliebigkeit vorwerfen, doch setzt sie auch kreative Kraft frei und erhöht die Realisierungschancen des Projektes.

- 1 Diese stellen mehr oder weniger ausführlich nacheinander die Institutionen der Region vor, z. B. Archivführer Schleswig-Holstein: Archive und ihre Bestände, hg. vom Landesarchiv Schleswig-Holstein, dem Verband schleswig-holsteinischer Kommunalarchivarinnen und -archivare e. V. (VKA) und dem Nordelbischen Kirchenarchiv, Hamburg 2011, sowie als Webpublikation: http://hup.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2011/114/pdf/HamburgUP_LASH_100_Archivfuehrer.pdf (letzter Abruf 29.11.2019); vgl. kritisch resümierend hierzu: Hans-Jürgen Höötmann, Regionale Archivführer: Auslaufmodell oder zeitgemäßes Archivmarketing?, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 72 (2010), S. 45–49.
- 2 Ein Regionalführer „Braunschweigische Museumslandschaft“ wurde von der Braunschweigischen Landschaft bereits 2011 herausgegeben: <https://www.braunschweigischelandschaft.de/publikationen/museumsfuehrer.html> (letzter Abruf 29.11.2019); dieser ist institutionen-, nicht thematisch bezogen angelegt.

- 3 Neuere Publikationen dieser Art sind zum Beispiel: Susanne Freund, Archivführer Deutsche Kolonialgeschichte, hg. in Verbindung mit der Fachhochschule Potsdam, 2017 (wird fortlaufend ergänzt), Webpublikation: <https://archivfuehrer-kolonialzeit.de/> (letzter Abruf 29.11.2019); Anette Vogt, Archivführer zur Wissenschaftsgeschichte, 2. Aufl., Berlin 2018.

*Birgit Hoffmann
leitet das Landeskirchliche Archiv der
Evangelisch-lutherischen Landeskirche
Braunschweig in Wolfenbüttel.*

E-Mail: archiv.lka@lk-bs.de

Vom Keller ins Kino – mit Amateurfilmen in die Öffentlichkeit

von **Susanne Altenburger**

Amateurfilme wurden erst in jüngerer Zeit als Quellenbestand besonders für alltagsgeschichtliche Themen interessant. Somit liegt es nahe, dass sich auch kommunale Archive dieser durchaus diffizilen und technisch anspruchsvollen Quellengattung annehmen. Der Weg *Vom Keller ins Kino – mit Amateurfilmen in die Öffentlichkeit*, den das Stadtarchiv Lüneburg seit einigen Jahren erfolgreich beschreitet, wird im folgenden Praxisbericht skizziert.¹ Wir freuen uns, wenn das Lüneburger Beispiel andere kommunale Archive motiviert, die private lokale Filmüberlieferung zu sichern, sie zugänglich zu machen und öffentlichkeitswirksam zu nutzen.

Zum Quellenwert des Amateurfilms

Warum überhaupt sollten sich kommunale Archive der mit großem finanziellem und personellem Aufwand verbundenen Akquise, Sicherung und Nutzbarmachung von Amateurfilmen widmen?² Oftmals betreten Archive hier fachliches Neuland. Haben Filme unserer Eltern oder Großeltern gar einen historischen Quellenwert? Nur dann ergibt sich doch die öffentliche Akzeptanz für eine dauerhafte Erhaltung.



Abb. 1: Sonntagsspaziergang durch den Kurpark Lüneburg, Familienfilm 1961 (StadtALg, FT-529, Marlen Niebuhr)

Für das persönliche Umfeld gedacht, konservieren Familienfilme die glücklichen Momente des privaten Lebens.³

Ein zentrales Thema der filmischen Autobiografie ist das Heranwachsen des Kindes, ein Phänomen, das sich auch im Lüneburger Bestand niederschlägt. Familie und Freunde fungieren als Statisten, die Aufnahmen sind für die Familie ein Mittel der Selbstbestätigung. Eine Besonderheit bilden die sogenannten Klubfilme, die von Filmamateuren im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Lüneburger Filmklub geschaffen worden sind. Diese orientieren sich in ihrem inhaltlichen Anspruch am professionellen Dokumentar- oder Reportagefilm.⁴ Die private Filmüberlieferung ist aber nur ein Fragment: Gefilmt nach dem Motto „Wochenend“ und Sonnenschein“ sind Einblicke in den Arbeitsalltag selten, nahezu gänzlich fehlen persönliche Krisen und Konflikte.⁵

Fixieren Amateurfilme öffentliche Ereignisse, wie den Bruch des Elbe-Seitenkanals 1976, können sie einmalige historische Quellen sein.⁶

Die unreflektierte filmische Momentaufnahme einer Privatperson besitzt einen hohen authentischen Dokumentationswert, ergänzt die professionelle Filmpraxis und ist ein wesentlicher Bestandteil des visuellen kollektiven Gedächtnisses. Grundsätzlich transportiert der subjektive Blick der Filmenden unbewusst ein Stück Zeitgeschichte und Lebensgefühl. Auf der zweiten Ebene, im Hintergrund und auf den Nebenschauplätzen, fängt er zufällig das städtische Leben mit all seinen gesellschaftlichen, baulichen und technischen Entwicklungsprozessen und Facetten ein: eine wahre Fundgrube u. a. für soziohistorische Fragestellungen!



Abb. 2: Bruch des Elbe-Seitenkanals am 18.07.1976 und seine Auswirkungen (StadtALg, FT-350, Karl-Heinz Schormann)

Das Sammlungskonzept für Amateurfilme des Lüneburger Stadtarchivs

Zur Initialzündung des Projekts kam es 2013 während der ANKA-Tagung in Lüneburg, als sich ein erster Kontakt mit einem Unternehmen ergab, das sich auf die Digitalisierung von Filmen spezialisiert hat.⁷ Ausschlaggebend war der drohende Verlust des bereits im Stadtarchiv archivierten, fragilen analogen Filmmaterials.⁸ Der jährlich stattfindende UNESCO-Welttag des audiovisuellen Erbes war der willkommene Aufhänger, um öffentlich auf diese Problematik hinzuweisen.⁹ Bei Gesprächen mit den Interessenten stellte sich zudem heraus, dass selbst noch gut erhaltene analoge private Filme aufgrund von defekten oder fehlenden Abspielgeräten immer wieder entsorgt werden. Insofern können wir nach den bisherigen Erfahrungen dem LWL-Medienzentrum für Westfalen nur beipflichten, wenn es den Amateurfilm in seiner Existenz als „hochgefährdet“ bezeichnet.¹⁰

Nachdem die Werbetrommel kräftig gerührt worden war, fand im Herbst 2013 die erste von bislang sechs sogenannten *Film-digitalisierungsaktionen* des Lüneburger Stadtarchivs statt.¹¹

Bei der stets zweitägigen Veranstaltung mutiert der Lesesaal des Archivs zum Technikzentrum.¹² Als kostenfreies Rahmenprogramm laufen schon archivierte und digitalisierte Filme in Endlosschleife. Der Anreiz zur Teilnahme ist, analoge Familienfilme vor Ort in Echtzeit zum Aktionspreis digitalisieren lassen zu können – Film to go – und bei Archivwürdigkeit des Films die Kostenübernahme der Digitalisierung und der Erhalt

des Originals durch das Stadtarchiv.¹³ Die abgebende Familie erhält abschließend eine digitale Filmkopie: eine klassische Win-win-Situation.

Die *Bewertung* erfolgt bei einer ersten Filmsichtung.¹⁴ Das Hauptkriterium ist ein lokaler Bezug möglichst mit Unikat-Charakter. Gesucht werden Aufnahmen, die den sozialen Alltag, gesellschaftliche Veränderungen wie auch das regionale Brauchtum widerspiegeln. Dabei wird großzügig bewertet und keine Best-of-Sammlung angestrebt. So haben wir eine Vielzahl von Familienfilmen von Einschulungen aus mittlerweile vier Jahrzehnten vorliegen, die den Wandel dieser Tradition anschaulich belegen. Auch die an Postkartenmotive erinnernden filmischen Stadtrundgänge werden durchaus wohlwollend bewertet.¹⁵ Die physische Beschaffenheit des Filmmaterials wird berücksichtigt, führte bisher aber nicht zum Ausschluss.¹⁶ In diesem frühen Stadium der Archivierung wird der Entstehungs- und Überlieferungskontext (u. a. Urheberschaft, Datierung, bisheriger Standort, Provenienz, Ansprechperson) erfragt und dokumentiert. Wird die Archivwürdigkeit bejaht, hat die Bewahrung des Originals oberste Priorität – mit dem 8-mm-Schmalfilmformat halten wir schließlich ein Unikat in den Händen!¹⁷

Bei der *Digitalisierung* von Normal 8 und Super 8 mit einem Einzelbild von 4 x 5 mm (!) gibt es keine Patentreue, der Entscheidungsspielraum ist individuell und kontextabhängig.¹⁸ Das Ziel ist die Konservierung der analogen Vorlage mit einer möglichst authentischen digitalen Wiedergabe. Am Beginn des Projekts fehlten bei der digitalen Langzeitarchivierung des 8-mm-Filmformats noch Standards.¹⁹ In Abwägung von Kosten und Speicherbe-

DIGITALISIERUNGS - AKTION 3

IM
STADTARCHIV
WALLSTRASSE 4, LÜNEBURG
TEL. 04131/309-3226
STADTARCHIV@STADT.LUENEBURG.DE

FR 4.
& SA 5.
APRIL 2014
9 - 18 UHR

+ SUPER 8-
UND VHS-
DIGITALISIERUNG

+ TIPPS VON
EXPERTEN

DAS
STADTARCHIV
ZEIGT ALTE
LÜNEBURGER
FILMSCHÄTZE
AB 1913
- EINTRITT FREI -

ViSDP: Dr. Thomas Lux, Stadtarchiv, Wallstrasse 4, 21335 Lüneburg



Abb.3: Plakat zur 3. Filmdigitalisierungsaktion, April 2014 (Stadtarchiv Lüneburg)

darf, Qualität und Zugänglichkeit hat sich das Lüneburger Stadtarchiv daher für eine temporäre Zwischenlösung zugunsten eines Nutzungsformates mit einer flexiblen Verwertungsmöglichkeit entschieden.²⁰ Die digitale Umwandlung in ein Archivierungsfilmformat steht in naher Zukunft an.²¹

Die *Bilanz* des Sammlungskonzepts nach sechs Jahren: Aus der Amateurfilmszene heraus konnten bisher rund 300 neue Archivnutzerinnen und -nutzer angesprochen werden. Durchschnittlich erweiterte sich der Filmbestand um etwa 30 Amateurfilme pro Digitalisierungsaktion. Die Teilnehmenden wirken als Multiplikatoren: Durch Mund-zu-Mund-Propaganda werden dem Stadtarchiv nun regelmäßig private Filmaufnahmen zur Verwahrung angeboten. Sichtungsgesetze vor Ort ermöglichen auch unabhängig vom Dienstleister eine erste Bewertung. Die mittlerweile rund 300 archivierten Amateurfilme im 8-mm-Format haben eine Gesamtspielzeit von gut 24 Stunden. Die Kosten der Filmdigitalisierung bemessen sich nach analogem Ausgangsformat, Erhaltungszustand und dem angestrebten digitalen Endformat. Für die Digitalisierung der 300 privaten Filmrollen wurden in den vergangenen sechs Jahren insgesamt knapp 3 500 Euro aufgewendet.

Inhaltlich liegt ein filmischer Querschnitt der jüngeren Lüneburger Stadtgeschichte vor, der alltags- und sozialgeschichtliche Antworten liefern kann. Der zeitliche Bogen spannt sich von 1940 bis in die späten 1980er Jahre, dann setzt in der privaten Filmpraxis der digitale Technikwandel ein. Das Stadtarchiv Lüneburg hat sich durch die aktive Sammlungsstrategie in puncto Filmarchivierung profiliert und in der öffentlichen Wahrnehmung etabliert.

Zugänglichmachung und Nutzung

Spätestens mit ihrer *Verzeichnung* werden die privaten Filme über den familiären Kontext hinaus zum öffentlichen Archivgut. Hierbei unterstützen uns die Urheberinnen und Urheber bzw. deren Familien. Deren spezifischen Kenntnisse fließen idealerweise in ein detailliertes Filmprotokoll ein. Für eine leichte Recherche werden Filmdatei und digitalisiertes Begleitmaterial im Datensatz verknüpft. Ein erster inhaltlicher Zugang zum Filmbestand ist im Online-Findbuch des Lüneburger Stadtarchivs möglich, derzeit noch ohne Einbindung der Digitalisate.²² Im Portal „Historische Filmbestände in Niedersachsen“ des Filminstituts Hannover ist die Lüneburger Filmsammlung gelistet.²³

Doch die Familienfilme sollten nicht nur gesichert, sie sollten auch wieder zum Leben erweckt werden.²⁴ Die rechtliche Voraussetzung einer späteren Filmverwertung ist die Übertragung von Nutzungsrechten.²⁵ Während urheberrechtliche Aspekte noch relativ leicht klar geregelt werden können, kann die Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte ein Ausschlusskriterium sein und erfordert vor einer möglichen Nutzung eine sorgsame Einzelfallentscheidung. Die enge Zusammenarbeit zwischen Stadtarchiv und Filmamateuren ist von Vertrauen und Wertschätzung geprägt. Handelt es sich um eine erstmalige Veröffentlichung, erhält die Familie vorab eine digitale Kopie der Filmaufnahme zur Prüfung und Freigabe.²⁶

Regionale Geschichte in bewegten Bildern liegt im Trend und die private Filmüberlieferung ergänzt die offizielle. Und dabei zeigt sich: Der Amateurfilm ist ein

wahrer Publikumsmagnet. Anreiz, den Filmbestand im großen Stil zu präsentieren, war der UNESCO-Welttag des audiovisuellen Erbes im Herbst 2014. Nun ging es für eine Auswahl von Amateurfilmen tatsächlich vom *Keller ins Kino*.

In Kooperation mit dem Lüneburger Programmokino SCALA feierten vor ausverkauftem Haus zwei eigens vom Stadtarchiv produzierte Filme ihre Premiere.²⁷ Finanziell war das Stadtarchiv zu 50 % umsatzbeteiligt.²⁸



Abb.4: Kinoplatat „Historisches Lüneburg - Filmschätze aus dem Stadtarchiv“, SCALA-Programmokino Lüneburg, Herbst 2014 (Stadtarchiv Lüneburg)

Die zweckgebundenen Mehreinnahmen flossen in die Bestandserweiterung sowie Digitalisierung des Film- und Tonbestandes. Der Dauerbrenner „Historisches Lüneburg – Filmschätze aus dem Stadtarchiv“ bietet eine unterhaltsame Zeitreise durch Lüneburgs Geschichte des 20. Jahrhunderts. Bei verschiedenen Anlässen, wie dem „Tag des offenen Denkmals“, läuft der Film immer wieder vor großem wie kleinem Publikum und mit ihm ging das Lüneburger Stadtarchiv on tour: In mehreren Seniorenheimen gaben wir Extra-Vorstellungen.

Die Nutzung der Amateurfilme ist auch im Kontext der archivischen Praxis überaus vielfältig.

Eingebunden

- in eigenen Veranstaltungen, wie Ausstellungen und Vorträgen,
- in Medienstationen der Dauerausstellung im Museum Lüneburg,
- als bewegtes Bühnenbild im städtischen Theater,
- in gemeinsamen Projekten mit der Volkshochschule REGION Lüneburg,
- als Vorprogramm beim sommerlichen Open-Air-Kino,
- in diversen Filmproduktionen, wie dem regionalen TV-Format des Norddeutschen Rundfunks *Unsere Geschichte* oder
- als Event im bundesweiten Kunstprojekt *Wunderblock-Deutschland*

ist sie für das Stadtarchiv und damit auch für die Hansestadt Lüneburg Werbung in eigener Sache.

Erfreulicherweise entdeckt nun die Forschung den Amateurfilm. Mit Unterstützung des Stadtarchivs thematisieren Studierende der Leuphana Universität Lüneburg die

Erhaltung und kulturhistorische Rezeption dieses Filmgenres. Aktuell unterziehen zwei wissenschaftliche Arbeiten die private Filmüberlieferung einer quellenkritischen Analyse.²⁹

Fazit

Das private lokale und regionale Filmerbe ist ein kultureller, aber strukturell stark gefährdeter Schatz – folglich ist es die dringende Aufgabe kommunaler Archive, diesen zu heben und zu erhalten. Je nach Kapazität der jeweiligen Einrichtung gibt es eine Bandbreite von Möglichkeiten, hier ist ein individueller Weg zu beschreiten.

Das hier vorgestellte Lüneburger Beispiel möchte ermutigen: Lassen Sie sich auf das Abenteuer Amateurfilm ein!

- Archive ergänzen mit privaten Filmen ihr Sammlungsprofil.
- Archive gewinnen mit dem Medium Film neue Gruppen von Nutzenden und erhöhen ihre Nutzungsfrequenz.
- Mit der Zugänglichmachung und Verwertung von Amateurfilmen erfahren Archive eine breite Zustimmung und positionieren sich verstärkt in der öffentlichen Wahrnehmung.

Das Lüneburger Stadtarchiv hat mit seinem hier dargelegten Sammlungskonzept durchweg positive Erfahrungen machen können und steht den zukünftigen, sich stetig wandelnden technischen Gegebenheiten bei der Filmarchivierung offen gegenüber. „Grundsätzlich müssen wir uns davon verabschieden, dass es eine perfekte Lösung bzw. Strategie gibt ... In einem so wunderbaren Umfeld [wie dem Film] ist der schlimmste Fehler, gar nichts zu tun“.³⁰

- 1 Es handelt sich um die erweiterte Fassung des gleichnamigen Vortrags auf dem 4. Niedersächsischen Archivtag in Göttingen am 29.04.2019. Die folgenden Aussagen konzentrieren sich exemplarisch auf das analoge Schmalfilmformat 8-mm. Im Stadtarchiv Lüneburg liegen rund 300 Filmrollen auf Normal 8 und Super 8 vor, überwiegend ohne Ton. Diese bilden etwa 90 % des Amateurfilmbestandes und 70 % der gesamten Filmsammlung. Andere Filmformate sind analoge und digitale Videokassetten.
- 2 Die Begriffe Amateurfilm, privater Film und Familienfilm werden synonym verwendet, obwohl diese sich von ihrer kreativen Gestaltungshöhe und Bearbeitung (u. a. Zwischentitel, Vor- und Abspann) her unterscheiden. Gemeinsames Kennzeichen ist die nicht kommerziell ausgerichtete Filmpraxis.
- 3 Vgl. Michael Kuball, Familienkino. Geschichte des Amateurfilms in Deutschland. Band 1: 1900–1930 und Band 2: 1931–1960, Reinbek bei Hamburg 1980; Alexandra Schneider, „Die Stars sind wir.“ Heimkino als filmische Praxis, Marburg 2004; Martina Roepke, Privat-Vorstellung. Heimkino in Deutschland vor 1945, Hildesheim 2006; Ulrike Schröder, „Mein Heimatdorf Seifersbach“ – Betrachtungen zum Amateurfilm als Quelle, Mittweida 2008, online: <https://docplayer.org/15288413-Mein-heimatdorf-seifersbach-betrachtungen-zum-amateurfilm-als-quelle.html> (letzter Abruf 31.10.2019); Reiner Ziegler, Die Welt im Auge des Filmamateurs. Private Filmüberlieferung in der Landesfilmsammlung Baden-Württemberg, in: Archivar 62 (2009), S. 26–33; Siegfried Matt/Carina Lesky/Vrääth Öhner/Ingo Zechner (Hg.), Abenteuer Alltag. Zur Archäologie des Amateurfilms, Wien 2015; Dirk Alt, Bewegtbilder als Zeitdokumente. Quellenwert und Manipulierbarkeit historischer Filmaufnahmen, in: Wilfried Köpke/Peter Stettner (Hg.), Filmerbe. Non-fiktionale historische Filmdokumente in Wissenschaft und Medienpraxis, Köln 2018, S. 27–44.
- 4 Beispielsweise durch eine in sich abgeschlossenen Handlung der Filmaufnahme.
- 5 Neben Bauen im privaten und öffentlichen Raum liegen private Filmaufnahmen aus kleineren Familienbetrieben mit neu gestalteten Verkaufsräumen sowie Werkstätten vor und dokumentieren dabei die alltägliche Arbeitssituation.
- 6 Zum Kanalbruch am 18.07.1976 finden sich im Filmbestand rund ein Dutzend Amateurfilme, die die Katastrophe aus unterschiedlichen Blickwinkeln festhalten. Weitere Ereignis-Aufnahmen dokumentieren den Einzug der Bundeswehr 1958, Besuche von Staatspersonen, die Tausendjahrfeier der Stadt 1956 usw.
- 7 Die 51. Tagung der ANKA e. V. (Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchivare) fand unter dem Titel „Kommunalarchive in Niedersachsen – Archive und Recht“ vom 22.–23.04.2013 in Lüneburg statt. Der Dienstleister ist die Firma Film-Digital aus Wedemark, online: <http://film-digital.de> (letzter Abruf 31.10.2019).
- 8 Grundlegende Informationen zur Bestandserhaltung des analogen Films und seiner Konservierung bietet u. a. Sabine Lenk, Materialbestimmung und archivarisches Behandlung von Filmmaterial, in: Filmarchivierung: sammeln, sichern, sichten, sehen, hg. von Manfred Rasch und Astrid Dörnemann im Auftrag des Arbeitskreises Filmarchivierung NRW, Essen 2011, S. 19–51; Kurt Degeller, Bestandserhaltung audiovisueller Dokumente. Praxiswissen, Berlin 2014; Dirk Alt, „Don't throw film away! – Der Wert filmischer Ausgangsmaterialien im Zeitalter digitaler Unwägbarkeiten, in: Film- und Tondokumente im Archiv (Vorträge des 76. Südwestdeutschen Archivtags am 22.–23.06.2016 in Bad Mergentheim), hg. v. Kurt Degeller und Peter Müller, Stuttgart 2017, S. 9–17; Anna Leippe, 8-mm Ewigkeiten. Vom analogen 8-mm-Schmalfilmformat zur digitalen Kopie. Vortrag vom 18.01.2012 im ZKM | Zentrum für Kunst und Medien, Karlsruhe, ein Video des Vortrags findet sich unter <https://zkm.de/de/event/2012/01/anna-leippe-8-mm-ewigkeiten> (letzter Abruf 31.10.2019); Empfehlungen zum Erhalt des analogen Films liefert MEMORIAV, Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes der Schweiz, online: <https://memoriav.ch/film/empfehlungen-film/> (letzter Abruf 06.11.2019).
- 9 Online: <https://www.un.org/en/events/audiovisualday/> (letzter Abruf 31.10.2019).
- 10 Landschaftsverband Westfalen-Lippe, online: https://www.lwl-medienzentrum.de/de/Film_Tonarchiv/ (letzter Abruf 21.11.2019).
- 11 Neben Aufrufen über die städtische Pressestelle sowie regionale Presse, den Rundfunk, die sozialen Medien und mittels Plakataushängen erfolgte u. a. eine Vorstellung der Filmdigitalisierungsaktion auf dem Video-Portal der Lokalpresse, LZplay der Landeszeitung für die Lüneburger Heide am 28.10.2013, online: <https://www.lzplay.de/index.php/2013/10/28/zelluloid-war-gestern-das-stadtarchiv-digitalisierte-filmaufnahmen/> (letzter Abruf 31.10.2019).
- 12 Während der Veranstaltung sind vier Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. Um Wartezeiten zu vermeiden, erfolgt eine Terminvergabe, eine spontane Teilnahme ist nur begrenzt möglich.
- 13 Die Abgabe der Filme erfolgt als Schenkung. Die Digitalisierung der positiv bewerteten Filme findet später in höherer technischer Qualität extern statt (dazu auch Anm. 19). Der Dienstleister gewährleistet einen Hol- und Bringdienst der Filme.
- 14 Kryptische Beschriftungen der Filmdosen geben keine verlässlichen und ausreichenden Hinweise auf das tatsächliche Filmthema.
- 15 Zum Quellenwert von Amateurfilmen s. Anm. 8.
- 16 Während Farbveränderungen zum natürlichen Alterungsprozess des Films gehören, kann z. B. Schimmelbefall eine kostenintensive Bearbeitung erfordern und ein Ausschlusskriterium sein.
- 17 Vgl. Degeller, Bestandserhaltung (wie Anm. 8), S. 30. Zur passiven Konservierung von Film: ebd.,

- S. 32–35. Im Lüneburger Stadtarchiv besteht noch Handlungsbedarf, lagert die Filmsammlung derzeit noch bei 15° Celsius und etwa 40 % rel. Luftfeuchtigkeit. Das 8-mm-Schmalfilmformat liegt grundsätzlich auf sogenanntem Sicherheitsfilm auf Acetat- oder Polyesterbasis vor.
- 18 Vgl. Transfermedia (Hg.), Digitalisierungsfibel. Leitfaden für audiovisuelle Archive, Potsdam 2011; Archivierung von Amateurfilmen, in: Leitfaden für die digitale Langzeitarchivierung audiovisueller Medien, verfasst von der Nestor Arbeitsgruppe Media (nestor-materialien 19), Berlin 2016, S. 15–42, online: https://files.dnb.de/nestor/materialien/nestor_mat_19.pdf (letzter Abruf 11.11.2019); Anna Leippe, Im digitalen Dschungel – Überlegungen zur Digitalisierung von Filmen, in: Degeller/Müller (wie Anm. 8), S. 39–48; im November 2019 erschien der aktualisierte Leitfaden MEMORIAV-Empfehlungen, Digitale Archivierung von Film und Video. Grundlagen und Orientierung, Version 1.2, November 2019, online: https://memoriav.ch/wp-content/uploads/2019/11/DAFV_1.2_DE.pdf (letzter Abruf 11.11.2019); Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST), online <https://kost-ceco.ch/cms/de.html> (letzter Abruf 17.11.2019).
 - 19 Vgl. Ralf Springer, Digitalisierung von Fotos und Filmen: „Hilfe, ich verstehe meinen Dienstleister nicht“ – Basiswissen für Archive, in: LWL-Archivamt für Westfalen (Hg.), Fotos und Filme im Archiv – von analog bis digital. Tagungsband des 25. Fortbildungsseminars der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) in Erfurt 2016 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege Bd. 33), Münster 2016, S. 75–85.
 - 20 Die digitale Umwandlung des 8-mm-Filmformats erfolgte durch synchrone Aufnahme mittels Kameraabtastung (ausgestattet mit speziell entwickelter Optik unter LED-Beleuchtung) in das stark komprimierte, aber sehr gut zugängliche Videoformat MPEG-4, im Codec H.264 mit einer Bildauflösung in Full-HD (1920 x 1080 Pixel). Das Bildseitenformat von 16:9 ist mit beidseitigem Schwarzrand versehen, da das Original im Format 4:3 vorliegt. Die Bildwechselfrequenz ist an die heute gängigen 25 Bilder pro Sekunde angepasst. Der Speicherbedarf pro Spielminute beträgt etwa 300 MB, hochgerechnet umfasst das Gesamtdatenvolumen des Amateurfilmbestandes im 8-mm-Format im Stadtarchiv Lüneburg rund 320 GB.
 - 21 Der Erhaltungszustand der archivierten analogen Schmalfilme lässt eine erneute Digitalisierung ohne Einschränkung zu. Als Filmarchivierungsformat ist das Containerformat Matroska (*.mkv) vorgesehen, s. Archivierung von Amateurfilmen (wie Anm. 18), S. 27.
 - 22 <https://www.stadtarchiv-lueneburg.findbuch.net>
 - 23 <https://www.historische-filmbestaende-in-niedersachsen.de/lueneburg-stadtarchiv-lueneburg/> (letzter Abruf 17.11.2019).
 - 24 Hier diene uns das Mannheimer Beispiel als Anregung: Ulrich Nieß, Filme digital und die neuen Möglichkeiten bei einem imageträchtigen Sammlungsbestand, in: Michael Wettengel (Hg.), Digitale Bilder und Filme im Archiv. Marketing und Vermarktung (Vorträge des 66. Südwestdeutschen Archivtags am 24.06.2006 in Karlsruhe-Durlach), Stuttgart 2007, S. 19–30.
 - 25 Im Stadtarchiv Lüneburg liegt dieser ein Nutzungsvertrag zugrunde, erstellt mit juristischer Unterstützung. Dazu auch: Paul Kimpel (Hg.), Bewegte Bilder – starres Recht? Das Filmerbe und seine rechtlichen Rahmenbedingungen, Berlin 2011; Rainer Polley, Das Urheberrecht im Film, in: Rasch/Dörnemann (wie Anm. 8), S. 59–69; Fabian Schmieder, Der historische Film im Urheberrecht. Eine rechtliche Einordnung der Nutzungsmöglichkeiten nach der Reform des Urheberrechts durch das ‚Gesetz zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft‘ (UrhWissG), in: Köpke/Stettner (wie Anm. 3), S. 190–208; Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte, online: <https://www.gesetze-im-internet.de/urhrg/> (letzter Abruf 17.11.2019).
 - 26 In der Regel wird nur ein Klammerteil (Ausschnitt) eines Amateurfilms verwendet.
 - 27 „Historisches Lüneburg - Filmschätze aus dem Stadtarchiv“ und „Mittelschule“.
 - 28 Aus dem Kinoprojekt ergaben sich Mehreinnahmen von rund 5 200 Euro. Es ist jetzt an der Zeit, dass die Filmverwertung in der städtischen Kostensatzung Lüneburgs ihre Berücksichtigung findet, erfolgt diese doch bisher überwiegend unentgeltlich oder gegen Spende. Bemessungsgrundlage wäre die Dauer der verwendeten Filmsequenz.
 - 29 Bachelorarbeit, Major Kulturwissenschaften der Leuphana Universität Lüneburg, Marie-Christin Meyer, Amateurfilm und Ereignis – Der Kanalbruch 1976 in Filmen aus dem Lüneburger Stadtarchiv, Lüneburg 2019; Frank Uekötter, Der deutsche Kanal. Eine Mythologie der alten Bundesrepublik, [Erscheinungsdatum Frühjahr 2020].
 - 30 Anna Leippe, Im digitalen Dschungel, in: Degeller/Müller (wie Anm. 8), S. 38.

*Susanne Altenburger
ist Archivarin am Stadtarchiv Lüneburg.*

*E-Mail:
susanne.altenburger@stadt.lueneburg.de*

YouTube für Archivbenutzer

von Oliver Brennecke

Im Folgenden wird keine fertige YouTube-Strategie für Archive präsentiert, stattdessen werde ich über meine Erfahrungen sprechen, die ich mit meinem YouTube-Kanal „Forschen im Archiv“¹ gesammelt habe. Bevor ich aber genauer auf meinen Kanal eingehen werde, möchte ich ein paar Worte zu YouTube verlieren.

YouTube

YouTube² ist ein Videoportal, das 2005 gegründet wurde und seit 2006 zu Google LLC gehört. Benutzer³ können dort kostenlos Videos hochladen und ansehen. Wenn man auf YouTube angemeldet ist, können Videos auch kommentiert und geliket werden. YouTube gehört somit der Gruppe der sogenannten „sozialen Medien“ an. Laut dem Social-Media-Atlas⁴ ist Youtube das meistgenutzte soziale Medium in Deutschland. 81 % der Deutschen mit Internetanschluss ab 14 Jahren sind dort aktiv. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen liegt der Anteil bei sogar 98 %. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen liegt der Anteil bei 85 %. YouTube ist der Marktführer bei den Videoportalen. Es wird dabei hauptsächlich zu Unterhaltungszwecken genutzt. Allerdings wird YouTube auch für die Informationsbeschaffung verwendet. Da jeder Videos auf YouTube hochladen kann, gibt es

dort Videos zu den verschiedensten Themen. Die Inhalte sind dabei unterschiedlich professionell erstellt. Die Benutzung von YouTube ist kostenlos, da die Plattform über Werbung finanziert wird.

Idee zum Kanal

Wie entstand die Idee, selber Videos zum Archivwesen zu erstellen? Ausschlaggebend dafür war ein Archivbenutzer, den ich im Lesesaal beraten hatte. Der Archivbenutzer war männlich und zwischen 40 und 50 Jahren alt. Er wollte bei der Erstellung einer Ortschronik mitarbeiten. Da er aber noch nicht viel Erfahrung mit der Arbeit in Archiven hatte, musste er entsprechend intensiv beraten werden. Am Ende des Beratungsgesprächs fragte er mich dann, wo ihm das im Internet erklärt werden würde. Da habe ich mich gefragt, wie viel Beratung wir bereits ins Internet verlagert haben. Welche Informationen stellen wir neben Erschließungsdaten für Archivbenutzer im Internet bereit? Auf der Homepage des Niedersächsischen Landesarchivs sind FAQs⁵ (Frequently Asked Questions) abrufbar, die die wichtigsten Fragen kurz beantworten. Außerdem gibt es auf der Homepage des Niedersächsischen Landesarchivs⁶ und in Arcinsys⁷ Hilfen zur Bedienung des Archivinformationssystems Arcinsys. Allerdings hatte ich das Gefühl,

dass ich Themen wie „Wie bediene ich Arcinsys?“ und „Wie recherchiert man in einem Archiv?“ im Lesesaal immer wieder erklären musste. Als Vorbild diente mir dann das Landesarchiv Baden-Württemberg. Das Landesarchiv Baden-Württemberg hat mit den Rechercheführern⁸ angefangen, die Beratung zu bestimmten Themen in das Internet zu verlagern. Außerdem hat das Landesarchiv Baden-Württemberg einen YouTube-Kanal⁹ mit Videos erstellt, die die Bedienung des dortigen Archivinformationssystems und Recherchewege erklären. Diese Videos sind auch in das Archivinformationssystem¹⁰ integriert. YouTube-Videos bieten sich besonders für Tutorials an, da der Benutzer leicht nachvollziehen kann, wo er im Archivinformationssystem klicken muss. Daraufhin entstand die Idee, einen eigenen YouTube-Kanal zu erstellen.

Themen für den Kanal

Im Anschluss habe ich mich gefragt, ob es genügend Themen gibt, über die man auf einem Kanal berichten könnte. YouTube-Kanäle leben davon, dass regelmäßig neue Videos erstellt werden. Mir sind folgenden Themen eingefallen:

1. Umgang mit Archivinformationssystemen
2. Wie recherchiert man in einem Archiv?
3. Quellenkunde
4. Berichte über die Arbeitsweise von Archiven, um Transparenz für Archivbenutzer zu schaffen

Im nächsten Schritt habe ich mich entschlossen, mit Videos zum Archivinformationssystem Arcinsys zu beginnen. Da ich Mitglied in der Arcinsys-Projektgruppe beim

Niedersächsischen Landesarchiv bin, kenne ich mich gut mit der Software aus und kann somit Archivbenutzern einen Mehrwert bieten. Außerdem hat Arcinsys eine wachsende Zielgruppe. Die Software wird bereits in vier Bundesländern eingesetzt. Allein in Niedersachsen wird Arcinsys neben dem Niedersächsischen Landesarchiv noch von 60 weiteren Archiven¹¹ genutzt. Dann habe ich angefangen, Videos zu erstellen. Meine ersten Videos behandelten die wesentlichen Funktionen von Arcinsys¹² (Registrierung, Benutzungsantrag stellen, Archivalienbestellung, Recherche). Allerdings habe ich meinen ersten Kommentar zu dem Video „Wie stellt man eine Anfrage an ein Archiv richtig?“¹³ erhalten. Der Kommentar lautete „Danke, hast mir sehr geholfen“. Das Video „Laufender Meter Archivgut erklärt“¹⁴ hat am meisten Likes erhalten. Dieses Feedback hat mich darin bestärkt, dass es auch wichtig ist, über die Arbeitsweise von Archiven zu berichten.

Kosten und Aufwand

Für Adobe Photoshop Elements (Bildbearbeitungsprogramm) und Adobe Premiere Elements (Videoschnittprogramm) habe ich zusammen 110 € bezahlt. Außerdem habe ich ca. 100 € für ein Mikrofon mit Halterung ausgegeben. Für die Videoaufnahme wird ein kostenloses Programm¹⁵ verwendet. Ein Notebook¹⁶ war vorhanden. Kosten für eine Kamera, einen Hintergrund und Beleuchtung sind nicht entstanden, da nur der Bildschirm vom Notebook aufgenommen wird. Der zeitliche Aufwand für die Videoerstellung beträgt auch bei kurzen Videos mehrere Stunden. Die Videoproduktion

umfasst dabei die Arbeitsschritte Konzepterstellung, Videoaufnahme, Videoschnitt, Upload, Beschreibungen und Tags schreiben und Thumbnail-Erstellung. Der hohe Zeitaufwand spricht dagegen, dass ein Archiv einen YouTube-Kanal unterhält. Da bei einem YouTube-Kanal einer öffentlichen Einrichtung ein höherer Qualitätsanspruch als bei einem privaten YouTube-Kanal besteht, würden vermutlich auch höhere Kosten z. B. für das Design anfallen.

Erfahrungen

Welche Erkenntnisse habe ich beim Konzipieren der Videos gewonnen? Als Erstes ist mir klar geworden, dass das Archivwesen in Deutschland wenig standardisiert ist.¹⁷ Dieser Umstand erschwert es, allgemein gültige Tutorials zu erstellen. Außerdem lohnt es sich bei der täglichen Arbeit im Archiv, einmal die Perspektive eines Archivbenutzers einzunehmen. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Beispiel Nachlässe

Auf Basis des Rechercheführers¹⁸ des Landesarchivs Baden-Württemberg sollte ein Video zum Thema Nachlässe entstehen. Bei Nachlässen besteht aus Benutzersicht das Problem, dass nicht klar ist, in welchem Archiv ein Nachlass verwahrt wird. Der Rechercheführer verweist daher auf die Zentrale Datenbank Nachlässe¹⁹ beim Bundesarchiv, in der die Nachlässe aus allen Archiven erfasst sein sollten. Bei meinen Recherchen habe ich aber festgestellt, dass dies nicht immer der Fall ist. Wenn man jetzt den Recherchehinweis für die Archivbenutzer auf die eigene archivfachliche

Arbeit überträgt, heißt das, dass bei der Übernahme eines Nachlasses neben der Erschließung im eigenen Archivinformationssystem auch ein Eintrag in der Datenbank „Zentrale Datenbank Nachlässe“ erfolgen muss.

Beispiel navigierende Suche

Archive empfehlen bei der Recherche häufig die navigierende Suche über die Tektonik, da sie die besten Treffer verspricht. Damit Archivbenutzer mit dieser Suche etwas anfangen können, müssen aber Informationen in der Tektonik und bei den Bestandsvorworten vorhanden sein, da der Archivbenutzer kein umfassendes Wissen über Verwaltungsgeschichte mitbringt. Wenn man also möchte, dass Archivbenutzer nicht nur die einfache Suche verwenden, müssen entsprechende Informationen im Archivinformationssystem eingetragen sein.

Ich kann nur dazu animieren, den eigenen Internetauftritt und die Daten im Archivinformationssystem einmal mit den Augen eines Archivbenutzers zu betrachten.

Annahme des Kanals und Ausblick

Der Kanal wurde im August 2018 online gestellt. Relativ schnell hatte er zwei Abonnenten. Im Januar 2019 schickte ich zu Werbezwecken eine E-Mail an die Mailing-Liste „archivliste“²⁰ der Archivschule Marburg und an den Verein für Computergenealogie e. V.²¹ Die Information, dass es diesen YouTube-Kanal gibt, wurde im Internet über Blogs, Verlinkungen, Mailinglisten und Twitter weiter verbreitet. Vielen Dank

an dieser Stelle an alle, die sich daran beteiligt haben. In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass man mich nicht um Erlaubnis fragen muss, wenn man auf den Kanal oder einzelne Videos verlinken will. Inzwischen hat der Kanal 50 Abonnenten. Wie hoch der Anteil an Archivaren ist, kann ich nicht sagen. Da Archivare und Archivbenutzer teilweise die gleichen Fähigkeiten benötigen, können die Videos auch für Archivare von Interesse sein. Zusammenfassend kann man feststellen, dass YouTube für das Verbreiten von Tutorials gute Möglichkeiten bietet, der Aufwand zum Erstellen von Videos aber sehr hoch

ist. Meiner Meinung nach muss auch nicht jedes Archiv einen eigenen YouTube-Kanal unterhalten. Eine stärkere Beratung im Internet kann auch schon mit der Homepage und den Angaben im Archivinformationssystem beginnen. Ich kann mir auch vorstellen, dass zukünftig Beratungsangebote stärker in Archivinformationssysteme integriert werden. Dieses Vorgehen hätte den Vorteil, dass nicht jedes Archiv die gleichen Informationen vorhalten muss und die Informationen näher an der Stelle wären, wo der Archivbenutzer sie benötigt.²² Besuchen Sie einmal den YouTube-Kanal „Forschen im Archiv“!

- 1 Alle Internetabrufe wurden letztmals am 15.05.2019 vorgenommen. https://www.youtube.com/channel/UCtCQnNbRqIEFhH3L6knH5_g
- 2 <https://www.youtube.com/>; <https://de.wikipedia.org/wiki/YouTube>
- 3 Wenn ich im Folgenden neben der maskulinen Form nicht die feminine Form verwende, so geschieht das ausschließlich wegen der einfachen Lesbarkeit.
- 4 http://www.markenartikel-magazin.de/no_cache/medien-werbung/artikel/details/10019045-soziale-medien-youtube-bleibt-meistgenutztes-angebot/
- 5 <http://www.nla.niedersachsen.de/startseite/service/faq/haeufig-gestellte-fragen-frequently-asked-questions-133498.html>
- 6 <http://www.nla.niedersachsen.de/benutzung/arcinsys/arcinsys--unser-neues-archivinformationssystem-127905.html>
- 7 https://www.arcinsys.de/tutorial/tutorial_01_01.htm
- 8 <https://www.landesarchiv-bw.de/web/57399>
- 9 https://www.youtube.com/channel/UCHRRwE15_xou6xDEJyk9uA
- 10 <https://www.landesarchiv-bw.de/ofs21/suche/>
- 11 <https://www.arcinsys.de/>
- 12 Playlist Tutorials für Arcinsys, https://www.youtube.com/playlist?list=PLpKEoxz_38ZX5C2sJFRw2VUZS1jTipWPH
- 13 https://www.youtube.com/watch?v=h_Kki21OU_U
- 14 <https://www.youtube.com/watch?v=-YciP3DfdpQ>
- 15 Open Broadcaster Software, <https://obsproject.com/de/download>
- 16 Es empfiehlt sich ein Gerät mit passiver Kühlung, damit die Geräusche der Lüftung nicht mit aufgenommen werden.
- 17 Z. B. erstellt jedes Archiv eine eigene Erschließungsrichtlinie und verwendet eigene Erschließungsmasken.
- 18 Rechercheführer Nachlässe, <https://www.landesarchiv-bw.de/web/57640>
- 19 <http://www.nachlassdatenbank.de/>
- 20 <https://www.archivschule.de/DE/service/weitere-links/maillinglisten/mailling-liste-archivliste.html>
- 21 <https://compgen.de/>
- 22 Sebastian Tripp, Nutzerberatung online, <https://www.youtube.com/watch?v=rwWeS1u8btl>



*Oliver Brennecke
ist Archivar am Niedersächsischen
Landesarchiv – Abteilung Zentrale Dienste
in Hannover.*

E-Mail: forschenimarchiv@gmx.de

Die Crowd im Archiv. Ehrenamtliche Mitarbeit integrieren

von Björn Berghausen

Die Februar-Ausgabe 2019 der Zeitschrift für Archivwesen „Archivar“ stand im Zeichen des Themas „Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in den Archiven“ – und schon das Editorial warnt, mit diesem Schwerpunkt solle „nicht signalisiert werden, dass die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer fachlich ausgebildetes Archivpersonal kostenneutral ersetzen können“.¹ Dabei ist ehrenamtliche Mitarbeit in Archiven keine neue Erscheinung. Im Gegenteil: Gerade in Kommunalarchiven – aber nicht nur dort – ist sie eine seit Jahrzehnten geübte Praxis. Dennoch gibt es immer wieder Diskussionen über die Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeit in den archivischen Alltag, weil kritisch nachgehakt wird, ob die ehrenamtliche Mitarbeit in archivischen Kernaufgaben die Qualität der Pflichtaufgaben beschädigt oder die Position des/r Archivars/in in Frage stellt.² Um den Bedenken über das Engagement von Nicht-Archivaren in Archiven auf der einen und der geübten Praxis auf der anderen Seite Rechnung zu tragen, scheint die Frage nicht lauten zu müssen, *ob* Ehrenamt in die Archivarbeit eingebunden wird, sondern viel mehr *wie*.³

Die folgenden Beispiele aus der Arbeit des Berlin-Brandenburgischen Wirtschaftsarchivs (zukünftig BBWA) sollen keineswegs die Antwort auf alle Fragen geben oder als allgemein gültige Vorbilder in den Raum gestellt werden, sondern nur als eine Reihe

von Beispielen aus der Praxis anschaulich zeigen, wie das Berliner Wirtschaftsarchiv an seine ehrenamtlichen Helfer gekommen ist und welchen Mehrfachnutzen es daraus gezogen hat.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer – die man als Gruppe auch als „Crowd“ apostrophieren könnte, auch wenn dabei stets der anonyme Online-Gedanke mit-schwingt – haben ganz unterschiedliche Merkmale, Interessen, Herkünfte und Bindungen an das jeweilige Archiv.⁴ Häufig kommen sie aber aus den an das Dokumentationsprofil des Archivs angeschlossenen Heimat- oder Traditionsvereinen, mit denen es sowieso schon eine große Schnittmenge gibt. Eine vergleichbare Initiative gibt es für die Wirtschaftsgeschichte der Hauptstadtregion nicht, weshalb das BBWA proaktiv nach ehrenamtlicher Hilfe suchen musste, wenn es Teile der Arbeit auf Schultern verteilen wollte, die nicht hauptamtlich im Archiv beschäftigt waren.

Das Wirtschaftsarchiv in Berlin

Als das BBWA 2009 als neuntes Regionales Wirtschaftsarchiv in Deutschland gegründet wurde, hat es klein begonnen und zum Zeitpunkt der ersten Ehrenamtsprojekte nur ei-

nen Mitarbeiter beschäftigt.⁵ Derzeit dienen die ca. 160 Bestände mehr als 300 Nutzern im Jahr für Recherchen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in den Bundesländern Berlin und Brandenburg. Mit diesem regionalen Zuschnitt sehen sich die heute drei Mitarbeiter mit zwei sehr unterschiedlichen Überlieferungstraditionen konfrontiert, nämlich einerseits der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsüberlieferung in West-Berlin und andererseits der VEB-Überlieferung in Ost-Berlin und Brandenburg. Zwei Bundesländer bedeuten überdies zwei Landesarchivgesetze, zwei Verwaltungsapparate und zwei Regierungen und Landesparlamente. Wichtige Bestände des BBWA sind das Forschungsarchiv Friedrich Flick, das Archiv der IHK Berlin, der Berliner Stadtgüter, der Geyer-Kopierwerke sowie das Bildarchiv der Philipp Holzmann AG, das derzeit in einem umfangreichen Digitalisierungsprojekt für die Veröffentlichung in der Deutschen Digitalen Bibliothek vorbereitet wird.⁶ Jüngster Zugang ist das Circus-Busch-Archiv (Nachlass Martin Schaaff). Da privatwirtschaftliche Unternehmen nicht zur Archivierung über die Pflichtaufbewahrungsfrist hinaus gezwungen sind, gilt umso mehr: „Kein Blatt kommt von allein ins Archiv“⁷ – Wirtschaftsarchive „sammeln“ im Gegensatz zu staatlichen Archiven. Dies wird insbesondere dann notwendig, wenn im zuständigen Sprengel durch Auflösung, Fusion oder Neuorganisation von Unternehmen deren Überlieferung „herrenlos“ wird.

Neben der Aufgabe als „Rettungsstelle“ steht die Beratung von Unternehmen beim Aufbau und der Pflege eines Unternehmensarchivs oder der Einrichtung eines solchen unter dem Dach des Wirtschaftsarchivs. Gerade kleine und mittlere Unternehmen

leisten sich kein eigenes Archiv, sondern nutzen das regionale Wirtschaftsarchiv als Kollektivarchiv.

Daraus resultiert sein inneres Bedürfnis nach öffentlicher Bekanntheit – denn nur, wenn die Existenz bei Entscheidern in Immobilien, Unternehmen oder Verbänden bekannt ist, kann der Schritt auf das Archiv zu erfolgen. Umgekehrt per „Kaltakquise“ Unternehmen anzusprechen – etwa bei Auflösung oder Jubiläen – hat sich als ergebnisarm erwiesen. Öffentlichkeitsarbeit gehört also ganz grundsätzlich zu den wichtigen Säulen der Arbeit im BBWA.

Not macht erfinderisch

Die Idee, sich ehrenamtlicher Helfer zu bedienen, kommt einer Organisation zwangsläufig, wenn ein Mangel auftritt: Mangel an Personal oder an Know-how. Im BBWA trat der Mangel auf, als dem Archiv zwei umfangreiche Briefnachlässe übergeben wurden, deren Bearbeitung die personellen Kapazitäten gesprengt hätte. Insbesondere die Bereitstellung der Nachlässe nicht nur für Nutzer, sondern auch für die Öffentlichkeitsarbeit war die Herausforderung. Die Hürden bestanden im schieren Umfang und der Kurrentschrift. Ein Projekt mit diesen Briefnachlässen – eines Berliner Schiffsarztes des Norddeutschen Lloyds und eines Steglitzer Oberzahlmeisters in Tsingtau – stellt vor dem Hintergrund notwendiger Erhöhung des Bekanntheitsgrades eines jungen Archivs mehr also nur ein Projekt der Kategorie „nice to have“ dar, wenn es auch streng genommen keine archivische Kernaufgabe sein kann, ganze Briefkonvolute zu transkribieren.



Abb. 1: Ehrenamtliche Helfer beim Transkriptionsprojekt „Schiffsarzt Dr. Abenhausen“ (Foto: BBWA)

Zunächst steht am Anfang die Frage, welche Zielgruppe eigentlich angesprochen werden soll. Das Personenprofil umfasst folgende Anforderungen:

- Know-how
- Unabhängigkeit von Bezahlung
- Erfahrung in Arbeitsorganisation
- Mobilität
- Computerkenntnisse
- Zeit

Vor allem die Bevölkerungsgruppe der Senioren versammelt alle diese Merkmale, insbesondere im Hinblick auf die Kenntnis der Kurrentschrift. Wie aber lassen sich aus der Zielgruppe geeignete Freiwillige ansprechen und anlocken?

Bei der Definition des Projektes lassen sich zwei wichtige Felder des Vorbereitungsmanagements identifizieren: Einerseits müssen die harten Standards berücksichtigt werden, also Projektumfang, Ziele und Teilziele sowie die hierzu nötigen Arbeitsschritte, Kommunikationswege, Arbeits-

plätze im Archiv und/oder die Vernetzung mit individuellen Arbeitsplätzen im „Home-office“. Neben der technischen Vorbereitung stehen die bei der Zielgruppe zu erreichenden Merkmale, nämlich Aufmerksamkeit, Interesse und Motivation. Es steht außer Frage, dass ehrenamtliche Helfer sich nur finden lassen, wenn der Ruf nach Hilfe gehört, vernommen und befolgt wird. Dies ist angesichts der Aufmerksamkeitskonkurrenz, in der sich alle kulturellen Aktivitäten befinden, kein einfaches Unterfangen.⁸

Quid pro quo – Tauschcharakter des Ehrenamts

Ein wichtiges Argument ist der Tauschcharakter des ehrenamtlichen Engagements: Archivprojekte versprechen intellektuell befriedigende Tätigkeiten, für die es eine sichtbare Anerkennung gibt.⁹ Auffällig ist auch,

dass so viele Freiwillige „Spaß“ am Engagement als Motivation bezeichnen.¹⁰ Wer sich in seiner Freizeit engagiert, möchte Spaß an einer sinnvollen Tätigkeit haben, Anerkennung erhalten und Erfahrungen machen und nicht selten soziale Kontakte knüpfen – auf diese Erwartung sollte also die Vorbereitung zielen.

Ein ebenfalls notwendiger Gedanke im Vorfeld ist die Abgrenzung des Themas: Es hat sich in der Erfahrung gezeigt, dass die Abgrenzung des „ehrenamtlichen Arbeitsbereichs“ durch thematische Setzung sowie Anfangs- und Endpunkte – also die Organisation als Projekt – sinnvoll ist. Die Gestaltung als Projekt konkretisiert die Vorbereitung aufseiten des Archivs und die Erwartungshaltung aufseiten der Zielgruppe.¹¹

Ohne einen eigenen Heimat- oder Geschichtsverein kann man sich bei der Suche nach ehrenamtlichen Helfern über den mit dem Archiv verbundenen Personenkreis hinaus an die Presse wenden sowie an Ehrenamtsplattformen. Das BBWA hat hier sehr gute Erfahrungen mit Ehrenamtsorganisationen gemacht, vor allem weil diese oft auch einen Kontakt zur medialen Öffentlichkeit herstellen und als Multiplikatoren wirken können.¹² Darüber hinaus ist es – je nach Thema – sinnvoll, von vornherein einen Fachkreis anzusprechen.

Die breiteste Streuung verpufft freilich, wenn das Projekt nicht auch das Interesse wecken kann. Dass BBWA versucht deshalb stets, Projekte zu definieren, die in sich bereits verlockende Momente tragen, die Aufmerksamkeit erregen und Interesse wecken. Der genannte Schiffsarzt Dr. Abenhausen versprach mit seinen 1900 bis 1907 unternommenen Reisen um die Welt exotische Ausblicke in fremde Länder und in eine fremde Zeit, bot sich als Identifikationsfigur für



Abb. 2: Dr. Alfred Abenhausen und der „Duft der weiten Welt“, 1901 in Penang (Malaysia) (Foto: BBWA)

alle reiselustigen Berliner an und stellte mit den klaren Handschriften in seinem Nachlass eine zu bewältigende Herausforderung dar. Überdies spornte die Aussicht auf eine Veröffentlichung an.¹³

Die im Zusammenhang mit den Schiffsarztbriefen begonnen Transkriptionsrunden starteten 2013 mit 25 Teilnehmern, die nach vom Archiv vorgegebenen Transkriptionsregeln die zuvor geordneten Briefe in kleineren Gruppen bearbeiteten. Die Herausforderung bestand einerseits in der Organisation der Arbeitsabläufe, zum zweiten aber vor allem in der Qualitätskontrolle. Das Ergebnis der ehrenamtlichen Arbeit ist erst dann endgültig, wenn es von den fachlich

kompetenten Mitarbeitern kontrolliert und frei gegeben ist. Die Transkriptionsrunden setzen sich bis heute fort, so dass einzelne Freiwillige aufgrund ihrer erworbenen Fähigkeiten sogar für die Qualitätskontrolle herangezogen werden konnten.

Eine andere Herangehensweise als das „öffentliche Casting“ ergibt sich etwa in der Bearbeitung von umfangreichen Fotobeständen aus einer Organisation. Im vorliegenden Fall ging es um ca. 2 000 Fotografien von Veranstaltungen und gesellschaftlichen Anlässen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI). Die nicht beschrifteten Fotografien zeigten lauter namenlose Gesichter. Deshalb wurden in mehreren Sitzungen gezielt die ältesten Mitglieder des VBKI angesprochen, die Personen zu erkennen

und die Fotos zu beschreiben. Die Vorbereitung hierzu aufseiten des Archivs bestand in der minutiösen Auswahl geeigneter Fotografien der 1950er bis 1980er Jahre, die wegen der Beschränkung auf maximal 90 Minuten konzentrierte Arbeit besonders aussagekräftig sein mussten. Bei einem 1879 gegründeten Verein wie dem einflussreichen VBKI war für die Beteiligten insbesondere die Erkenntnis motivierend, dass selbst sie als Senioren noch zu jung waren, um wirklich alle offenen Fragen zu beantworten. Die Freiwilligen spornte allerdings auch dieselbe Haltung an, die sie auch zur Mitgliedschaft im VBKI motiviert hatte, nämlich ihr bürgerschaftliches Engagement. Die ehrenamtliche Mitarbeit bot hier eine Rückbindung an das Selbstverständnis als „Berliner Bürger“.¹⁴



Abb. 3: Befragung von Senioren des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller zu Personen und Anlässen auf Fotos des Vereins (Foto: Thomas/BBWA)

Ehrenamtliche Online-Mitarbeit

Ein modernes Mittel, Außenstehende für die freiwillige, unentgeltliche Mitarbeit im Archiv zu motivieren, ist das „Crowdsourcing“ als virtuelle Plattform mit seinen unterschiedlichen Möglichkeiten, wobei hier auf punktuelle Abfrage gesetzt wird, weniger auf dauerhafte, wirkliche Mitarbeit. Der Vorteil, „Schwarmintelligenz“ in die Archivarbeit einzubeziehen, wird insbesondere in der Konferenzreihe Archive 2.0 diskutiert und verspricht weiterhin neue Erkenntnisse, lehrreiche Beispiele und fundierte Hinweise.¹⁵

Für das Wirtschaftsarchiv steht eine Crowdsourcing-Strategie insofern an, als mit

der umfangreichen Baudokumentation des Philipp Holzmann-Konzerns etwa 270 000 Fotos übernommen wurden, die als Negative oder Mittelformatpositive vorliegen, also einer beschrifteten Bildrückseite entbehren.

Das hier fehlende Know-how zur Bildverzeichnung können die ehemaligen Mitarbeiter des Holzmann-Konzerns beisteuern. Die „Holzmann-Veteranen“ leben allerdings vornehmlich im Rhein-Main-Gebiet, weshalb für das Berliner Archiv eine Online-Lösung geplant wird, die den „Holzmännern“ die Fotobeschreibung vom heimischen Arbeitsplatz ermöglichen soll.

Hier wird also ebenfalls eine spezifische Zielgruppe von Fachleuten des Themas angesprochen. Grundvoraussetzung hierfür ist die Onlinestellung aller Fotos, die bis Mitte 2021



Abb. 4: Bauarbeiten zum U-Boot-Bunker in Lorient – Beispiel aus dem Bildarchiv der Philipp Holzmann AG im BBWA

in der Deutschen Digitalen Bibliothek sichtbar sein sollen.¹⁶ Anregende Beispiele für technische Lösungen zum Crowdsourcing gibt es viele. Ein bei einem Hackaton entstandenes Berliner Projekt ist das „Fritz-Fahrkartentool“ des Deutschen Technikmuseums Berlin.¹⁷

Tu Gutes und rede darüber

Die Erregung von Aufmerksamkeit steht nicht nur am Anfang eines Ehrenamtsprojektes, sondern dieses selbst kann seinerseits Aufmerksamkeit erregen, die das Archiv für sich nutzen kann – ja sollte. In der Berichterstattung über Ehrenamtsprojekte wird nicht nur die Arbeit der Freiwilligen sichtbar, was motivierend wirkt, sondern auch das Archiv selbst. Das fördert im besten Fall das Image des Archivs, erhöht seine Bekanntheit und bringt neue Nutzer, eventuell neue Bestände und weitere Ehrenamtliche ins Archiv. Das jüngste Ehrenamtsprojekt des BBWA etwa versucht, mithilfe von engagierten Senioren aus den Akten Erkenntnisse zur Wirtschaftsgeschichte und Industriekultur des Berliner Bezirks Reinickendorf zu sammeln und diese für die Ausarbeitung interessanter „Industriespaziergänge“ bereitzustellen. Entstanden sind hierbei Themenrouten, die den teilnehmenden Spaziergängern die industrielle Entwicklung näherbringen – wobei hier direkt aus den Akten „hinter die Fassade“ geblickt wird. Der sehr lokale Ansatz in Berlin-Reinickendorf hat gleichwohl wegen des reizvollen Themas Industriekultur und wegen des „menschelnden“ Ansatzes eine große öffentliche, sogar „touristische“ Wirkung erzielt.

Obwohl das Ehrenamt in vielen hochaktuellen Diskussionen nicht ohne Wider-

sprüche ist, liegt der Mehrfachnutzen von Ehrenamtsprojekten dennoch für das Archiv auf der Hand: Einmal ist es eine schöne und dankbare Aufgabe für eine Institution wie das BBWA, bürgerschaftliches Engagement anzuregen und zu generieren und damit die Möglichkeit zu nutzen, neue Impulse etwa beim Träger des Archivs oder zwischen dem eigenen Netzwerk und neuen Akteuren zu erhalten oder das Engagement als Promotor für neue Kontakte und Interessen in der allgemeinen Öffentlichkeit zu sehen.

Zum anderen gibt es einige Arbeiten, die wegen mangelnder Manpower nicht angefasst werden oder wegen mangelnden Know-hows (Fotos) nicht angefasst werden können. Dass hier in der Auswahl zumeist keine Kernaufgaben des Archivs an unbezahlte Hilfskräfte per Outsourcing abgegeben werden können, versteht sich von selbst. Dennoch ist bei Ehrenamtsarbeiten unter professionellen Bedingungen im Archiv eine für alle Seiten erfolgreiche Verwirklichung zu erwarten.

Aufwände und Kosten

Auch wenn Personalmangel der Beweggrund für die Aufnahme eines Ehrenamtsprojektes ist, fordert es zunächst Arbeitszeit, wirft also Personalkosten auf. Die Arbeit mit Ehrenamtlichen bedarf einer stringenten Planung, die bei der Auswahl des Projektes beginnt. Die Formulierung von Zielen und Teilzielen erleichtert den Beteiligten die Mitarbeit und dem Archiv die Qualitätskontrolle. Die Einrichtung von etwaigen Arbeitsplätzen im Archiv und/oder von auf die Ehrenamtlichen abgestimmten Kommunikationswegen ist ebenfalls Teil der Vorbereitung. Im beginnenden Projekt müs-

sen die freiwilligen Helfer zunächst geschult werden – etwa durch vorgegebene Transkriptions- oder Verzeichnungsregeln. Immerhin streut man mit dieser Schulung das Wissen, reichert es bei den Beteiligten an und erspart sich vieles beim nächsten Projekt. Überdies erhöht erworbenes Wissen die Zufriedenheit der Ehrenamtlichen und damit die Bindung an das Archiv. Während des Projektes müssen die Ehrenamtlichen stets betreut, oft motiviert und immer kontrolliert werden.

Darüber hinaus entstehen dem Archiv auch Sachkosten, die sich etwa aus dem rechtlichen Rahmen ergeben: Neben der Sicherung des Datenschutzes gehört hierzu die Ehrenamtsversicherung. Umbau von Arbeitsplätzen, Material und – auch das gehört zur Motivation – nicht förderfähige Bewertungskosten zählen ebenfalls zu den Sachkosten.

Dass auch „emotionale Kosten“ entstehen, weil die betagten Freiwilligen nach Jahren der ehrenamtlichen Zusammenarbeit womöglich sterben, gehörte für das BBWA nicht zum Erwartungshorizont, ist aber Teil der Erfahrung, die mit den Ehrenamtsprojekten kam.

Nicht kostenlos, aber auch nicht umsonst

Die Beteiligung von Freiwilligen an der Archivarbeit durch ein gutes Archivmanagement kann bei guter Planung zu ertragreichen, erfüllenden Ergebnissen führen. Das ehrenamtliche Engagement sollte dabei nicht wahllos oder zufällig integriert werden, sondern gezielt unter dem Aspekt eines Tauschs eingesetzt werden. Gerade gut gepflegte ehrenamtliche Mitarbeit kann zu langfristigen Arbeitsbeziehungen führen, bei denen die investierten Mittel mehrfach zurückkommen. Nach dem Motto „Tu Gutes und rede darüber“ sind Ehrenamtsprojekte bei spezifischem thematischem Zuschnitt auch für einen öffentlichen Mehrfachnutzen brauchbar. Selbst wenn in der Zukunft der Archivare die kritische Betrachtung ehrenamtlicher Mitarbeit nicht auszuschließen ist, so ist die Anerkennung durch die allgemeine Öffentlichkeit und Gesellschaft wahrscheinlich.

- 1 Kathrin Pilger u. a., Editorial, in: *Archivar* 72 (2019), S. 5.
- 2 Stefan Benning, Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen, gehört zu den ersten, die diese Diskussion öffentlich geführt und konstruktiv um das Ehrenamt geworben hat. Stefan Benning, *Freiwillige Mitarbeit in einem Stadtarchiv. Überlegungen zu einem ehrenamtlichen Engagement*, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 55 (2001), S. 22–26; ders., *Überlegungen zur ehrenamtlichen Mitarbeit in Kommunalarchiven*, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 77 (2012), S. 31–35.
- 3 Vgl. Ulrich Soénius, *Bürgerschaftliches Engagement im Archiv – zwei Seiten einer Medaille*, in: *Archivar* 72 (2019), S. 6 f.
- 4 Die Bandbreite zeigt das Ergebnis einer Umfrage der Archivschule Marburg aus dem Jahr 2013. Sabine

- Eibl, *Freiwilliges Engagement in Archiven. Ergebnisse einer Transferarbeit*, in: *Archivar* 72 (2019), S. 8–12.
- 5 Björn Berghausen / Klaus Dettmer, *Auf dem Weg zu einem Berliner Wirtschaftsarchiv*, in: *Archiv und Wirtschaft* 42 (2009), Heft 2, S. 59–65.
- 6 Zu den Beständen vgl. Björn Berghausen / Tania Estler-Ziegler, *Das Regionale Wirtschaftsarchiv in Berlin*, in: *Information. Wissenschaft & Praxis* 70 (2019), S. 169–176.
- 7 Peter Gillies, Kohle – Kumpel – Kultur. *Wirtschaftsarchiv des Jahres 2002. Laudatio auf Evelyn Kroker: „Das Bergbau-Archiv“*, Heidelberg 06.05.2002, <http://www.wirtschaftsarchive.de/vdw/archivwesen/preis-der-vdw/WirtschaftsarchivdesJahres2002.pdf> (letzter Abruf 04.09.2019).

- 8 Es sei nebenbei gesagt, dass die Konkurrenz durch vor allem soziale und karitative Engagements besonders groß ist. Ein Archiv büßt neben Projekten mit Kindern und Katzen ggf. schnell an Attraktivität ein.
- 9 Benning, Überlegungen (wie Anm. 2), S. 34.
- 10 Eibl (wie Anm. 4), S. 9.
- 11 Vgl. ebd., S. 11.
- 12 Vgl. Björn Berghausen, Medienwirksames Ehrenamtsprojekt – das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv ist „Wirtschaftsarchiv des Jahres 2014“, in: Archiv und Wirtschaft 47 (2014), S. 144–151.
- 13 Alfred Abenhausen / Björn Berghausen, Too much Whisky, Doctor. Als Schiffsarzt an Bord der Weimar, in: Voyage. Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung 10 (2014), S. 83–89.
- 14 Zum Projekt vgl. Björn Berghausen, Die Rückkehr des West-Berliner Bürgertums, in: VBKI-Spiegel #243, 3. Quartal 2016, S. 36 ff. Zum bürgerschaftlichen Engagement vgl. Ulrich Nieß, Zwischen Ehrenamt, Lobbyarbeit und Sponsoring. Zum bürgerschaftlichen Engagement der Fördervereine in Kommunalarchiven, in: Archivar 72 (2019), S. 18–23.
- 15 <https://Archive20.hypotheses.org> (letzter Abruf 16.09.2019).
- 16 Björn Berghausen, Das Philipp-Holzmann-Bildarchiv hat seine dauerhafte Bleibe gefunden, in: Archiv und Wirtschaft 51 (2018), S. 26–33.
- 17 Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin, Fritz-Fahrkartentool, <https://fahrkartentool.sdtb.de> (letzter Abruf 16.09.2019).

*Björn Berghausen
ist Geschäftsführer des Berlin-
Brandenburgischen Wirtschaftsarchiv e. V.
in Berlin.*

E-Mail: berghausen@bb-wa.de

Gestank und Mangel versus Überfluss und Verschwendung:

Ressourcen und Ressourcenmanagement in der Stadt des 15./16. Jahrhunderts*

von Arnd Reitemeier

Einleitung

Mit der Stadt als Kommune entstand im Verlauf des Mittelalters eine neue Rechtsform, nämlich ein zumindest teilweise sich selbst verwaltender Organismus, der zunehmend vom Willen der Bürger getragen wurde, und den diese in wachsendem Maß gestalteten. So kann die Stadt in Anlehnung an Isenmann als eine Gesellschaft bestehend aus einer großen Anzahl von neben- und miteinander lebenden Menschen definiert werden, die sich zur Organisation des Zusammenlebens eine eigene politische und administrative Struktur gegeben haben, die ökonomisch in arbeitsteiliger Weise aufeinander bezogen handeln und die am Schnittpunkt größerer Verkehrswege siedeln.¹

Letztlich erhielten die eng beieinander lebenden Gemeinschaften das Recht, ihre Gegenwart und Zukunft gemeinsam zu gestalten, und es bestand die Möglichkeit, dass die Stadtbewohner im Sinn moderner Nachhaltigkeit handelten. Die am weitesten verbreitete Definition von Nachhaltigkeit wurde im sogenannten Brundtland-Bericht verwendet: *„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“*² Noch allgemeiner formulierte Töpfer: *„Nachhaltigkeit heißt heute also verantwortliches,*

*vorausschauendes Denken und Handeln mit Blick auf heutige und morgige, lokale und globale Auswirkungen.“*³

Entsprechend wird im Folgenden danach gefragt, ob im Mittelalter die Bewohner einer Stadt nachhaltig handelten oder handeln konnten. Hierfür werden die Wasserversorgung der Städte, die Fäkalien- und Abfallentsorgung sowie schließlich die Energieversorgung analysiert. Der geographische Schwerpunkt wird auf die Städte Norddeutschlands gelegt, unter denen Braunschweig als größte und politisch bedeutendste Stadt im Harzvorland heraussticht.

Wasserversorgung

Wasser zum Trinken wie zur Nahrungszubereitung war für Menschen zu allen Zeiten von fundamentaler Bedeutung. Alternativen zum Trinkwasser stellten im Mittelalter Wein und Bier dar, doch ging die Weinproduktion in Norddeutschland im Verlauf des späten Mittelalters in Folge des Klimawandels deutlich zurück.⁴ Bier war gleichsam ein Wasserderivat, das den Vorteil bot, dass zahlreiche Keime bei der Erwärmung der Maische abgetötet wurden, sodass die Keimbelastung von Bier potentiell geringer war als die von Brunnenwasser.⁵ Die Menschen im Mittelalter beurteilten Wasser nach Farbe, Geruch

und Geschmack. Regenwasser galt als das reinste Wasser, an zweiter Stelle stand Wasser aus fließenden Gewässern, während Brunnen den letzten Platz einnahmen.⁶

Die Bedeutung der Wasserversorgung zeigte sich an der Lage der Siedlungen, die in aller Regel in unmittelbarer Nähe zu Bächen und Flüssen angelegt wurden. Allerdings musste häufig ein Mittelweg zwischen der Versorgung mit Wasser und der Nutzung von Bächen und Flüssen für den Transport auf der einen Seite und dem Risiko von Überschwemmungen auf der anderen Seite gefunden werden.⁷

In den Städten des späten Mittelalters nutzten nur wenige Menschen Regenwasser, weil Zisternen technisch komplizierte Anlagen waren und offenstehendes Wasser rasch faulte.⁸ Viel wichtiger waren Brunnen, und so wurden, soweit statistische Aussagen möglich sind, auf über 40 % aller Grundstücke in den Städten Brunnen gegraben.⁹ Diese waren in der Regel mit Holz gebaut oder in Stein gefasst, wobei in die Schöpfbrunnen jeweils ein lederner oder hölzerner Eimer hinabgelassen wurde. Für den Unterhalt eines solchen privaten Brunnens war jeweils der Grundstücksbesitzer verantwortlich. Hingegen wurden öffentliche Brunnen an Plätzen oder Straßenkreuzungen von den Besitzern der angrenzenden Grundstücke oder von der Gemeinschaft der Hausbesitzer der Straße oder des Platzes unterhalten.¹⁰ Eine Ausnahme bildete beispielsweise der Altstadtbrunnen in Braunschweig, der ebenso wie seine Zuleitung vom Weichbild unterhalten wurde.¹¹ Zum Ende des Mittelalters aber wuchs die Anzahl derjenigen Städte, bei denen der Rat wie beispielsweise in Frankfurt am Main Brunnenbauer oder Brunnenreiniger bezahlte, um die Wasserversor-

gung durch qualifizierte Kräfte zu sichern.¹² In Braunschweig wurden die Pipenmacher als die Produzenten der Holzröhren einem eigenen Reglement unterworfen.¹³ Hinzu kam, dass viele Städte die öffentlichen Brunnen prächtig gestalten ließen.¹⁴ Diese sollten die gute Ordnung symbolisieren, für den Wohlstand der Stadt stehen und dieser Prestige verleihen.¹⁵

Mit dem Bau von Fließwasserbrunnen war jeweils die Errichtung eines Frischwasserleitungssystems verbunden. Bereits im hohen Mittelalter wurde Wasser in diversen Städten durch kleine Kanäle oder hölzerne Rinnen zu den Endverbrauchern geleitet.¹⁶ Diese Technik wurde im weiteren Verlauf des Mittelalters durch ausgehöhlte Baumstämme oder Tonröhren weiterentwickelt, sodass Wasser bei ausreichendem Gefälle an nahezu jeden Ort der Stadt geleitet werden konnte. Es waren besonders die Brauer, die zunächst solche Leitungssysteme finanzierten, weil sie frisches, reines und möglichst wenig kalkhaltiges Wasser in substantieller Menge benötigten, um wohlschmeckendes Bier zu brauen.¹⁷ Hierfür wurden wie beispielsweise in Lübeck oder Bremen sogenannte Wasserkünste entwickelt, also Schöpfwerke mit einem angeschlossenen Hochbehälter, von dem aus Wasser über ein Leitungssystem verteilt wurde.¹⁸ Ähnliche Wasserkünste wurden beispielsweise in Helmstedt (1329), Braunschweig (1332), Hildesheim (1416), Hannover (1512), Celle (1530) und Hamburg (1531) errichtet.¹⁹

Fäkalien- und Abfallentsorgung

In den Städten des späten Mittelalters wurde kaum zwischen festem und flüssigem Unrat und auch nur bedingt zwischen den Exkrementen von Mensch und Tier differenziert.²⁰ Überall boten fließende Gewässer die einfachste Möglichkeit der Entsorgung. So konnten Häuser, die direkt an Bächen oder Flüssen angrenzten, mit einem hängenden Abort versehen werden.²¹ Aus der Sicht der meisten im Mittelalter lebenden Menschen gab es keinen Widerspruch zwischen der Nutzung von Flusswasser zum Trinken und der Einleitung von Abwässern, weil ihrer Vorstellung zufolge Wasser eine reinigende Wirkung hatte.²² Doch die Menschen wussten sehr wohl, dass sich verschiedene Nutzungsformen ausschlossen: Die Stadt Braunschweig untersagte 1551 das sogenannte Flachsrotten in den flachen und wenig durchströmten Passagen der Oker.²³ Hierbei wurden die Flachsstengel in flache Gewässer gelegt, damit sich bei den Faulprozessen die langen Fasern ablösten, was mit Veränderungen in der Farbe des Wassers und starken Fäulnisgerüchen einherging.²⁴ Anderswo versuchte man zu verhindern, dass Sande in Folge der Zerkleinerung von Erz eingeleitet wurden, weil diese die Wasserqualität beeinträchtigten.²⁵

An der Rückseite vieler Grundstücke wurden in Folge der baulichen Verdichtung der Städte kleine Gräben ausgehoben, die die Abwässer aufnahmen.²⁶ Nur selten wurden sie von mehr als einem Rinnsal durchflossen, denn Ablagerungen sollten nur bei starken Regenfällen fortgespült werden.²⁷ Folglich sollten wie in Nürnberg keine

menschlichen oder tierischen Exkremente in die Gräben gebracht werden.²⁸ Mit solchen Gräben vergleichbar waren Wasserrinnen, die wie beispielsweise in Duderstadt auf der Straße verliefen.²⁹ Solange der Unrat ein gewisses Volumen nicht überschritt, konnte er unmittelbar fortgeschwemmt werden – andernfalls bedurfte es einer erhöhten Wassermenge nach einem Regenguss.³⁰ Ähnlich wie bei den Brunnen schlossen sich vielerorts die Anwohner zu sogenannten Dolengemeinschaften zusammen, um die Rinnen frei von Schmutz zu halten und damit gemeinsam Verstopfungen zu verhindern.³¹ Um das Risiko von Verstopfungen zu verringern und die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen, wurden solche Rinnen und Gräben zunehmend gemauert.³² Anderswo wurde die Entsorgung von jeglichem Unrat in den Wasserrinnen verboten, sodass mancherorts lediglich das Entleeren der Nachttöpfe in die Wasserrinnen erlaubt war.³³

Am wichtigsten waren überall Kloaken als Sammelbehälter für den menschlichen Unrat.³⁴ Schon früh handelte es sich um abgestützte, bald teilweise sogar gemauerte Gruben. Mit dem Wachstum der Städte nahm auch die Anzahl der Kloaken zu, die geleert werden mussten.³⁵ Einzelne oder Gruppen wie in Nürnberg die sogenannten Pappenheimer spezialisierten sich auf diese Arbeit.³⁶ Gut angelegte Kloaken stellten ein geringes Hygienierisiko dar, allerdings empfanden die Menschen die von den Kloaken ausgehenden Gerüche als störend, besonders wenn diese geleert wurden und der Unrat mit Sauerstoff in Kontakt kam, sodass sich Faulgase bildeten.³⁷ Manche Städte erlaubten daher das Leeren der Gruben nur während der kalten Jahreszeit zwischen Oktober und April und teilweise auch nur in der Nacht.³⁸

Viele Städte bestimmten im späten Mittelalter einen Platz für Schutt und Unrat außerhalb der Mauern.³⁹ Solche Müllgruben wurden mit einem Stein oder einem Hoheitszeichen gekennzeichnet.⁴⁰ Hingegen scheinen Exkremente von Tieren separat gesammelt und abgefahren worden zu sein, denn sie wurden als Dünger auf den innerhalb wie außerhalb der Städte gelegenen Agrarflächen verwendet.⁴¹ Solches lässt sich teilweise auch durch Scherbenfunde belegen.⁴²

Zu den vielen Bereichen, die im Verlauf des späten Mittelalters vom jeweiligen Rat einer Stadt geregelt wurden, gehörte auch die Beseitigung von jeder Form von Unrat.⁴³ Nahezu überall wurde unter Strafe gestellt, Kehrlicht oder Mist auf die Straße zu schütten.⁴⁴ In Braunschweig mussten die Bewohner der Stadt seit 1339 die Straßen sauber halten, wobei die entsprechenden Verordnungen mehrfach wiederholt werden mussten.⁴⁵ In der Braunschweiger Altstadt wurden ab 1409 Straßenkehrer beschäftigt.⁴⁶ Für die öffentlichen Plätze erhob die Stadt Göttingen ab dem 14. Jahrhundert von allen Bürgern ein sogenanntes *dreckgeld*, um auf diese Weise die Abfuhr mit dem entsprechenden Wagen der Stadt zu finanzieren.⁴⁷ Etwas anders wurde mit Tierkadavern verfahren, die jeweils außerhalb der Stadt vergraben werden mussten.⁴⁸ Allerdings war es andernorts wie beispielsweise in Heilbronn weiterhin erlaubt, Kadaver in den Fluss zu werfen.⁴⁹

In der öffentlichen Wahrnehmung stieß man sich im Verlauf des Mittelalters immer mehr an freilaufenden Tieren, besonders Schweinen.⁵⁰ Zwar fraßen sie Abfälle jeder Art, doch zugleich produzierten sie Unrat und gefährdeten Menschen.⁵¹ Folglich verboten diverse Städte das freie Herumlaufen

von Schweinen, sodass beispielsweise in Göttingen ab 1420 keine Schweine mehr mit den Abfällen des Marktes gemästet werden durften.⁵² Nahezu überall durften Schweine ab dem 15. Jahrhundert lediglich im Stall oder außerhalb der Stadtmauern gehalten werden.⁵³ Allerdings erhielten manche Institutionen wie die Kirchenfabrik oder das Hospital Ausnahmegenehmigungen, und dasselbe galt für Müller oder Bäcker, die Kleie verfüttern durften.⁵⁴

Das Pflastern der bedeutenden Plätze und wichtigen Straßen brachte einen signifikanten Fortschritt für die öffentliche Sauberkeit.⁵⁵ Nun konnten die Straßen vergleichsweise einfach gereinigt werden – und Schweine und weitere Tiere konnten sie nicht mehr umwühlen. Bald galten gepflasterte Straßen als Zeichen des Wohlstands und der guten Ordnung.⁵⁶

Wasserverschmutzung und Hochwasserschutz

Städte wie Göttingen, Hildesheim und Braunschweig waren umfassend hochwassergefährdet, denn der Vorteil der Aufteilung des jeweiligen Flusses in mehrere seichte und überquerbare Arme hatte zugleich den Nachteil, dass sich das Wasser aufstaute und das Stadtgebiet überschwemmte. Braunschweig wurde wiederholt von schweren und reißenden Überschwemmungen getroffen, sodass beispielsweise 1486 die Leichname des Friedhofs des St. Jodoci-Hospitals vor dem Wendentor sowie die Brunnentröge auf dem Hagenmarkt weggerissen wurden.⁵⁷ Man errichtete Deiche und Mauern, deren

Unterhalt in der Verantwortung der Anrainer lag.⁵⁸ Auch untersagte der Rat, dass Zugänge und Viehtränken jenseits der ausgewiesenen Plätze genutzt wurden, damit die Schutzwerke nicht beeinträchtigt würden.⁵⁹ Zugleich bemühte man sich, die Wasserläufe zu entschlammen und Viehtränken instand zu halten, sodass beispielsweise die Braunschweiger Weichbilde Hagen und Altwiek gemeinsam die Kosten für einen Graben beim Magnustor trugen.⁶⁰ Ebenso ersuchte Braunschweig die Stadt Goslar, frühzeitig vor der Wasserwelle in Folge des Tauwassers zu warnen.⁶¹ Damit Bach- und Flussläufe nicht beeinträchtigt wurden, durften zwar mancherorts die Exkremamente aus den Kloaken in den Fluss geschüttet werden, aber lediglich an bezeichneten Stellen.⁶² Wo aber wie beispielsweise in Braunschweig die Fließgeschwindigkeit und Wassermenge eher gering waren, wurde die Entsorgung von Unrat im Fluss vollständig verboten.⁶³ Hiermit verbunden war auch, dass manche Städte versuchten, die Gerber, Färber, Schlachter und weitere Berufe, die in großem Umfang verschmutzte Abwässer erzeugten, in die Randbezirke zu verdrängen. So beschloss der Braunschweiger Rat im Jahr 1550, dass zukünftig kein Färber innerhalb der Stadt seinem Gewerbe nachgehen dürfe, weil in Folge der Einleitung seiner Abwässer die Oker „unsuver und vordorven“ würde.⁶⁴ Auch wurde in Göttingen Anfang des 16. Jahrhunderts ein Schlachthaus am Leinekanal am nördlichen Ende der Stadt errichtet, sodass alle Abfälle direkt aus der Stadt weggeschwemmt wurden.⁶⁵

Energieversorgung

Zu den bedeutendsten Ressourcen gehörte Holz, das der wichtigste Energieträger im Mittelalter war. Alternative Brennstoffe wie Torf oder Kohle wurden nur selten genutzt; einzig Holzkohle war von gewisser Bedeutung, weil sie für die Eisenerzeugung und Metallverarbeitung benötigt wurde.⁶⁶ Die Nutzung von Holz als Energieträger konkurrierte mit weiteren Nutzungsformen. Holz war beispielsweise der bedeutendste Baustoff, auch wenn die Arten unterschiedlich genutzt wurden: Für Dachstühle wurde häufig Nadelholz verwendet, für die komplexe Mechanik einer Mühle hingegen das stabile Eichenholz. Erhebliche Mengen Holz wurden auch beispielsweise für den Fassbau benötigt.⁶⁷

Alle Städte versuchten, ihr Holzeinzugsgebiet zu erweitern, wobei die Transportmöglichkeiten den Ausschlag gaben:⁶⁸ Während sich Niederholz bündelweise über eine gewisse Distanz über Land tragen ließ, konnten Baumstämme kaum effizient über Land transportiert werden. Entsprechend wurden überall die Wasserwege genutzt, sodass man selbst kleine Wasserläufe zum Triften aufstaute, um mit den Schwallwellen das Holz treiben zu lassen.⁶⁹ Gewerbe mit hohem Holzverbrauch wie Köhlereien oder Glashütten wurden in vergleichsweise entlegene Waldregionen verdrängt, weil sie so die weit von den Städten entfernt liegenden Holzressourcen nutzen konnten.⁷⁰ Glas und Holzkohle ließen sich leichter transportieren als die hierfür benötigten großen Holzmen-gen.⁷¹ Schließlich erwarben diverse Städte eigene Wälder, um die Versorgung mit Holz sicherzustellen.⁷² Alternativ konnte der Rat die Pfandherrschaft über Burgen und Klöster

übernehmen und erlangte damit Zugriff auf die hierzu gehörenden Wälder.⁷³ Solches gelang allerdings nicht allen Städten, wie das Beispiel Lüneburg zeigt, denn die Stadt scheiterte daran, ein umfangreiches waldreiches Umland zu erwerben.⁷⁴ Holz war damit eine Ware, die auf dem städtischen Markt gehandelt wurde, und die dort offenkundig stets ausreichend zur Verfügung stand.

Es waren dann die Landesherren, die am Übergang zur Frühen Neuzeit einen umfassenden Wandel im Umgang mit der Ressource Holz auslösten, weil sie die Verfügung über den Wald als Element von Herrschaft zu begreifen begannen:⁷⁵ Während Rodungen und die Urbarmachung von Land im 16. Jahrhundert allmählich an Bedeutung verloren, wurde den monetarisierbaren Rechten an Ressourcen wie Holz, Erz und Wild eine immer größere Bedeutung zugemessen.⁷⁶ Dies bot den Fürsten zugleich die Möglichkeit, den Städten entgegenzutreten.

Fazit

Die Menschen in den Städten des Mittelalters wussten um die Bedeutung guten Trinkwassers wie um die Gefahren, die von Exkrementen und sonstigen organischen Abfällen ausgingen. Rohstoffe, die von ei-

nem Handwerk im Zuge der Produktion von Waren anfielen und nicht genutzt wurden, wurden von Dritten verwendet. Dies galt auch für diverse organische Materialien, die man als Dünger nutzte. Damit gab es nur wenig, was nicht mehr wirtschaftlich verwendet werden konnte, sodass die Rohstoffverwertung in der Stadt im Mittelalter als gleichsam suffizient bezeichnet werden kann.⁷⁷ Tatsächlich aber gab es kaum ein Bewusstsein um einen möglichst geringen Rohstoffverbrauch. Als sich die Städte immer mehr zu Orten des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes entwickelten, wuchsen die Menge der benötigten Ressourcen sowie der für ihre Bereitstellung benötigte Raum. Beschränkungen erwuchsen aus den Schwierigkeiten des Transports, was Knappheiten und Preissteigerungen verursachte. Wasserleitungen oder Kloaken sollten effiziente technische Bauwerke sein, wie auch für andere technische Lösungen den Möglichkeiten der Zeit entsprechend genutzt wurden. Solche Ressourcen aber standen in ausreichendem Maß zur Verfügung, sodass kaum Vorsorge zu ihrer Sicherung getroffen wurde. Entsprechend wurden beispielsweise die Wälder ohne weitreichende Abschätzungen genutzt. Die Menschen der Stadt lebten in einem begrenzten Zeithorizont und agierten nur sehr eingeschränkt zukunftsorientiert und damit kaum nachhaltig im Sinne der Brundtlandschen Definition.

- * Der Vortrag wurde am 29.04.2019 auf den Niedersächsischen Archivtag in Göttingen gehalten. Das Manuskript beruht auf einem Vortrag, der am 15.05.2018 im Rahmen der Ringvorlesung „Nachhaltigkeit als Argument“ gehalten wurde, siehe Arnd Reitemeier / Ansgar Schanbacher / Tanja Scheer (Hg.), *Nachhaltigkeit als Argument*, Göttingen 2019. Ich danke Matthias Beer, Greta Bönig und Annemarie Kaufmann für ihre Zuarbeit.
- 1 Zur Definition der Stadt: Eberhard Isenmann, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter*, Stuttgart 1988, S. 19–25; siehe auch ders., *Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150–1550*, Wien u. a. 2012, S. 21 f.
- 2 Brundtland-Bericht nach: Volker Hauff, *Unsere Gemeinsame Zukunft*, Greven 1987, S. 46.
- 3 Klaus Töpfer, *Nachhaltigkeit im Anthropozän*, in: *Nova Acta Leopoldina NF 117*, Nr. 398 (2013), S. 31–40, hier S. 31.
- 4 Siehe Michael Matheus (Hg.), *Weinproduktion und Weinkonsum im Mittelalter*, Stuttgart 2004; zum Rückgang des Weinanbaus zusammenfassend: Erich Landsteiner / Hasso Spode, *Art. Wein*, in: *Enzyklopädie der Neuzeit Online*, http://dx.doi.org/10.1163/2352-0248_edn_a5030000 (letzter Abruf: 25.03.2019).
- 5 Hans Huntemann, *Bierproduktion und Bierverbrauch in Deutschland vom 15. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts*, Bamberg 1970; Christine von Blanckenburg, *Die Hanse und ihr Bier. Brauwesen und Bierhandel im hansischen Verkehrsgebiet (Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte NF 51)*, Köln 2001.
- 6 Karl-Franz Busch (Hg.), *Wasser*, Leipzig 1985, S. 13.
- 7 Grundlegend: Frontinus-Gesellschaft e. V. (Hg.), *Die Wasserversorgung im Mittelalter. Geschichte der Wasserversorgung*, Bd. 4, Mainz 1991.
- 8 Klaus Grewe, *Wasserversorgung und -entsorgung im Mittelalter. Ein technikgeschichtlicher Überblick*, in: *Frontinus-Gesellschaft (wie Anm. 7)*, S. 11–86, hier S. 11 f.
- 9 Gerhard Fouquet, *Art. Wasserversorgung*, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 14, Stuttgart u. a. 2011, Sp. 714–719, hier Sp. 716; Isenmann (wie Anm. 1), S. 116 f.
- 10 Siehe etwa Einbeck: Andreas Heege, *Die Wasserversorgung der Stadt Einbeck im Mittelalter und der frühen Neuzeit*, in: Gerhard M. Veh / Hans-Jürgen Rapsch (Hg.), *Von Brunnen und Zucken, Pipen und Wasserkünsten. Die Entwicklung der Wasserversorgung in Niedersachsen*, Neumünster 1998, S. 100–116, hier S. 112; Hildesheim: Annette Flos / Günther Hein, *Von Künsten, Pipen und Brunnenherren. Aspekte der Wasserversorgung Hildesheims in vorindustrieller Zeit*, in: Veh / Rapsch (wie Anm. 10), S. 157–162, hier S. 160; grundlegend: Wolfgang Schmid, *Brunnen und Gemeinschaften im Mittelalter*, in: *Historische Zeitschrift* 267 (1998), S. 561–586.
- 11 Günter Jahn, *Der Altstadtmarkt in Braunschweig. Geschichte und Geschichten (Kleine Schriften. Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig Bd. 18)*, 2. erg. Aufl., Braunschweig 1998, S. 25 f.; Erhard Metz / Gerd Spies, *Der Braunschweiger Brunnen auf dem Altstadtmarkt (Braunschweiger Werkstücke, Reihe B, Bd. 9)*, Braunschweig 1988, S. 13–17; grundlegend: Carl Wilhelm Sack (Hg.), *Alterthümer der Stadt und des Landes Braunschweig. Nach größtentheils noch unbenutzten Handschriften*, Braunschweig 1861, S. 13–20.
- 12 Ulf Dirlmeier, *Die kommunalpolitischen Zuständigkeiten und Leistungen süddeutscher Städte im Spätmittelalter*, in: Jürgen Sydow (Hg.), *Städtische Versorgung und Entsorgung im Wandel der Geschichte (Südwestdeutscher Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung Bd. 18)*, Sigmaringen 1981, S. 113–150, hier S. 132 f.
- 13 Stadtarchiv Braunschweig (künftig StA BS) B I 2, Bd. 8, S. 25–31.
- 14 Stefan Morét, *Der italienische Figurenbrunnen des Cinquecento*, Oberhausen 2003, teilw. zugl. Diss. Univ. Würzburg 1995; siehe auch: Marion Gartenmeister, *Brunnen im Stadtbild. Ikonographie und Repräsentationsformen im Freiburg des 16. Jahrhunderts*, in: Hans-Joachim Schmidt (Hg.), *Stadtgründung und Stadtplanung. Freiburg-Fribourg während des Mittelalters*, Wien u. a. 2010, S. 115–148; Katharina Simon-Muscheid, *Städtische Zierde, gemeiner Nutzen, Ort der Begegnung. Öffentliche Brunnen in mittelalterlichen Städten*, in: Helmut Bräuer / Elke Schlenkrich (Hg.), *Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Festschrift für Karl Czok zum 75. Geburtstag*, Leipzig 2001, S. 699–720.
- 15 Siehe den Sammelband Dorothee Rippmann / Wolfgang Schmid / Katharina Simon-Muscheid (Hg.), „... zum allgemeinen statt nutzen“. *Brunnen in der europäischen Stadtgeschichte. Referate der Tagung des Schweizerischen Arbeitskreises für Stadtgeschichte*, Trier 2008.
- 16 Wolfgang Schwarz, *Tausend Jahre Leben mit dem Wasser in Niedersachsen. Bd. 1: Die Bedeutung des Wassers in Mittelalter und Neuzeit*, Leer 1996, S. 101.
- 17 Olaf Grohmann, *Vom Umgang mit einer begrenzten Ressource. Wasser und Abwasser in nordwestdeutschen Städten des 17. und 18. Jahrhunderts*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 80 (2008), S. 183–213, hier S. 185 f.; Busch (wie Anm. 6), S. 14; zu Braunschweig: Wolfgang Probst / Gerd Spies, *Die Braunschweiger „Pipenbrüder“*, in: Veh / Rapsch (wie Anm. 10), S. 172–176, hier S. 174.
- 18 Manfred Gläser, *Wasserversorgung und Abfallbeseitigung im Lübecker St. Johanniskloster*, in: Rolf Bärenfänger (Hg.), *Zisterzienser im Norden. Neue Forschungen zur Klosterarchäologie*, Rahden 2007, S. 117–126, hier S. 123.

- 19 Schwarz (wie Anm. 16), S. 102; zu Hildesheim: Flos / Hein (wie Anm. 10), S. 157 f.
- 20 Grundlegend: Gottfried Hösel, Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städtereinigung, München 1987.
- 21 Andreas Dix, Art. Wasserverschmutzung, in: Enzyklopädie der Neuzeit (wie Anm. 9), Sp. 710–714, hier Sp. 711; Johannes Cramer, Der Abtritt. Anmerkungen zu einem vergessenen Thema, in: Hausbau im Mittelalter II (Jahrbuch für Hausforschung, Sonderband), Windsheim 1985, S. 409–415, hier S. 409–413; Hösel (wie Anm. 20), S. 50; Grewe (wie Anm. 8), S. 294; zu Göttingen: Peter Pietsch, Die Entwicklung der Abwasserbeseitigung der Stadt Göttingen, Diss. Göttingen 1961, S. 14.
- 22 Gerhard Fouquet, Art. Fäkalienbeseitigung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 3, Stuttgart u. a. 2006, Sp. 774–777, hier Sp. 775.
- 23 StA BS B I 2:5, S. 49.
- 24 Ebd.; wiederholt StA BS B I 2:5, S. 201 f.
- 25 Dix (wie Anm. 21), Sp. 712 f.
- 26 Martin Illi, Wasserentsorgung in der mittelalterlichen Stadt, in: Die alte Stadt 20 (1993), S. 221–228, hier S. 222.
- 27 Schwarz (wie Anm. 16), S. 165.
- 28 Dirlmeier (wie Anm. 12), S. 126.
- 29 Antina Porath, Wie Swin waschen wil. Stadtbäche und Brunnen in Duderstadt, in: Veh / Rapsch (wie Anm. 10), S. 60–71, hier S. 60–63.
- 30 Illi (wie Anm. 26), S. 227 f.
- 31 Gerhard Fouquet, Bauen für die Stadt. Organisation und Arbeit in kommunalen Baubetrieben des Spätmittelalters. Eine vergleichende Studie vornehmlich zwischen den Städten Basel und Marburg, Köln u. a. 1999, S. 303.
- 32 Hösel (wie Anm. 20), S. 55.
- 33 Illi (wie Anm. 26), S. 223.
- 34 Walther Huber, Der Abort, München 1951.
- 35 Sven Schütte, Brunnen und Kloaken auf innerstädtischen Grundstücken im ausgehenden Hoch- und Spätmittelalter, in: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters, Beiheft 4 (1986), S. 237–250, hier S. 249; siehe aber Hösel (wie Anm. 20), S. 53, der darauf verweist, dass viele Gruben gar nicht oder nur sehr selten geleert wurden; ebenso: Schwarz (wie Anm. 16), S. 164.
- 36 Allgemein: Dirlmeier (wie Anm. 12), S. 141; zu Nürnberg: Rolf Pohle, Historische Entwicklung der Stadtreinigung und Abfallbeseitigung in Nürnberg, in: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Stadt Nürnberg 73 (1986), S. 291–328; Walter Lehnert, Entsorgungsprobleme der Reichsstadt Nürnberg, in: Sydow (wie Anm. 12), S. 151–163, hier S. 152.
- 37 Weiterhin grundlegend: Alan Corbin, Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1984; Harry Kühnel, Die städtische Gemeinschaft. Probleme und Lösungen, in: Harry Kühnel (Hg.), Alltag im Spätmittelalter, Graz 1984, S. 49–91, hier S. 57; Schwarz (wie Anm. 16), S. 164.
- 38 Lehnert (wie Anm. 36), S. 152.
- 39 Fouquet, Fäkalienbeseitigung (wie Anm. 22), Sp. 775; zu Braunschweig: Urkundenbuch der Stadt Braunschweig, Bd. 1: Statute und Rechtebriefe 1227–1671, hg. v. Ludwig Hänselmann, Braunschweig 1873, S. 133 f.
- 40 Dirlmeier (wie Anm. 12), S. 124; zu Göttingen: Betty Arndt, Abfallbeseitigung in der spätmittelalterlichen Stadt. Aspekte aus archäologischer Sicht, in: Martin Heinzelmann (Hg.), Umweltgeschichtliche Erkundungen in Göttingen, Göttingen 1999, S. 47–63, hier S. 59.
- 41 Arndt (wie Anm. 40), S. 57 f.; Illi (wie Anm. 26), S. 226 f.
- 42 Schwarz (wie Anm. 16), S. 168.
- 43 Ebd., S. 124.
- 44 Hösel (wie Anm. 20), S. 76 f.
- 45 Urkundenbuch der Stadt Braunschweig (wie Anm. 39), S. 47, auch S. 427.
- 46 Ebd., S. 172.
- 47 Werner Pietsch, Das Scheiss-Buch. Entstehung, Nutzung, Entsorgung menschlicher Fäkalien, Bd. 123: Der grüne Zweig, Löhnbach 1961, S. 8 ff.
- 48 Hösel (wie Anm. 20), S. 56.
- 49 Dirlmeier (wie Anm. 12), S. 125.
- 50 Isenmann (wie Anm. 1), S. 67.
- 51 Hösel (wie Anm. 20), S. 46.
- 52 Arnd Reitemeier, Pfarrkirchen in der Stadt des späten Mittelalters. Politik, Wirtschaft und Verwaltung (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Band 177) Stuttgart 2005, S. 192 u. S. 198; zu Braunschweig: siehe bspw. StA BS B I 2: 13, 66 f.; auch Pietsch (wie Anm. 47), S. 11 f.
- 53 Lehnert (wie Anm. 36), S. 155.
- 54 Ebd., S. 124 u. S. 156; Isenmann (wie Anm. 1), S. 467.
- 55 Pietsch (wie Anm. 47), S. 43–55.
- 56 Zusammenfassend: Isenmann (wie Anm. 1), S. 67 f. u. S. 118.
- 57 Dieter Lent, Von Kältewintern und Hitzesommern. Wetterbeobachtung und Witterungsgeschehen im Lande Braunschweig seit dem Frühmittelalter. Ein Streifzug durch die unerforschte südostniedersächsische Klimageschichte, in: Jahrbuch des Braunschweigischen Geschichtsvereins 88 (2007), S. 15–37, hier 27; Hartmut Nickel, Art. Hochwasser, in: Braunschweiger Stadtlexikon, Ergänzungsband, Braunschweig 1996, S. 68 f.
- 58 StA BS B I 2:19, S. 28.
- 59 StA BS B I 2:5, S. 50.
- 60 StA BS B I 2:21, S. 16 f.
- 61 StA BS Revidenda Nr. 166.
- 62 Dirlmeier (wie Anm. 12), S. 124 f.; Illi (wie Anm. 26), S. 222.
- 63 StA BS B I 2:13, fol. 52r.–fol. 52v.; Fouquet (wie Anm. 22), Sp. 775.

- 64 StA BS B I 2:5, S. 48.
- 65 Pietsch (wie Anm. 47), S. 8.
- 66 Grundlegend: Joachim Radkau / Ingrid Schäfer, Holz. Ein Naturstoff in der Technikgeschichte, Reinbek bei Hamburg 1987; siehe auch Vaclav Smil, Energy in World History, Boulder (Colorado) u. a. 1994; Günter Bayerl / Ulrich Troitzsch, Die vorindustrielle Energienutzung, in: Claus Grimm (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte, Oldenburg 1985, S. 40–85.
- 67 Knapper Überblick bei: Claudia Auerswald / Burkard Dähne / Ibrahim Karabed, „Wenn das Haus gebaut ist, ist der Zimmermann vergessen“ – oder? Vom Bauen im Mittelalter, in: Hauke Kenzler / Ingrid Erichsson (Hg.), Rückspiegel. Archäologie des Alltags in Mittelalter und früher Neuzeit, Bamberg 2006, S. 72–79.
- 68 Überblick mit weiterer Literatur bei: Isenmann (wie Anm. 1), S. 669–688.
- 69 Zur Trift weiterhin einschlägig: Hans Herold, Trift und Flößerei in Graubünden. Ein Beitrag zur bündnerischen Forstgeschichte (Beiheft 10 zum „Bündnerwald“. Zeitschrift des Bündnerischen Forstvereins u. a.), Chur 1982; Alfred Wolfsteiner, „Fluderer-Manner mit da langa Stanga“. Flößerei und Trift auf Regen und Naab, in: Margit Berwing-Wittl (Hg.), Burgen und Klöster – Stadt und Fluss. Festschrift zum 36. Bayerischen Nordgautag in Nittenau, Regensburg 2006, S. 85–94; außerdem: Joachim Radkau, Das Rätsel der städtischen Brennholzversorgung im „hölzernen Zeitalter“, in: Dieter Schott (Hg.), Energie und Stadt in Europa. Von der vorindustriellen Holznot bis zur Ölkrise der 1970er Jahre, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 135 (1997), S. 43–75, hier S. 52 f.
- 70 Erich Meßner, Die Nutzung des Waldes: die Waldordnung von 1555. Das Lochen und Pichen im Walde – Köhler und Aschenbrenner, in: Lautertaler Heimatgeschichte 1 (1972), S. 71 ff.; Walter Borchers, Glashütten und bäuerliches Glas in Westfalen und dem westl. Niedersachsen, in: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 2 (1955), S. 39–52; Dietrich Denecke, Das Wander-Glashüttengewerbe – Ein historisch-geographischer Blick in die Forschung, in: Werner Kroker (Hg.), Glas – Kunst, Technik, Wirtschaft. Vorträge der Jahrestagung der Georg-Agricola-Gesellschaft 2000 in Jena (Die Technikgeschichte als Vorbild moderner Technik. Schriftenreihe der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik e. V. Bd. 26), Bochum 2001, S. 61–75.
- 71 Karl-Ernst Behre, Landschaftsgeschichte Norddeutschlands. Umwelt und Siedlung von der Steinzeit bis zur Gegenwart, Neumünster 2008, S. 235–239.
- 72 Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, hg. v. H[ans] Sudendorf, Theil 3: Vom Jahre 1357 bis zum Jahre 1369, Hannover 1862, Nr. 416.
- 73 Zu Braunschweig siehe bspw.: Hermann Dürre, Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter (Beiträge zur Geschichte, Landes- und Volkskunde von Niedersachsen und Bremen, Serie A 8), Braunschweig 1861, S. 348–367; siehe auch Heinz Germer, Die Landgebietspolitik der Stadt Braunschweig bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts (Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens H. 16), Göttingen 1937, S. 11–34, der anschließend in seiner Bewertung (S. 34–38) auf die Bedeutung der naturalen Ressourcen nicht eingeht, sondern lediglich die erzielten Einnahmen betrachtet.
- 74 Niels Petersen, Die Stadt vor den Toren. Lüneburg und sein Umland im Spätmittelalter, Göttingen 2015, S. 449.
- 75 Joachim Radkau, Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt, Bd. 3: Stoffgeschichten, überarb. und erw. Neuauf., München 2012, S. 167 ff.
- 76 Ebd., S. 169 f.
- 77 Reinhold Reith, Art. Abfall, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, Stuttgart u. a. 2005, Sp. 11 ff.

*Prof. Dr. Arnd Reitemeier
ist Inhaber der Professur für
niedersächsische Landesgeschichte an der
Georg-August-Universität Göttingen und
zugleich Direktor des Instituts für
Historische Landesforschung in Göttingen.*

*E-Mail:
arnd.reitemeier@phil.uni-goettingen.de*

Vernetzte Provenienzforschung in Niedersachsen

von Claudia Andratschke

Gründung und Ziele des Netzwerks Provenienzforschung

Im Bewusstsein seiner kulturpolitischen Verantwortung im Sinne der „Washingtoner Prinzipien“ und der „Gemeinsamen Erklärung“ hat das Land Niedersachsen zunächst Initiativen der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek seit 2002 unterstützt, Stellen für Provenienzforschung an den Landesmuseen in Hannover (2008) und Oldenburg (2011) eingerichtet sowie einen bundesweit einmaligen Leitfaden zum Erwerb von Museumsgut herausgegeben (2013), der neben verschiedenen Erwerbsformen und Vertragsbeispielen „Empfehlungen zur Provenienzforschung bei Neuerwerbungen“ enthält. Diese berücksichtigen neben Besitzerwechseln in der Zeit des Nationalsozialismus auch Kulturgutentziehungen zur Zeit der sowjetischen Besatzungszeit und DDR sowie problematische Erwerbskontexte der Kolonialzeit.¹

Parallel zur Gründung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste hat das Land Niedersachsen schließlich 2014 ein Netzwerk initiiert, das die Kräfte und Kompetenzen auf Landesebene bündeln und mit den Initiativen des Zentrums Kulturgutverluste verzahnen, insbesondere die mittleren und kleinen Museen bei Antragstellungen oder der Vermittlung von Kooperationspartnern für

Verbundprojekte unterstützen, relevante Bestände erschließen und das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Herkunftsrecherchen mit Hilfe von Informations-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen schärfen soll. Das Netzwerk wird von einer Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gesteuert, dem Vertreter*innen des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, des Museumsverbandes Niedersachsen und Bremen e. V. sowie von Museen, Universitäten, Bibliotheken, Archiven und forschungsfördernden Einrichtungen angehören. Die Koordinationsstelle wurde dauerhaft am Landesmuseum Hannover angesiedelt, wo die „landesälteste“ und zu diesem Zeitpunkt bereits verstetigte Stelle für Provenienzforschung bestand.² Vor dieser Institutionalisierung der Provenienzforschung gab es bereits – wie auch in anderen Bundesländern – informelle Zusammenschlüsse von einzelnen Forscher*innen auf Arbeitsebene. Vergleichbare Länderinitiativen sind bislang in Hessen und Bayern erfolgt oder derzeit in Nordrhein-Westfalen geplant.³

Das Netzwerk Provenienzforschung hat im Februar 2015 mit rund 20 Gründungsmitgliedern und Partnern, zu denen der Museumsverband, Landesmuseen, Museen in kommunaler und privater Trägerschaft, Universitätssammlungen, Bibliotheken und Archive gehörten, seine Arbeit aufgenommen. In den folgenden Jahren wurden ge-

meinsam zahlreiche neue Projekte, Verbund- oder Erschließungsvorhaben entwickelt und ist das Netzwerk stetig auf derzeit rund 60 Einrichtungen angewachsen. Der Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V. hat die Provenienzforschung umgehend in bestehende Programme wie das Verfahren zur Vergabe des Museumsgütesiegels oder die überregionale Volontär*innen-Weiterbildung integriert.⁴ Gemeinsam mit Partnern wie

dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel und MUSEALOG – Die Museumsakademie wurden Fort- und Weiterbildungsangebote zur Herkunftsforschung um Praxis-Seminare erweitert, im Rahmen von Projekten diverse Workshops angeboten und parallel dazu Kooperationen mit Universitäten, u. a. in Oldenburg, Göttingen oder Hannover gesucht.


Netzwerk Provenienzforschung in Niedersachsen

[Startseite](#) | [Kontakt](#) | [Mitgliederbereich](#) | [Impressum](#) | [Datenschutzerklärung](#)

[Mitglieder](#) | [Kooperationspartner](#) | [Aktuelles](#) | [Termine](#) | [Netzwerkkoordinationsstelle](#) | [Veröffentlichungen](#) | [Links](#)

Herzlich willkommen beim Netzwerk für Provenienzforschung in Niedersachsen

Schriftgröße: [a](#) [A](#)
Farbkontrast: [O](#)



Sieben Haus- und Gartenbrunnen, 1577-1808, Museum Lüneburg (2015 restituiert an die Erben nach Marcus Heinemann, Leihgabe der Heinemann-Erben)

Termine

Mittwoch, 04.12.2019 – , 4.12.19 19:00 Uhr
Vortrag: Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann und seine Kunstsammlung - Raubkunst, Restitution und offene Fragen

Sonntag, 08.09.2019 – Sonntag, 08.12.2019, Uhr
Sonderausstellung im Städt. Museum Göttingen: "Unter Verdacht - NS-Provenienzforschung im Städtischen Museum Göttingen"

Freitag, 05.07.2019 – Sonntag, 29.03.2020, Uhr
Sonderausstellung in Celle: "Suche nach Herkunft - NS-Raubkunst im Bomann-Museum?"

Aktuelles

28. November 2019

Netzwerk Provenienzforschung in Niedersachsen

Im Bewusstsein seiner kulturpolitischen Verantwortung im Sinne der „Washingtoner Prinzipien“ und der „Gemeinsamen Erklärung“ errichtet das Land Niedersachsen ein Netzwerk Provenienzforschung. Es bündelt die Kräfte und Kompetenzen im Bereich der Provenienzforschung auf Landesebene und verzahnt sie koordiniert mit den Initiativen der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (DZK) ¹.

Wesentliche Ziele der Netzwerkarbeit sind:

- Beratung von Museen im Bereich Provenienzforschung
- Hilfestellung bei Förderanträgen für Provenienzforschungsprojekte
- Öffentlichkeitsarbeit zur Schärfung des Bewusstseins für die Notwendigkeit von Provenienzforschung
- Ausdehnung der systematischen Provenienzforschung an allen Museen in Niedersachsen
- Nachhaltige Etablierung von Provenienzforschung in Niedersachsen
- Organisation und Durchführung von Fortbildungen für Provenienzforscher in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste

Das Netzwerk wird von einer Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur ² gesteuert. Zu den Mitgliedern zählen Museen und Universitäten in Niedersachsen, die Projekte zur systematischen Überprüfung ihrer Bestände durchgeführt oder begonnen haben, der Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V. und Partner wie Bibliotheken, Archive oder Landschaftsverbände.

Das Netzwerk steht allen Museen und öffentlichen Einrichtungen in Niedersachsen offen.

Bei Interesse und eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an die Netzwerkkoordinationsstelle.

Abb. 1: Website des Netzwerks Provenienzforschung in Niedersachsen, Stand 30. November 2019
© Netzwerk Provenienzforschung in Niedersachsen

Stadtbibliothek Hannover



Hildesheimer Straße 12
30169 Hannover

Tel: +49 511 168-42169
Fax: +49 511 168-46410
E-Mail: 41.92.2@hannover-stadt.de

www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Bildung/Bibliotheken-Archive/Stadtbibliothek-Hannover

[Weitere Informationen](#)

Niedersächsisches Landesarchiv



Niedersächsisches
Landesarchiv

Am Archiv 1
30169 Hannover

Tel: +49 511 / 120-6601
Fax: +49 511 / 120-6639
E-Mail: poststelle@nla.niedersachsen.de

www.nla.niedersachsen.de

[Weitere Informationen](#)

Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover



Waterloostraße 8
30169 Hannover

Tel: Tel.: 0511 1267-0
Fax: Fax: 0511 1267-202

www.gwlb.de

[Weitere Informationen](#)

Stadtarchiv Hannover

Stadtarchiv Hannover

Am Bokemahle 14-16
30171 Hannover

Tel: +49 511 / 168-42173
Fax: +49 511 / 168-46590
E-Mail: stadtarchiv@hannover-stadt.de

www.stadtarchiv-hannover.de

[Weitere Informationen](#)

Abb. 2: Website Netzwerk Provenienzforschung, Kooperationspartner (Ausschnitt)
© Netzwerk Provenienzforschung in Niedersachsen

Die Website des Netzwerks bietet einen Überblick über die Mitglieder und Partner und deren Projekte und informiert über Veranstaltungen, Ausstellungen, Termine und relevante Veröffentlichungen.⁵ Um Doppelstrukturen zu vermeiden, werden Projektbeschreibungen der vorwiegend vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projekte oder Fundmeldungen in der Lost Art-Datenbank mit diesen Einrichtungen verlinkt. Die Rubrik „Relevante Bestände“ soll angesichts der Heterogenität der musealen und universitären Sammlungen in Niedersachsen das Auffinden von Kooperations- oder Ansprechpartner*innen für vergleichbare Bedarfe und Fragestellungen erleichtern. Die Vielfalt der auf der Startseite gezeigten Objekte unterstreicht diese Heterogenität und soll überdies vermitteln, dass Provenienzforschung tatsächlich alle Gattungen und Objekte unabhängig von ihrem materiellen Wert betrifft.

Archive und Bibliotheken als Mitglieder der Lenkungsgruppe und Kooperationspartner

Bibliotheken und Archive sind seit der Gründung des Netzwerks sowohl als Mitglieder oder Partner als auch in der Lenkungsgruppe ausdrücklich erwünscht und vertreten.

Bibliotheken sind nicht nur institutionelle Vorreiter im Bereich der Provenienzforschung, sondern den Museen oftmals auch im Hinblick auf Fragen bzw. Methoden der Dokumentation und Standardisierung voraus.⁶ In Niedersachsen haben das Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der

Landtag seit 2002 Initiativen der Leibniz-Bibliothek unter Prof. Georg Ruppelt zur Durchführung von Symposien, Ausstellungen und öffentlichen Appellen im Bereich der NS-Raubgutforschung in Bibliotheken unterstützt. Von 2008 bis 2010 hat die Leibniz-Bibliothek selbst ein Projekt zur Ermittlung von NS-Raubgut durchgeführt und 2011 gemeinsam mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen und dem Landesmuseum Hannover das Vierte Hannoversche Symposium veranstaltet.⁷ Seit 2017 läuft an der Stadtbibliothek Hannover ein vom Zentrum Kulturgutverluste gefördertes Projekt zur Identifizierung von NS-Raubgut.⁸

Archive stellen die unverzichtbare Infrastruktur nicht nur für Provenienzforschung bereit, doch zeigt der Beitrag zu den Beständen des Stadtarchivs Hannover in diesem Band, dass auch Archivpersonal und -leiter oder archivische Bestände selbst im Fokus von Provenienzforschung stehen können.⁹ Die enge Zusammenarbeit von Museen und Archiven wird im Netzwerk Provenienzforschung z. B. im Rahmen von Symposien, Workshops, Fortbildungen oder Praxisseminaren vermittelt. Letztgenannte werden von der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, dem Landesmuseum Hannover und Mitgliedern und Partnern des Netzwerks veranstaltet. Teilnehmer*innen aus dem gesamten Bundesgebiet können auf diese Weise ausgewählte Fallbeispiele anhand von Inventaren, Karteien und Originalen in Museen (Landesmuseum und Museum August Kestner Hannover) sowie mit Hilfe von Aktenmaterial aus kommunaler und staatlicher Überlieferung (Stadtarchiv und Niedersächsisches Landesarchiv Hannover) recher-

chieren und erhalten somit erste Einblicke in die Identifizierung von NS-Raubgut und die damit verbundenen Archiv- und Personenrecherchen. Dieses Weiterbildungsangebot soll künftig um weitere Einrichtungen, z. B. in Braunschweig und Wolfenbüttel, erweitert werden. In Oldenburg finden vergleichbare Veranstaltungen als Kooperation des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte, des Niedersächsischen Landesarchivs und der Carl von Ossietzky Universität sowie im Rahmen von MUSEALOG-Seminaren der Museumsakademie statt.¹⁰

Regionale Vernetzung und Erstchecks

Dass manche Fragestellungen und verdächtige Zugänge auf bestimmte Regionen beschränkt sind, lässt sich am sogenannten „Hollandgut“ – nach 1940 in den vom damaligen Deutschen Reich besetzten Benelux-Ländern und in Frankreich beschlagnahmte Möbel und sonstiges Haushaltsgut von geflohenen oder deportierten Juden, das zur Abgabe an Bombengeschädigte oder andere „Bedürftige“ ins Deutsche Reich umgeleitet wurde – aufzeigen, das vor allem Untersuchungsgegenstand von Projekten an Museen in Oldenburg, Jever oder Cloppenburg war bzw. ist. Im Oldenburger Land wurde eine „Restitutionssammlung“ für NS-Raubgut in Privathaushalten eingerichtet.¹¹ Im Rahmen eines von 2015 bis 2018 am Museumsdorf Cloppenburg durchgeführten Projekts wurden neben umfangreichen Aktenbeständen im In- und Ausland zahlreiche regionale Zeitungsartikel zur Rekonstruktion von Versteigerungen in der Region ausgewertet und

die Ergebnisse in Symposien, einer Sonderausstellung, dem Begleitband und einer Website veröffentlicht.¹²

Weiterführende Erkenntnisse sind nun auch von einem im Februar 2019 am Ostfriesischen Landesmuseum Emden gestarteten Projekt zu erwarten, für das der Bestand „Kulturamt“ im Stadtarchiv Emden entscheidende Hinweise auf den Erwerb von sogenannten „Hollandmöbeln“ gegeben hat.¹³ Gerechnet wurde mit derartigen Funden bereits im Rahmen eines „Erstchecks Provenienzforschung“, der 2017 von der Ostfriesischen Landschaft in den eigenen Beständen sowie im Heimatmuseen Leer und dem Museum Rheiderland in Weener durchgeführt wurde.¹⁴

Die ersten dieser 2012 vom Museumsverband Brandenburg speziell für mittlere und kleine Museen entwickelten „Erstchecks“ hat das Netzwerk bereits 2016 gemeinsam mit dem Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V. in Südniedersachsen initiiert, wo der dortige Landschaftsverband e. V. in Göttingen als Kooperationspartner gewonnen werden konnte. Zunächst in fünf und 2017 in vier weiteren Stadt- und Regionalmuseen konnte so der Bedarf an weiterführenden Provenienzforschungen ermittelt werden – was in neun der zehn untersuchten Häuser der Fall war. Die dabei festgestellten Verdachtsfälle werden nun im Rahmen eines wiederum vom Zentrum Kulturgutverluste geförderten längerfristigen Projekts bis 2020 näher erforscht.¹⁵ Wertvolle Informationen zu den Zugängen nach 1933 in die Sammlungen der beteiligten Museen in Einbeck, Duderstadt, Hann. Münden, Alfeld, Osterode, Uslar, Northeim und Seesen lieferten dabei oftmals Akten der staatlichen Museumspflege, die im Zuge der Gründung

des Netzwerks Provenienzforschung vom Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V. an das Landesarchiv Hannover abgegeben und dort umgehend für die Forschung bereitgestellt wurden.¹⁶

Einen Überblick über diese und andere für die Provenienzforschung in Niedersachsen relevanten Bestände bietet ein für Mitglieder und Partner zugänglicher interner Bereich der Website, in dem darüber hinaus Informationen über die beteiligten Akteur*innen und betroffenen Opfer und Sammler*innen – für die Provenienzforscher*innen oftmals Grundlagenforschung leisten – dokumentiert werden. Nur über die Vernetzung der innerhalb der einzelnen Projekte erzielten Ergebnisse lassen sich z. B. Wirkungsgrade einzelner in den NS-Kunstraub involvierten Kunsthändler wie Emil Backhaus aus Hannover im gesamten damaligen Gaugebiet rekonstruieren.¹⁷ Hier gilt es ebenso, Doppelstrukturen zu vermeiden, weshalb Informationen von überregionaler Bedeutung entsprechend in den nationalen Datenbanken des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste dokumentiert werden.¹⁸

Veranstaltungen und Netzwerktagungen

Sämtliche Projekte in Niedersachsen wurden und werden vom Netzwerk Provenienzforschung mit Auftakt-, Informations-, Fortbildungs- oder Abschlussveranstaltungen in den beteiligten Einrichtungen begleitet. Diese Veranstaltungen dienen der Vernetzung aller für das Vorhaben relevanten Einrichtungen, Verbände und Personen und der Diskussion von regionsspezifischen

Problemen oder Fragestellungen. Zugleich werden so Einblicke in relevante Archivbestände und Methoden gegeben und nicht am Projekt beteiligte Einrichtungen sowie die Öffentlichkeit in der Region für die Fragen und Bedarfe der Provenienzforschung sensibilisiert.

Dort, wo sich Themen und Fragestellungen von überregionalem Interesse ergeben, wird die Vernetzung national und international erweitert, so z. B. im Fall des Bomann-Museums Celle, wo sich im Zuge eines von 2017 bis 2019 durchgeführten Projekts Bezüge u. a. zum Berliner Auktionator Hans W. Lange, zur Sammlung von Heinrich Hoffmann und zum alliierten Kunstgutlager Schloss Celle ergeben haben. Diese und andere Themen wurden 2017 im Rahmen der ersten Netzwerktagung im Schloss Celle aufgegriffen, deren Beiträge mittlerweile ebenso publiziert vorliegen wie die neuen Forschungen zum Kunstgutlager Schloss Celle.¹⁹ Auch die Beiträge der zweiten Netzwerktagung „Von Dexel bis Haubrich. Sammler und Sammlungen im Fokus der Provenienzforschung“, die 2018 gemeinsam mit dem Braunschweigischen Landesmuseum, dem Städtischen Museum und dem Herzog Anton Ulrich-Museum Braunschweig veranstaltet wurde, sollen noch veröffentlicht werden. Dasselbe gilt für die Ergebnisse der diesjährigen Tagung im Stadtmuseum Einbeck, die das Netzwerk gemeinsam mit diesem und dem Landschaftsverband Südniedersachsen e. V. zur nachhaltigen Dokumentation und Vermittlung von Forschungsergebnissen „Nach dem Erstcheck“ am 4. November 2019 veranstaltet hat.

Provenienzforschung zu Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

Die Suche nach und Identifizierung von Kulturgütern, die ihren – meist jüdischen – Eigentümern zwischen 1933 und 1945 entzogen oder geraubt wurden, die Dokumentation der dabei erzielten Ergebnisse und der transparente Umgang mit Forschungsergebnissen als Voraussetzung für „gerechte und faire Lösungen“ steht im Zentrum der Netzwerkarbeit. Von Beginn an waren jedoch Einrichtungen wie das Landesmuseum Hannover, das Oldenburger Landesmuseum Natur und Mensch oder das Roemer- und Pelizaeus-Museum Hildesheim als Mitglieder im Netzwerk vertreten, deren Sammlungen der Ethnologie und Naturkunde weniger Handlungsbedarf für die Suche nach NS-Raubgut als für die Aufarbeitung kolonialer Kontexte nahelegte. Da hier eine nationale Forschungsinfrastruktur weitgehend fehlte, hat das Landesmuseum Hannover – an dem die Stelle für Provenienzforschung seit 2013 für alle Fachbereiche (Archäologie, Ethnologie, Landesgalerie, Münzkabinett, Naturkunde) zuständig ist – federführend mit den genannten Institutionen, der Ethnologischen Sammlung der Georg-August-Universität Göttingen und dem Städtischen Museum Braunschweig sowie den Universitäten in Göttingen, Hannover und Oldenburg ein Verbundvorhaben entwickelt, das nun dank einer großzügigen Förderung durch die Volkswagenstiftung von 2018 bis 2021 die größten ethnografischen Sammlungen in Niedersachsen auf ihre koloniale Herkunft hin untersucht. Dies erfolgt im Rahmen von Dissertationsvorhaben und im engen Austausch mit Vertreter*innen der

Herkunftsländer aus Kamerun, Tansania, Namibia und Papua-Neuguinea.²⁰ Vorrangige Ziele sind, mit diesen einen Dialog über den Umgang mit den untersuchten Objekten und ihre mögliche Rückgabe zu eröffnen und einen Beitrag für die Kontextforschung zu leisten. Dies und eine vom Netzwerk über die Projektlaufzeit hinaus finanzierte mehrsprachige Projektwebsite und -datenbank zur Dokumentation der untersuchten Objekte sollen schließlich die Grundlagen einer Forschungsinfrastruktur bilden, auf der zukünftige Projekte in Niedersachsen aufbauen können, für die seit Beginn des Jahres 2019 ein neuer Fachbereich für Provenienzforschung zu Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten am Deutschen Zentrum Kulturgutverluste nationale Fördermittel bereitstellt.²¹

Nachdem bereits in Museen wie Alfeld oder Uslar im Rahmen der auf die Identifizierung von NS-Raubgut fokussierten Erstchecks in Südniedersachsen Ethnographica aus der Kolonialzeit identifiziert werden konnten, hat das Netzwerk im März 2019 gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und dem Museumsverband einen Workshop zu Kulturgut aus kolonialen Kontexten in Niedersachsen veranstaltet. Im Nachgang dazu werden derzeit Förderanträge für eine Kontextforschung zum Tierhandel in Alfeld, verschiedene Erstcheck-Modelle sowie ein Verbundvorhaben zur Aufarbeitung kolonialer Bestände in Ostfriesland entwickelt. Die für diesen Zweig der Provenienzforschung relevanten Quellen liegen wiederum teils in den Museen selbst, teils in den zuständigen Archiven, sind darüber hinaus jedoch ebenso in den Herkunftsländern selbst zu suchen,²² weshalb die Einbeziehung der jeweiligen Vertreter*innen sowie eigene Feldforschung unabdingbar sind.

Die institutionalisierte Vernetzung der Provenienzforschung in Niedersachsen hat dazu beigetragen, die Suche nach und Identifizierung von NS-Raubgut zu intensivieren und die Aufarbeitung von Kulturgut aus anderen Kontexten systematisch zu beginnen. Dank der stetig zunehmenden Anzahl an Projekten, Veranstaltungen und Ausstellungen und der damit einhergehenden Steigerung der Sensibilisierung konnten bereits viele Erkenntnisse gewonnen, Kontexte rekonstruiert und relevante Bestände erschlossen werden. Doch bleibt auch nach wie vor viel aufzuarbeiten und zu tun. Für den Archivbereich sei hier exemplarisch auf die Er-

schließung der Wiedergutmachungsakten oder des immer wieder von internationalen (Provenienz-)Forscher*innen konsultierten Nachlasses der hannoverschen Kestner-Gesellschaft verwiesen.²³ Ebenso gilt es, die Universitäten stärker einzubeziehen und das Fort- und Weiterbildungsangebot stetig anzupassen und auszubauen, gern in enger Zusammenarbeit mit den Archiven.

Das Netzwerk steht allen Einrichtungen, Vereinen oder Verbänden in Niedersachsen offen. Fragen oder Anregungen nimmt die Koordinationsstelle jederzeit gern unter info@provenienzforschung-niedersachsen.de entgegen.

Alle Internetabrufe wurden letztmals am 29.11.2019 vorgenommen.

- 1 Vgl. Claudia Andratschke / Marcus Kenzler, Empfehlungen zur Provenienzforschung bei Neuzugängen in niedersächsischen Museen, in: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Hg.), Leitfaden zur Erwerbung von Museumsgut. Eine Handreichung für die Museen im Land Niedersachsen, Hannover 2013, S. 144 f. (online abrufbar unter http://www.mwk.niedersachsen.de/download/76722/Empfehlungen_zur_Provenienzforschung_bei_Neuzugaengen_in_niedersaechsischen_Museen.pdf)
- 2 Vgl. www.provenienzforschung-niedersachsen.de; zur Provenienzforschung am Landesmuseum Hannover bis 2015 Claudia Andratschke, Provenienzforschung am Landesmuseum Hannover, in: Ulrich Krempel / Wilhelm Krull / Adelheid Wessler (Hg.), Erblickt, verpackt und mitgenommen – Herkunft der Dinge im Museum. Provenienzforschung im Spiegel der Zeit, Hannover o. J. (2012), S. 73–87; dies., Provenienzforschung am Landesmuseum Hannover, in: NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven. Viertes Hannoverisches Symposium, im Auftrag der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek hg. v. Regine Dehnel, Berlin 2012, S. 89–108; dies., Zwischen Kontinuität und Neubeginn. Die Kunstabteilung im Landesmuseum Hannover nach 1945, in: J. Friedrich / A. Prinz (Hg.), »So fing man einfach an, ohne viele Worte«. Ausstellungswesen und Sammlungspolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Köln 2013, S. 82–88; dies., Brandbilder. Kunstwerke als Zeugen des Zweiten Weltkriegs (NahSichten, Bd. 4, hg. von Katja Lembke), Stuttgart 2015.
- 3 Die Einrichtung der Zentralen Stelle für Provenienzforschung in Hessen (Wiesbaden) erfolgte 2015 auf Initiative des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, im gleichen Jahr wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst der Forschungsverbund Bayern mit neun Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. In Nordrhein-Westfalen wurde 2017 bis 2019 ein Projekt durchgeführt, dessen Ergebnisse im Bericht »Provenienzforschung in NRW – Informationen und Empfehlungen für eine systematische, flächendeckende und nachhaltige Provenienzforschung« 2019 veröffentlicht wurden; darin wird die Einrichtung einer Koordinationsstelle empfohlen. Vgl. <https://wissenschaft.hessen.de/kultur/die-zentrale-stelle-fuer-provenienzforschung>; <https://provenienzforschungsverbund-bayern.de/de/home/ueber-uns>; https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/kultur/provenienzforschung/downloads_1/Projekt_Provenienzforschung_NRW_Web.pdf
- 4 Zum Museumsgütesiegel s. https://www.mvnb.de/fileadmin/data/public/registrierung/Kommission/2018/Webseite/Was_zeichnet_ein_Museum_mit_Guetesiegel_aus.pdf
- 5 Vgl. www.provenienzforschung-niedersachsen.de
- 6 Vgl. Stefan Alker / Bruno Bauer / Markus Stumpf, NS-Provenienzforschung und Restitution an Bibliotheken, Berlin u.a. 2017; <https://www.bibliothekverband.de/fachgruppen/kommissionen/provenienzforschung-und-provenienzerschliessung.html>
- 7 Vgl. Regine Dehnel, Provenienzforschung in Bibliotheken. Ein Projekt zur Suche nach geraubten Büchern an der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, in: Gedächtnis des Exils. Formen der Erinnerung.

- Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 28 (2010), S. 125–141; NS-Raubgut in Museen, Bibliotheken und Archiven. Viertes Hannoversches Symposium, im Auftrag der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek hg. v. Regine Dehnel, Berlin 2012; <https://www.gwlb.de/projekte/ns-raubgut/projekt/>
- 8 Jenka Fuchs, Spurensuche in der Stadtbibliothek Hannover. Forschungen zu NS-Raubgut in Erwerbungen nach 1945, in: *Das offene Bibliotheksjournal* 6,2 (2019), S. 1–16; online abrufbar unter <https://doi.org/10.5282/o-bib/2019H2S1-16>; dies., „Zweifelhafte Provenienzen“ – NS-Raubgut-Forschung in der Stadtbibliothek Hannover, in: Johannes Schwartz/ Simone Vogt (Hg.): *Spuren der NS-Verfolgung. Provenienzforschung in den kulturhistorischen Sammlungen der Stadt Hannover. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Museum August Kestner Hannover*, Köln 2019, S. 216–229.
 - 9 Vgl. den Beitrag von Johannes Schwartz in diesem Band; daneben Cornelia Regin, *Provenienzforschung im Stadtarchiv Hannover. Rückschau und Ausblick*, in: Schwartz/ Vogt (wie Anm. 8), S. 26–33.
 - 10 Vgl. Marcus Kenzler, *Auf Spurensuche im Archiv. Über die Provenienzforschung am Landesmuseum Oldenburg und die Bedeutung historischer Quellen*, in: *Archiv-Nachrichten Niedersachsen* 19 (2016), S. 40–48; ders. (Hg.), *Herkunft verpflichtet! Die Geschichte hinter den Werken*, Oldenburg 2017; die *Altakten des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg* in *NLA Oldenburg Rep.* 750.
 - 11 Marcus Kenzler / Katrin Zempel-Bley, Lühr Grolle hält Erbstücke für verdächtig. Sondersammlung für belastetes Kunst- und Kulturgut – Einzigartiges Kooperationsprojekt, in: *kulturland Oldenburg. Zeitschrift der Oldenburgischen Landschaft* 162 (2014), S. 26–29; ders., *Raubkunst im „Nordsee-Gau“*. Über die Provenienzforschung in Oldenburg und ihre Auswirkung auf private Sammlungen und die universitäre Lehre, in: *Museumskunde* 80,2 (2015), S. 68–73; ders., *Raubkunst und „Hollandmöbeln“ auf der Spur. Provenienzforschung am Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg*, in: *Nachrichten des Marschenrates zur Förderung der Forschung im Küstengebiet der Nordsee* 53 (2016), S. 93–96.
 - 12 Vgl. Christina Hemken / Karl-Heinz Ziessow (Hg.), *Im Schatten des totalen Krieges: Raubgut, Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit* (Kataloge und Schriften des Museumsdorf Cloppenburg 37), Oldenburg 2018; dies., *Provenienzforschung und „M-Aktion“ im regionalen Kontext. Das Museumsdorf Cloppenburg arbeitet seine Bestände auf*, in: *kulturland Oldenburg*, hg. v. d. Oldenburgischen Landschaft 179 (2019), S. 36–39; die Projektwebsite unter <http://provenienzforschung.info/>
 - 13 Vgl. den Beitrag von Rolf Uphoff in diesem Band.
 - 14 Vgl. Nina Hennig, *Woher kommen die Objekte? Erster Versuch einer Provenienzforschung anhand von Sammlungsstücken aus den Jahren 1933 bis 1945 in der Ostfriesischen Landschaft*, in: Michael Hermann (Hg.), *Das 20. Jahrhundert im Blick. Beiträge zur ostfriesischen Zeitgeschichte*. Bernhard Parisius zum 65. Geburtstag, Aurich 2015, S. 85–99; dies., *Provenienzforschung an der Ostfriesischen Landschaft*, in: *Nachrichten des Marschenrates zur Förderung der Forschung im Küstengebiet der Nordsee* 53 (2016), S. 101 ff.
 - 15 Vgl. den Beitrag von Christian Riemenschneider in diesem Band; ders., *Provenienzforschung in Südniedersachsen und das vermeintlich Provinzielle*, in: *Deutsches Zentrum Kulturgutverluste* (Hg.), *Provenienz & Forschung* 01.2017, Dresden 2017, S. 67 f.; ders., *Provenienzforschung in fünf südniedersächsischen Museen. Ein Erst-Check auf unrechtmäßige Kulturgüter*, Duderstadt 2017; ders., *Provenienzforschung in vier südniedersächsischen Museen. Ein Erst-Check auf unrechtmäßig entzogene Kulturgüter*, Teil II., Duderstadt 2018; ders., *Gekauft, geschenkt, enteignet? Provenienzforschung in Südniedersachsen am Beispiel des Heimatmuseums Duderstadt*, in: *Eichsfeld-Jahrbuch* 26 (2018), S. 251–268.
 - 16 Die *Altakten* wurden unter der Signatur Nds. 401, Acc. 2015/69 aufgenommen; vgl. Regina Rößner, *Neue Quellen für die Provenienzforschung. Akten der staatlichen Museumspflege für Niedersachsen und Bremen wurden erschlossen*, in: *NLA-Magazin. Nachrichten aus dem Niedersächsischen Landesarchiv* (2016), S. 39.
 - 17 Vgl. Claudia Andratschke, „Bei all diesen Geschichten natürlich ganz im Hintergrund“ – Ferdinand Stuttmann als Leiter des Kestner-Museums von 1938 bis 1945, in: Schwartz/ Vogt (wie Anm. 8), S. 34–49, hier S. 41–45; Christopher Galler, *Suche nach Herkunft. NS-Raubkunst im Bomann-Museum?! Begleitband zur gleichnamigen Sonderausstellung des Bomann-Museums Celle*, hg. v. Jochen Meiners, Dresden 2019, hier S. 48–51.
 - 18 Vgl. <https://www.kulturgutverluste.de/Webs/DE/Datenbanken/Index.html>
 - 19 Vgl. den Beitrag von Christopher Galler in diesem Band; Sophia Barth, *Kulturgutschutz in Schloss Celle. Vom „Bienenkorb“ zum sicheren Hort* (Celler Beiträge zur Landes- und Kulturgeschichte / Schriftenreihe des Stadtarchivs und des Bomann-Museums 51), Celle 2018; zur Celler Tagung Jochen Meiners (Hg.), *NS-Kunstraub lokal und europäisch. Eine Zwischenbilanz der Provenienzforschung in Celle*, Celle 2018.
 - 20 Zum Projekt „Provenienzforschung in Außereuropäischen Sammlungen und der Ethnologie in Niedersachsen“ vgl. Claudia Andratschke / Lars Müller, *Projektstart PAESE. Provenienzforschung in außereuropäischen Sammlungen und der Ethnologie in Niedersachsen*, in: *museums:zeit*, hg. v. Museumsverband Niedersachsen und Bremen e. V., Hannover 2019, S. 53; zur Genese Claudia An-

- dratschke, Provenienzforschung in ethnologischen Sammlungen: Umgang mit einem heiklen Erbe, in: *Studia Instituti Missiologici Societatis Verbi Divini* (Beiträge des Symposiums „Missionsgeschichtliche Sammlungen heute. Herausforderungen, Chancen, Visionen“, 23./24.03.2017, Museum Haus Völker und Kulturen St. Augustin), 2017, S. 65–76; dies., Netzwerke erweitern – Von NS-Raubgutforschung zur Provenienzforschung in ethnologischen Sammlungen der Kolonialzeit, in: *Provenienzforschung zu ethnografischen Sammlungen der Kolonialzeit. Positionen in der aktuellen Debatte*, hg. v. Larissa Förster / Iris Edenheiser / Sarah Fründt / Heike Hartmann; elektronische Publikation zur Tagung „Provenienzforschung in ethnologischen Sammlungen der Kolonialzeit“, Museum Fünf Kontinente, München, 7./8. April 2017, April 2018, S. 295–310; online abrufbar unter <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/19769>. Vergleichbare Projekte wurden oder werden am Ethnologischen Museum Berlin in Kooperation mit Tansania, am Linden-Museum in Stuttgart in Kooperation mit der Universität Tübingen oder am Überseemuseum Bremen in Kooperation mit der Universität Hamburg durchgeführt; s. die Beiträge in dem Sammelband ebd.; den Abschlussbericht des Stuttgarter / Tübinger Projekts von Gesa Grimme unter https://www.lindenmuseum.de/fileadmin/user_upload/images/fotogalerie/Schwieriges_Erbe/SchwierigesErbe_Provenienzforschung_Abschlussbericht.pdf
- 21 <https://www.kulturgutverluste.de/Webs/DE/Forschungsfoerderung/Projektfoerderung-Bereich-Kulturgut-aus-kolonialem-Kontext/Index.html>
- 22 Zur Quellenlage vgl. den Archivführer Deutsche Kolonialgeschichte der FH Potsdam unter <https://archivfuehrer-kolonialzeit.de/>; die Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus unter <http://brema.suub.uni-bremen.de/dsdb>; Kolonialbibliothek und Koloniales Bildarchiv der UB Frankfurt am Main unter <https://www.ub.uni-frankfurt.de/ozeanien/bildarchiv.html>
- 23 Vgl. den Überblick über die Wiedergutmachungsakten in den Standorten des Niedersächsischen Landesarchivs, Stand 06.02.2019 unter <https://nla.niedersachsen.de/benutzung/service/nuetzliche-hilfsmittel-85897.html>; dazu die Erschließung der Wiedergutmachungsakten des Landesarchivs Berlin in der WGA-Datenbank unter <http://wga-datenbank.de/starten.php?s=1>; den Bestand der Kestner-Gesellschaft e. V. im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Hannover Dep. 100, unter <https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction?detailid=b2435>. Hier sind teilweise bereits Kooperationen des Landesarchivs mit Universitäten und dem wissenschaftlichen Nachwuchs geplant. Zuletzt wurden die bisherigen Erfahrungen, Wünsche und Desiderate im Rahmen der Tagung „Museumsüberlieferung im Schnittpunkt der Interessen von Museen, Archiven und der Forschung“ am Tag der Provenienzforschung, 10. April 2019, im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Hannover diskutiert. Vgl. <https://nla.niedersachsen.de/startseite/landesarchiv/veranstaltungen/museum-sueberlieferung-im-schnittpunkt-der-interessen-von-museen-archiven-und-der-forschung-174001.html>

*Dr. Claudia Andratschke
ist Leiterin der Abteilung
Sammlungen+Forschung und Koordinatorin
des Netzwerks Provenienzforschung am
Landesmuseum Hannover.*

*E-Mail:
Claudia.Andratschke@landesmuseum-
hannover.de*

Archive und Provenienzforschung: Berichte aus der Praxis

Provenienzforschung im Städtischen Museum Göttingen

von Saskia Johann

Am Städtischen Museum Göttingen ist seit Juli 2017 das Provenienzforschungsprojekt „Arisierung und Neukonzeption - Die Sammlungspolitik des Städtischen Museums Göttingen“ angesiedelt.¹ Es wird von der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste noch bis August 2020 gefördert.

Das Städtische Museum ist das erste kommunale stadtgeschichtliche Museum in Niedersachsen, das Provenienzforschung betreibt. Bereits 2008 wurden die Bestände des Hauses auf jüdische Einlieferungen untersucht. Bei diesen Recherchen konnten immerhin 125 Objekte identifiziert werden, die unrechtmäßig in die Sammlung gelangt sind und NS-verfolgungsbedingt entzogen wurden. Es handelt sich dabei unter anderem um Möbel, Gemälde und Graphiken zahlreicher jüdischer Göttinger Familien.

Das jetzige Projekt erweitert diesen Fokus. Neben den Eingängen mit jüdischen Namen werden vor allem Eingänge von sogenannten Drittanbietern untersucht. Dies sind insbesondere Antiquitäten- und Trödelhändler, städtische Institutionen wie Polizei- und Finanzbehörden, Wohlfahrts- und Zollämter. Als Besonderheit werden zudem Einlieferungen der Göttinger Freimaurerloge und der studentischen Verbindungen berücksichtigt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ist die Sammlungspolitik des Hauses. Die auffällige Bestandsmehrung in der NS-Zeit wird im Kontext der Stadtgeschichte und ihrer politischen Strukturen recherchiert und dargestellt. Es wird geklärt, unter welchen Bedingungen die belasteten Objekte Bestandteil der Sammlung wurden, ob es einen Sammlungsauftrag durch die Stadt gab oder der damalige Museumsdirektor Otto Fahlbusch (1888–1971) aus eigenem professionellem Antrieb agierte.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Jahre 1933 bis 1945. In dieser Zeit gelangten knapp 6 000 Objekte in die Sammlung. Die Zugänge sind heterogen und reichen vom alltäglichen Gebrauchsgegenstand über Münzen, Kleidung, Porzellan bis hin zum Gemälde und Möbelstück.

Ausgangspunkt für die Erforschung der Sammlung des Städtischen Museums sind die Eingangsbücher, die seit der Gründung des Hauses im Jahre 1889 nahezu lückenlos geführt wurden. Die Bücher dokumentieren die Objekteingänge und sind für die Sammlungsgeschichte von großer Bedeutung. Das Museum selbst besitzt aus Platzgründen nur eine kleine Registratur. Neben den Eingangsbüchern verwaltet es zu den einzelnen Sammlungsobjekten eine Datenbank und verwahrt

Unterlagen wie Fotos, Leihverträge, Anfragen und Restaurierungsberichte. Zudem wurde bis 2006 eine Museumschronik geführt.

Für fundierte Ergebnisse ist die Provenienzforschung auf eine Zusammenarbeit mit den Archiven angewiesen. Eine umfassende Recherche zu Personen, Institutionen und Gebäuden ist nur durch die Bestände der Stadt-, Landes- und Staatsarchive möglich, die deutschland- und sogar europaweit befragt werden müssen. Des Weiteren helfen bei der Forschungsarbeit die Universitäts-, Wirtschafts- und Privatarchive. Außerdem sind das Bundesarchiv mit seinen Unterlagen zu NS-Organen und den Mitgliedern der NSDAP sowie die Gedenkstätten für die Recherche zu jüdischen Opfern wichtig. Die Findmittel sind teilweise online einsehbar. Trotzdem ist der Forschungserfolg von der Auskunft der Archivarinnen und Archivare zu den Bestandsinformationen abhängig.

Eine enge Kooperation pflegt das Städtische Museum mit dem Stadtarchiv Göttingen. Im dortigen Bestand² befindet sich der gesamte Schriftverkehr des Museums. Für die Recherche zu Privatpersonen und den Händlern sind die Personenstandsunterlagen von Bedeutung, die sukzessiv konsultiert werden. Für die Einlieferungen der städtischen Institutionen sind der Schriftverkehr und die Personalakten der jeweiligen Institution von unschätzbarem Informationswert.

Anhand von zwei Beständen des Stadtarchivs Göttingen ist sogar eine Verquickung von Provenienzforschung und Archivarbeit entstanden. Es handelt sich zum einen um den Bestand Stadtsteueramt und zum anderen die Sammlung Nr. 12.

Auf den Bestand Stadtsteueramt³ ist die Provenienzforschung durch das Stadtarchiv bzw. einen Archivbenutzer, der stadt-

geschichtlich forscht, aufmerksam gemacht worden. Die Quelle enthält eine detaillierte Aufstellung über das Vermögen der 1941/1942 deportierten Göttinger Juden. Es befinden sich darin Werte und Angaben zu Immobilien, Sparkonten, Aktien und Barvermögen. Ebenso ist Inventar wie Hausrat und Wertsachen aufgelistet.

Diese Quelle ist nicht nur für die Stadtgeschichte, sondern auch für die Provenienzforschung überaus wichtig, da sie zusätzlich Auskunft über Termine, Objekte und Beteiligte der Versteigerungen gibt. Über die Göttinger Versteigerungen des jüdischen Besitzes in den Jahren 1942 bis 1944 haben sich darüber hinaus keine Quellen erhalten. Durch den Hinweis des Archivs wird die Provenienzforschung entschieden gefördert, da Angaben mit den Sammlungseingängen abgeglichen werden können.

Hinter der Sammlung Nr. 12⁴ verbergen sich zwei große Karteikästen mit etwa 2 000 Karten. Diese enthalten Informationen zu den sogenannten Saarflüchtlingsen. Saarflüchtlings gab es zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Sie wohnten ursprünglich direkt an der Grenze zu Frankreich und wurden wegen des Baus des Westwalls 1939 evakuiert. Bei dieser Evakuierung wurden etwa eine Million Menschen andernorts umgesiedelt. 2 000 Saarflüchtlings kamen nach Göttingen. Das Thema ist in der stadtgeschichtlichen Forschung bislang nicht präsent.

Die Provenienzrecherchen haben ergeben, dass das Museum 1939 Objekte aus einer „Sammlung für Saarflüchtlings“ erhielt. Die Sammlung wurde von der Stadt eingerichtet, um die Flüchtlings mit Hausrat und Möbeln auszustatten. Die Objekte, die damals ins Museum gelangten, wurden entweder nicht mehr gebraucht oder waren zu hoch-

wertig, um abgegeben zu werden. Aufgrund der hohen Qualität der im Museum befindlichen Objekte und der zeitlichen Nähe zu den Enteignungen der jüdischen Bevölkerung ist zu vermuten, dass sie möglicherweise aus ehemals jüdischem Besitz stammen könnten.

Die Karteikarten des Bestands sind für die Provenienzforschung zwar weniger nützlich. Allerdings kann durch die Entdeckung des Bestandes ein in Vergessenheit geratener Teil der Stadtgeschichte aufgearbeitet

werden. Das Stadtarchiv hat dem Seminar für Geschichte der Georg-August-Universität Göttingen vorgeschlagen, das Thema im Rahmen einer Master- oder Promotionsarbeit zu bearbeiten.

Provenienzforschung liefert nicht immer nur Provenienznachweise. Sie bietet darüber hinaus auch für die Archive eine Chance, den eigenen Bestand neu zu erforschen und zu befragen sowie neue Aspekte für die Stadtgeschichte zu entdecken.

-
- 1 Eine ausführliche Projektbeschreibung findet sich unter https://www.kulturgutverluste.de/Webs/DE/Forschungsfoerderung/Projektfinder/Projektfinder_Formular.html?queryResultId=null&pageNo=0&pageLocale=de&resourceId=103278&view=renderJS&ON&cl2Categories_Themen.GROUP=1&submit=Senden&cl2Categories_Themen=Projektfoerderung&sortOrder=title_text_sort+asc&show_map=1&pfQueryString=G%C3%B6ttingen&input_=100464&docId=128036 (letzter Abruf 26.11.2019).
 - 2 Stadtarchiv Göttingen (künftig StA GÖ), C49 Städtisches Museum.
 - 3 StA GÖ, Stadtsteueramt, 22-02-36 37.
 - 4 StA GÖ, Sammlung Nr. 12.

*Dr. Saskia Johann
arbeitet seit April 2016 im Städtischen
Museum Göttingen und ist dort seit Juli
2017 in der Provenienzforschung tätig.*

E-Mail: s.johann@goettingen.de

Die Bestände im Stadtarchiv Hannover als Gegenstand und Materialgrundlage der NS-Provenienzforschung am Fallbeispiel Emil Meyer, Fritz Schaper und Klara Berliner

von Johannes Schwartz

In dem folgenden Beitrag werden die Aufgabengebiete und die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der wissenschaftlichen Stelle für Provenienzforschung zu Verdachtsfällen möglicherweise NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter in den Sammlungen der Museen für Kulturgeschichte (Museum August Kestner und Historisches Museum Hannover) und des Stadtarchivs der Landeshauptstadt Hannover dargestellt. Besondere

Berücksichtigung finden dabei die Bestände im Stadtarchiv Hannover zum einen als Materialgrundlage für diese Forschungsarbeit, zum anderen als eigenständiger Forschungsgegenstand dieser Herkunftsrecherche.

In der folgenden Tabelle 1 sind die Gesamtzahlen der Bestände in den Museen für Kulturgeschichte und im Stadtarchiv aufgelistet, die Gegenstand der Provenienzforschung dieser Stelle sind:

Einrichtung	Sammlung	Gesamtzahl Objekte	Vor 1945 entstandene und nach 1933 angeschaffte Objekte
Museum August Kestner	Antikensammlung	5 902	1 949
	Ägyptische Sammlung	3 463	991
	Angewandte Kunst und Design	11 451	3 543
	Islamische Sammlung	323	169
	Münzen, Medaillen und Gemmen	99 324	51 746
Historisches Museum am Hohen Ufer		80 048	37 768
Stadtarchiv	Autographen	18 000	2 250
	NSDAP-Gaubibliothek	1 504	1 504

Tabelle 1: Gegenstände der Provenienzforschung in den Museen für Kulturgeschichte und im Stadtarchiv Hannover

In der ersten Spalte ist die Gesamtzahl der Objekte dieser Sammlungen angegeben und in der zweiten Spalte die absolute Zahl derjenigen Objekte, die im Hinblick auf einen möglicherweise vorhandenen NS-verfolgungsbedingten Erwerbshintergrund untersucht werden müssen.

Im Stadtarchiv sind zwei Sammlungen Gegenstand der Provenienzforschung: zum einen insgesamt 2 250 vor 1945 entstandene und nach 1933 in die Sammlungen des Kestner-Museums gelangte Autographen. Seine insgesamt 18 000 Einzelstücke umfassende Autographen-Sammlung übergab das Kestner-Museum am 30. April 1980 dem Stadtarchiv.¹ Im Jahre 1936 kaufte das Kestner-Museum insgesamt 16 Autographen vom Kunsthändler Karl von der Porten an, der den Nachlass des „Bankiers Emil Meyer, Hannover“ versteigerte.² Darunter war zum Beispiel ein Brief des Dichters Heinrich Heine an den Redakteur der Zeitung für die elegante Welt, Dr. Gustav Kühne, aus dem Jahre 1839.³

Wer aber war Emil Meyer? Könnte es sich um einen Verfolgten des NS-Regimes handeln? Um diese Frage zu beantworten, wurde zunächst das Adressbuch der Stadt Hannover konsultiert, von dem die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Kooperation mit dem Stadtarchiv Hannover die Jahrgänge 1798 bis 1943 inzwischen online gestellt hat. Tatsächlich fand sich Emil L. Meyer ab 1884 als einer der Gesellschafter des Bankgeschäfts „Ephraim Meyer & Sohn“, ab 1899 mit dem privaten Wohnsitz „Lange Laube 23“.⁴ In den Jahrgängen 1926 bis 1935 wohnte unter derselben Adresse seine Witwe Helene Meyer.⁵ So ließ sich relativ schnell die Sterbe-Sammelakte Emil L. Meyers aus dem Jahre 1926 im Bestand „Neue Registraturen der Stadt Hannover, Standes-

ämter“ finden.⁶ Im Adressbuch der Stadt Hannover war schließlich unter derselben Adresse „Lange Laube 23“ im Jahrgang 1936 die NS-Frauenschaft des NSDAP-Gaus Südhannover-Braunschweig zu finden.⁷ Somit lag eine große Wahrscheinlichkeit vor, dass Helene Meyer NS-verfolgungsbedingt aus ihrem Haus vertrieben wurde und so die Autographen-Sammlung ihres verstorbenen Ehemanns an Karl von der Porten zur Versteigerung gelangte.

Der zweite Bestand im Stadtarchiv Hannover, der Gegenstand der Provenienzforschung der Landeshauptstadt Hannover ist, ist die 1 504 Signaturen umfassende Sammlung an Büchern und Broschüren des „NSDAP-Gauearchivs Südhannover-Braunschweig“.⁸ Dieses Archiv sammelte Material für die Gauleitung der NSDAP in Hannover, u. a. auch Propagandamaterial für die Ausstellungs- und Museumsprojekte der NSDAP-Gauleitung Südhannover-Braunschweig. 1943/44 wurde dieses Archiv nach Lauenstein ins Weserbergland ausgelagert, um es vor alliierten Luftangriffen zu schützen. Nach dem Krieg wurde das Archiv von der britischen Militärregierung beschlagnahmt und zunächst dem Hauptstaatsarchiv Hannover übergeben, das einen Großteil der Bücher der Stadtbibliothek Hannover zur Verwahrung übergab. Im Zuge der Vorbereitung der Sonderausstellung „Spuren der NS-Verfolgung. Über Herkunft und Verbleib von Kulturgütern in den Sammlungen der Stadt Hannover“ (Museum August Kestner, 5.12.2018-29.9.2019) wurde im Bestand „Stadtbibliothek/Bestände/Erwerbung“ im Stadtarchiv ein Dokument gefunden, das belegte, dass die Stadtbibliothek die von ihr „verwalteten Bücher der ehem. Gaubücherei der NSDAP gegen eine Anerkennungsgebühr“ von 600 DM im August 1953 beim Re-

gierungspräsidium Hannover ankauft und diese Bücher damit „*endgültig in das Eigentum der Hauptstadt Hannover*“ übergangen.⁹ 1985 übergab die Stadtbibliothek ein Konvolut an Büchern und Broschüren aus diesem Bestand dem Stadtarchiv Hannover, das ihnen 1 504 Signaturen zuwies.¹⁰ In zahlreichen dieser Bücher lässt sich der Stempel „Von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt und dem Partei=Archiv der NSDAP. Gau Süd=Hannover=Braunschweig zur Verfügung gestellt“ finden, z. B. in einer „Illustrierten Geschichte der Russischen Revolution“, was darauf schließen lässt, dass diese Bücher bei verhafteten politischen Gegnern, rassistisch oder antisemitisch Verfolgten des NS-Regimes beschlagnahmt wurden.¹¹

Auf dieser Forschungsgrundlage konnten so auch drei Bücher von Wladimir Iljitsch Lenin als NS-verfolgungsbedingt eingestuft werden, denn in ihnen fand sich ein blauer Eigentumsstempel mit dem Wortlaut: „Fritz Schaper. Göttingen. Maschmühlenweg 123e“.¹² Fritz Schaper lebte seit dem 14. März 1930 unter dieser Adresse in Göttingen.¹³ Er wurde am 13. März 1933 in Göttingen „in Schutzhaft genommen“, weil er Angehöriger der KPD war.¹⁴ Seine Wohnung wurde „nach Waffen und Drucksachen“ durchsucht.¹⁵ Zwar wurde kein „hochverräterisches Material [...] gefunden“¹⁶, das heißt Material, das als Beweis für einen Umsturzversuch nach §§ 80–87 RStGB hätte verwendet werden können. Deshalb kann man aber nicht ausschließen, dass nicht trotzdem bei dieser Verhaftung die sieben Bücher aus dem Besitz Fritz Schapers beschlagnahmt wurden, die sich heute im Stadtarchiv Hannover befinden.¹⁷ Außerdem setzten sich die Ermittlungen und Hausdurchsuchungen noch bis Anfang Juni 1933 fort.¹⁸ So können die sie-

ben Bücher auch bei einer späteren Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden sein. Verurteilt wurde Schaper schließlich wegen Verbreitung der Zeitung „Roter Stürmer“. Seine Haftstrafe saß er in Göttingen und Hameln bis zum 31. Januar 1935 ab. Aus seinen beiden Einwohnermeldekarten im Stadtarchiv Hannover geht hervor, dass er am 31. August 1936 nach Hannover zog, dort ein zweites Mal heiratete, Vater zweier Kinder wurde und 1971 in die DDR zog.¹⁹

Generell kann man sagen, dass die Einwohnermeldekartei, die den Bestimmungen des Melderechts unterliegt und deshalb in der Regel nicht öffentlich einsehbar ist, der wichtigste Bestand im Stadtarchiv für die NS-Provenienzforschung ist. Im Stadtarchiv Hannover ist diese Kartei in vier Schichten sowie drei Sonderkarteien aufgeteilt: Das Juden-Selekt, das Selekt „Prominente“ und die Ausländerkartei. Für die NS-Provenienzforschung ist natürlich vor allem das Juden-Selekt von Interesse.

Auf der Einwohnermeldekarte von Klara Berliner kann man zum Beispiel ihre gesamte NS-Verfolgungsgeschichte ablesen: Dass sie am 4. September 1941 aus ihrem Haus in der Brühlstraße 7 in das „Judenhaus“ in der Brabeckstraße vertrieben wurde, anschließend in das Barackenlager am Tiergarten, das „Judenhaus“ in der Ohestraße, das „Judenhaus“ in der Ellernstraße, im Dezember 1942 in die Judendeportations-Sammelstelle Ahlem und von dort schließlich am 17. März 1943 nach Theresienstadt „abgeschoben“ wurde – wie es auf der Meldekarte wortwörtlich heißt.²⁰

Von Klara Berliner besitzt die Stadt Hannover einen wertvollen Rokoko-Schrank im Museum August Kestner und eine Stramin-Platte im Historischen Museum am Hohen Ufer.

Die Provenienzgeschichte dieser beiden Objekte ist in der Sonderausstellung „Spuren der NS-Verfolgung. Über Herkunft und Verbleib von Kulturgütern in den Sammlungen der Stadt Hannover“ im Museum August Kestner im Dezember 2018 öffentlich gemacht worden und nun in dem Sammelband „Spuren der NS-Verfolgung. Provenienzforschung in den kulturhistorischen Sammlungen der Stadt Hannover“ im Detail nachzulesen.²¹

Zur Erforschung dieses Falles waren noch vier weitere Bestände im Stadtarchiv von großer Bedeutung: erstens in der Abteilung „Hauptregistratur“ der Stadt Hannover der Bestand „Städtischer Grundbesitz“, denn in diesem fand sich die Akte des Städtischen



Abb. 1: Rokoko-Schrank, Nussholz, Lothringen, um 1770, Museum August Kestner, Inv.-Nr. 1942.4 (Foto: Christian Rose)



Abb. 2: Straminplatte, bestickt für einen Kissenbezug, Hannover, 1943, Historisches Museum Hannover, Inv.-Nr. VM 030721 (Foto: Jekaterina Kredovica)

Grundstücksamtes „betreffend den Ankauf des Grundstücks Brühlstraße 7 von Fräulein Klara (Sara) Berliner“.²² Zweitens war in der Abteilung 1.3. „Neue Registraturen“ der Stadt Hannover der Bestand „Rechtsamt“ grundlegend für den Fall, denn in diesem ließen sich Akten des Rechtsamts zum Rückerstattungsantrag des Grundstücks in der Brühlstr. Nr. 7 aus dem Jahr 1950, zur Rückerstattung des Kaufpreises für dieses Grundstück und zur Rückerstattung der Wohnungseinrichtung Klara Berliners in diesem Haus aus dem Jahr 1951 finden.²³ Drittens wird in der Abteilung 3.1. „Private Provenienzen“ der Nachlass Nr. 551 aufbewahrt, der eine Korrespondenz des Cousins Klara Berliners, Heinz Wilds, mit dem Direktor des Stadtarchivs enthält, der ihm die letzten Schriftstücke Klara Berliners aus Hannover vom März 1943 in Kopie zusandte.²⁴ Viertens enthält der Bestand „3.3. Firmenarchive“ das Archiv der Firma Hackethal Draht- und Kabel-Werke, wie z. B. Geschäftsberichte dieser Firma, aus denen hervorgeht,

dass Klara Berliners Vater noch bis zum 14. April 1938 Mitglied im Aufsichtsrat dieser Firma war, obwohl in der Forschungsliteratur bisher behauptet wurde, dass er sich bereits „bald nach Ende des Ersten Weltkriegs [...] ganz aus dem Wirtschaftsleben“ zurückzog.²⁵

Aus den Fallbeispielen Emil L. Meyer, Fritz Schaper und Klara Berliner kann man die folgenden Schlussfolgerungen ziehen: Die Bestände des Stadtarchivs sind nicht nur selbst Gegenstand der Provenienzforschung zum NS-verfolgungsbedingten Entzug von Büchern und Autographen, sondern sie sind zugleich besonders wertvoll für die Provenienzforschung zu NS-verfolgungsbedingten Erwerbungszusammenhängen in den Sammlungen der Museen für Kulturgeschichte der Stadt Hannover. Darüber hinaus geben sie aber auch Auskunft über personenbezogene NS-Verfolgungsgeschichten und über die allgemeine Politik-, Sozial-, Alltags- und Wirtschaftsgeschichte der NS-Zeit in Hannover.

- 1 Vgl. Thorsten Henke, Einige Bemerkungen zum archivalischen Nachlass Friedrich Culemanns im Stadtarchiv Hannover, in: Hannoversche Geschichtsblätter 69 (2015), S. 193–207, hier S. 195.
- 2 Stadtarchiv Hannover (künftig StA H), Inventarkarten der Autographen-Sammlung, KM 136.110 bis KM 136.124 und KM 136.133.
- 3 Heinrich Heine an Dr. Gustav Kühne, Paris, 11.10.1839, in: StA H, 4.AS.01, Nr. 3698.
- 4 Adreßbuch, Stadt- und Geschäftshandbuch der königlichen Residenzstadt Hannover und der Stadt Linden, 1884 bis 1917, und Adreßbuch von Hannover, 1920 bis 1925, http://www.gwlb.de/digitale_bibliothek/hannoversche_adressbuecher/ (letzter Abruf 04.12.2019).
- 5 Adreßbuch von Hannover, 1926 bis 1935, http://www.gwlb.de/digitale_bibliothek/hannoversche_adressbuecher/ (letzter Abruf 04.12.2019).
- 6 StA H, 1.NR.0803, Signatur 2605, Jg. 1926, Eintrag 1184.

- 7 Adreßbuch von Hannover, 1936, http://www.gwlb.de/digitale_bibliothek/hannoversche_adressbuecher/ (letzter Abruf 04.12.2019).
- 8 Vgl. dazu und zum Folgenden: Karljosef Kreter, Ein Bestand im Stadtarchiv Hannover – viele geraubte Herkünfte: Vom NSDAP-Gauarchiv und -museum zur „Sammlung Lauenstein“ in der Stadtbibliothek und zurück, in: R. Dehnelt (Hg.), Jüdischer Buchbesitz als Raubgut, Zeitschrift für das Bibliothekswesen und Bibliographie, Sonderheft 88 (2006), S. 277–303; Karljosef Kreter, Geraubte Bücher im Stadtarchiv Hannover. Die Identifizierung von verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut aus dem NSDAP-Gauarchiv und -museum, in: Hannoversche Geschichtsblätter N.F. 60 (2006), S. 105–134.
- 9 Der Direktor des Kulturamtes beim Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Hannover an das Kulturamt der Hauptstadt Hannover, Hannover, 23.08.1955, in: StA H, 1.NR.02, Stadtbibliothek, Nr. 112.

- 10 Vgl. Kreter, Geraubte Bücher (wie Anm. 8), S. 105.
- 11 Vgl. Wladimir Astrow / Alexander Nikolajewitsch Sleprow / James Thomas alias Jakob Reich (Hg.), Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution 1917, Berlin 1928, in: StA H, 3.VVP.034, NSDAP 11.
- 12 Wladimir Iljitsch Lenin, Über Organisationsfragen, Wien / Berlin 1924, in: StA H, 3.VVP.034, NSDAP 334; Wladimir Iljitsch Lenin, Die Bolschewiki und die Machtergreifung 1917, Teil 1, Elementarbücher des Kommunismus 27 (1931), in: ebd., NSDAP 375; Wladimir Iljitsch Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Wien / Berlin 1931, in: ebd., NSDAP 388.
- 13 Vgl. Einwohnermeldekarte von Fritz Schaper, geb. 14.03.1900, in: Stadtarchiv Göttingen (künftig StA GÖ).
- 14 Die Ortspolizeibehörde Göttingen, Durchführung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat, Göttingen, 20.03.1933, in: StA GÖ, Pol. Dir. Göttingen, Fach 31a, Nr. 2, Bd. 1.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Außer den in Anm. 12 aufgeführten Büchern sind dies: Zentralkomitee der KPD (Hg.), 21 Monate Hermann Müller Regierung. 21 Monate sozialdemokratische Koalitionspolitik 1928–1930, Berlin 1930, in: StA H, 3.VVP.034, NSDAP 343; Dmitri Sacharowitsch Manuilski, Die Weltwirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstieg. Referat auf dem Erweiterten Plenum des Präsidiums der EKKI, Hamburg/Berlin 1930, in: ebd., NSDAP 356; Nikolai Iwanowitsch Bucharin, Die internationale und innere Lage der Sowjetunion. Referat gehalten auf der 15. Moskauer Gouvènementskonferenz der Kommunistischen Partei der UdSSR, Hamburg/Berlin 1927, in: ebd., NSDAP 369; August Kreutzburg (verantwortlich für den Inhalt), Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongress, Moskau 01.09.1928, 3. Aufl., Hamburg/Berlin 1928, in: ebd., NSDAP 392.
- 18 Vgl. dazu und zum Folgenden ausführlich: Rainer Driever, Fritz Schaper, Göttingen 2016, <http://www.stadtarchiv.goettingen.de/widerstand/texte/kpd-goettingen-schaper-fritz.html> (letzter Abruf 03.12.2019).
- 19 Einwohnermeldekarte von Friedrich bzw. Fritz Schaper, geb. 14.01.1900, in: StA H, 1.HR.03.2, EMK, 4. Schicht, Kasten 1504.
- 20 Einwohnermeldekarte von Klara Berliner, geb. 22.12.1897, in: StA H, 1.HR.03.2, EMK, Jüdisches Selekt, Nr. 394. Vgl. dazu ausführlich: Johannes Schwartz, Die NS-Verfolgungsgeschichte der jüdischen Fabrikantentochter Klara Berliner aus Hannover und die Versuche der „Wiedergutmachung“, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 72 (2018), S. 261–286.
- 21 Johannes Schwartz, „Der Preis für den Schrank“ ist „sehr billig“ – Der NS-verfolungsbedingte Entzug des Rokoko-Schranks und der Stramin-Platte der jüdischen Fabrikantentochter Klara Berliner, in: Spuren der NS-Verfolgung. Provenienzforschung in den kulturhistorischen Sammlungen der Stadt Hannover, hg. v. Museum August Kestner, Johannes Schwartz und Simone Vogt, Köln 2019, S. 94–119.
- 22 StA H, 1.HR.09, Nr. 1318. Vgl. zur Vertreibung Klara Berliner aus ihrem Haus in der Brühlstraße 7: Schwartz, Die NS-Verfolgungsgeschichte (wie Anm. 20), S. 268–271; ders., Der Preis (wie Anm. 21), S. 102 f.
- 23 StA H, 1.NR.3.05, Rechtsamt, Nr. 567, 723 und 764. Vgl. ausführlich zu diesen Rückerstattungsverfahren: Schwartz, Die NS-Verfolgungsgeschichte (wie Anm. 20), S. 279–283; ders., Der Preis (wie Anm. 21), S. 114 ff.
- 24 Vgl. StA H, 3.NL.551, Klara Berliner. Schriftstücke aus dieser Akte werden zitiert in: Schwartz, Die NS-Verfolgungsgeschichte (wie Anm. 20), S. 273; ders., Der Preis (wie Anm. 21), S. 103 f.
- 25 Vgl. Geschäftsbericht der Hackethal-Draht- und Kabel-Werke AG (1937), Hannover, 14.04.1938, in: StA H, 3.FA.3.067, Nr. 10; Zitat: Helmut Zimmermann, Die Familie Berliner, in: Landeshauptstadt Hannover/Presseamt und Jüdische Gemeinde Hannover (Hg.), Leben und Schicksal. Zur Einweihung der Synagoge in Hannover, Hannover 1963, S. 88–100, hier S. 95. Inhaltlich identisch: Philipp Goldmann, The Origin and History of the Family and Branches of the Berliners of Hannover 1720–1997, Miami/FL 1997, S. 29.

*Dr. Johannes Schwartz
ist Provenienzforscher an den Museen für
Kulturgeschichte in Hannover.*

*E-Mail:
johannes.schwartz@hannover-stadt.de*

Provenienzforschung für die Museen in Braunschweig: Zur Aktenlage in Braunschweig und der Region

von Hansjörg Pötzsch

An den drei Braunschweiger Landesmuseen – dazu gehören das Braunschweigische Landesmuseum, das Herzog Anton Ulrich-Museum und das Staatliche Naturhistorische Museum Braunschweig – sowie am Städtischen Museum Braunschweig werden seit 2010 kontinuierlich Projekte zur Provenienzforschung realisiert.¹ Langfristiges Ziel ist die systematische Sichtung aller Museumsbestände in Braunschweig auf verfolgungsbedingte Entziehungen. Der folgende Beitrag skizziert die mit der Provenienzforschung verbundenen allgemeinen Fragestellungen und gibt einen kurzen Einblick in die für die Provenienzforschung relevante Aktenlage in Braunschweig und der Region.

Um welche Bereiche der Provenienzforschung geht es?

Im Zentrum der Recherchen stand und steht NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut. Neu dazugekommen ist die Recherche zu Kulturgut aus kolonialen Kontexten. Auch der dritte Bereich der Provenienzforschung, Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR, soll in Zukunft bei den Recherchen der drei Braunschweiger Landesmuseen soweit erforderlich mit einbezogen werden. Zu denken ist in diesem Bereich vor allem an Objekte, die über die „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) beziehungsweise die „Kunst und Antiquitäten GmbH“ (KuA) direkt oder indirekt in die Museen gelangt sein könnten.

Um welche Kulturgüter mit einem problematischen Erwerbushintergrund geht es?

Die Bandbreite der Kulturgüter mit einem problematischen Erwerbushintergrund an den Braunschweiger Museen ist groß. Sie reicht von Gemälden und Grafiken über Bücher, Kunsthandwerk, historisches Handwerksgut, Keramik, Militaria und Münzen bis zu kolonialen Objekten, die aus Dienstzeiten in den Kolonien oder aus Forschungsreisen stammen. In den kolonialen Kontext fallen auch menschliche Überreste.

Welche Quellengrundlagen in den Museen sind die Basis der Recherchen?

Ermittelt wurden und werden die problematischen Objekte über systematische Sichtungen der Museumsdatenbanken, der Zugangsbücher, der Objektkarteien und der in den Museen verbliebenen Objekt- und Sammlungsakten.² Weitere Informationen können sich über Provenienzmerkmale an den Objektrückseiten oder Objektunterseiten ergeben. Dazu gehören Aufkleber, Aufschriften, Sammlerstempel oder Signaturen, die Hinweise auf mögliche Vorbesitzer oder Lagerorte enthalten können.

Aus welchem Vorbesitz stammen die Kulturgüter mit problematischem Erwerbushintergrund?

Ziel der Provenienzforschung ist es, die Objektbiografien – die Herkunfts- und Be-

sitzgeschichten der Objekte – möglichst lückenlos vom Hersteller bis zum aktuellen Besitzer zu erforschen. Deshalb rücken die Vorbesitzer in den Mittelpunkt der Recherchen. Im Falle der Braunschweiger Museen sind das vor allem Ankäufe aus dem Kunsthandel, so zum Beispiel bei den in den NS-Kulturgutraub involvierten Kunsthandlungen Hans W. Lange (Berlin), Heinrich Hahn (Frankfurt am Main), Wolfgang Gurlitt (Berlin), Wilhelm August Luz (Berlin), Adolf Weinmüller (München), Julius Böhler (München), Münchner Kunsthandelsgesellschaft (ehemals Bernheimer), Allgemeine Warenhaus Gesellschaft AG (AWAG, Berlin), F. C. Valentin (Stuttgart), Etienne Delaunoy (Amsterdam) und Erich Pfeiffer (Hannover) sowie bei den jüdischen Kunsthandlungen Jacob Stodel (Amsterdam), Mozes Mogrobi (Amsterdam), J. Moses (Den Haag), Keezer & Zoon (Amsterdam) und S. E. Mossel (Amsterdam) in den von den Deutschen besetzten Niederlanden.

Dazu kommen vielfältige Schenkungen von Privatpersonen, darunter der umfangreiche Nachlass des 1944 verstorbenen Braunschweiger Museumsdirektors Karl Steinacker, der Objekte von Juden und Freimaurern in seine Sammlung oder in den unverzeichneten Altbestand des Vaterländischen Museums Braunschweig (heute: Braunschweigisches Landesmuseum) übernommen haben soll, und die im Zuge ihrer Selbstauflösung vor dem Hintergrund der NS-Machtergreifung 1933 erfolgte Schenkung der „Gesellschaft der Freunde Junger Kunst“ an das Herzog Anton Ulrich-Museum. Der nicht in das Vereinsregister eingetragenen „Gesellschaft der Freunde Junger Kunst“ gehörte mit dem Kunstsammler Erich Scheyer mindestens ein Jude als Mitglied an. Erich

Scheyer war ein Bruder der Kunstsammlerin und Kunsthändlerin Galka Emmy Scheyer, die ab 1924 die „Blaue Vier“ (Lyonel Feininger, Wassily Kandinsky, Paul Klee und Alexej von Jawlensky) in den USA promotete.

Bei den „Leihgaben“ der Freimaurerloge „Carl zur gekrönten Säule“ an das Braunschweigische Landesmuseum aus dem Jahr 1933 konnte ein NS-verfolgungsbedingter Entzug weder eindeutig ausgeschlossen noch eindeutig nachgewiesen werden. Dagegen handelt es sich bei den 1941 vom Städtischen Museum Braunschweig bei der Reichsbank in Berlin angekauften 10 Gold- und 52 Silbermünzen mit sehr großer Wahrscheinlichkeit um Objekte aus einem NS-verfolgungsbedingten Entzug. Denn die Münzen stammen „aus jüdischen Vermögensabgaben“. Allerdings konnten die Münzen noch nicht identifiziert werden. Im Zugangsbuch ist lediglich das Konvolut aufgeführt. Ein von der Reichsbank dem Konvolut beigelegtes Verzeichnis, das Auskunft über die einzelnen Münzen geben könnte, gilt als verschollen.³

Neben Ankauf oder Schenkung sind Objekte durch Tausch von einem Braunschweiger Museum in das andere gelangt. Im Braunschweigischen Landesmuseum befindet sich außerdem ein größerer unverzeichneter Altbestand. Die Provenienz der darin enthaltenen Objekte ist weitgehend unbekannt. Weitgehend unbekannt ist auch, ob über die „Arisierung“ von Mobilien in Braunschweig und der Region direkt oder indirekt vor oder nach 1945 Kulturgüter in die Braunschweiger Museen gelangt sein könnten. In allen vier Braunschweiger Museen gibt es darüber hinaus Objekte, die aus kolonialen Kontexten stammen. Ausgelöst durch den 2018 von Bénédicte Savoy und Felwine

Sarr dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron vorgelegten Bericht „Die Restitution des afrikanischen Kulturerbes“, stehen nun auch in Braunschweig die Objekte aus kolonialen Kontexten im Fokus der Recherchen.

Welche Archivalien sind für die Provenienzforschung von besonderer Relevanz?

Aufschluss über die Vorbesitzer von Kulturgütern können neben den Zugangsbüchern in den Museen vor allem natürlich die Erwerbsunterlagen geben (Schriftwechsel mit den Vorbesitzern, Rechnungen u. a.). Soweit vorhanden, können auch Objektakten Rückschlüsse auf den Vorbesitz zulassen (Besitzerwechsel, Restaurierungen u. a.). Über Quellen zu Personen und Strukturen des Kulturgutraubs können Erkenntnisse über die Leitgedanken der handelnden Personen und die Ankaufspolitik gewonnen werden (Schriftwechsel handelnder Personen zur Ankaufspolitik, zur Museumspolitik, mit handelnden Personen oder Organisationen, die in den Kulturgutraub verwickelt waren, z. B. bezogen auf den NS-Kulturgutraub mit der „Dienststelle Mühlmann“, dem „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“, dem „Sonderauftrag Linz“ oder mit bei „Lost Art“ gelisteten Kunsthändlern).

Auf der anderen Seite können Quellen zu Verfolgten und Betroffenen des Kulturgutraubs dazu beitragen, Besitzverhältnisse zu klären, Verlustgeschichten zu dokumentieren und Objekte zu identifizieren (Wiedergutmachungsakten, Rückerstattungsakten, Finanzamtsakten, Devisenstellenakten, Akten zu Emigration, Deportation und „Arisierung“ u. a.). Für die Identifikation von Objekten und für deren Provenienzgeschichte können Quellen zu Sammlern und Sammlun-

gen von Kulturgütern wichtig sein (Sammlungsverzeichnisse u. a.). Denn viele Objekte haben im Laufe ihrer Geschichte den Besitzer gewechselt und waren Teil von Sammlungen. Der Wechsel von einem Besitz in den anderen erfolgte bei vielen Kulturgütern über den Kunst- und Antiquitätenhandel. Deshalb sind Quellen zum Handel mit Kulturgütern von besonderer Bedeutung (Auktionskataloge, Annotationen in Auktionskatalogen, Geschäftsunterlagen von Kunsthandlungen, von Antiquitätenhandlungen, von Pfandleihen und von Altwarenhandlungen, Zeitungsberichte über Auktionen u. a.).

Welche Quellen sind im Stadtarchiv Braunschweig vorhanden?

Ausgehend von den Basisinformationen zu oder an den Objekten in den Museen richtet sich der suchende Blick nach relevanten Quellen als Nächstes auf die regionalen Archive. Denn im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel und im Stadtarchiv Braunschweig werden die Überlieferungen der drei Braunschweiger Landesmuseen und des Städtischen Museums Braunschweig aufbewahrt.⁴

Neben den Erwerbsunterlagen und dem Schriftwechsel zwischen dem Städtischen Museum und der Stadt Braunschweig als Trägerin des Museums werden im Stadtarchiv Braunschweig auch die Erwerbsunterlagen der „Braunschweiger Formsammlung“ verwahrt.⁵ Die Formsammlung wurde als Sammlung formgebender Gebrauchsgegenstände für Küche und Tisch vom Künstler und Kunsthistoriker Walter Dixel im Auftrag der Stadt Braunschweig seit 1941 durch Ankäufe im In- und Ausland aufgebaut, darunter auch bei jüdischen Kunsthandlungen in den Niederlanden. Die Samm-

lung ist heute Bestandteil des Städtischen Museums. Dazu kommen Nachlässe der in der NS-Zeit wirkenden Braunschweiger Museumsdirektoren Karl Steinacker (Vaterländisches Museum Braunschweig) und Wilhelm Jesse (Städtisches Museum Braunschweig).⁶

Im Stadtarchiv Braunschweig können zur Gewinnung von Hinweisen über handelnde und betroffene Personen die Meldekartei und die Adressbücher herangezogen werden.⁷ Zu jüdischen NS-Verfolgten bietet die Dokumentation zur Publikation „Brunsvicensia Judaica“ eine weitere Recherchemöglichkeit.⁸ Die Zeitungsausschnittsammlungen und die Tageszeitungen im Stadtarchiv Braunschweig können Informationen zu den Erwerbungen und zur Ankaufspolitik der Museen sowie zu handelnden Personen enthalten.⁹ Außerdem finden sich in den Tageszeitungen nach Deportationen von Juden Ankündigungen von Versteigerungen im Auftrag des Finanzamtes aus sogenannten „Judenhäusern“.¹⁰ Zeitungsausschnitte sowie Abschriften aus Zeitungen und Korrespondenz enthält ein Bestand zur „Gesellschaft der Freunde Junger Kunst“.¹¹

Welche Quellen sind im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel vorhanden?

Im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel interessieren an erster Stelle natürlich die Erwerbungsunterlagen der drei Landesmuseen.¹² Das Interesse gilt ebenso den handelnden Personen und den Strukturen der Museen, nicht zuletzt auch den involvierten NS-Funktionären auf Landesebene. Denn nur so erschließt sich der Entscheidungshintergrund für die Erwerbungen. Sind die Vorbesitzer bekannt und stammen sie aus der Region, kommt

wie im Falle der „Gesellschaft der Freunde Junger Kunst“ oder des 1946 auf das Braunschweigische Landesmuseum, das Herzog Anton Ulrich-Museum und das Städtische Museum Braunschweig verteilten Nachlasses Karl Steinackers die Sichtung von Nachlass- und Sammlungsakten hinzu.¹³

Darüber hinaus bieten die im Landesarchiv Wolfenbüttel archivierten Unterlagen der Devisenstelle Braunschweig und der Finanzämter zusammen mit den Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsakten wichtige Recherchemöglichkeiten zu NS-verfolgungsbedingten Kulturgutentziehungen.¹⁴ Denn in diesen Akten geht es auch um den Raub beziehungsweise die Restitution oder die Entschädigung von Kulturgütern. Auf der anderen Seite ermöglichen die „Entnazifizierungsakten“ eine zusätzliche Möglichkeit, Informationen über handelnde Personen der Museen und ihrer Träger zu gewinnen.¹⁵

Wie ist die Aktenlage in den Archiven der Region Braunschweig-Wolfenbüttel zu bewerten?

Die Überlieferung zur Provenienzgeschichte der einzelnen Kulturgüter ist sehr unterschiedlich: Mal scheinen die Erwerbungsunterlagen vollständig überliefert zu sein, mal fehlen sie vollständig, mal sind (teils entscheidende) Lücken vorhanden. Die Überlieferung zum Komplex der „Arisierung“ von Mobilien in der Region Braunschweig-Wolfenbüttel ist lückenhaft. Wurden Quellen aus der NS-Zeit entfernt oder vernichtet? Könnten sich in Ämtern und Behörden noch bisher nicht abgelieferte Akten aus der NS-Zeit befinden? Sind in den Archiven alle Akten verzeichnet und über Findmittel recherchierbar? Quellen zum Kunst- und Antiquitätenhandel fehlen fast völlig. Die

Überlieferung in den vorhandenen Quellen ist zudem von unterschiedlich hohem Aussagewert. So lässt die Erwähnung von Kulturgütern in den Archivalien allein nicht immer deren eindeutige Identifikation zu, weil die Beschreibungen oft zu allgemein und zu ungenau sind.

Was wäre aus Sicht der Provenienzforschung wünschenswert?

Um eine offene Recherche ohne spezielles Suchwort zu ermöglichen, wäre es wünschenswert, die Findbücher der Archive als PDF-Dateien online zu stellen – zusätzlich zu den Online-Archivinformationssystemen des Landesarchivs (*Arcinsys*) und des Stadtarchivs Braunschweig.¹⁶ Außerdem wäre es schön, wenn aus Datenschutzgründen gesperrte Bestände in den Online-Informationssystemen auch außerhalb der Archive online über Passwort für die Provenienzforschung

freigeschaltet werden könnten. Auch wenn hier und da schon darauf geachtet wurde, so sollten Kulturgüter in den Findmitteln der Bestände (besser) sichtbar gemacht werden.

Ein Wunschtraum für die Zukunft ist die systematische Digitalisierung von Archivalien und deren Online-Stellung mit Passwortzugang (ähnlich wie über *fold3* in den USA).¹⁷ Damit verbunden oder separat wären gerade im Bereich der für die Provenienzforschung so wichtigen Wiedergutmachungsakten nach 1945 oder bei den Akten der Finanzämter und Devisenstellen von 1933 bis 1945 oder mit Blick auf den noch unerforschten Kunst- und Antiquitätenhandel von 1933 bis in die Nachkriegszeit Grundlagenforschungen wünschenswert – nicht zuletzt in Form von Synergien zwischen den Archiven, den Museen und den Universitäten der Region Braunschweig-Wolfenbüttel, vielleicht auch in Form eines Forschungsverbundes.

1 Einblick in die Recherchen zu den von der Arbeitsstelle für Provenienzforschung vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projekten am Braunschweigischen Landesmuseum, am Herzog Anton Ulrich-Museum und am Städtischen Museum Braunschweig geben die folgenden Beiträge: Hansjörg Pötzsch, „Bitte großzügig bieten“. Die Erwerbungen des Herzog Anton Ulrich-Museums Braunschweig im überregionalen Kunsthandel 1942/43 und die schwierigen Recherchen zu deren Provenienz, Braunschweig 2012; ders., Ankäufe, Kunsthändler und Provenienzen. Aus den Provenienzenrecherchen zur Braunschweiger Formsammlung, in: Cecilie Hollberg (Hg.), Walter Dexel, Dresden 2014, S. 13–18; ders., Walter Dexel als Ankäufer 1941–1944. Zu den Erwerbungs Umständen der Formsammlung des Städtischen Museums Braunschweig, in: Provenienz & Forschung, Heft 1 (2016), S. 8–15; ders., Von Damenunterwäsche bis Dix. Recherchen in heterogenen Beständen am Beispiel des Kooperationsprojekts „Sammlertum in Braunschweig“, in: Jochen Meiners / Christopher Manuel Galler (Hg.), NS-Kunstraub lokal und europäisch. Eine Zwischenbilanz der Provenienzforschung in

Celle, Celle 2018, S. 167–203; ders., Freunde der Kunst und der Künstler. Galka Scheyer, Otto Ralfs und die Gesellschaft der Freunde Junger Kunst, in: Rainer Stamm / Gloria Köpnick (Hg.), Beiträge zur Kunst der Moderne. Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte, Neue Folge, Bd. 3 (2018), S. 189–212.

2 Die im Städtischen Museum Braunschweig und im Braunschweigischen Landesmuseum verbliebenen Objekt- und Sammlungsakten sind ohne Signatur. Im Herzog Anton Ulrich-Museum (Archiv HAUM) und im Naturhistorischen Museum Braunschweig (SNHM Akte) liegen Signaturen vor.

3 Stadtarchiv Braunschweig (künftig StA BS), E 44 II 3 : 2, Schreiben der Reichsbankhauptkasse Berlin an den Direktor des Städtischen Museums Braunschweig, Wilhelm Jesse, vom 06.03.1941.

4 Erwähnt sei an dieser Stelle auch das Universitätsarchiv der TU Braunschweig, in dem sich einzelne Archivalien zu handelnden Personen und mit Bezug zum Naturhistorischen Museum Braunschweig befinden.

5 StA BS, E 44 Städtisches Museum; StA BS, E 44 V, Städtisches Museum, Formsammlung.

- 6 StA BS, E 44 IV 3 : 3, Städtisches Museum, Nachlass Prof. Steinacker; StA BS, G IX 30, Nachlass Karl Steinacker; StA BS, G IX 97, Nachlass Wilhelm Jesse.
- 7 StA BS, D I 12, Meldekartei (1891–1928); StA BS, E 99 Meldekartei ab 1930 [1929–1964] (Mikrofilm).
- 8 StA BS, H III 7 : 69, Abt. II: Dokumentation zum Braunschweiger Werkstück, Bd. 35, Brunsvicensia Judaica.
- 9 So z. B. StA BS, H XV A : M I + Personenname, Zeitungsausschnittsammlung ab 1957, Personalia.
- 10 So z. B. StA BS, Z 51, Braunschweiger Landeszeitung (Braunschweiger Neueste Nachrichten, Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger), Nr. 136 vom 13./14.06.1942, S. 8: Versteigerungen.
- 11 StA BS, G XI 19: 1-2: Gesellschaft der Freunde Junger Kunst.
- 12 Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel (künftig NLA WO), 41 B Nds, Braunschweigisches Landesmuseum; NLA WO, 12 Neu Kultus, Vaterländisches Museum/Braunschweigisches Landesmuseum in Braunschweig; NLA WO, 4 Nds Vaterländisches Museum Braunschweig; NLA WO, 41 A Nds, Herzog Anton Ulrich-Museum Braunschweig; NLA WO, 106 Neu, Herzog Anton Ulrich-Museum; NLA WO, 12 Neu Kultus, Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig; NLA WO, 4 Nds, Herzog Anton Ulrich-Museum, Braunschweig; NLA WO, 319 N, Herzog Anton Ulrich-Museum, Braunschweig, und Braunschweigischer Landeskulturverband; NLA WO, 41 C Nds, Naturhistorisches Museum Braunschweig; NLA WO, 12 Neu Kultus, Staatliches Naturhistorisches Museum in Braunschweig; NLA WO, 4 Nds, Naturhistorisches Museum, Braunschweig.
- 13 NLA WO, 12 Neu 13 Nr. 18784, Gesellschaft der Freunde Junger Kunst; NLA WO, 12 Neu 13 Nr. 19236: Erwerbungen. Überweisung des Bildbestandes und der Ausstellungsmaterialien der „Gesellschaft der Freunde Junger Kunst“ an das Herzog Anton Ulrich-Museum, Ankauf von Kunstgegenständen durch das Herzog Anton Ulrich-Museum; NLA WO, 250 N Nr. 39: Steinacker. Fotokopie des Testaments des Museumsdirektors und Sammlers Karl Steinacker mit Nachträgen; NLA WO, 4 Nds Zg. 6/1996 Nr. 401: Nachlass des Prof. Dr. [Karl] Steinacker.
- 14 NLA WO, 18 R Devisenstelle Braunschweig des Oberfinanzpräsidenten Hannover; NLA WO, 15 R 4, Finanzamt Wolfenbüttel; NLA WO, 15 R 2, Finanzamt Braunschweig-Stadt; NLA WO, 26 Nds, Bezirksamt Braunschweig für die Beaufsichtigung gesperrten Vermögens; NLA WO, 58 Nds Fb. 3, Landgericht Braunschweig, Sonderfindbuch Rückerstattung; NLA WO, 4 Nds Wiedergutmachung, Verwaltungspräsident/Bezirksregierung Braunschweig als Entschädigungsbehörde; NLA WO, 58 Nds Fb. 4, Landgericht Braunschweig, Sonderfindbuch Entschädigung; NLA WO, 59 Nds, Landgericht Braunschweig, Wiedergutmachungsamt. – Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf den übergeordneten Bestand des Niedersächsisches Landesarchivs – Abteilung Hannover, Hann 210, Landesfinanzamt/Oberfinanzpräsident in Hannover. Einen Gesamtüberblick über die Wiedergutmachungsakten in den Abteilungen des Niedersächsisches Landesarchivs mit Stand vom 06.02.2019 bietet die Übersicht „NLA Wiedergutmachung“, die als PDF-Datei unter <https://nla.niedersachsen.de/benutzung/service/nuetzliche-hilfsmittel-85897.html> (letzter Abruf 31.07.2019) zum Download bereitsteht.
- 15 NLA WO, 3 Nds [„Entnazifizierungsakten“].
- 16 Arcinsys: <https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/start.action> (letzter Abruf 29.07.2019); Stadtarchiv Braunschweig: https://www.stadtarchiv-braunschweig.findbuch.net/php/main.php?ar_id=3697 (letzter Abruf 29.07.2019).
- 17 Fold3: <https://go.fold3.com/holocaust> (letzter Abruf 29.07.2019).

*Dr. Hansjörg Pötzsch
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Projekt „Provenienzforschung für die
Niedersächsischen Landesmuseen
Braunschweig“ des Braunschweigischen
Landesmuseums, des Herzog Anton
Ulrich-Museums und des Staatlichen
Naturhistorischen Museums Braunschweig.*

E-Mail: h.poetzsch@3landesmuseen.de

Archivische Überlieferung und Provenienzforschung dargestellt am Beispiel des Stadtarchivs Emden

von Rolf Uphoff

Archivgeschichte

1936 wurde in Emden ein eigenständiges Kulturamt als Teil der Stadtverwaltung begründet.¹ Innerhalb dieses Amtes bildete das Stadtarchiv eine Abteilung. Zum Kulturdezernenten ernannte Oberbürgermeister Maas den NSDAP-Kreisleiter Menso Folkerts (geb. 14. Dezember 1909, gest. 22. Februar 1967).² Mit dieser Ernennung erhielt die örtliche NSDAP direkte Einflussmöglichkeiten auf die Stadtverwaltung. Als Archivar fungierte seit 1935 der promovierte Historiker und Redakteur Louis Hahn (geb. 2. November 1886, gest. 31. Dezember 1952).³ Der Besitzer eines zu Beginn der 1930er Jahre in die Insolvenz geratenen Zeitungsverlages organisierte ab 1937 auch das NSDAP-Parteiarchiv.⁴ Louis Hahn schuf eine neue Ordnung der Archivbestände auf der Basis des vom Registrator Scipio Nellner am Ende des 18. Jahrhunderts geschaffenen chronologischen Bestandschemas.

Die Stadtarchivbestände wurden während des Zweiten Weltkrieges aus dem luftgefährdeten Emden nach verschiedenen Orten evakuiert.⁵ Zwischen 1945 und 1947 kehrten sie wieder nach Emden zurück. Zunächst erfolgte die Lagerung der Archivalien im Emsmauerbunker, nach 1947 im von der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer auf ihrem Trümmergrundstück an der Großen Straße errichteten Behelfsgebäude. Stadtarchiv und das Archiv der „Kunst“ wurden von Dr. Wolfgang

Schöningh neu erschlossen.⁶ 1962 fanden die Archive im wiederaufgebauten Rathaus der Stadt Emden ein neues Domizil. 1995 wanderte das Stadtarchiv Emden zu seinem heutigen Standort in der Kirchstraße. Wegen der langwierigen Neuerschließung der durch die Evakuierung in Unordnung geratenen Archivbestände und der Personalunion Archivleiter-Museumsleiter-Kulturamtsleiter gab es keine Kapazitäten zur Bewertung der Aktenbestände in der Stadtverwaltung. Große Aktenmengen wurden ohne Hinzuziehung des Archivs nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist in den 1950er und 1960er Jahren vernichtet. Viele Bestände wurden auch einer „Bereinigung“ unterzogen. Ganz offensichtlich betraf diese Aktion Akten mit belastendem Inhalt aus der NS-Zeit.⁷

Erst seit Mitte der 1990er Jahre kam es zu systematischen Bewertungen und Aufnahmen von größeren Schriftgutmengen aus der Stadtverwaltung in das Archiv. Der Verfasser übernahm 2010 die Akten aus dem Kulturamt, die für die Provenienzforschung wichtige Informationen enthalten.

Der Bestand Kulturamt (KA) als Quelle der Provenienzforschung

Unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten kam es im Februar und März 1933 zu Polizeiaktionen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten als Gegner des NS-Staates. Während dieser Aktionen wur-

Finanzamt Emden
Dienststelle für die Ein-
ziehung von Vermögenswerten.

Emden, 3. Dezember 1941

Eingang:
Bearbeitet:
Zgl. Nr.:

An
die Ges. für bildende Kunst u.
vaterl. Altertümer

Emden
Strasse der SA 52

Betrifft: Überlassung von Einrichtungsgegenständen.

Ich habe der Ges. für bildende Kunst u. vaterl. Altertümer die
folgenden Einrichtungsgegenstände aus Reichsbeständen käuflich
überlassen:

1 Schrank in der Schoonhovenstr.	250,- RM
1 Schrank in der Webergildestr.	300,- "
1 Schrank " "	450,- "
1 Eckschrank " "	40,- "
1 " " (Halbmond) "	60,- "
3 Kästchen "	18,- "
Zusammen:	1 118,- RM.

Ich bitte, den Betrag von 1 118,- RM an die Finanzkasse Emden
in Emden zu überweisen.

Abb. 1: Erwerb von Einrichtungsgegenständen aus Gebäuden der jüdischen Gemeinde nach der Deportation der letzten Emdener Juden am 22. Oktober 1941 (Stadtarchiv Emden KA 46)

Vermerk.

Am 13. Februar erfuhr ich von Herrn Murkiwitz vom Finanzamt, daß Herr
Stadtrat Folkerts für die Stadtverwaltung (zur Ausschmückung des Rat-
haussitzungssaales) 3 wundervolle Schränke aus den Judennachlässen
gekauft hat, und zwar

- 1.) 1 sehr großen schönen Schrank, Wert allein 800 RM,
- 2.) 1 Eckschrank,
- 3.) 1 Schrank mit Brandmalereien.

Ferner einige schöne ~~antike~~ ^{Kästchen} und einen Halbmondschränk.

Die Bezahlung des Betrages von 1.118,- RM sei trotz mehrfacher An-
mahnung bis heute nicht erfolgt.

An Kulturanst.

Ich bitte um sofortige Anweisung des Betrages und um Mitteilung, wo
die Schränke sich befinden.

Abb. 2: Anweisung des OB Carl Renken über Finanzierung aus den Niederlanden erworbener Judenmöbel, 1942 (Stadtarchiv Emden KA 46)

N a c h w e i s u n g						
Über die von der Stadt Emden "getätigten Ankäufe von Kunst" und Kulturgegenständen.						
Lfd. Nr.	Gegenstand	am	Gekauft von	Kaufpreis RM	Sichergestellt in	Bemerk
1	1 Schrank	27.2.42.	Reich	250,--	10.1.42. Kirche Weener	} Die Teil. ist an die Gemeinde "Kunst" übergeben.
2	1 " " "	" "	" "	300,--	" " " " "	
3	1 " " "	" "	" "	450,--	" " " " "	
4	1 Bkschrank	" "	" "	40,--	" " " " "	
5	1 " " " (Halbmond)	" "	" "	60,--	" " " " "	
6	3 Kästchen	" "	" "	18,--	" " " " "	
7	1 Schrank	23.42.	Bucken, Aurich.	2000,--	3.3.42 Ostfr. Landschaft Aurich	
8	1 Gemälde "Greetsiel"	20.5.1942	Klein von Diepholt	2000,--	1942 " " " " "	
9	1 Gemälde "Kuff vor Ditzum"	" "	Folkerts, Norderney.	2.300,--	1942 " " " " "	
10	1 Gemälde	" "	" "	500,--	" " " " "	

Abb. 3: Ausschnitt über Nachweisung zum Ankauf von Kunst- und Kulturgegenständen, 1942 (Stadtarchiv Emden KA 46)

den umfangreiche Mengen von Schriftgut, Büchern und Sachwerten beschlagnahmt. Wo dieses beschlagnahmte Gut nach der Beweissicherung verblieb, ist unklar. Ebenso kann nur vermutet werden, ob z. B. Bücher und Schriftgut vom NSDAP-Parteiarchiv analog zum Beispiel der Stadt Hannover aufgenommen wurden. Das Emder NSDAP-Parteiarchiv wurde während des Krieges offenbar zerstört und die Reste nach dem 8. Mai 1945 beseitigt. Aus der Arisierung des Besitzes der verfolgten jüdischen Bürger Emdens fielen erhebliche Vermögenswerte unter staatlicher Verwaltung, die sie an Privatpersonen veräußerte.

Unter die Aufsicht des Kulturamts geriet die Kunst- und Antiquitätensammlung des 1938 in die Niederlande geflüchteten Antiquitätenhändlers Arent Gans.⁸

Die Verwertung des Vermögens ausgewanderter, abgeschobener und deportierter jüdischer Bürger aus Emden erfolgte durch ein kompliziertes Verfahren, in dem die Staatsverwaltung (Oberfinanzdirektionen), Stadtverwaltungen (Oberbürgermeister als Polizeibehörde) und Privatpersonen als Erwerber des Arisierungsgutes verwickelt waren. Dazu kamen Interessen örtlicher NS-Organisationen. In Emden spielte auch die Gesellschaft für Bildende Kunst und vaterländische Altertümer, kurz „Kunst“, eine wichtige Rolle beim Erwerb von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz. Die entscheidende Persönlichkeit war von 1939 bis 1944 der Kulturdezernent Menso Folkerts, der seit November 1938 auch Vorsitzender der „Kunst“ war.⁹ Nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht im Mai

1940 avancierte Folkerts zum Kommissar für die Provinz Groningen.

Menso Folkerts forschte intensiv nach Kulturgut, das für die Stadt Emden infrage kam. Dabei erfüllte er auch Wünsche des Oberbürgermeisters Carl Renken. Die Kunstgegenstände aus dem Besitz der ab 1942 in die Vernichtungslager deportierten niederländischen Juden wurden zu Objekten seiner Begierde.

Die Aktivitäten des Kulturdezernenten und des Oberbürgermeisters Renken fanden ihren Niederschlag in den Akten des Kulturamts, die 2010 in das Stadtarchiv gelangten. Die Abgabe von 2010 wurde bis 2012 als Findbuch zugänglich gemacht. Seit 2015 kann der Bestand als Findbuch auch in Arcinsys Niedersachsen eingesehen werden.

Für die Provenienzforschung sind folgende Akten eine wichtige Quelle:

1. KA 18: Ankauf von Kunstobjekten, 1939–1969
2. KA 38: Kunstpflege, 1938–1965
3. KA 46: Erwerb von Kunstgegenständen, 1939–1977
4. KA 48: Ankauf von Kunstgegenständen, 1942–1957
5. KA 64: Sicherung der Emder Kunstsammlungen im Kriege, 1941–1946

Fazit

Im Bestand „KA“ des Stadtarchivs Emden befinden sich aufschlussreiche Akten, die den Mechanismus des Raubes von Kulturgut offenlegen. Die entscheidenden Organisatoren des Erwerbs geraubter Kunstgegenstände aus dem Besitz deportierter Juden waren Stadtrat und Kulturdezernent Menso Folkerts und Oberbürgermeister Carl Renken. Die in den Akten aufgeführten Nachweisungen enthalten detailliertere Beschreibungen der betreffenden Kunstgegenstände. Sie sind deshalb eine wertvolle Quelle zur Provenienzforschung.

Allerdings ist die Überlieferung, die zur Erforschung von Provenienzen genutzt werden kann, nur lückenhaft. Forschung kann nur vernetzt mit anderen Archiven erfolgen. Die Archivplattform Arcinsys Niedersachsen ist dafür eine gute Grundlage.

-
- 1 Stadtarchiv Emden (künftig Sta E), KA 61: Kulturelle Angelegenheiten, 1937–1955.
 - 2 Zur Biographie von Menso Folkerts der Beitrag von Dietmar von Reeken, in: Biographisches Lexikon für Ostfriesland, Bd. 2, Aurich 1997, S. 122 ff.
 - 3 Zur Biographie von Louis Hahn der Beitrag von Dietmar von Reeken, ebd., Bd. 1, Aurich 1993, S. 175 f.
 - 4 Sta E, KA 66: Archivpfleger: Vermerk der Dezernentenbesprechung vom 01.12.1937, in der die Tätigkeit Hahns als Leiter des NSDAP-Parteiarchivs genehmigt wurde.
 - 5 Evakuierungen erfolgten 1940/41 nach den ersten schweren Luftangriffen. Evakuierungsort waren: Burg Hinte (Museumsgut); Staatsarchiv Aurich (Urkunden, 1. Registratur), Sparkassentresor Norden (Silberschatz), Wittenberg-Ellenburg (Möbel), Weener (farbige Glasfenster), Salzbergwerk Grasleben (Archivgut), Klostergut Wiebrechtshausen bei Northeim (Kulturgut der Emder Kirchen), Amelungs-

born (OB-Amtskette, städt. Kulturgut), Sta E, KA 59: Silberschatz der Stadt Emden, und KA 64: Sicherung der Emder Kunstsammlungen im Kriege.

- 6 Sta E, KA 65: Neuordnung des Stadtarchivs, Protokoll der Kulturausschusssitzung vom 21.10.1949.
- 7 Z. B. Personalakten: Hier finden sich „Bereinigerungsvermerke“.
- 8 Sta E, KA 18: Ankauf von Kunstgegenständen, 1939–1969.
- 9 Bericht der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer für das Jahr 1938, in: Emder Jahrbuch 27 (1939), S. 135.

*Dr. Rolf Uphoff
ist Leiter des Stadtarchivs Emden.*

E-Mail: rolf.uphoff@emden.de

Archivgut als Quelle der Provenienzforschung in Südniedersachsen – ein Praxisbericht

von Christian Riemenschneider

Seit 2016 führt der Landschaftsverband Südniedersachsen Provenienzforschung in kleineren stadthistorischen Museen der Region durch.¹ Begonnen wurde in den neun Museen Alfeld, Clausthal-Zellerfeld, Duderstadt, Einbeck, Hann. Münden, Northeim, Osterode, Seesen und Uslar mit dem sogenannten Erstcheck. In diesem Zuge wurde in der Museumsdokumentation nach Verdachtsfällen auf unrechtmäßigen Entzug von Kulturgütern während der NS-Zeit geforscht. Nachdem in acht Museen weiterer Forschungsbedarf festgestellt wurde, werden die betreffenden Sammlungen seit 2018 vertiefend erforscht. Die Verdachtsfälle reichen von Objekten aus der Arbeiterbewegung, jüdischen Familien und Institutionen, katholischen Bibliotheken, Freimaurer-Logen, Ethnographica aus der kolonialen und postkolonialen Ära, Studentica, Produkten von Zwangsarbeitern bis hin zu Human Remains aus Australien.

Als wichtige Quelle stehen die Objekte selbst, ihre immanenten Eigenschaften und Informationsträger wie Etiketten, Nummern oder Aufschriften für die Provenienzforschung zur Verfügung. Ebenso zentral sind die schriftlichen, in manchen Fällen auch bildlichen Quellen zu den Sammlungen, die meist über den weiteren Kontext der Erwerbungen Auskunft geben. Mitunter sind auch Angaben zu einzelnen Objekten und der Provenienzen darunter. Die Schrift-

quellen liegen in den Museen, Geschichts- und Heimatvereinen, bei Privatpersonen und in Archiven.

In der mehr als ein Jahrhundert umfassenden Überlieferung der untersuchten Museen gibt es allerdings immer wieder große Lücken. Beispielsweise fehlt im Museum Northeim das Eingangsbuch aus den Jahren der NS-Zeit. Im Museum Duderstadt gibt es zwar eine Kartei der Eingänge, diese ist aber undatiert, was die Definition des Altbestands zwischen 1933–1945 sehr schwierig macht. Die Kartei konnte durch Adressangaben der Geber (wie z. B. Adolf-Hitler-Straße) in die 1930/-40er-Jahre datiert werden, die einzelnen Eingänge konnten aber zunächst keinem Jahr zugewiesen werden.

Für die Ergänzung dieser Lücken in der museumsinternen Überlieferung sind die Stellen der kommunalen, Kreis- und Landesarchive, des Bundesarchivs sowie Archive der Kirchen oder solche mit Freimaurerbeständen (Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz) ein alternativer Ansatz. Besonders bedeutend ist in dieser Hinsicht der Bestand der Staatlichen Museumspflege im Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover: 2015 wurden vom Museumsverband Niedersachsen und Bremen (MVNB) die Museumspflegeakten abgegeben und vom Landesarchiv digital erschlossen, so dass sie bereits kurz darauf über Arcinsys durchsuchbar waren.² Der Bestand umfasst

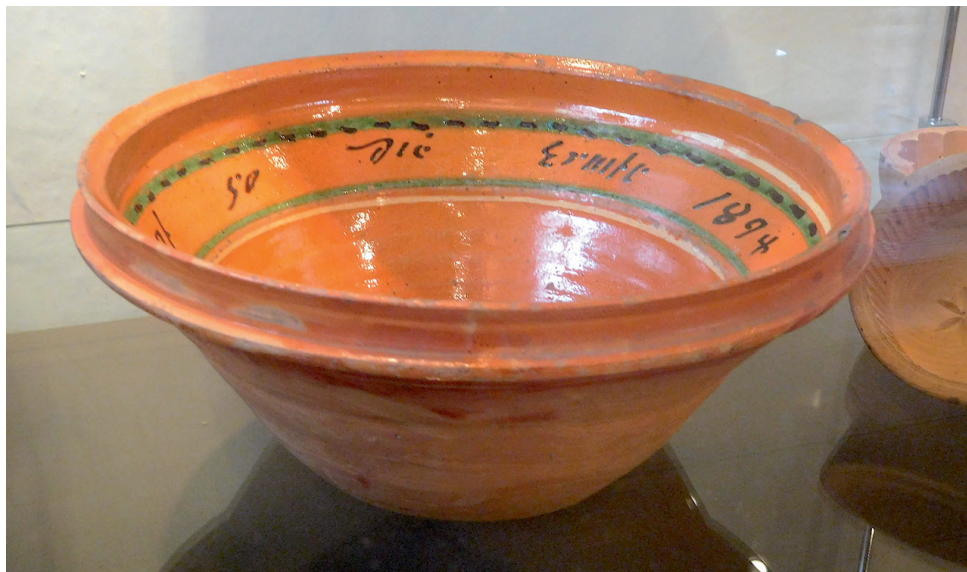


Abb. 1: Keramikschale aus der jüdischen Familie Löwenthal im Heimatmuseum Duderstadt - wann wurde sie erworben?
(Foto: C. Riemenschnieder)

204 Akten aus dem Zeitraum von 1898 bis 1966. Sie dokumentieren die Organisation und Betreuung der kleineren Museen, die vom Landesmuseum in Hannover aus unter Karl Hermann Jacob-Friesen und Ferdinand Stuttmann in die Provinz wirkte. In vielen der nach Museumsstandorten sortierten Akten befinden sich die nach Hannover eingereichten datierten Erwerbslisten der Museen, die für die Provenienzforschung besonders wertvoll sind. Im Heimatmuseum Duderstadt standen z. B. eine Reihe von Objekten aus Auktionen sowie eine Keramikschale aus der jüdischen Familie Löwenthal im Verdacht,

während der NS-Zeit unrechtmäßig erworben worden zu sein. Die datierten Erwerbslisten wiesen allerdings einen Erwerb der Objekte vor 1933 aus.

In der Duderstädter Akte der Staatlichen Museumspflege befand sich zudem ein Schreiben von 1936, das dem hannoverschen Kunsthändler Emil Backhaus das Auktionsmonopol für Duderstadt einräumte.

Er war in Hannover im Auftrag der NS-Behörden für die Begutachtung und Versteigerung von Kulturgut emigrierter bzw. deportierter Juden verantwortlich. Backhaus taucht auch immer wieder in der

818-19	Thorb u. Glasche			
820	1 Tonschale		Duderstadt	
821	1 Beckenlampe			
822	1 Kiste mit Goldschmuck			

Abb. 2: Laut Akten der Staatlichen Museumspflege ist die Schale der Familie Löwenthal 1932 vom Museum Duderstadt erworben worden; ein Zwangsentzug scheidet demnach aus (NLA HA, Nds. 401 Acc. 2015/69 Nr.29)

Provenienzforschung anderer Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen auf. Der Austausch, z. B. über Emil Backhaus und andere überregionale Akteure, aber auch über forschungsrelevante Archivbestände, führt in dem 2015 vom Land eingerichteten Netzwerk Provenienzforschung in Niedersachsen stets zu neuen Erkenntnissen und Forschungswegen. Es wäre wünschenswert, die von der Forschungsgemeinschaft recherchierten relevanten Aktenbestände in einem Verzeichnis zu bündeln; im Rahmen der zeitlich begrenzten Projekte bleibt dieses Anliegen momentan noch ein Desiderat.

Umfangreiche Aktenbestände können aber auch zu einer Herausforderung werden: Möglichst viele Informationen müssen in einem begrenzten Zeitrahmen erschlossen werden, um zur Klärung und Deutung von Provenienzen führen zu können. Für die Frage der beispielsweise in fast jedem kulturhistorischen Museum vorhandenen Gegenstände der Arbeiterbewegung stand nach dem Erstcheck zunächst fest: Die linkspolitischen Organisationen wurden 1933 verboten und das Eigentum beschlagnahmt und eingezogen. Die Gegenstände sind also unbedingt

als Objekt der Provenienzforschung anzusehen. Im Niedersächsischen Landesarchiv in Hannover ist zur NS-Verwertung des Arbeitervermögens fast ein halber Meter Akten vom Landratsamt Alfeld erhalten.³ Während der stichprobenartigen Auswertung wurde deutlich, dass der NS-Staat gegenüber den Arbeitersängern ab 1934 eine Sonderpolitik des Entgegenkommens ausübte, um die Integration in die NS-Kulturgemeinschaft zu fördern. Einige Arbeitergesangsvereine erhielten ihre 1933 beschlagnahmten Gegenstände zurück. Ihr späterer Eingang in die Museen ist dementsprechend als rechtmäßig anzusehen. Die heterogene NS-Praxis der Vermögensverwertung der Arbeitervereine macht allerdings weiterhin eine Erforschung der Vereinsgeschichte hinter den Museumsgegenständen notwendig, um einen unrechtmäßigen Entzug ausschließen zu können.

Auch in diesem knappen Praxisbericht ist deutlich geworden, welche zentrale Rolle Archivgut für die Provenienzforschung einnimmt, die kaum noch auf Zeitzeugen als Informanten zurückgreifen kann und Lücken in der museumsinternen Überlieferung schließen muss.

1 Finanziell gefördert wird das Projekt durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg. Vgl. Christian Riemenschneider, Provenienzforschung in Südniedersachsen und das vermeintlich Provinzielle, in: Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (Hg.), Provenienz & Forschung 01.2017, Dresden 2017, S. 67 f.; ders., Provenienzforschung in fünf südniedersächsischen Museen. Ein Erst-Check auf unrechtmäßige Kulturgüter, [Teil 1], Göttingen 2017; ders., Provenienzforschung in vier südniedersächsischen Museen. Ein Erst-Check auf unrechtmäßig entzogene Kulturgüter, Teil 2, Göttingen 2018; ders., Gekauft, geschenkt, enteignet? Provenienzforschung in Südniedersachsen am Beispiel des Heimatmuseums Duderstadt, in: Eichsfeld-Jahrbuch 26 (2018), S. 251–268.

2 Akten der Staatlichen Museumspflege in Niedersachsen, Niedersächsisches Landesarchiv–Abteilung Hannover (künftig NLA HA), Nds. 401 Acc. 2015/69 Nr. 29.

3 Akten des Landratsamts Alfeld 1933–1937, NLA HA, Hann. 174 Alfeld Nr. 49/1–4.

*Dr. Christian Riemenschneider
ist Provenienzforscher beim Landschaftsverband Südniedersachsen e. V. in Göttingen.*

E-Mail: cr@landschaftsverband.org

Buchvorstellung: Sophia Barth, Kulturgutschutz in Schloss Celle

von Christopher Manuel Galler

In der gemeinsamen Schriftenreihe des Bommann-Museums Celle und des Stadtarchivs Celle konnten bereits in den vergangenen Jahren zwei universitäre Abschlussarbeiten veröffentlicht werden.¹ Durch die erneute Kooperation konnte 2018 auch die Arbeit „Kulturgutschutz in Schloss Celle. Vom Bienenkorb zum sicheren Hort“ von Sophia Barth auf diesem Wege publiziert werden. Das Buch basiert auf einer leicht überarbeiteten Fassung der Masterarbeit der Autorin, die 2017 an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereicht wurde.

Sophia Barth beginnt ihre Arbeit mit einer Schilderung der Rahmenbedingungen, die für das Entstehen und die Tätigkeit des 1945 im Celler Schloss eingerichteten Kunstgutlagers maßgeblich waren. Hierzu zählen sowohl die Pläne der Alliierten für die Kulturgutschutzpolitik nach Kriegsende als auch das Agieren der Militärregierung in der Britischen Zone. Dies war geprägt vom Prinzip der „Indirect Rule“, was dazu führte, dass auch im Kunstgutlager früh Deutsche Verantwortung übernahmen und die Briten sich vor allem auf die Kontrolle der Ergebnisse konzentrierten. Erster Leiter des Kunstgutlagers wurde somit der Celler Kaufmann und Kunstsammler Ernst Jürgen Otto, der durch seine guten Sprachkenntnisse das Vertrauen der Briten gewonnen hatte.²

Die Entscheidung zur Einrichtung einer Kunstsammelstelle in Celle für die in der Britischen Zone ausgelagerten und geborgenen Kulturgüter fiel bereits im Sommer 1945. Während die Kunstsammelstellen in der Amerikanischen Zone die Bezeichnung „Central Collecting Point“ erhielten, führten die Briten die Sammelstelle in Celle unter dem Namen „Zonal Fine Arts Repository Schloss Celle“. Als deutsche Bezeichnung etablierte sich später der Begriff „Kunstgutlager“.³ Die Entscheidung für den Standort Celle ging maßgeblich auf einen Vorschlag des britischen Kunstschutzoffiziers Felix Harbord zurück. Bis zum Mai 1946 wurde vornehmlich Bergungsgut der Berliner Museen nach Celle transportiert, das gegen Kriegsende in Bergwerksstollen in Grasleben und Schönebeck evakuiert worden war. Im Fall von Schönebeck transportierten die Briten die Bestände ab, bevor sie den sowjetischen Truppen diesen Teil ihrer Besatzungszone übergaben.⁴

Das Museumsgut war teilweise durch unsachgemäße Lagerung und einen Schwelbrand im Salzbergwerk Grasleben in beschädigtem Zustand nach Celle gekommen. Daher widmet Sophia Barth den getroffenen Maßnahmen zur Bergung, Ordnung und Erhaltung dieses Sammlungsguts ein eigenes Kapitel. Ein großer Teil der Bestände des damaligen Berliner Völkerkundemuseums war nach Celle gelangt und erforderte in den ersten Jahren besondere Aufmerksamkeit. Mit den Arbeiten

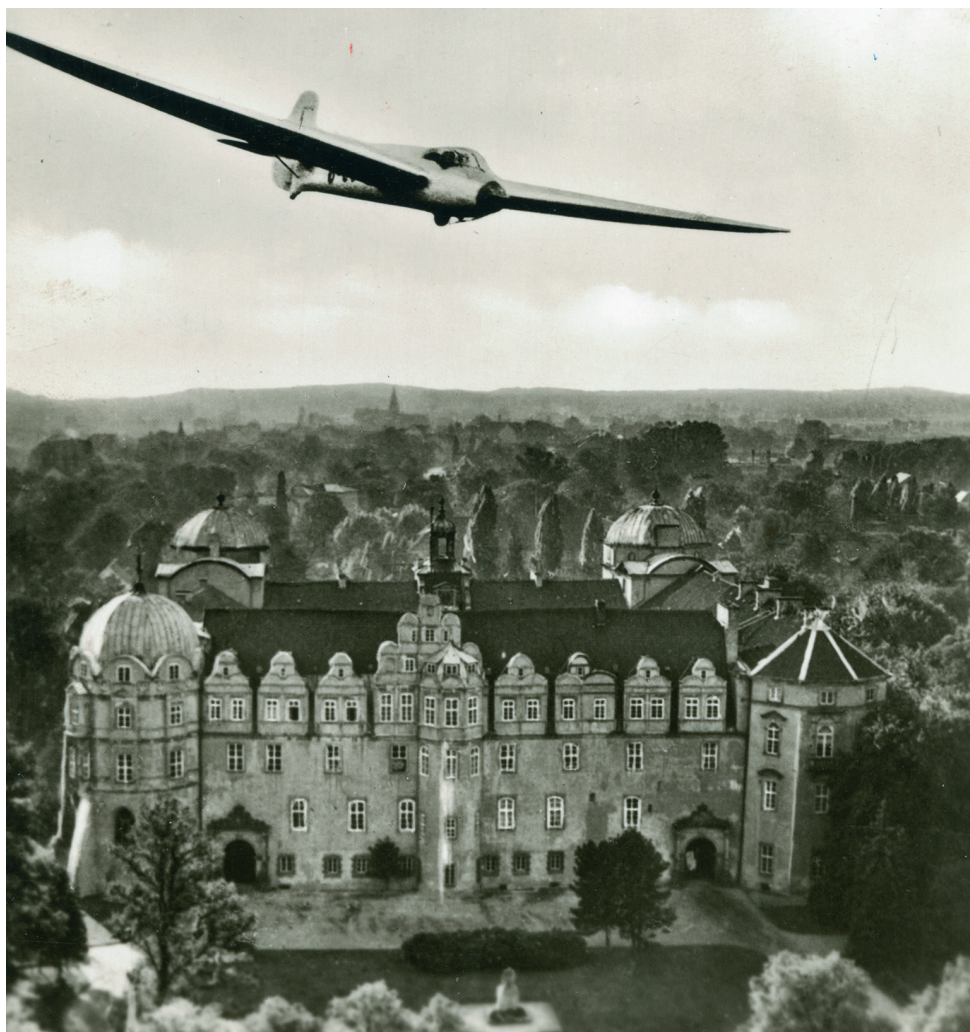


Abb. 1: Schloss Celle 1956 (Foto: Stadtarchiv Celle)

betraute Otto allerdings keine Museumsmitarbeiter aus Berlin, sondern beschäftigte vornehmlich Experten aus Hamburg. Doch auch Teile aus anderen Museumssammlungen hatten durch Einlagerung, den Schwelbrand und den Transport stark gelitten und waren somit restaurierungsbedürftig. Die Autorin wertet die in Celle getroffenen Maßnahmen zur Inventarisierung und Erhaltung gerade angesichts der in der unmittelbaren

Nachkriegszeit nicht einfachen Bedingungen als Erfolgsgeschichte. Die Restitution von geraubten Kulturgütern spielte in Celle eine eher untergeordnete Rolle und wurde in der Britischen Zone vornehmlich über die Kunstsammelstelle in Schloss Dyck abgewickelt. Allerdings bestand auch in Celle eine kleine Restitutions-Abteilung, aus der auch Rückgaben an vormalige Eigentümer oder Überführungen in die Niederlande stattfanden.⁵

Da die umfangreichen Bestände nicht nur inventarisiert und gesichert, sondern in Teilen auch durch 29 Sonderausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, beinhaltet das Buch ein weiteres Unterkapitel zu dieser Thematik. Beginnend mit der Ausstellung „Das schöne alte Buch“ im Mai 1946 wurde in den weiteren Ausstellungen bis 1957 die gesamte Bandbreite der in Celle verwahrten Kunst- und Kulturgüter sichtbar. Neben der „Kunst der Antiken Welt“ beinhalteten die Ausstellungen europäisches Kunstgewerbe der Neuzeit, Werke der bildenden Kunst von Alten Meistern bis hin zu moderner Kunst sowie mehrfach auch Teile der außer-europäischen Sammlungen des Völkerkundemuseums oder der Islamischen Abteilung aus Berlin. Besonderer Beliebtheit beim Publikum erfreute sich die vorletzte Ausstellung des Kunstgutlagers mit dem Titel „Indianerland Nordamerika“, die von Oktober 1956 bis zum Januar 1957 zu sehen war.⁶

Neben den Punkten, die die Autorin als Erfolgsgeschichte des Kunstgutlagers wertet, beschäftigt sich Sophia Barth aber in einem weiteren Kapitel auch ausführlich mit den Verlusten an Sammlungsgut sowie den internen Konflikten, die es sowohl unter den Verantwortlichen auf Seiten der Briten als auch auf deutscher Seite gab. Neben kleineren Diebstählen, die überwiegend aufgeklärt werden konnten, erregte der Fall der „Kiste A66“ auch in der Öffentlichkeit größeres Aufsehen. In dieser Kiste befand sich wertvoller Gold-, Silber- und Bronzeschmuck aus römischer und byzantinischer Zeit, der vor der Evakuierung Teil des Antiquariums der Berliner Antikenabteilung war. Im September 1947 wurde ein Verlust von 31, später sogar von 232 Schmuckstücken festgestellt, der sich bereits ein Jahr zuvor ereignet haben

musste. Daraufhin begann das britische Special Enquiry Bureau (SEB) mit Unterstützung deutscher Dienststellen intensive Untersuchungen, wobei die gestohlenen Stücke jedoch nicht gefunden werden konnten.

Im Zuge der Ermittlungen wurde auch das Privathaus des Direktors Ernst Jürgen Otto durchsucht. Da hierbei andere Stücke aus dem Bestand des Kunstgutlagers entdeckt wurden und Otto hierfür keine schlüssige Erklärung liefern konnte, wurde er schließlich im Oktober 1947 entlassen. In diesem Zusammenhang thematisiert die Autorin auch den Konflikt zwischen den britischen Kunstschutzoffizieren Christopher Norris und George Willmot. Während Norris das Hauptquartier der „Monuments, Fine Arts Archives Section“ in Bünde leitete, war Willmot, der sich selbst Hoffnung auf diesen Posten gemacht hatte, nach Schloss Celle versetzt worden. Die Rivalität der beiden führte auch zur Bildung von Fraktionen im Kunstgutlager. 1948 beschrieb das SEB das Kunstgutlager als ein „Bienenkorb voller Misshandlung und hinterhältiger Gerüchte“,⁷ weshalb die Autorin auch den Untertitel „Vom Bienenkorb zum sicheren Hort“ für ihr Buch gewählt hat. Willmot war zudem ein Gegner von Otto, während dieser das Vertrauen von Norris genoss. Willmot war es dann auch, der die Angelegenheit der Kiste A66 ins Rollen brachte, wodurch sowohl Otto wie auch er selbst ihre Posten verloren. Zum 1. Januar 1948 übernahm mit Prof. Robert Schmidt schließlich ein Berliner Museumsdirektor die Leitung des Kunstgutlagers.⁸

Mit dem Übergang der Verantwortung an Schmidt sieht Sophia Barth auch den Beginn einer zweiten von insgesamt drei Phasen in der Geschichte des Kunstgutlagers. Während sie die Zeit von 1945 bis 1947 als Anfangs-



Abb. 2: Dr. Lothar Pretzell (Nachfolger von Robert Schmidt als Direktor im Jahr 1952) bei der Sichtung von Beständen des Berliner Schlossmuseums, ca. 1950 (Foto: Privatbesitz)

phase beschreibt, identifiziert sie die Zeit von Ende 1947 bis 1949 als Übergangsphase, bevor das Kunstgutlager bis zur endgültigen Auflösung im Jahr 1961 in eine Konsolidierungsphase tritt. Die zweite Zäsur im Jahres 1949 sieht die Autorin in der Übergabe der Treuhandenschaft an die Deutschen, in diesem Fall konkret in gemeinsame Verantwortung des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik. Im letzten Kapitel vor dem Fazit schildert Barth noch die Diskussion um den künftigen Status der ehemals dem aufgelösten Land Preußen gehörenden Kulturgüter. Diese mündete schließlich in der Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, was auch eine Rückkehr der Bestände in die Ursprungsmuseen ermöglichte und damit auch eine Schließung des Kunstgutlagers zur Folge hatte. Da der überwiegende Teil

dieser Kulturgüter trotz der einzelnen Diebstähle und Konflikte erfolgreich bewahrt und erhalten werden konnte, kommt Barth zu dem Fazit einer „konfliktreichen Erfolgsgeschichte“.⁹

Nachdem 2013 und 2015 bereits umfangreiche Arbeiten von Tanja Bernsau¹⁰ und Iris Lauterbach¹¹ über die Central Collecting Points in Wiesbaden und München in der Amerikanischen Besatzungszone erschienen sind, liegt mit diesem Buch nun auch eine aktuelle Studie über die größte Kunstsammelstelle in der Britischen Zone vor. Sie schildert nicht nur eine Episode in der Celler Stadtgeschichte, sondern beleuchtet wegen der zahlreichen Berliner Museumsbestände, die hier für etwa 15 Jahre verwahrt und ausgestellt wurden, auch ein Stück deutscher Museumsgeschichte in der Nachkriegszeit.

- 1 Hier sind zu nennen: Sebastian Stielke, Arisierung und Wiedergutmachung in Celle, Bielefeld 2008; Christopher Manuel Galler, Die Spinnhütte Celle im Nationalsozialismus. Arbeit und Rüstungswirtschaft in einem Musterbetrieb von 1934 bis 1945, Bielefeld 2012.
- 2 Sophia Barth, Kulturgutschutz in Schloss Celle. Vom Bienenkorb zum sicheren Hort, Celle 2018, S. 17–33.
- 3 Spätestens ab Mitte der 1950er Jahre war dieser Begriff gebräuchlich, vgl. Wolfgang Scheffler, Vom Kunstgutlager im Celler Schloss, in: Heimatkalender für die Lüneburger Heide 1957 (1957), S. 124 f.
- 4 Barth (wie Anm. 2), S. 23–40.
- 5 Ebd., S. 36–56.
- 6 Ebd., S. 56–82.
- 7 Ebd., S. 115.
- 8 Ebd., S. 82–103.
- 9 Ebd., S. 103–120.
- 10 Tanja Bernsau, Die Besatzer als Kuratoren? Der Central Collecting Point Wiesbaden als Drehscheibe für den Wiederaufbau der Museumslandschaft in Deutschland, Berlin 2013.
- 11 Iris Lauterbach, Der Central Collecting Point in München. Kunstschutz, Restitution, Neubeginn, München/Berlin 2015.

*Christopher Manuel Galler
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und
Provenienzforscher am Bomann-Museum
in Celle.*

E-Mail: christopher.galler@celle.de

Aus der Arbeit der Archive

12

Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Landesarchiv und der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

von Christian Schlöder und Ebbo Schröder

I. Einleitung

Im archivischen Arbeitsfeld der Erschließung werden seit Langem von Archiven Kooperationen geschlossen, damit die archivwürdigen Unterlagen trotz dünner Personaldecken geordnet und verzeichnet werden können. Sie sind ein geeignetes Instrument zur Abarbeitung von Erschließungsrückständen, die in zahlreichen Archiven zu beklagen sind. Bekannt sind sogenannte „Crowdsourcing“-Projekte, bei denen nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch die Intelligenz der Vielen genutzt wird: Viele Menschen beteiligen sich ehrenamtlich und über das Internet an der Erschließung von Archivgut und bringen dabei ihr Wissen ein. Dies bietet sich insbesondere bei der Erschließung von nur unzureichend beschrifteten Fotos oder bei schwer lesbaren Urkunden an.¹ Auch Kooperationen mit Forschungseinrichtungen, die im Zuge ihrer Forschungen einen Bestand tiefer erschließen, werden häufig von öffentlichen Archiven eingegangen.

Im Folgenden soll eine Kooperation des Niedersächsischen Landesarchivs, die sich nicht nur auf die Erschließung, sondern auch auf die archivische Bewertung und die Entwicklung eines Archivierungsmodells erstreckt, mit einer abgebenden Stelle vorgestellt werden: Es handelt sich um die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover mit Hauptsitz in

Laatzen, die nach der Fusion der ehemals selbständigen Landesversicherungsanstalten (LVA) Braunschweig und Hannover im Jahr 2005 entstand.

Diese Kooperation hat Vorbildcharakter, da sie sowohl für die abgebende Stelle als auch für das aufnehmende Archiv Vorteile bietet. Im Folgenden werden die vertragliche Grundlage sowie die Zusammenarbeit in den archivischen Arbeitsfeldern Bewertung und Erschließung erläutert, bevor das Archivierungsmodell für zukünftige Abgaben vorgestellt wird. Im Fazit werden Kriterien aufgestellt, die eine solche Kooperation erfüllen sollte, damit beide Seiten davon profitieren.

2. Kooperation auf der Grundlage eines Depositatvertrags

Das Niedersächsische Landesarchiv – Abteilung Hannover wurde im Frühjahr 2018 von der DRV Braunschweig-Hannover um Unterstützung bei der Archivierung von Altunterlagen gebeten. Die Rentenversicherung hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit Ebbo Schröder einen Historiker zeitlich befristet für diese Aufgabe eingestellt. Vor dem ersten Gespräch mit Herrn Schröder im Landesarchiv war keineswegs klar, dass die Renten-

versicherung ihre Unterlagen tatsächlich dem Landesarchiv anvertrauen würde.

Die DRV Braunschweig-Hannover ist als juristische Person des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung untersteht, gemäß § 7 NArchG zwar verpflichtet, ihre Unterlagen zu archivieren. Aber sie darf entscheiden, ob sie die Unterlagen selbst bzw. im Verbund mit anderen nach § 7 NArchG zur Archivierung verpflichteten Einrichtungen archiviert oder dem Landesarchiv zur Übernahme anbietet. Beide Parteien einigten sich jedoch bereits nach dem ersten Gespräch darauf, die Unterlagen als Depositum im Niedersächsischen Landesarchiv zu archivieren. Besonders die Zusammenführung der Archivalien der Rentenversicherung mit den staatlichen Akten aus dem Ressort Soziales und Gesundheit in einem Archiv sowie die fachliche Betreuung sprachen für eine Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv.

Da Herr Schröder für die Aufgabe der Archivierung von der Rentenversicherung für sechs Monate eingestellt worden war, strebten wir von Anfang an eine Kooperation an. Die Arbeitsaufteilung wurde dabei wie folgt festgelegt: Herr Schröder sammelte und wählte die noch vorhandenen Unterlagen aus und verzeichnete sie in einer vom Landesarchiv vorbereiteten Excel-Datei. Dabei fand ein enger Austausch zwischen den beiden Autoren statt. Das Landesarchiv übernahm die Integration der Erschließungsinformationen in das Archivinformationssystem Arcinsys, die Erschließung verbliebener Unterlagen sowie die fachgerechte Verpackung. Herr Schröder entwickelte darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv ein Archivierungsmodell, das als Grundlage für zukünftige Abgaben dienen soll.

Das Niedersächsische Landesarchiv verlangt von Depositaren, die gesetzlich verpflichtet sind, ihre Unterlagen zu archivieren, die Übernahme der Kosten für die Archivierung. Die von der Rentenversicherung erbrachten Leistungen wurden im Depositumvertrag dabei wie folgt berücksichtigt: Die von Herrn Schröder bewerteten und verzeichneten Unterlagen wurden kostenfrei vom Landesarchiv übernommen; lediglich die Kosten für das Verpackungsmaterial und den Transport entfielen auf die Rentenversicherung. Bei zukünftigen Abgaben ist jedoch wie auch bei anderen nach § 7 NArchG zur Archivierung verpflichteten juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, eine vollständige Kostenübernahme durch den Depositär vorgesehen.

Bei den zu archivierenden Unterlagen handelte es sich ausnahmslos um ältere aus der Zeit vor der Fusion im Jahr 2005. Deshalb wurde im Vertrag festgehalten, dass das Landesarchiv über den Ort der Aufbewahrung frei bestimmen darf. Es war von Anfang an vorgesehen, die Unterlagen der ehemaligen Landesversicherungsanstalt Braunschweig bei der zuständigen Abteilung in Wolfenbüttel zu archivieren und nur diejenigen der Landesversicherungsanstalt Hannover in der Abteilung Hannover zu belassen.

3. Bewertung

Das noch vorhandene Altschriftgut der Landesversicherungsanstalten Braunschweig und Hannover wurde in einem Kellerraum einer Auskunft- und Beratungsstelle der DRV Braunschweig-Hannover gelagert. Dabei handelte es sich nicht nur um Akten,

12.476 2742
Invalidenversicherung. Quittungskarte A für Pflichtversicherung und Weiterversicherung.

Landesversicherungsanstalt: **Hannover**
(In deren Bezirk der Versicherte bei Ausstellung der Karte Nr. 1 beschäftigt ist; jede folgende Karte ist mit demselben Namen zu versehen.) Betriebskrankenkasse der Hermann Göringwerke Watenstedt

Ausgabestelle: **Watenstedt** Kreis (Amt) **Wolfenbüttel**
 in **9. Febr. 1942**

Ausstellungstag: **30. 11. 41**
 Umtausch: Binnen spätestens 2 Jahren nach dem Tage der Ausstellung.
 Die letzte Marke der Vorkarte ist entwertet am:

Quittungskarte Nr. 2 für 2742
Johann Grabarek
(Vor- und Zuname, bei Frauen auch Geburtsname; bei mehreren Vornamen 1. Name zu unterstreichen.)

Wohnort (Wohnung): **Salzgitter Lager 20**
 Beschäftigungsart: **Wolfschlosser**

geboren am: **11. 6. 1895**
 in **Warschau** Kreis (Amt) **otto.**

Zur Erhaltung der Anwartschaft auf Leistungen der Invalidenversicherung müssen für jedes Kalenderjahr mindestens 26 Wochenbeiträge entrichtet werden, sonst erlischt die Anwartschaft. Bei freiwilliger Weiterversicherung sind Beiträge der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Klasse, mindestens aber in der Klasse II, zu entrichten. Eine vor dem 1. Januar 1937 bereits begonnene Weiterversicherung kann nach dem 3. Januar 1938 in der Klasse I fortgesetzt werden, solange das Einkommen 6 Reichsmark wöchentlich nicht übersteigt. Jede Marke ist mit dem Sonntag am Ende der Woche, für die sie gelten soll, zu entwerthen (3. B. 4. 12. 38). Bei Nichtentwertung Ordnungsstrafe bis zu 1000 Reichsmark. Die Karte darf nur die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben enthalten und keine besonderen Merkmale tragen; vor allem darf aus ihr nichts über Führung oder Leistungen des Inhabers zu entnehmen sein. Niemand, außer den zuständigen Stellen, darf eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten (vgl. hierzu §§ 1424, 1425 der Reichsversicherungsordnung). Wer Quittungskarten mit unzulässigen Eintragungen oder mit besonderen Merkmalen versieht, verfälscht, fälschlich ausfüllt oder wissentlich eine solche Karte gebraucht, wird bestraft (§ 1495 der Reichsversicherungsordnung).

Raum für Eintragungen der Behörden (über Beitragsberichtigungen usw.)

6114 - 200 000 F 1193

Quittungskarte A für Pflicht- und Weiterversicherung,
 Wohnort: Lager 20, Salzgitter

Abb. 1: Quittungskarte (NLA HA, V.V.P. 110 Nr. 30)

Drucksachen und Fotos, sondern auch um Objekte und Bücher. Leider ist der Großteil des Altschriftgutes, besonders der Landesversicherungsanstalt Hannover, nicht mehr vorhanden. Deshalb verbot sich eine rigorose Kassation dieser wenigen verbliebenen Unterlagen.

Aus der Geschichte der LVA Hannover sind nur wenige Unterlagen überliefert. Eine Systematik der Überlieferung ist nicht zu erkennen. Bei den Unterlagen handelt es sich in erster Linie um Leistungsakten und Quittungskarten sowie Fotoalben der Heilstätten der LVA Hannover. Von den wenigen überlieferten Leistungsakten und Quittungskarten wurde eine exemplarische Auswahl übernommen, anhand derer einerseits die Arbeitsabläufe und andererseits die Geschichte der Rentenversicherung im 20. Jahrhundert verdichtet in Einzelfällen abgelesen werden kann. Die Fotos der Heilstätten wurden ebenfalls archiviert.

Der weitaus größte Teil der Unterlagen besteht aus Akten der LVA Braunschweig, die als Quellengrundlage der Chronik zum 100-jährigen Bestehen dieser Institution dienten.² Bei diesen Akten handelt es sich um eine gezielte Auswahl aus der gegen Ende der 1980er Jahre anscheinend noch vorhandenen Altregistratur der LVA Braunschweig durch die Autoren der Chronik. Außerdem waren noch zahlreiche Ordner mit beschrifteten und kategorisierten Fotos der LVA Braunschweig eingelagert.

Der geringe Umfang der erhaltenen Unterlagen ermöglichte eine Einzelbewertung. Da es sich bei den Unterlagen zum größten Teil um gezielt ausgewählte Akten durch Mitarbeiter der LVA Braunschweig mit dem Ziel der historischen Dokumentation handelte, konnten die Akten fast komplett

übernommen werden. Es ist eine deutliche Systematik bei der Auswahl zu erkennen. Erstens galt das Interesse der Dokumentation der Dienstgebäude und Heilstätten der LVA Braunschweig. Zweitens wurden Akten der Selbstverwaltung und Geschäftsführung übernommen, darunter auch Satzungen, Aktenpläne, Geschäftsverteilungspläne und Gutachten, in denen die Entwicklung der Institution komprimiert abzulesen ist. Drittens wählten die Autoren der Chronik Akten über die Korrespondenz der LVA Braunschweig mit den jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden, der Militärregierung während der britischen Besatzungszeit und mit anderen Landesversicherungsanstalten aus. Viertens bildete die Rolle der LVA Braunschweig als Darlehensgeber für die Wohnungs-AG der Reichswerke „Hermann Göring“ einen Überlieferungsschwerpunkt. Es mussten lediglich Sekundärliteratur und kopierte Quellen aus anderen Archiven kassiert sowie Parallelüberlieferungen ausgeschlossen werden. Ordner mit beschrifteten Fotos wurden ebenfalls übernommen.

Der Versuch, mit Hilfe von Mitarbeiterbefragungen und Aufrufen im hausinternen Magazin weitere Unterlagen ausfindig zu machen, förderte leider kaum etwas zutage. Hierfür ist der Umzug der DRV Braunschweig-Hannover in ein neues, wesentlich kleines Gebäude im Jahr 2015 mitverantwortlich, der die Vernichtung von Altschriftgut aus Platzgründen notwendig machte.

4. Erschließung

Im Niedersächsischen Landesarchiv wird für die Verzeichnung von Archivalien die Archivinformationssoftware „Arcinsys“ eingesetzt.



Abb. 2: Lageplan des Sanatoriums „Am Hasenbach“ in Clausthal-Zellerfeld (NLA HA, V.V.P. 110 Nr. 66 fol. 10r)

Diese Software ist zwar webbasiert, darf aber aus IT-Sicherheitsgründen nicht außerhalb des Landesnetzes von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Erschließungsarbeiten genutzt werden. Die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes für Herrn Schröder im Landesarchiv kam aus verschiedenen Gründen nicht infrage. Daher konnte die Verzeichnung nur mithilfe einer Vorlage in einer Excel-Datei erfolgen. Diese Vorlage liegt bereits seit Einführung von Arcinsys 2015 vor und ermöglicht die einfache und verlustfreie Migration von Verzeichnungsinformationen in die Archivinformationssoftware. Darin sind alle Felder enthalten, die auch in Arcinsys vorhanden sind. In der Regel werden im Landesarchiv bei der Erschließung jedoch nur einige wenige Felder der insgesamt mehr als 60 vorhandenen befüllt. Einzelne Felder können in der Excel-Datei dupliziert werden, z. B. der Enthält-Vermerk.

Zusammen mit dieser Excel-Datei wurden Herrn Schröder die Verzeichnungsgrundsätze des Landesarchivs bereitgestellt. Hierzu wurden aus den vorhandenen Richtlinien die für das konkrete Erschließungsprojekt grundlegenden und unverzichtbaren Punkte zusammengestellt. Das Ziel lag darin, eine erweiterte Verzeichnung zu erstellen: In der Regel waren neben dem Titel, der Laufzeit und dem Enthält-Vermerk regelmäßig noch Personennamen und Geburtsdaten zu erfassen, damit die Schutzfristen nach dem Import in Arcinsys automatisch vergeben werden konnten. Es wurde darauf verzichtet, auf alle Feinheiten der archivischen Verzeichnung näher einzugehen. Die archivische Titelbildung sowie die Bildung von Verzeichnungseinheiten als sicherlich größte Hürden bei der Verzeichnung durch einen Historiker ohne archivarische Fachausbildung wurden

in einem längeren Telefongespräch näher erläutert. Außerdem erfolgte zeitnah nach der Verzeichnung der ersten Einheiten mithilfe der Excel-Datei eine Qualitätskontrolle. Dabei wurde sowohl die Verzeichnung archivfachlich geprüft – besonders die Titelbildung – als auch der Import nach Arcinsys technisch getestet.

Herr Schröder hat die Akten vor Ort bei der Rentenversicherung in Hannover verzeichnet. Die Signaturen wurden fortlaufend vergeben. Dabei wurden jedoch die Unterlagen der Landesversicherungsanstalt Hannover von denjenigen der Landesversicherungsanstalt Braunschweig getrennt. Somit konnten die Erschließungsinformationen separat von den beiden Abteilungen des Landesarchivs weiterbearbeitet und in Arcinsys importiert werden. Einige wenige Unterlagen mussten in Hannover bzw. in Wolfenbüttel nachbewertet und nachverzeichnet werden, weil Herr Schröder diese Arbeiten vor seinem Ausscheiden bei der Rentenversicherung nicht mehr erledigen konnte. Die Vorworte zu den Findbüchern wurden von den jeweils zuständigen Referenten in Wolfenbüttel und Hannover verfasst.³

Das Fazit dieser Zusammenarbeit ist äußerst positiv: Die Erschließungsinformationen von Herrn Schröder konnte ohne Überarbeitungen vollständig übernommen und in Arcinsys importiert werden. Es wurden jedoch statt der Signaturen nur die archivischen Titel physisch auf den Unterlagen vermerkt, sodass vor der Verpackung die Signaturen noch ergänzt werden mussten. Dieser Arbeitsschritt wurde nicht hinreichend erläutert.

Die Archivalien der ehemaligen Landesversicherungsanstalt Hannover bilden in der Abteilung Hannover einen Gliederungspunkt

im Bestand NLA HA, V.V.P. 110 „Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover“, diejenigen der ehemaligen Landesversicherungsanstalt Braunschweig den Bestand NLA WO 132 N „Landesversicherungsanstalt Braunschweig“ in der Abteilung Wolfenbüttel.

5. Archivierungsmodell

Das Archivierungsmodell soll eine kontinuierliche und systematische Auswahl der archivwürdigen Unterlagen der DRV Braunschweig-Hannover sicherstellen. Grundlage des Archivierungsmodells ist eine Analyse der Aufbau- und Ablauforganisation der DRV Braunschweig-Hannover im Kontext des Verbunds der Deutschen Rentenversicherungsträger. Hierzu wurden die zentralen Aufgaben und die Stellen ermittelt, die Steuerungs- und Koordinationsaufgaben wahrnehmen. Die Hauptabteilung Organisationsberatung stellte hierfür eine große Menge von Unterlagen – vom Geschäftsverteilungsplan bis zu den verschiedenen Prozesshandbüchern – bereit. Ergänzend wurden über 20 Interviews mit Beschäftigten aller Abteilungen und Hierarchieebenen geführt. Die Aktenautopsie ausgewählter Dokumente half bei der Identifizierung aussagekräftiger Unterlagen. Der Vergleich mit den Archivierungsvereinbarungen anderer Träger und den zuständigen Archivaren und Archivarinnen sowie die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bearbeiter und dem Niedersächsischen Landesarchiv waren von unschätzbarem Wert.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Analyse ist, dass die Grund- und Querschnittsbereiche nach der Organisationsreform der Deutschen Rentenversicherung 2005 bei der DRV Bund angesiedelt sind. Eine Folge dieser Organi-

sationsreform ist auch eine weiter zunehmende Koordination der Träger, weshalb die Archivierung bei der DRV Bund und insbesondere der gemeinsamen Ausschüsse und Arbeitsgruppen wichtig für alle Regionalträger ist. In diesem Zusammenhang sind auch die Prüfungen des Bundesrechnungshofes hervorzuheben, denen bei der Organisationsentwicklung der einzelnen Träger, aber insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit aller Rentenversicherungsträger eine große Bedeutung zukommt.

Die relativ formalisierte Aufgabenerledigung dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung eignet sich für ein Auswahlmodell bestimmter Aktengruppen. Ergänzt werden diese Gruppe zur Anbietetung festgelegter Akten durch einen Katalog von historisch bedeutenden Themen, die die nötige Flexibilität zur Berücksichtigung außergewöhnlicher Ereignisse und Veränderungen der Organisation ermöglichen sollen.

Zum Umgang mit den massenhaften Leistungsakten der Sozialversicherungsträger hat sich noch kein Konsens gebildet. Der Historiker Dierk Hoffmann hat eine Analyse der Aktenüberlieferung bei der DRV Bund durchgeführt. Seiner Einschätzung nach handelt es sich bei den zwölf Millionen Versichertenakten im Einheitsarchiv der DRV Bund um „eine einzigartige Quelle“ für die Sozialgeschichtsschreibung, ohne zu den Auswertungsmöglichkeiten genauere Angaben zu machen.⁴ Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe Sozialversicherungsträger der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder von 1999⁵ empfiehlt ein dreistufiges Modell. Neben der Archivierung von Beispielfällen zur detaillierten Rekonstruktion

der geschäftstechnischen Abläufe und der Auswahl von Akten bedeutender Persönlichkeiten oder charakteristischer Fälle des jeweiligen Archivsprengels sieht die Arbeitsgruppe die Bildung eines Samples vor: Diese Lösung einer Sample-Bildung mit Hilfe von Geburtstagen haben einige regionale Rentenversicherungsträger gewählt. Aufgrund des unklaren Quellenwerts (welche Daten enthalten sind, änderte und ändert sich immer wieder) und fehlender Konzepte zu deren Auswertung (zahlreiche Metadaten und Schlüsselbeschreibungen sind für die Auswertung notwendig) beschränkt sich die DRV Braunschweig-Hannover auf die Archivierung von Beispielfällen der unterschiedlichen Kategorien von Leistungsakten in regelmäßigen Abständen.

Das Archivierungsmodell ist somit der Versuch, den Interessen der historischen Forschung, den Interessen der DRV Braunschweig-Hannover und dem Gebot der Wirtschaftlichkeit in einem den Ansprüchen der Archivwissenschaft entsprechenden Modell gerecht zu werden.

6. Fazit

Die Altakten der Landesversicherungsanstalten Braunschweig und Hannover sind bewertet, verzeichnet und archiviert, womit eine Lücke in der Überlieferung geschlossen wurde. Das Archivierungsmodell sichert zukünftig die kontinuierliche und systematische Archivierung der Akten der DRV Braunschweig-Hannover. Die Kooperation zwischen dem Landesarchiv und der DRV Braunschweig-Hannover funktionierte hervorragend und brachte für beide Parteien Vorteile mit sich: eine klassische Win-Win-Situation.

Fraglich ist, wie diese Erfahrungen für künftige Kooperationen mit abgebenden Stellen genutzt werden können. Die sicherlich wichtigste Voraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit liegt in der Person desjenigen, der für die abgebende Stelle archivistische Arbeiten in Absprache mit einem öffentlichen Archiv übernimmt. Nur in seltenen Fällen wird die abgebende Stelle für diese Aufgabe einen motivierten Historiker einstellen können.

Deshalb sollte vor dem Eingehen einer solchen Kooperation folgendes geprüft bzw. gefragt werden:

1. Ist eine Person verfügbar, die ausreichend Zeit für die anstehenden Aufgaben mitbringt?
2. Sind alle grundlegenden Kenntnisse vorhanden, die für die Verzeichnung der Unterlagen relevant sind und nicht innerhalb kurzer Zeit vermittelt werden können (schriftliche Ausdrucksfähigkeit, PC-Kenntnisse, paläographische Kenntnisse etc.)?
3. Ist die für die Archivierung zuständige Person motiviert und kritikfähig?
4. Ist eine Betreuung der Arbeiten durch einen Facharchivar sichergestellt? Liegt eine verständliche Handreichung für die zu erledigenden archivischen Arbeiten vor, die komprimiert und verständlich die wichtigsten Informationen bereitstellt?

Können diese vier Punkte positiv beantwortet werden, sollte eine Kooperation grundsätzlich infrage kommen. In diesem Fall dürften die Vorteile die Nachteile einer Zusammenarbeit überwiegen: Der Hauptnachteil besteht in einem erhöhten Kommunikations-, Beratungs- und Überprüfungsbedarf. Demgegenüber stehen als Hauptvorteile die Zeitersparnis für das Archivpersonal und die

in der Regel besseren Kenntnisse über die abgebende Stelle sowie den Inhalt ihrer Unterlagen auf Seiten der für die Verzeichnung zuständigen Person.

Eine solche Zusammenarbeit eignet sich besonders bei Deposita, da die erbrachte Leistung bei der Kostenbeteiligung berücksichtigt werden kann. Aber auch bei

Vorlässen kann eine solche Kooperation angestrebt werden, wenn die abgebende Person selbst willens und in der Lage ist, ihre eigenen Unterlagen zu ordnen und zu verzeichnen. Besonders der Austausch über das Internet ermöglicht heute Kooperationen, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären.

Anhang

Das in Abschnitt 5 angesprochene Archivierungsmodell sieht im Einzelnen wie folgt aus:

Archivierungsmodell für die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

Das potentiell archivwürdige Schriftgut der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover wird dem Niedersächsischen Landesarchiv angeboten. Art und Umfang der zu übergebenden Unterlagen sowie Zeitpunkt und Periodizität der jeweiligen Übergabe werden wie folgt festgelegt. Die abschließende Bewertung der Archivwürdigkeit liegt beim Niedersächsischen Landesarchiv.

Selbstverwaltung

- *Satzung der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (nach jeder Änderung)*
- *Geschäftsordnungen der verschiedenen Gremien der Selbstverwaltung (nach jeder Änderung)*
- *Protokolle inklusive Anlagen der Vertreterversammlung und ihrer Ausschüsse der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*

- *Protokolle inklusive Anlagen des Vorstandes und seiner Ausschüsse (Steuerungsausschuss, Ausschuss für Organisation und Personalangelegenheiten, Ausschuss für Bauten und Beschaffung, Ausschuss für Leistungen, Ausschuss für Finanzen) der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*

Verwaltung

- *Geschäftsverteilungsplan der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (nach jeder Änderung)*
- *Handbücher der Prozesse der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (alle drei Jahre)*
- *Haushaltspläne der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (jährlich)*
- *Jahresrechnungen der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (jährlich)*
- *Protokolle inklusive Anlagen des Strategie-Kreises (nach Ablauf der in der*

Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)

- *Protokolle inklusive Anlagen der Abteilungsleitersitzungen (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Protokolle inklusive Anlagen der Sitzungen der Zentralen Büroorganisation/Fachbereich Leistung mit den Leitern der Abteilungen Leistung 1, 2, 3 (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Protokolle inklusive Anlagen der Treffen der Bezirksleiter der Auskunfts- und Beratungsstellen mit der Sachgebietsleitung (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Personaldaten des Geschäftsführers, des stellvertretenden Geschäftsführers und der Abteilungsleiter (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Handakten und nicht-publizierte Vorträge des Geschäftsführers und des stellvertretenden Geschäftsführers (nach dem Ausscheiden aus dem Dienst bzw. nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*

Abteilungen

Referat Kliniken

- *Tischvorlagen an die Geschäftsführung (nach Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Projekthandbücher ausgewählter Projekte inklusive Abschlussbericht (nach*

Ablauf der in der Dienstanweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)

Bauwesen

- *Bauzeichnungen und Baubeschreibungen von Gebäuden der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (vor der Vernichtung)*

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit

- *Fotoarchiv (Kategorien: Personen, Gebäude, Veranstaltungen) mit Bildbeschreibungen (Datum, Ort, Personen, Anlass, Gebäude, Name des Fotografen bzw. der Fotografin) (alle drei Jahre)*
- *Publikationen der Öffentlichkeitsarbeit und der Pressestelle (in Absprache mit der Bibliothek der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover)*

Leistungsakten

- *Schlüsselbeschreibungen, Legenden und Metadaten zu den jeweiligen Leistungsakten (mit jeder Übergabe von Leistungsakten)*
- *jeweils drei Akten alle fünf Jahre der verschiedenen Leistungsfälle aus dem Bereich Versicherung/Rente (Erwerbsminderungsrente, Hinterbliebenenrenten, Altersrente)*
- *jeweils drei Akten alle fünf Jahre der verschiedenen Leistungsfälle aus dem Bereich Rehabilitation (berufliche Rehabilitation, medizinische Rehabilitation)*
- *drei Rentenakten alle fünf Jahre von „Aus-siedlern“ und „Spätaussiedlern“ (spezifisch für den Sprengel der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover)*

- *alle Rentenakten, die im Zusammenhang mit dem „Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto“ bearbeitet wurden*
- *drei Rentenakten alle fünf Jahre, die im Zusammenhang mit dem deutsch-japanischen, dem deutsch-philippinischen und dem deutsch-koreanischen Sozialversicherungsabkommen stehen*

Kliniken

- *Wirtschaftsplan (jährlich)*
- *Jahresrechnungen inklusive Lagebericht (jährlich)*
- *Protokolle inklusive Anlagen der Sitzungen der Verwaltungsdirektoren der Kliniken (nach Ablauf der in der Dienst-anweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*
- *Protokolle inklusive Anlagen des Strategietages der Kliniken und der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover (nach Ablauf der in der Dienst-anweisung festgelegten Aufbewahrungsfristen/vor der Vernichtung)*

Themen

Die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover bietet dem Niedersächsischen Landesarchiv darüber hinaus Unterlagen an, die sie wegen ihrer rechtlichen, politischen, wissenschaftlichen oder historischen Bedeutung der Archivierung für wert hält. Hierunter können insbesondere Unterlagen fallen, die Informationen enthalten über

- *Vorgänge, die in Zusammenhang mit grundsätzlichen Veränderungen in der Organisation und im Zuständigkeitsbereich der Deutschen Rentenversicherung*

Braunschweig-Hannover stehen (z. B. Fusion Landesversicherungsanstalt Braunschweig und Landesversicherungsanstalt Hannover im Jahre 2005)

- *grundlegende technische Veränderungen in der Sachbearbeitung und Kundenkommunikation*
- *Angelegenheit, die öffentliches Aufsehen erregt oder zu parlamentarischen Erörterungen Anlass gaben*
- *Ehrungen und Auszeichnungen (inklusive Bewerbungsunterlagen) der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover*
- *Mitgliedschaften in Organisationen und Gründungen von Unternehmen (NOW IT, Fachhochschule Reinfeld)*
- *Vorgänge, die in direktem Zusammenhang mit nationalsozialistischen Verbrechen (z. B. Hebelisten aus der Zeit des Nationalsozialismus) oder im Zusammenhang mit dem Thema Wiedergutmachung von nationalsozialistischem Unrecht stehen (z. B. „Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto“, Bescheinigung und Anrechnung von Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges)*
- *Prüfungen durch den Bundesrechnungshof*

- 1 Vgl. z. B. Gregor Patt, Crowdsourcing bei Urkunden und Briefen. Kooperative Erschließung von Altbeständen in der digitalen Welt. Transferarbeit an der Archivschule Marburg 2015, https://www.landesar-chiv-bw.de/sixcms/media.php/120/58908/Transferarbeit2015_Patt.pdf (letzter Aufruf 16.12.2019); Nicole Graf, Sie wussten mehr! Vielen Dank! Offenes Crowdsourcing im Bildarchiv der ETH-Bibliothek, in: Arbido 2016, Heft 2, S. 9–12.
- 2 Detlef Bäumert / Harald Hoyer, 100 Jahre LVA Braunschweig. Eine Chronik der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, Braunschweig 1990.
- 3 Vorwort zum Bestand NLA HA, V.V.P. 110 „Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover“ in der Abteilung Hannover, <https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction.action?detailid=b14245&icomefrom=search> (letzter Aufruf 15.11.2019); Vorwort zum Bestand NLA WO, 132 N „Landesversicherungsanstalt Braunschweig“ in der Abteilung Wolfenbüttel, <https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/detailAction.action?detailid=b14395> (letzter Aufruf 15.11.2019).
- 4 Dierk Hoffmann, Neuere Forschungsfragen zur Rentenversicherung und die Aktenüberlieferung der Deutschen Rentenversicherung Bund, in: Marc von Miquel / Marcus Stumpf (Hg.), Historische Überlieferung der Sozialversicherungsträger. Desiderate der Forschung und archivische Überlieferung, Münster 2012, S. 42–51, hier S. 51.
- 5 Der Schlussbericht wurde nicht veröffentlicht. Weitere Informationen hierzu bei Katharina Tiemann, Archivierung von Quellen der Sozialversicherungsträger durch das Bundesarchiv und die Landesarchive. Ergebnisse einer Umfrage, in: Miquel / Stumpf (Hg.), Historische Überlieferung (wie Anm. 4), S. 76–85.

*Dr. Christian Schlöder
war Archivar am Niedersächsischen
Landesarchiv – Abteilung Hannover, seit
Januar 2020 ist er Archivar am Sächsischen
Staatsarchiv in Leipzig.*

*E-Mail:
christian.schloeder@sta.smi.sachsen.de*

Bergungsversuche des Panzerkreuzers *SMS Yorck* in der Jade.

Bewegende Briefe zwischen öffentlichen Ausschreibungsdokumenten

von Martin Schürer

Im dichten Nebel kam es zur Katastrophe! Der Panzerkreuzer *SMS Yorck* der kaiserlichen Marine war eigentlich schon außer Dienst gestellt worden, doch mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde das Kriegsschiff für den aktiven Kampfeinsatz reaktiviert.

Im November 1914 wagte sich ein Verband der Marine, deren massive Aufrüstung in den Jahrzehnten zuvor zu einer drastischen Verschlechterung des deutsch-britischen Verhältnisses geführt hatte, vor die englische Küste. Die Beschießung von Sied-

lungen in der Grafschaft Norfolk sollte in den ersten Kriegswochen auch den Wagemut der kaiserlichen Flotte unterstreichen. Aufgabe der *Yorck* war es, dem zurückkehrenden Verband Deckung zu geben. Bei der Heimfahrt in den Kriegshafen von Wilhelmshaven in den frühen Morgenstunden des 4. November stieg allerdings auf der Innenjade so starker Nebel auf, dass das Gros der Kriegsschiffe die Einfahrt nicht wagte und vor Anker ging. Nur die *Yorck* dampfte weiter. Obwohl der Lotse bei der schlechten Sicht jegliche

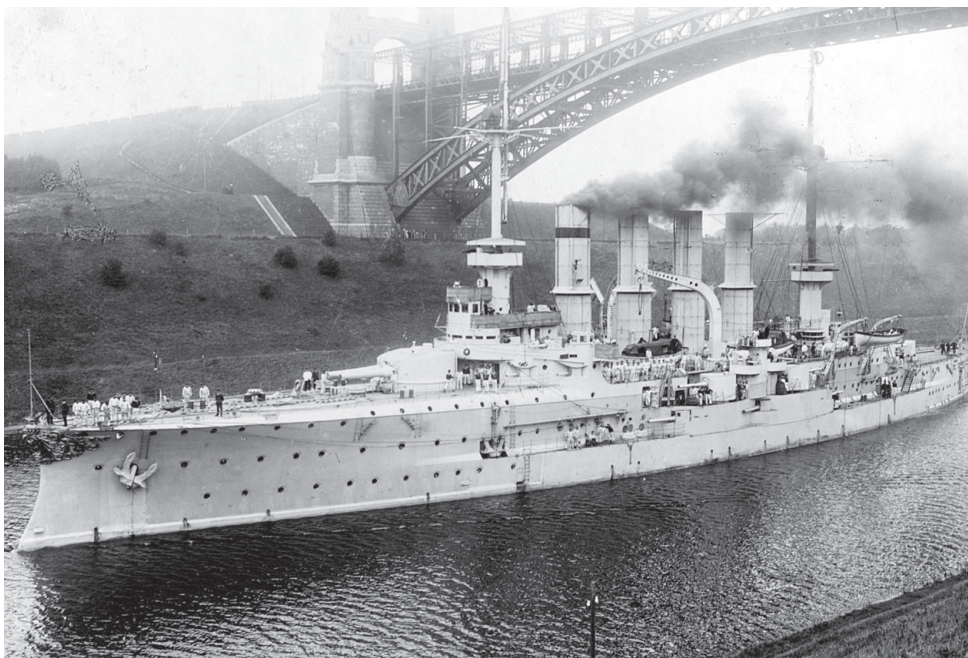


Abb. 1: *SMS Yorck* im Kaiser-Wilhelm-Kanal unter der Levensauer Hochbrücke bei Kiel (1909)
(Foto: A. Renard, Kiel; Quelle: Wikipedia (gemeinfrei))

Verantwortung für eine Weiterfahrt ablehnte, setzte Kapitän Waldemar Pieper in den frühen Morgenstunden unbeirrt Kurs auf Wilhelmshaven – und traf auf eine Mine.¹ Zum Schutz vor etwaigen Angriffen der Briten hatten die Deutschen ein Netz von Minensperren in der Nordsee und insbesondere am Jadebusen verlegt, um die Schlachtflotte in Wilhelmshaven zu schützen. Eine dieser Minensperren wurde der *Yorck* zum Verhängnis. Beim Versuch zu wenden, fuhr der Panzerkreuzer auf eine zweite Mine, die das Schicksal des Schiffs mit seiner 630 Mann starken Besatzung endgültig besiegelte. Auf der Höhe zwischen Horemersiel und Hooksiel sank der Panzerkreuzer und wurde für rund die Hälfte der Matrosen und Offiziere zum nassen Grab.

An dieser Stelle könnte die Geschichte des 1904 bei Blohm & Voss in Hamburg vom Stapel gelaufenen Panzerkreuzers enden, der wie unzählige weitere Schiffe durch die Weltkriege auf den Grund des Meeres

geschickt wurde, um der Vergessenheit anheimzufallen. Doch da bei der Havarie der *Yorck* der Meeresgrund nur wenige Meter unter der Wasseroberfläche lag, verschwand das Wrack des Panzerkreuzers nie vollends von der Bildfläche. Bei Ebbe ragte das gekenterte und kielobenliegende Schiff wie „ein gigantischer roter Walfischrücken“² aus der niedrigen Innenjade hervor.

Zum Schutz der Schifffahrt wurde die Untergangsstelle mit einer Wracktonne markiert, damit der nach Ludwig Yorck von Wartenburg, dem preußischen General der Napoleonischen Kriege, benannte Panzerkreuzer mit seinen 127 m Länge und einer Verdrängung von fast 10 000 t nicht zur Gefahr werde.³ Zwar wurden 1926 sowie in den 1930er Jahren Sprengungen an der *Yorck* vorgenommen, die das Wrack tiefer unter die Wasseroberfläche drückten, doch vergrößerten diese gewaltsamen Aktionen ebenfalls das Trümmerfeld um zahllose, scharfkantige Bruchstücke.

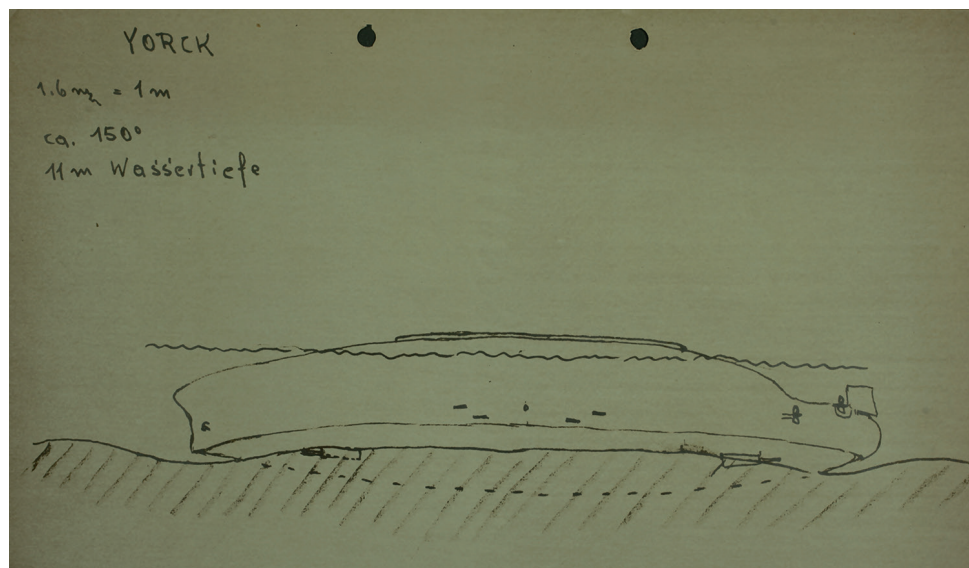


Abb. 2: Handskizze der Lage von SMS Yorck (NLA OL, Rep 680 WHV Best. 238-23 Nr. 688-1)

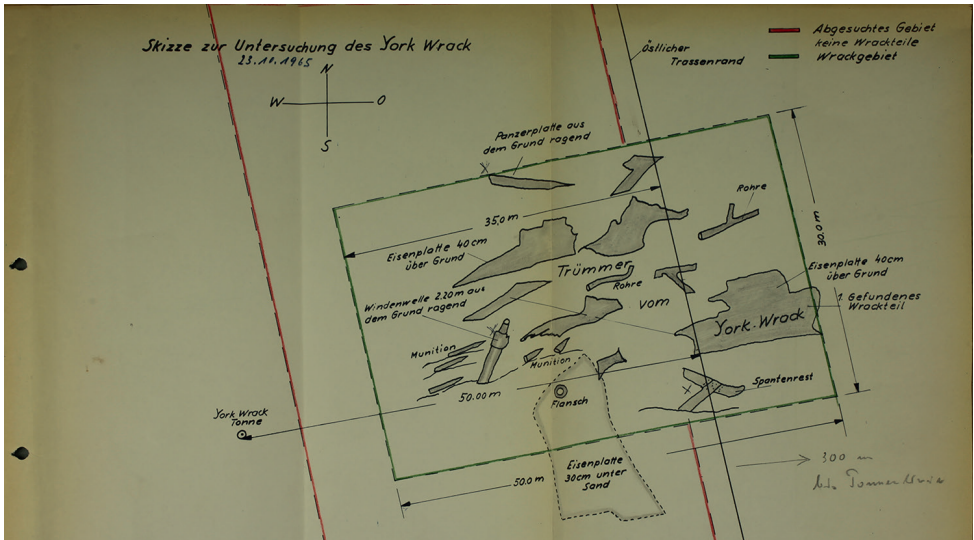


Abb. 3: Skizze der Untersuchung des Wracks von SMS York (NLA OL, Rep 680 WHV Best. 238-23 Nr. 587)

Anfang der 1960er Jahre musste sich das Wasser- und Schifffahrtsamt Wilhelms-haven (WSA), dessen Akten im Niedersäch-sischen Landesarchiv – Abteilung Oldenburg verwahrt werden, verstärkt mit der *York* beschäftigen. Unter anderem zuständig für die Gewährleistung eines sicheren Schiffs-verkehrs im Jadegebiet, rückte der Panzer-kreuzer 1964 in den Fokus der Behörde. Meldungen über Kollisionen mit dem Wrack oder mit Trümmerresten im äußerst niedri-gen Fahrwasser häuften sich und konnten sich leicht zu Havarien oder gar ökologischen Katastrophen auswachsen.⁴ Für eine anstehende Vertiefung des Jadfahrwassers hatte der Bund 55 Millionen DM bewilligt, doch leider keinen „Pfennig für solcherlei Neben-arbeiten“ eingeplant, wie die Lokalisierung oder Bergung von Weltkriegsrelikten, wie die „Wilhelmshavener Zeitung“ süffisant kommentierte.⁵ Problematisch erwies sich zudem für das WSA das Fehlen von genauen Informationen zum Standort und den Ausma-ßen des Schiffs.⁶ Das erst 1949 gegründete

Amt besaß nur bruchstückhafte Akten über die Vorgänge in den 1930er Jahren⁷ und eine an den Sprengarbeiten beteiligte Hamburger Firma musste auf Anfrage bedauernd antwor-ten, dass deren Unterlagen bei der großen Sturmflut 1962 vollständig vernichtet worden seien.⁸ Eine hydrographische Vermessung durch das Spezialschiff *Wega* sowie eine Be-gutachtung durch Taucher ergab 1964 zum ersten Mal ein genaues Bild von den Über-resten der *York* und den Folgen der Spreng-ungen wie den Auswirkungen der Gezeiten auf das unglückliche Schiff. Zwar war das nahezu auf dem Kopf ruhende Wrack im Lauf der Zeit tiefer in den Schlick eingesunken, doch ragte es 15 bis 20 m in die Baggertrasse der Fahrrinne hinein, und in einem Umkreis von rund 450 m war der Meeresboden durch die Sprengungen in den Jahrzehnten zuvor mit Bruchstücken regelrecht übersät.⁹ Dazu gesellten sich noch die nicht ungefährlichen Munitionsreste der Schiffsartillerie der Kali-ber 21 cm, 15 cm und 8,8 cm.

Das WSA erkannte, nun auch wissenschaftlich untermauert, dringenden Handlungsbedarf. Die mit einem immer größer werdenden Tiefgang versehenen Handelsschiffe benötigten ein sicheres Fahrwasser, und um die Baggerarbeiten an der Fahrrinne zu beginnen,¹⁰ musste die unselige *Yorck* ein für alle Mal verschwinden. Die Akten des WSA zeugen davon, wie im schönsten Behörden- und Verwaltungsdeutsch eine öffentliche Ausschreibung in die Wege geleitet wurde, um ein Unternehmen zu finden, das mit Effizienz – und natürlich geringen Kosten – das Wrack beseitigte.¹¹ Im Submissions-Anzeiger, einer einschlägigen Zeitung für öffentliche Vergaben, erschien im Frühjahr 1964 die Aufforderung des WSA, ein Angebot einzureichen, den Grund von den Wrackresten zu beseitigen und das Schiff auf 16 m unter Seekartennull zu legen.¹² Neben Kostenvoranschläge von Unternehmen, den ausführlichen Ausschreibungsinformationen, zu denen auch die hier gezeigten Skizzen gehören, reihen sich Synopsen zur Gegenüberstellung der Angebote sowie wütende Briefe von unterlegenen Firmen – soweit finden sich die zu erwartenden Dokumente in den Akten. Doch womit das WSA wohl nicht gerechnet hatte, war, dass die Beseitigung der *Yorck* hohe Wellen schlug. Die lokalen Zeitungen berichteten ausführlich von den ersten Voruntersuchungen am Schiffswrack und schon bald griffen überregionale Blätter das Thema auf. Ein Resultat dieser Berichterstattung sind Schriftstücke, die zwischen „trockenen“ amtlichen Vorgängen so nicht häufig anzutreffen sind: persönliche, teilweise sehr emotionale Briefe. Angehörige der ertrunkenen Seemänner wandten sich an das WSA Wilhelmshaven, so wie die Nichte eines Matrosen der Reserve, der auf

der *Yorck* den Tod fand. Sie schilderte das Schicksal ihres Onkels und wie ihre Familie damit umging: *„Mit tiefer Trauer erzählten dann meine Eltern uns von diesem schweren Untergang des Schiffes.“*¹³ Im Verlauf der Zeit trat das Ereignis für die Hinterbliebenen in den Hintergrund, doch mit einer Anzeige im „Ostfriesischen Kurier“ Anfang des Jahres *„kommt mir so vieles wieder in Erinnerung“*. Einen speziellen Zweck oder eine Frage verfolgte die Autorin mit ihrem Schreiben nicht. Nachdem sie noch die Todesmeldung zitiert, schließt sie ihren Brief *„In stillen Gedenken; wenn auch Jahre vergangen sind.“* Nachfahren ihres Onkels seien nun auch nicht mehr am Leben, da ihr Cousin im folgenden Weltenbrand gefallen sei. *„Vieles von dem schweren Leid hat dann der zweite Weltkrieg vergessen lassen.“* Auch wenn die Folgen des Weltkriegs von 1939–1945 vieles überlagerten und der Untergang der *Yorck* 1964 bereits 50 Jahre zurücklag, tauchte das Schiff mit seinen 336 Toten im Bewusstsein vieler Menschen wieder auf.

Nicht immer vollends die Ziele und Tätigkeiten des WSA verstehend führte die Berichterstattung in den Medien zu manchen Missverständnissen und nährte falsche Hoffnungen. Die Arbeiten am Schiffswrack konnten zunächst nicht in Richtung auf das anvisierte Ziel des WSA ausgeführt werden, und erst ab 1966 wurde mit Kranschiffen und Tauchern verstärkt an einer Reduzierung des Trümmerfeldes gearbeitet.¹⁴ In Zeitungsartikeln wurde jedoch von Sprengungen oder gar einer Bergung der Schiffshülle berichtet, so dass sich das WSA sogar genötigt sah, eine Klarstellung an eine Firma zu senden, die, mit den Zeitungsinformationen versorgt, penetrant um eine Beteiligung bei den Arbeiten warb.¹⁵ Dennoch waren die

Gerüchte über die Hebung des Wracks im Umlauf und hielten sich hartnäckig. Eine Dame aus Hessen schrieb an das WSA 1969, dass sie durch die „Gießener Zeitung“ erfahren habe, *„dass der Panzerkreuzer Yorck geborgen wird.“*¹⁶ Da der Bruder seit dem Untergang als vermisst galt, wollte sie sich erkundigen, *„ob Erkennungsmarken o[der] sonstiges der Besatzung gefunden wurde. Bitte teilen Sie mir mit, ob das Wrack zu Besichtigung freigegeben wird“*. Der Verlust der Hinterbliebenen und die Hoffnung, nach all der langen Zeit eventuell sogar einen Ort der Trauer zu finden, tritt in diesem Dokument äußerst deutlich zu Tage. Während die Mitarbeiter des WSA routiniert Eingaben, wie die von den im Ausschreibungsverfahren unterlegenen Firmen, ignorierten oder kurz abschlägig beantworteten, sahen sie sich bei diesem persönlichen Brief doch zu einer längeren Antwort veranlasst. Das Wrack sei teilweise abgetragen und Bruchstücke mit Kränen gehoben worden, doch *„dabei sind keine Gegenstände vorgefunden worden, die Aufschlüsse über verschollene Angehörige geben könnten. Eine Bergung des Wracks im Ganzen ist nicht beabsichtigt.“*¹⁷ Neben Angehörigen von ertrunkenen Matrosen wandte sich auch ein Überlebender der Schiffskatastrophe an das WSA. Der ehemalige Wachoffizier des Panzerkreuzers, Axel Brestlin, hatte bezugnehmend auf den Zeitungsartikel „Taucher im Wrack der Yorck“ ein ganz konkretes Anliegen. Da – laut Presse – zum ersten Mal Schwimmer in das Innere des Wracks vorgedrungen seien und dort Schuhe, Uniformteile und Knöpfe gefunden hätten, erschien es ihm bei *„dieser Sachlage [...] doch nicht ganz ausgeschlossen, daß ein Taucher meine Kammer als damaliger Wachoffizier betreten könnte“*, um dort für ihn

nach wichtigen, persönlichen Gegenständen zu suchen.¹⁸ Zwar versah wohl Brestlin selbst seinen Brief mit einem roten „Eilt!“-Vermerk, doch leider findet sich keine Replik auf diese eher ungewöhnliche Anfrage.

Die Arbeiten am Schiffskörper der *Yorck* versandeten 1969, nachdem das Trümmersfeld weitgehend geräumt war.¹⁹ Eine Bergung oder Sprengung der noch vorhandenen Hülle wurde nicht weiterverfolgt. Zu bedenken war schließlich auch – wie die Briefe es unterstreichen –, dass die *Yorck* nicht ein normales Schiffshindernis in der Jade war, sondern mit weit über 300 Toten auch ein nach Ruhe verlangendes Seemannsgrab. Als in den 1980er Jahren eine Verlegung des Fahrwassers aufgrund von Eindeichungen sowie von Brücken- und Industriearbeiten dringend erforderlich wurde, hatte sich das WSA erneut mit dem Schiff zu befassen. Aus Kostengründen sprach man sich jedoch im Amt gegen eine Bergung der *Yorck* aus, die mit Hilfe eines Saugbaggers schließlich unterspült wurde und seitdem 23 m unter Seekartennull liegt.²⁰

An dieser Stelle könnte nun endgültig die Geschichte der *Yorck* enden. Doch in der jüngsten Vergangenheit rücken die ökologischen Langzeitfolgen versenkter Kriegsschiffe in der Nordsee in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen. Dass von den tonnenweise im Meer ruhenden Munitionsresten, Granaten, Minen und Torpedos weiterhin reale Gefahren ausgehen, ist hinlänglich bekannt.²¹ Nun wollen Wissenschaftler, auch von der EU gefördert, an ausgewählten Kriegsschiffswracks des Ersten und Zweiten Weltkriegs in der südlichen Nordsee detaillierte Untersuchungen vornehmen, welche Auswirkungen die noch in den Schiffsrümpfen ruhenden Waffen auf das Ökosystem

haben können.²² Welche Wracks angesteuert werden, möchten die Beteiligten noch nicht verraten, doch entspricht die *Yorck* allen aus der Zeitung zu entnehmenden Kriterien. Es wäre somit möglich, dass der 1914 untergegangene Panzerkreuzer, dessen

Bergungsversuche in den 1960er Jahren für viele Hinterbliebene alte Wunden aufrissen und zu emotionalen Schreiben in amtlichen Akten führten, als Untersuchungsobjekt ökowissenschaftlicher Studien ins öffentliche Bewusstsein zurückkehrt.

- 1 Hans Hildebrand / Albert Röhr / Hans-Otto Steinmetz, *Die deutschen Kriegsschiffe. Biographien – Ein Spiegel der Marinegeschichte von 1815 bis zur Gegenwart*, Bd. 8, Hamburg 1983, S. 121–124. Im anschließenden Kriegsgerichtsprozess wurde Pieper relativ milde bestraft, der sich auf einen Notstand im Schiff berufen hatte, um die Einfahrt in den Hafen zu rechtfertigen. Der Verdacht, dass das Trinkwasser der *Yorck* mit Typhus verseucht sei, ließ ihn jenen tragischen Entschluss fassen.
- 2 Joachim Ringelnatz, *Als Mariner im Krieg*, Zürich 2004, S. 73. Der Kabarettist, Maler und vor allem als humoristischer Dichter in der Weimarer Republik bekannte Ringelnatz (1883–1934) war zu Anfang des Krieges Matrose auf dem Schlepper *Vulkan* und an den Rettungsbemühungen für die Besatzung der *Yorck* beteiligt.
- 3 Hildebrand / Röhr / Steinmetz, *Kriegsschiffe* (wie Anm. 1), S. 121.
- 4 Das Tankschiff *Esso Cardiff* hatte am 01.11.1963 in der Nähe des Untergangsorts Berührung mit einem Gegenstand, wobei der Tanker eigentlich noch 1,2 m Wasser unter dem Kiel bis zum Grund hätte haben müssen. Wenige Wochen zuvor war der Saugbagger der Fa. Rudolf Schmidt mit „einem harten, metallenen Hindernis“ kollidiert und wenige Tage später mit einem „massiven Gegenstand“ in Berührung gekommen, vgl. Niedersächsisches Landesarchiv-Abteilung Oldenburg (künftig NLA OL) Rep 680 WHV Best. 238-23 Nr. 688-2, Vermerk vom 12.11.1963.
- 5 Ebd. Nr. 688-1, „Zusätzliche Mittel für *Yorck*-Wrack nötig“, *Wilhelmshavener Zeitung* vom 02.05.1964.
- 6 So fragte das WSA 1968 bei Blohm & Voss in Hamburg an, ob die Werft dem Amt nicht Pläne oder Skizzen der *Yorck* übermitteln könne, vgl. ebd. Nr. 587, Schreiben des WSA an Blohm & Voss vom 02.04.1968.
- 7 Ebd. Nr. 155.
- 8 Ebd. Nr. 688-1, Antwort der Bugsier-, Reederei und Bergungs-Aktiengesellschaft an das Wasser- und Schiffsahrtsamt Wilhelmshaven vom 16.03.1964.
- 9 Spätere Untersuchungen konnten feststellen, dass Wrackreste über 1 000 m² am Grund verteilt waren, vgl. ebd. Nr. 688-2, Vermerk vom 27.01.1965.
- 10 Karl-Heinz Eggert, *Entwicklung der Baggerei der Seeschiffahrtsstraße Jade*, in: *Wasser- und Schif-*

fahrtsamt Wilhelmshaven (Hg.), *50 Jahre Wasser- und Schiffsahrtsamt Wilhelmshaven 1947–1997*, Wilhelmshaven 1997, S. 71–74, hier S. 73.

- 11 NLA OL (wie Anm. 4) Nr. 587, Nr. 688-1 und Nr. 688-2.
- 12 Ebd. Nr. 688-1, Vermerk über die Ausschreibung vom 27.06.1964.
- 13 Ebd., Brief von Hertha Hartmanns vom 22.01.1964.
- 14 NLA OL (wie Anm. 4) Nr. 587, Vermerk vom 17.05.1966.
- 15 Ebd., Schreiben des WSA an die Firma „Eisen und Metall AG, Hamburg“ vom 23.06.1966.
- 16 Ebd., Brief von Lina Wehrum vom 15.06.1969.
- 17 NLA OL (wie Anm. 4) Nr. 688-2, Schreiben des WSA an Lina Wehrum vom 23.07.1969.
- 18 Ebd., Brief von Axel Brestlin an das WSA vom 20.06.1969.
- 19 NLA OL (wie Anm. 4) Nr. 688-1, Bericht über den Verlauf der Bergungsarbeiten an dem Wrack „*Yorck*“ vom Januar 1969.
- 20 Eggert, *Entwicklung* (wie Anm. 10), S. 74.
- 21 N.N., *Tickende Zeitbomben in der Nord- und Ostsee. Länder-Vorstoß zur Beseitigung von Munitionsaltslasten*, *Münsterländische Tageszeitung* vom 08.11.2019. Schätzungen zufolge liegen etwa 1,6 Mio. Tonnen Munition noch in Nord- und Ostsee.
- 22 N.N., *Forscher untersuchen ökologische Gefahren. Weltkriegsmunition in der Nordsee im Fokus. Europäische Union unterstützt Projekt mit vier Millionen Euro*, *Münsterländische Tageszeitung* vom 16.10.2019. Miesmuscheln sollen in der Nähe der Wracks aufgestellt werden, die als eine Art Bio-Marker das Meerwasser filtern und Abfallstoffe aufnehmen. Diese werden nach einigen Monaten auf mögliche Schadstoffe untersucht.

Dr. Martin Schürer
ist Archivar am Niedersächsischen
Landesarchiv – Abteilung Oldenburg

E-Mail:
martin.schuerer@nla.niedersachsen.de

„Wolfenbütteler Abgaben betr. hannoversche Territorien“

Ein „neuer Altbestand“ in der Abteilung Hannover des Niedersächsischen Landesarchivs

von Nicolas Rügge

Auch in Archiven mit gutem Erschließungsstand gibt es manchmal unerwartete Entdeckungen. Darüber wird nicht jedes Mal eigens berichtet. Wenn aber bisher gänzlich unverzeichnetes Archivgut aus dem 16. und 17. Jahrhundert benutzbar wird, dürfte das eine kurze Mitteilung wert sein.

Die welfischen Landesteilungen und Erbfälle bringen viele Berührungspunkte zwischen der Überlieferung vor allem der heutigen NLA-Abteilungen Wolfenbüttel und Hannover mit sich. Nach dem Aussterben der Calenberger Welfen 1584 ging viel Schriftgut aus diesem Landesteil auf die Wolfenbütteler Kanzlei über. Als wiederum die Linie Wolfenbüttel während des Dreißigjährigen Krieges ausstarb, wurden die Kanzleiräume 1635 versiegelt, die Registraturen also abrupt geschlossen. In den Folgejahrzehnten wurde ein Großteil der Akten mit Calenberger Betreffen tonnenweise nach Hannover geschafft, der noch ungeordnete Rest 1691 durch Los aufgeteilt.¹ Die nach Hannover gelangten Akten finden sich heute, soweit nicht anderweitig zugeordnet, in dem Mischbestand Cal(enberger) Br(iefschaften) 21 (Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel).

Wie nicht anders zu erwarten, war diese Aktenverteilung aber nicht in jeder Hinsicht konsequent und vollständig erfolgt. In dem heutigen Wolfenbütteler Bestand 2 Alt (Kanzlei, Geheimer Rat) und sicher auch anderswo war Schriftgut verblieben, das in Han-

nover eigentlich besser aufgehoben war. So sahen es jedenfalls die Archivare in Wolfenbüttel, die in den 1950er und 1960er Jahren bei laufenden Verzeichnungsarbeiten immer wieder Archivalien beiseitelegten und an das damalige Staatsarchiv Hannover abgaben. Dort wurden die Zugänge nur ganz sporadisch geordnet, das meiste blieb einfach liegen. Vielleicht wollte man warten, bis eine letzte Lieferung diese Bereinigung abschließen würde, auch lud wohl der Ordnungszustand nicht gerade zur Bearbeitung ein.

Erst in den letzten Jahren wurde man auf diese Archivalien wieder aufmerksam. Erste Sichtungen ergaben, dass die Akten im Umfang von insgesamt 6 lfd. Metern mindestens auf sechs verschiedene Bestände der älteren Tektonikgruppe verteilt werden müssten, neben Wolfenbütteler Akten (Cal. Br. 21) enthielten die Zugänge nämlich auch Calenberger Ämtersachen (Cal. Br. 2), Betreffe aus Grubenhagen (Cal. Br. 3), aus dem großen Stift Hildesheim (Cal. Br. 10), aus Hoya und Diepholz (Cal. Br. 17) und aus dem Stift Hildesheim (Hild. Br. 1). Nun haben diese älteren Bestände aber ihre jeweils eigene Geschichte, sind längst geschlossen und übrigens auch nicht besonders provenienzrein. Daher fiel die Entscheidung gegen eine Aufteilung. Stattdessen wurde ein eigener Bestand geschaffen, der das Kürzel Cal. Br. 36 und die Bezeichnung „Wolfenbütteler Abgaben betr. hannoversche Territorien“ erhielt. So ist der

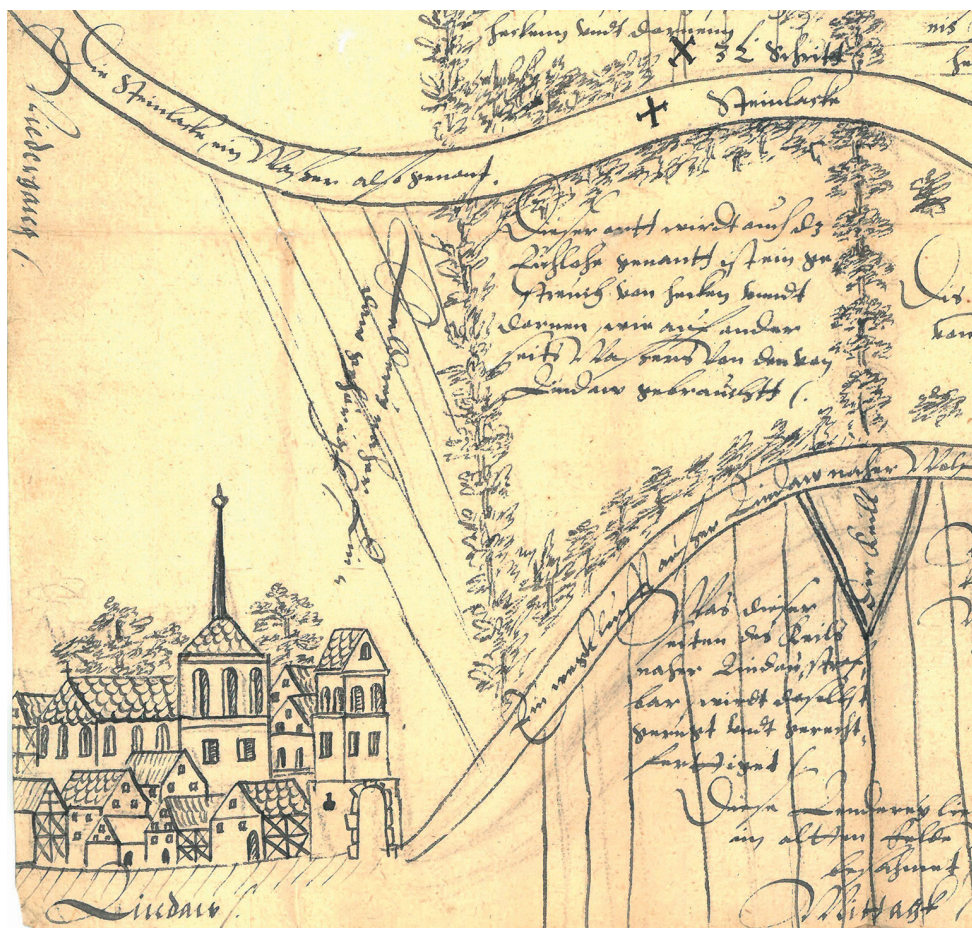


Abb.: Handzeichnung der Umgebung von Lindau (heute Landkr. Northeim; mit Kirche, Stadttor/-turm und angedeuteten Fachwerkhäusern) und Wulfen (heute Samtgem. Hattorf am Harz, Landkr. Göttingen), angefertigt 1590 bei der Untersuchung eines Grenzstreits zwischen dem Amt Herzberg (Wulfen) und dem mainzischen Amt Eichsfeld (Lindau) anlässlich des Unglücksfalls eines in der Oder (Steinlacke) ertrunkenen Fuhrmanns (NLA HA, Cal. Br. 36 Nr. 306, unpag., Ausschnitt)

Überlieferungszusammenhang besser gewahrt, und die „Neuzugänge“ sind für Nutzer wesentlich leichter aufzufinden.

Zu einer solchen Sichtung möchte dieser Beitrag alle Interessierten einladen. Der Bestand ist in Arcinsys online recherchierbar. Zeitlich erstrecken sich die Archivalien von 1506 bis 1633. Die Provenienzen und Inhalte sind schwer zu überblicken, sie rei-

chen von der fürstlichen Sphäre (Herzogin Elisabeth um 1540) bis zu Ämterakten aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Besonders hingewiesen sei auf ein bisher anscheinend unbekanntes Inventar² des Klosters Wunstorf aus dem Jahr 1541 (Nr. 248) und eine schöne Handskizze der Orte Wulfen und Lindau (in Nr. 306, s. Abb.). Auch ergänzt eine Reihe von Amtsrechnungen und

-registern manchen 1943 in Hannover verbrannten Amtsbestand wenigstens ein wenig, damit erfahren auch die 2005 publizierten „Quellen zur Bevölkerungsgeschichte“ unerwartete Nachträge.³ Nicht verschwiegen sei die große Anzahl enthaltener Konvolute: stapelweise Suppliken und Berichte im Umfang von jeweils nur wenigen Seiten ohne jeden größeren Zusammenhang. Diese Stapel wurden nur chronologisch geordnet und in eine ältere und jüngere Schicht (Stichjahr: Vereinigung Calenbergs mit Wolfenbüttel

1584) getrennt. Wo auch dies unterblieben ist, sind sie als „ungeordnete“ Konvolute bezeichnet. Alles andere hätte den Abschluss der Arbeiten unabsehbar verzögert; eine tiefere Erschließung, vor allem wohl durch erläuternde Enthält-Vermerke, kann später noch sukzessive folgen.

Wie eingangs angedeutet, sind aber „hannoversche“ Betreffe weiterhin in den Beständen der Abteilung Wolfenbüttel, nicht zuletzt im Bestand 2 Alt, reichlich vorhanden – und so soll es auch bleiben.

-
- 1 Manfred Hamann, Geschichte des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover, in: Hannoversche Geschichtsblätter N.F. 41 (1987), S. 39–87, hier S. 54.
 - 2 Vgl. Sven Mahmens, Art. Wunstorf - Kanonissenstift mit angeschlossenem Kanonikerstift, später ev. Damen- und Männerstift, in: Niedersächsisches Klosterbuch. Verzeichnis der Klöster, Stifte, Kommenden und Beginenhäuser in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1810, hg. v. Josef Dolle unter Mitarb. v. Dennis Knochenhauer, Bielefeld 2012, Teil 3, S. 1576–1590.
 - 3 Quellen zur Bevölkerungsgeschichte in der Frühen Neuzeit im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover, bearb. v. Günter Köster u. a., Göttingen 2005.

*Dr. Nicolas Rügge
leitet die Abteilung Hannover des
Niedersächsischen Landesarchivs.*

*E-Mail:
nicolas.ruegge@nla.niedersachsen.de*

Internet-Findbuch zur niedersächsischen Unternehmensgeschichte soll weiter ausgebaut werden

von Lennart Gütschow

Wer die Geschichte niedersächsischer Wirtschaftsunternehmen erforschen möchte, braucht – auch im digitalen Zeitalter – oft eine hohe Frustrationstoleranz. Zu nicht mehr existierenden Firmen gibt es häufig gar keine internen Akten mehr oder – wenn eine Firma zwischenzeitlich eine Fusion bzw. einen Verkauf erlebt hat – sind noch bestehende Traditionslinien schwer nachzuvollziehen. Im Unterschied zu staatlichen Stellen, die ihre Altakten zur Wahrung rechtlicher und wissenschaftlicher Interessen den zuständigen öffentlichen Archiven anbieten müssen, sind Unternehmen nur an die zeitlich begrenzten Aufbewahrungsfristen für ihre Geschäfts- und Steuerunterlagen gebunden.¹ Befinden sich die Unterlagen noch im Besitz der betreffenden Firma, steht es dieser frei, dem interessierten Forscher den Zugang dazu aus beliebigen Gründen zu verweigern.

Ein nicht weniger großes Problem besteht in der Vielzahl der Unternehmen. Es gibt in Niedersachsen ca. 160 000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 100 000 €. Die Unternehmen sind – anders als die öffentliche Verwaltung – nicht hierarchisiert; jedes Unternehmen arbeitet autonom, besitzt gleiche Rechte und kann für die Forschung interessant sein. Im Vergleich zu Städten oder Ländern haben Wirtschaftsunternehmen häufig eine kurze Lebensdauer, und nicht immer existieren Rechtsnachfolger. Um wenigstens eine Vorstellung davon zu bekommen, wel-

che Firmen Archive unterhalten, wie und ob die Bestände wissenschaftlich nutzbar sind, erstellte die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte auf der Grundlage einer Fragebogenaktion einen „Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Kammern und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland“, der 1987–1991 in zweiter Auflage und in drei Bänden erschien.² Der ursprüngliche Ansatz, den Nachweis in einer Loseblatt-Sammlung regelmäßig zu aktualisieren, hatte sich angesichts der Datenmenge und der Schwierigkeit der Datenbeschaffung als nicht realisierbar erwiesen.

Datenbanken bieten hierfür andere Möglichkeiten. Das frühere Wirtschaftsarchiv Nord-West-Niedersachsen hatte es als eine wesentliche Aufgabe angesehen, in einem grenzüberschreitenden, EU-geförderten Projekt ein sachthematisches Inventar zur Wirtschaftsgeschichte Ostfrieslands und der Provinz Groningen zu erarbeiten. Mitarbeiter des Wirtschaftsarchivs Nord-West sowie niederländische Archive recherchierten die Fundstellen relevanter Quellen privater und öffentlicher Archive zu Unternehmen der Region, um diese dann – nach Branchen geordnet – im zweisprachig angelegten Internetportal „WiGeDok“ (Wirtschaftsgeschichtliche Dokumentation) zu veröffentlichen.³ Damit stand für die regionale Wirtschaftsgeschichte zum ersten Mal ein digital nutzbares Findmittel zur Verfügung, das auch bis dato nicht mit



Wirtschaftsarchiv
Bestände
Firmenarchive
Aktuelles
Kontakt

Firmenarchive

Das NWA ist das regionale Wirtschaftsarchiv für Niedersachsen. Daneben unterhalten aber viele Firmen selbst Archive. Außerdem finden sich Firmenarchive im Niedersächsischen Landesarchiv, in Stadt- und Kreisarchiven. Alle diese Firmenarchive sollen hier – soweit möglich – nachgewiesen werden.




FIRMA	ARCHIV	LAUFZEIT
Zunftwesen, Leer	Stadtarchiv Leer	1712–1934
Württembergische Metallwarenfabrik, Geislingen	Stadtarchiv Leer	1951–1952
Ziegelwerk Hente und	NLA HA	1892–1980

FILTERN NACH: ORTEN

Geben Sie den Ort an

25 km

FILTERN NACH: FIRMAN

Los

FILTERN NACH: BRANCHEN

☐ C 22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (12)

eigenen Internetauftritten präsent Archive mit einbezog. Das Portal diene gleichzeitig auch als Anreiz für interessierte Firmen der Region, eigenes Material nicht einfach zu entsorgen, sondern den jeweils zuständigen Archiven zur Übernahme anzubieten oder es durch Eintragung auf der WiGeDok-Seite für Forschungszwecke zugänglich zu machen.

Seit dem offiziellen Abschluss des Projektes WiGeDok sind mittlerweile fast sieben Jahre vergangen und die gleichnamige Internetseite konnte in dieser Zeit Tausende von Zugriffen verzeichnen. Nach der Fusion der Stiftung Wirtschaftsarchiv Nord-West-Niedersachsen mit der älteren, auf ganz Niedersachsen bezogenen Stiftung Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv gab es keine Basis mehr dafür, WiGeDok dauerhaft zu betreiben. Die Daten sollten jedoch nach Möglichkeit weiterhin der Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Wunsch traf sich mit Überlegungen des Niedersächsischen Wirtschaftsarchivs, eine Art Portal für Firmenarchive in Nieder-

sachsen zu errichten, durch das entsprechende Unterlagen unabhängig von der Art des sie bewahrenden Archivs nachgewiesen werden. Dieses Angebot ging 2018 online, zunächst mit Nachweisen zu den Firmenarchiven im Niedersächsischen Wirtschaftsarchiv. Im Laufe des Jahres 2019 wurden Informationen zu Archivbeständen, die originär im Bereich der Wirtschaft erwachsen sind, aber in den Abteilungen des Niedersächsischen Landesarchivs verwahrt werden, eingepflegt. Diesen Pool ergänzten Nachweise von privaten Firmenarchiven, soweit sie bekannt waren.

Eine große Aufgabe bestand darin, die Daten aus WiGeDok, soweit sie in diese Struktur passten, zu erfassen und zu übernehmen. Das leistete der Verfasser dieses Beitrags in den vergangenen Monaten. Auf diese Weise kann der Forscher/die Forscherin jetzt in Informationen zu ca. 750 Unternehmen recherchieren, nach Orten und Branchen suchen und, wo vorhanden, den Links zu bestehenden Internetdatenbanken nachgehen.

Da allerdings viele weitere Firmenarchive z. B. in Kommunalarchiven liegen oder gar nicht öffentlich bekannt sind, sollte dieser Nachweis nach Möglichkeit ergänzt werden. Deshalb richtet sich der Wunsch an alle Archive, Firmen und interessierten Personen, eigene und ihnen bekannte Fundstellen archivierten Materials zur Firmen- und Wirtschaftsgeschichte an den Verfasser zu mel-

den, um diese in das Portal zu übernehmen und so der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

<https://www.ndswa.de> (Firmenarchive)

Stiftung Wirtschaftsarchiv Niedersachsen,
Bereich Ostfriesland
Lennart.Guetschow@nla.niedersachsen.de

-
- 1 Nach § 257 Handelsgesetzbuch beträgt die maximale Aufbewahrungsfrist für Wirtschaftsunterlagen (Bilanzunterlagen und Belege) beispielsweise nur 10 Jahre, für alle anderen Dokumente ist sie noch kürzer.
 - 2 Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (Hg.), Deutsche Wirtschaftsarchive. Band 1: Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Kammern und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland, bearb. v. Klara van Eyll, 2. Aufl., Stuttgart 1987; Band 2: Kreditwirtschaft, bearb. v. Monika Pohle, 2. Aufl., Stuttgart 1988; Band 3: Bestände von Unternehmen, Unternehmern, Kammern und Verbänden der Wirtschaft in öffentlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland, bearb. v. Ulrike Duda, 2. Aufl., Stuttgart 1991.
 - 3 „WiGeDok: Mehr als 1500 Archivbestände erfasst“. Pressenotiz der IHK für Ostfriesland und Papenburg, 14.12.2012.

Betreuung von Studierenden des Studiengangs Öffentlichen Verwaltung (B.A.) als Praktikanten im NLA – Abteilung Osnabrück. Ein Praxisbericht

von Thorsten Unger

Im Niedersächsischen Landesarchiv – Abteilung Osnabrück (NLA OS) werden seit einigen Jahren im Rahmen von Kooperationen auch die Archive der Stadt, des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden sowie der Universität und der (Fach-)Hochschule Osnabrück verwahrt und durch Personal der jeweiligen Archivträger betreut. Auch der Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück hat hier seinen Sitz. Neben den vielen Synergieeffekten (Nutzer finden nahezu die gesamte historische Überlieferung mit Ausnahme des Bistumsarchivs in einem Haus, gemeinsame Nutzung und Betreuung eines Lesesaals etc.) haben die Kooperationen vor allen Dingen auch dafür gesorgt, dass das NLA OS vielfältige Verbindungen in die verschiedensten Verwaltungsbereiche hat und damit ein Ansprechpartner für Land, Stadt, Kreis und Hochschulen ist. Um ein Beispiel zu nennen: So zählen Studierende und Lehrende der Universität Osnabrück zu den regelmäßigen Gästen im Landesarchiv zur Erforschung regionalgeschichtlicher Themen, gleichzeitig profitiert das im Landesarchiv beheimatete Universitätsarchiv wiederum von diesen täglichen Kontakten, um auch eigene Kontakte zu knüpfen und auf die Notwendigkeit der Abgabe von universitären Akten hinzuweisen.

Eine besondere Form der Zusammenarbeit konnte nun 2019 etabliert werden. Die größte Zahl der Praktikant*innen setzt

sich erfahrungsgemäß aus Studierenden der historischen Fächer sowie Schüler*innen (Berufsorientierung) zusammen. Über die Jahre gab es aber auch immer wieder Anfragen der (Fach-)Hochschule Osnabrück (University of applied sciences) und zwar aus dem Studiengang „Öffentliche Verwaltung“, wo auch Pflichtpraktika an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgeleistet werden müssen.¹ Vereinzelt Studierende konnten bereits in früheren Jahren betreut werden, wobei immer eine gewisse Unsicherheit mitschwang, ob die Abteilung Osnabrück, wo durch die Zentralisierung des Landesarchivs bestimmte Verwaltungsaufgaben vor Ort nicht mehr anfallen, tatsächlich solche Praktikant*innen adäquat betreuen kann. Auch musste geklärt werden, ob das Praktikum auf der anderen Seite tatsächlich ohne weiteres an der Hochschule anerkannt wird.

Die zuständigen Praktikumsbetreuer nahmen deswegen 2016 Kontakt mit der Hochschule auf, um zu prüfen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Mehrere telefonische Kontakte und Gespräche ergaben schließlich, dass die Arbeit im NLA OS durchaus den Anforderungen entspricht und als Praktikum im Rahmen der 1. oder 2. Praxiszeit angerechnet werden kann. Die erste Praxiszeit findet jeweils im 2. Semester statt und dauert zehn Wochen (Mitte Juli bis Ende September). Im Mittelpunkt steht dabei eine Orientierungs- und Inno-

vationsphase mit dem Kennenlernen der Einrichtung und der Mitarbeit an typischen Fragestellungen. Die 2. Praxiszeit ist für das 6. Semester vorgesehen, dauert 15 Wochen (ab der zweiten Februarwoche) und wird in Verbindung mit einem wissenschaftlichen Praxisprojekt durchgeführt, bei dem sich die Studierenden selbstständig mit einem praxisrelevanten Thema befassen müssen.² Die Hochschule nahm das Angebot, Praktikanten im Rahmen der Praxiszeiten zu betreuen, deswegen dankend an, gerade weil Praktikumsplätze in der Öffentlichen Verwaltung rar sind und es immer wieder Fälle von Studierenden gibt, die familiär an Osnabrück gebunden sind. Das NLA OS wiederum erklärte sich bereit, künftig Studierende der Öffentlichen Verwaltung anzunehmen, sofern die Kapazitäten ausreichen.

2018 erfolgte die erste Bewerbung einer Studentin aus dem Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ für ein Praktikum im Rahmen der 2. Praxiszeit. Im Vorfeld wurde das Aufgabengebiet besprochen, gleichzeitig auch festgelegt, dass die an die Praxiszeit anschließende Bachelorarbeit zu einem archivischen Thema geschrieben werden sollte. Ein Praktikum in Osnabrück setzt sich grundsätzlich aus verschiedenen Modulen zusammen. Unter anderem sollen Praktikanten einen oder mehrere Zugänge erschließen oder tiefererschließen, an Bewertungsterminen teilnehmen und Einblicke in die Öffentlichkeitsarbeit, die Digitalisierung und die Betreuung des Lesesaals gewinnen. Während bei den meisten Praktikant*innen historische Vorbildung durch Studium oder schulische Schwerpunkte vorhanden ist, ist dies bei Studierenden der Öffentlichen Verwaltung nicht zwangsläufig so. Deswegen mussten Praktikumsinhalte angepasst wer-

den, auf der anderen Seite das Vorwissen im Bereich der Verwaltung wiederum stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Im Rahmen des Praktikums konnte die Studentin alle Bereiche eines modernen öffentlichen Archivs kennenlernen und erhielt auch Einführungen in die Hilfswissenschaften, vor allem die Paläographie. Der Schwerpunkt im Bereich Erschließung lag auf Akten der Hochschule selbst, die im Rahmen der Kooperation als Depositum im NLA OS verwahrt werden. Auch konnte die Praktikantin an Bewertungs- und Beratungsterminen vor allem bei Landesdienststellen und Stellen der Hochschule selbst teilnehmen.

Im Anschluss an das erfolgreich absolvierte Praktikum wurde das Thema der Bachelorarbeit vergeben, das auf dem Praktikum aufbaute. Es sollte die in Osnabrück vorliegende Kooperation zwischen Landesarchiv und Hochschule analysiert werden sowie die konkrete Bewertungs- und Beratungsarbeit des Hochschularchivars analysiert und Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit erarbeitet werden. Der Verfasser fungierte schließlich auch als Betreuer und Zweitprüfer. Die Praktikums- und Prüfungszeit schlossen mit der Abgabe der Bachelorarbeit und der mündlichen Prüfung ab. Die Arbeit zum Thema „Prozessgestaltung der Beratung und Übernahme von Schriftgut der Hochschule Osnabrück in das Hochschularchiv“ soll in Kürze auf dem Dokumentenserver der Hochschulbibliothek Osnabrück veröffentlicht werden.

Die „Versuchsphase“ konnte schlussendlich erfolgreich abgeschlossen werden. Die Praktikantin aus dem Bereich „Öffentliche Verwaltung“ konnte neue Einblicke in die Aufgaben der Archive und deren Relevanz für die eigene Tätigkeit gewinnen,

denn es stellte sich heraus, dass die Archivierung im Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ bisher nur einen unwesentlichen Anteil einnahm. Für das Archiv war wiederum die Sichtweise aus dem Bereich der Verwaltung auf Probleme des Archivwesens hilfreich. Auch weiterhin sollen deswegen in unregelmäßigen Abständen Studierende der „Öffentlichen Verwaltung“ Praktika im NLA OS absolvieren und bei Interesse ihre Bachelorarbeit zu einem Thema aus den Bereichen Schriftgutverwaltung, Behördenberatung oder Archivierung schreiben können.

Des Weiteren konnte im Rahmen des Praktikums und der Prüfungsvorbereitungen Kontakte zur Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, insbesondere zu Professorin Dr. Gabriele Buchholz (Öffentliche Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Management und Controlling) geknüpft werden. Es wurde vereinbart, Studierenden künftig bereits während ihres Studiums im Rahmen von Lehrveranstaltungen die Möglichkeit zu geben, das Archiv zu besuchen und sie damit für die Thematik zu sensibilisieren. Der Besuch von Studierenden im NLA OS soll ab 2020 fester Bestandteil von Lehrveranstaltungen aus dem Studiengang „Öffentliche Verwaltung“ an der Hochschule Osnabrück werden.

Nicht zuletzt muss die Zusammenarbeit als erfolgreich bewertet werden – und das ist ein positiver Nebeneffekt, der anfangs gar nicht so sehr im Fokus stand –, weil die ehemalige Praktikantin künftig in einer in Osnabrück angesiedelten Landesbehörde arbeiten wird, die natürlich auch regelmäßig mit der Abteilung Osnabrück des Landesarchivs in Kontakt tritt. Die Vorteile liegen auf der Hand, denn ein großer Zeitanteil bei der Beratung von Dienststellen muss immer wieder für das Erklären von Grundlagen der Schriftgutverwaltung und Archivierung aufgebracht werden. In Osnabrück besteht die begründete Hoffnung, dass künftig des Öfteren Studierende der „Öffentlichen Verwaltung“ mit der notwendigen Sensibilisierung für das Archivwesen im Rahmen eines Archivpraktikums als Mitarbeiter in Stellen der öffentlichen Verwaltung einsteigen und somit letztendlich als Multiplikator*innen und/oder Ansprechpartner*innen für das Landesarchiv wirken können. Dass dem so ist, ist nicht zuletzt dem Osnabrücker Kooperationsmodell zu verdanken, bei dem die unterschiedlichen Archivsparten vor Ort unter einem Dach Hand in Hand arbeiten.

- 1 Zum Studiengang vgl. <https://www.hs-osnabrueck.de/de/studium/studienangebot/bachelor/oeffentliche-verwaltung-ba/> (letzter Abruf 17.12.2019).
- 2 Hochschule Osnabrück. Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Informationsmaterial für die Dienststellen über die Organisation der Praxiszeiten im Studiengang Öffentliche Verwaltung (Stand: Oktober 2016), S. 12; vgl. dazu auch die Angaben auf der Homepage der Hochschule Osnabrück: <https://www.hs-osnabrueck.de/de/studium/studienangebot/bachelor/oeffentliche-verwaltung-ba/studienverlauf/#c2296> (letzter Abruf 17.12.2019).

*Dr. Thorsten Unger
ist Universitäts- und Hochschularchivar
in der Abteilung Osnabrück des
Niedersächsischen Landesarchivs.*

*E-Mail:
thorsten.unger@nla.niedersachsen.de*

Das Universitätsarchiv Göttingen: Neubeginn im Traditionshaus

von Holger Berwinkel

Im historischen Gebäude der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) befindet sich im ersten Stock eine unauffällige Verkehrsfläche, auf der bei Veranstaltungen der Pausenkaffee gereicht wird – auch Ende April 2019 an die Teilnehmenden des Niedersächsischen Archivtags. Genau hier wurde 1734, als die Universität entstand und das ehemalige Dominikanerkloster zum Kollegiengebäude umgebaut wurde, ein heute verschwundener Raum zum Archiv designiert.¹ Gemeint war damit die Registratur des Prorektors, aber es dauerte nur bis 1773, da begann der Universitätssekretär Willich, nicht länger benötigtes Schriftgut als echtes Archivgut auszusondern und zu erschließen.² So verstanden, steuert das Universitätsarchiv Göttingen auf sein 250. Jubiläum zu. Im heutigen Sinne eines zentralen Endarchivs der Georg-August-Universität für Universitätsleitung und Fakultäten wurde es ab 1924 aufgebaut.³ Seit 2002 ist es räumlich wieder bei seinen Ursprüngen angelangt: Das Magazin befindet sich im Sockelgeschoss der Paulinerkirche.⁴

Man kann also mit einiger Berechtigung von einem Traditionshaus sprechen. Und dennoch ist das heutige Universitätsarchiv Göttingen in mancher Hinsicht ein Startup, das sich nach prekären Jahrzehnten neu erfinden muss, um gemäß dem Auftrag des Niedersächsischen Archivgesetzes als

Hochschularchiv für die „Georg-August-Universität Göttingen Stiftung öffentlichen Rechts“ effektiv zu fungieren.

Archiv in Universität und Bibliothek

Mit dem Beschluss eines neuen Organisationsstatuts hat das Universitätspräsidium am 1. September 2017 das Archiv als Gruppe (d. h. Referat) in die SUB eingegliedert.⁵ Grundsätzlich können Universitätsarchive als Stabsstelle der Leitung, als Zentrale Einrichtung oder als Teil der Bibliothek aufgestellt sein. In Göttingen hat das Archiv sämtliche Aggregatzustände durchlaufen, und dies mangels institutionellen Eigengewichts nicht zu seinem Vorteil. Jahrzehntelang unzureichend ausgestattet, haben sich schwere Defizite ergeben. Seit 1997 war das Archiv der SUB bereits angegliedert und konnte unter ihrem Dach in seine heutigen Räume umziehen. Mit der Vollintegration in die SUB hat es nun den nötigen Rückhalt gewonnen, um seine gesetzlichen Aufgaben effektiv zu erledigen. Innerhalb der Bibliothek ist es Teil der Abteilung Spezi­alsammlungen und Bestandserhaltung, die auch die natürlichen Partner Restaurierungswerkstatt und Digitalisierungszentrum umfasst.



Abb. 1: König Georg II. August von Großbritannien und Irland, Kurfürst von Hannover, verleiht der Universität Göttingen ein Statut; Hannover, 7. Dezember 1736 (Universitätsarchiv Göttingen, Urk. 53, Unterschriftenseite und Siegel)

Ebenfalls zählen zu dieser Abteilung die umfangreichen Nachlässe Göttinger Gelehrter. Seit jeher wird in Göttingen zwischen Bibliothek und Archiv die Arbeitsteilung praktiziert, dass Nachlässe bibliothekarisches Sammlungsgut sind, während sich das Archiv auf das Verwaltungsschriftgut konzentriert. Aus Nutzungssicht ergeben sich daraus keine Einschränkungen, da das Archiv und die zuständige Bibliotheksgruppe HSD (Handschriften und Seltene Drucke) einen gemeinsamen Lesesaal betreiben, in dem dann etwa die Promotions- und Personalakte einer Person neben ihren Werkmanuskripten konsultiert werden kann.

So ist das Universitätsarchiv mit seinen Altbeständen auch eine der Sondersammlungen der SUB. In einem größeren Rahmen gehört es wie der Botanische Garten und die Kunstsammlung zu den über 40 akademischen Sammlungen der Georgia Augusta. Für die Studierenden der historischen Disziplinen ist es schließlich ein Lernort für erste Archivverfahren, und zwar nicht nur in der Recherche, denn engagierte Hilfskräfte tragen wesentlich zur Arbeit des Archivs bei. Das Universitätsarchiv hat also viele Gesichter. Seine Kernaufgabe bleibt aber die Überlieferungsbildung aus rezentem Verwaltungsschriftgut, die es als Teil des zentralen Dienstleistungsportfolios der SUB für alle Einrichtungen der Universität betreibt.

Bereits der Aufbau des Archivs im heutigen Sinne fand unter dem Dach der SUB statt: Die Verzeichnung der Rektorats- und Gerichtsakten und die Übernahme erster Akten aus anderen Provenienzen stand unter der Leitung des Bibliothekars und herausragenden Paläographen Alfred Hessel (1877–1939), wobei die praktische Arbeit Götz von Selle (1893–1956) übertragen wur-

de, der bis 1939 und nochmals von 1946 bis zu seinem Tod als erster Universitätsarchivar amtierte. Seine Arbeitsbedingungen sind daran abzulesen, dass das Archiv nach der Ausbombung der Bibliothek (1944) jahrelang im ehemaligen Karzer untergebracht war. Trotz allem konnte er grundlegenden Bestandsaufbau betreiben⁶ und, gemeinsam mit seiner Frau Erika, die Matrikel der Universität für die ersten 100 Jahre ihres Bestehens edieren.⁷

Die Ergebnisse von Selles Wirkens müssen aus heutiger Sicht in einigen Punkten revidiert werden, die gravierenden Defizite sind jedoch in der Amtszeit seines Nachfolgers Wilhelm Ebel (1908–1980) aufgelaufen. Dieser emittente Rechtshistoriker verwaltete das Archiv bis zu seinem Tod, zunächst im Nebenamt zur Professur und nach der Emeritierung ehrenamtlich. Ebel veröffentlichte wertvolle Arbeiten zur Universitätsgeschichte, insbesondere den bis 1962 reichenden *Catalogus Professorum*⁸ (dessen Daten wiederum durch Erika von Selle zusammengestellt wurden) und die Fortsetzung der Matrikel-edition bis 1900,⁹ scheint das Archiv aber als persönlichen Arbeitsapparat zu diesen Zwecken begriffen zu haben. Begründete Vorwürfe stehen im Raum, dass Ebel, der selbst politisch belastet war, insbesondere die externe Forschung zum Nationalsozialismus behindert habe.¹⁰ Die Wahrnehmung der archivischen Kernaufgaben kam zum Erliegen.

Erst 1986 wurde mit Ulrich Hunger der erste hauptberufliche Fachbeamte zum Archivleiter berufen. In seine fast 30 Jahre währende Amtszeit fallen grundlegende Fortschritte wie die generelle Öffnung des Archivs für die Forschung und die Vorlage von Findbüchern, die Übernahme zahl-



Abb. 2: Blick in die untere Magazinebene des Universitätsarchivs

reicher dezentraler Altakten-Depots, der zweimalige Umzug in neue Räume und die Erstellung eines Spezialinventars zur Geschichte der exakten Wissenschaften in Göttingen in einem von der DFG geförderten Projekt;¹¹ all dies unter den Bedingungen sprunghaft gestiegenen wissenschaftlichen und genealogischen Interesses an den Beständen. Nichts zu ändern war in dessen an den grundsätzlichen strukturellen Problemen des Archivs und dem daher stammenden Mangel an Personal- und Sachmitteln. So haben sich in Jahrzehnten neben schweren Verpackungsmängeln auch erhebliche Erschließungs- und Übernahmerrückstände angehäuft. Dem soll nun unter dem Dach der SUB sukzessive abgeholfen werden.

Bestände

Die archivische Aufholjagd ist umso dringlicher, als mit den Altbeständen eine besonders dichte Überlieferung vorliegt. Dass die Universität Göttingen seit 2003 eine Stiftung Öffentlichen Rechts ist, entbehrt historisch nicht der Ironie, wurde sie 1737 doch im Geist der Aufklärung als reine Staatsanstalt eingeweiht, die nicht über Grundbesitz und eigene Einkünfte verfügte. Deshalb fehlen im Profil des Universitätsarchivs die für ältere Gründungen typischen Bestände aus der Verwaltung solcher Rechte. Einer schnörkellosen Überlieferung der Zentralbehörden der akademischen Selbstverwaltung stehen Fakultätsbestände gegenüber, die weitaus überwiegend aus Promotions- und anderen

Prüfungsakten bestehen.¹² Diese massenhaft gleichförmigen Einzelfälle stehen gemeinsam mit den Personalakten der Lehrenden im Fokus des Benutzungsinteresses.

Die Evidenz der eigentlichen Universitätsgeschichte findet sich gleichwohl in ihren Sachakten. Der Prorektor (seit 1917: Rektor) führte die Universität 200 Jahre lang mit einem bescheidenen Verwaltungsapparat, dessen Akten bis zum Jahr 1930 den durch von Selle formierten Bestand „Sekretariat“ bilden. Dieser Exekutive stand bis zur Reichsjustizreform von 1878 das Universitätsgericht gegenüber, dessen massive Hinterlassenschaft 25 000 Einzelfallakten aus allen Rechtsgebieten sind. Die Rektoratsakten ab 1930 im Umfang von 190 lfm wurden nach einem Aktenplan geführt und werden zurzeit erstmals erschlossen. Eine Zukunftsaufgabe wird es sein, aus Nachakten und unbearbeiteten Abgaben den Bestand des 1978 geschaffenen Präsidiums zu formieren.

Ebenfalls aus zentraler Provenienz stammen einige Amtsbuch- und Urkundenbestände, darunter vor allem die bis zum Sommersemester 1968 handschriftlich geführte Matrikel, Kopialbücher der landesherrlichen Reskripte und die Gründungsurkunden der Universität.

Soweit die Fakultätsüberlieferung nicht aus Prüfungsakten besteht, handelt es sich um eher schmale Bestände von Sachbetroffsakten der Dekanate. Aus Instituten und Seminaren liegen bislang nur wenige Splitter vor. Dekanatsakten sind aus den vier Gründungsfakultäten (Theologie, Jura, Medizin, Philosophie) und der 1921 hinzugekommenen Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät archiviert. Die Akten der Forstlichen Fakultät sind im Zulauf. Die Altregistraturen der Wirtschaftswissenschaftlichen und

der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sind 2006 bei einer Brandkatastrophe vernichtet worden. Überlieferung aus diesem Themenfeld ist gleichwohl vorhanden in Form des Archivs der 1962 nach Göttingen verlegten und eingegliederten Hochschule für Sozialwissenschaften Wilhelmshaven. Dies ist eine der wenigen echten Fremdprovenienzen des Archivs. Eine Zwischenstellung haben Bestände universitätsnaher Einrichtungen wie der Professoren-Witwen- und -Waisen-Kasse, des Universitätsbundes und der Meldestelle für Angehörige der Albertus-Universität Königsberg; das Königsberger Universitätsarchiv befindet sich entgegen einer oft kolportierten Annahme aber nicht in Göttingen!

Die eigentliche Besonderheit der Göttinger Überlieferung ist der Bestand „Kuratorium“. Mit annähernd 12 000 Archivalien ist er der größte und außerdem der am intensivsten genutzte Bestand des Archivs. Die Georgia Augusta erhielt 1868 einen Universitätskurator preußischen Zuschnitts, nach der durch Bismarck – selbst Göttinger Alumnus – betriebenen Annexion Hannovers durch Preußen. Der Kurator war der Vertreter des Kultusministers vor Ort, nahm die Staatsaufsicht über die Universität wahr und besorgte einen Großteil ihrer Verwaltungsgeschäfte. In Hannover hatte zuvor das Kultusministerium und noch vor diesem der Geheime Rat selbst als Kuratorium fungiert und die Universität aus der Hauptstadt gesteuert. Als 1868 der letzte Universitätsreferent des hannoverschen Ministeriums als erster preußischer Kurator nach Göttingen umzog, überführte er als Vorakten auch seine Registratur an den neuen Dienstsitz.¹³ Dieser Umstand hebt die Göttinger Überlieferung für die hannoversche Zeit von den, für sich genommen auch schon sehr ergiebigen, Kuratorialakten

anderer einst preußischer Universitäten ab. Indem hier auch die ministerielle Gegenüberlieferung zu den Vorgängen der akademischen Selbstverwaltung konsultiert werden kann, bestehen besonders günstige Voraussetzungen für die Erforschung der ersten Blütezeit der Georgia Augusta.

Aktivitäten und Perspektiven

Der Verfasser hat die Leitung des Universitätsarchivs am 1. März 2018 übernommen. Als erste Maßnahme konnte die bereits begonnene Erschließung der Professoren-Personalakten zu Ende gebracht werden. Damit ist eine der wichtigsten Quellengattungen elektronisch vollständig recherchierbar. Dies und eine umfangreiche Datenmigration erlaubten es, zum 1. Oktober 2018 mit einem substantiellen Angebot in Arcinsys online zu gehen. Das Universitätsarchiv nimmt auch am elektronischen Benutzungsantragsverfahren und der Online-Bestellung teil. Im Verlauf eines Jahres wurden alle Module der Fachanwendung in den Produktivbetrieb übernommen. Die Digitalisierung der Arbeitsprozesse diente als Katalysator für eine umfassende Revision; so wurde das Magazin neu aufgenommen, um seine Belegung in Arcinsys abzubilden. Im Ergebnis entstand ein detailliertes Lagebild, das die weitere Planung ermöglicht. Hierbei kooperiert die Universität mit dem Niedersächsischen Landesarchiv.

Zahlreiche Notübernahmen der Vergangenheit wurden nachträglich akzessioniert und Bestände voneinander abgegrenzt. Dabei wurden interessante Funde gemacht,

z. B. Akten zur Entstehung der Göttinger Händel-Festspiele, die 2020 ihr 100. Jubiläum feiern. Die Rückstände bei personenbezogenen Akten, insbesondere den häufig nachgefragten Promotionsakten und den Abgangszeugnissen der Studierenden, werden jetzt forciert nach einem standardisierten Modell abgetragen.

Über allen Aktivitäten steht zurzeit ein Erschließungsprojekt zur Geschichte der Universität im Nationalsozialismus und dem Umgang mit der Vergangenheit in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Das Projekt wird von der Universität finanziert und gemeinsam mit dem Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte betrieben. In einem Querschnitt durch alle relevanten Bestände sollen die Akten der Jahre 1933 bis 1968 erschlossen werden. Im Ergebnis werden insbesondere die Sachbetriffsakten des Rektorats in vertiefter Verzeichnung benutzbar. Daneben werden sukzessive ältere Bestände nachgeschlossen, die teilweise in das 18. Jahrhundert zurückreichen. Notübernahmen aus den letzten Jahrzehnten werden nachbewertet und dann verzeichnet. Mit Amtsbuchbeständen ist der Einstieg in die Digitalisierung geplant.

Dies alles ist als Basis für die Hauptaufgabe einer systematischen Überlieferungsbildung zu sehen. An vielen Stellen sind in der Universität Rückstände von teilweise sehr alten Akten aufgelaufen, die Stück für Stück abgetragen werden müssen. Im August 2019 konnte z. B. Schriftgut des Universitätssports übernommen werden, das bis in die 1930er-Jahre zurückreicht. Mit fortschreitender personeller Konsolidierung sind Aussonderungen und Übernahmen aus Zentralverwaltung, Fakultäten und sonstigen Einrichtungen in einen regulären Turnus und

mit Archivierungsmodellen in eine Form zu überführen, die im akademischen Rahmen zu handhaben ist. Die verbindlichen Vorgaben des Niedersächsischen Archivgesetzes

lebensfähig auszugestalten, ist Auftrag und Herausforderung des Universitätsarchivs der Georgia Augusta.

-
- 1 Werner Seidel, Baugeschichte der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek in Göttingen 1734–1953, Göttingen 1953, S. 14, 32.
 - 2 Ulrich Hunger, Das Universitätsarchiv. Gedächtnis der Georgia Augusta, in: Georgia Augusta 49 (1988), S. 25–39, hier S. 25–28.
 - 3 Über die Gründung unterrichtet Götz von Selle, Das Archiv der Universität Göttingen, in: Archivalische Zeitschrift 37 (1928), S. 269–274, hier S. 273.
 - 4 Den bis zum Umzug erreichten Stand beschreibt Ulrich Hunger, Das Universitätsarchiv: Institution zwischen Verwaltung und Forschung, in: Dietrich Hoffmann/Kathrin Maack-Rheinländer (Hg.), Ganz für das Studium angelegt. Die Museen, Sammlungen und Gärten der Universität Göttingen, Göttingen 2001, S. 22–28.
 - 5 Amtliche Mitteilungen I der Georg-August-Universität Göttingen vom 01.09.2017 Nr. 40, S. 980.
 - 6 Im Anhang zu Max Arnim, Corpus academicum Göttingense 1737–1928, Göttingen 1930, S. 329–346.
 - 7 Götz von Selle, Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1734–1837, 2 Bde., Hildesheim und Leipzig 1937.
 - 8 Wilhelm Ebel, Catalogus professorum Göttingensium 1734–1962, Göttingen 1962.
 - 9 Wilhelm Ebel, Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1837–1900, 2 Bde., Hildesheim 1974.
 - 10 Frank Halfmann, Eine „Pflanzstätte bester nationalsozialistischer Rechtsgelehrter“: Die juristische Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, in: Heinrich Becker et al. (Hg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, 2. Aufl., München 1998, S. 102–155, hier S. 125, 135.
 - 11 Martin Fimpel et al. (Bearb.), Spezialinventar zur Geschichte der Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Göttingen von 1880–1933, Göttingen 2002, <http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/ra/2002/inventar.pdf> (letzter Abruf: 29.08.2019).
 - 12 Holger Berwinkel, Promotionsakten der Georg-August-Universität Göttingen, in: Jens Heckl (Hg.), Unbekannte Quellen: Massenakten des 20. Jahrhunderts, Bd. 4, Duisburg 2019, S. 153–170.
 - 13 Vgl. den in Hannover verbliebenen Registraturrest im Bestand Niedersächsisches Landesarchiv–Abteilung Hannover, Hann. 113.

*Dr. Holger Berwinkel
leitet seit 2018 das Universitätsarchiv
Göttingen.*

E-Mail: berwinkel@sub.uni-goettingen.de



VNA- Angelegenheiten

Aus der Mitgliederversammlung des VNA e. V.

von Heiner Schüpp

Am 30. April 2019 fand im Rahmen des 4. Niedersächsischen Archivtages in der Paulinerkirche in Göttingen die Mitgliederversammlung des VNA e. V. statt. Über den Verlauf und die wichtigsten verhandelten Angelegenheiten soll hier wie üblich kurz berichtet werden.

Die Vorsitzende Dr. Cornelia Regin eröffnete die Mitgliederversammlung und begrüßte die Anwesenden. Nach der reibungslosen Erledigung der Formalitäten rief sie zunächst zum Gedenken an die verstorbenen Mitglieder auf. Am 14. Juni 2018 verstarb Dr. Hans-Jürgen Vogtherr, langjähriger ehrenamtlicher Archivar des Museumsdorfes Hösseringen. Am 2. April 2019 verstarb Dr. Margarete Schindler, frühere Leiterin des Stadtarchivs Buxtehude. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Verstorbenen.

Danach trug die Vorsitzende den Geschäftsbericht des Vorstandes für das abgelaufene Geschäftsjahr vor. Der Vorstand hat im Berichtszeitraum seit Juni 2018 vier Mal getagt, am 6. Juni und 24. Oktober 2018 sowie am 29. Januar und 28. April 2019. Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Sitzungen:

- Die Vorbereitung und Organisation des Niedersächsischen Archivtags 2019 in Göttingen.
- Die Überarbeitung und Anpassung der Webseite des VNA.
- Elektronische Archivierung, wozu eine

Arbeitsgruppe gebildet wurde, die sich aus Archivaren der verschiedenen Sparten unter Beteiligung des Landesarchivs (Dr. Stephanie Haberer) zusammensetzt. Inzwischen haben zwei Treffen stattgefunden, an denen auch Vertreter von IT.Niedersachsen teilgenommen haben.

- Die Vorsitzende des VNA hat vor dem Ausschuss für Schule, Jugend und Kultur des Niedersächsischen Städtetags zur aktuellen Situation des Archivwesens in Niedersachsen vorgetragen. Insbesondere die Schilderung zum Thema „Digitalisierung“ hat dazu geführt, dass sich das Präsidium des Niedersächsischen Städtetags mit dem Thema befassen will.
- Im Rahmen der Novellierung des Niedersächsischen Archivgesetzes wurde eine weitere Arbeitsgruppe unter Beteiligung der verschiedenen Archivsparten gebildet. Ziel soll sein, die Archivlandschaft in Niedersachsen insgesamt zu stärken. Die Arbeitsgruppe soll Wünsche formulieren und Vorstellungen mit in den Gesetzgebungsprozess einbringen. Die Einrichtung einer Archivberatung wird in diesem Zusammenhang weiterhin als sinnvoll angesehen.
- Die Vorsitzende informierte zur Situation des Filminstituts Hannover. Das Institut ist die einzige Institution in Niedersachsen, welche die technische Ausstattung und die fachliche Kompetenz zur Erhal-

tung und Sichtbarmachung des Film-erbes des Landes besitzt. Die Leitung des Instituts wird allerdings im Jahr 2020 in den Ruhestand gehen. Wie es danach weitergehen soll, ist unklar. Um das Fortbestehen des Instituts zu sichern, wurde ein Schreiben des VNA an den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler gesandt.

- Die Mitglieder haben bei der vergangenen Versammlung in Hannover den Vorstand damit beauftragt, eine „Resolution“ zur Lage des Archivwesens in Niedersachsen vorzubereiten. Romy Meyer stellte den Textentwurf vor, der lebhaft diskutiert wurde. Mit einigen redaktionellen Änderungen wurde der Text schließlich verabschiedet. Die sogenannte „Göttinger Erklärung“ ist inzwischen auf der Homepage des VNA veröffentlicht worden und wurde u. a. auch an die Präsidentin des Niedersächsischen Landtags, die Fraktionen des Landtags, die kommunalen Spitzenverbände und die Vertreter der Kirchen in Niedersachsen geschickt.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht trug der Schatzmeister Danny Kolbe seinen Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2018 vor. Die Kassengeschäfte wurden am 1. Juni 2018 auf ihn übertragen und nach einigen Anfangsholprigkeiten läuft das Geschäft. Um die Mitgliederverwaltung zu vereinfachen, bat Danny Kolbe darum, ihm Änderungen der Kontaktdaten (Adressen, Bankverbindung) möglichst unverzüglich zu melden. Hilfreich wäre es auch, einen Arbeitgeberwechsel mitzuteilen, falls die Kontaktdaten eine dienstliche Basis haben.

Ulrich Albers erstattete danach Bericht über die am 30. April 2019 durchgeführte

Rechnungsprüfung für die Jahresrechnung 2018 sowie den Kassenbestand. Alle Rechnungsunterlagen lagen vor, und es gab – wie zu erwarten – keine Beanstandungen bei der Kassenführung. Aus der Mitte der Versammlung stellte Ernst Böhme sodann den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Bei Enthaltung der Betroffenen erteilten die Mitglieder dem Vorstand einstimmig Entlastung.

Auf der Grundlage einer Tischvorlage stellte Danny Kolbe den Haushaltsplanentwurf für 2019 vor. Einnahme und Ausgabenentwicklung dürften planmäßig verlaufen. Der Wirtschaftsplan wurde einstimmig durch die Mitglieder verabschiedet.

Weil der stellvertretende Vorsitzende Heiner Schüpp (Kreisarchiv Emsland) – also der Verfasser dieses Beitrags – Anfang 2020 in den beruflichen Ruhestand treten wird, hat er erklärt, nicht mehr für den Vorstand zu kandidieren. Die Vorsitzende umriss sein Engagement für ANKA und VNA. Er trat 1991 in die ANKA ein, war im Vorstand seit 2001 zunächst als Schriftführer, seit 2010 als stellvertretender Vorsitzender tätig. Damit verknüpft hat er das Land Niedersachsen auch in der BKK vertreten. Die Vorsitzende nannte weitere Stationen aus dem Lebenslauf von Heiner Schüpp und dankte für sein großes Engagement.

Auch Ernst Böhme, der zwischenzeitlich für die Vorstandswahl die Versammlungsleitung übernommen hatte, schloss sich dem Dank für die langjährige Mitarbeit im Verband an. Er schlug als neues Mitglied im VNA-Vorstand Dr. Stephanie Haberer (NLA Hannover) vor. Sie sollte als Schriftführerin Romy Meyer im Amt folgen, die zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden sollte. Andere Vorschläge aus der Versammlung heraus gab es nicht.



Abb. 1: Die Vorsitzende Dr. Cornelia Regin verabschiedet ihren Stellvertreter Heiner Schüpp aus dem Vorstand
(Foto: Wilfried Meyer)

Die Mitglieder wählten sodann en bloc per Akklamation folgende Vorstandsmitglieder: Vorsitzende Dr. Cornelia Regin (Stadtarchiv Hannover), stellvertretende Vorsitzende Romy Meyer (NLA – Abteilung Oldenburg), Schatzmeister Danny Kolbe (Stadtarchiv Lüneburg), Schriftführerin Dr. Stephanie Haberer (NLA – Abteilung Hannover), Beisitzerin Birgit Hoffmann (Landeskirchliches Archiv Wolfenbüttel), Beisitzer Christian Lonnemann (Kreis- und Kommunalarchiv Nordhorn) und Lars Nebelung (Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover). Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

Nach den Wahlen informierte der Verfasser über die wichtigsten Verhandlungen der BKK-Sitzung, die am 15. und 16. April 2019 in Tübingen stattgefunden hat. Der Unterausschuss „Aus- und Fortbildung“ richtete vom 28. bis 30. November 2018 in Bamberg ein BKK-Seminar mit dem Thema „Erziehung und Bildung als kommunalarchivische Überlieferungsfelder“ aus. Das Seminar war mit 135 Teilnehmern sehr gut besucht. Die Tagungsdokumentation ist inzwischen als Band 35 in der Reihe Texte und Untersuchungen zur Archivpflege des LWL-Archivamtes für Westfalen erschienen. Das BKK-Seminar



Abb. 2: Der neu gewählte Vorstand des VNA e. V (vnl.): Dr. Cornelia Regin, Danny Kolbe, Romy Meyer, Lars Nebelung, Birgit Hoffmann, Christian Lonnemann, Dr. Stephanie Haberer (Foto: Wilfried Meyer)

2019 (27. bis 29. November in Halle (Saale)) hat das Thema „Aktuelle Herausforderung kommunaler Archivarbeit“. Weiterhin stellte der Unterausschuss fest, dass die Lage bei der Aus- und Fortbildung von qualifiziertem Fachpersonal im Archivwesen nach wie vor prekär ist. Dies gilt besonders für die Ausbildung im gehobenen Dienst. Es gilt, die Attraktivität des Berufes in der Öffentlichkeit offensiver zu vertreten und auch für bessere Entwicklungsmöglichkeiten und eine finanzielle Besserstellung zu sorgen.

Der Unterausschuss „Bestandserhaltung“ hat eine Arbeitshilfe „Schadenserfas-

sung kommunal“ abschließend erarbeitet. Diese ist auf der Homepage der BKK abrufbar. Die Haltung der BKK in der streitigen Auseinandersetzung um die DIN ISO 9706 soll über den Deutschen Städtetag verbreitet werden. Weiterhin steht ein Papier zum Thema „Massenentsäuerung“ vor der abschließenden Veröffentlichung.

Im Unterausschuss „Historische Bildungsarbeit“ wird eine Tagung zum Thema „Stadt und Erinnerungskultur“ vorbereitet. Sie hat inzwischen als Jahrestagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung im November 2019 stattgefunden.

Der Unterausschuss „IT“ hat sich aktuell wieder mit dem Themenkomplex „Übernahme von Geodaten“ befasst. Dazu arbeitet er mit dem Unterausschuss „Überlieferungsbildung“ zusammen. Zurückgegriffen wurde dabei auf ein entsprechendes Papier der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA). Ein ständiges Thema sind selbstverständlich die Entwicklungen im Bereich der elektronischen Langzeitarchivierung. Im Zusammenhang mit der Übernahme von elektronischen Daten aus den Personenstandsregistern konnte über Gespräche mit dem Verlag für Standesamtswesen über die Programmierung einer Schnittstelle berichtet werden. Die bisherigen Möglichkeiten müssen nachgebessert werden, eine entsprechende Mängelliste aufgrund von ersten Testläufen liegt vor.

Der Unterausschuss „Überlieferungsbildung“ hat über den Themenkomplex „Überlieferung sozialer Bewegungen, Bürgerbeteiligung usw.“ beraten. Für 2020 ist die Veröffentlichung eines Papiers zum Thema geplant. Die Analysephase der Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Archivierungsmodells „Überlieferung der Arbeitsverwaltung im Bereich ALG II“ steht vor dem Abschluss. Ende 2019 soll dazu noch eine abschließende Beratung bei der Zentrale der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg stattfinden. Danach geht es in die abschließende redaktionelle Bearbeitung eines entsprechenden Papiers.

Zum Schluss wies der Verfasser darauf hin, dass als sein Nachfolger das Land Niedersachsen künftig durch Prof. Dr. Michael Schütz (Stadtarchiv Hildesheim) in der BKK vertreten sein wird.

Anschließend informierte die Präsidentin des NLA, Frau Dr. Sabine Graf, über die Ar-

beit der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA). Die letzte Sitzung fand Ende März 2019 in Hamburg statt.

Der Ausschuss „Archive und Recht“ hat ein Empfehlungspapier „Die bisherigen Reformen des Urheberrechts und die Onlinestellung digitalisierten oder digitalen Archivguts“ erarbeitet. Der Text soll nach einer nochmaligen Anpassung auf der Webseite der KLA zur Verfügung stehen. Auch wurde ein Positionspapier „Das digitale Gedächtnis nachhaltig aufbauen: Digitalisierung archivischer Quellenbestände, ihre Speicherung und Bereitstellung“ erstellt. Dies soll auch als Argumentationshilfe bei den Archivträgern dienen und wird über den „Archivar“ zur Verfügung gestellt. Zudem soll es zu diesem Thema im Herbst 2019 in Baden-Württemberg eine Tagung bzw. einen Workshop geben. In diesem Zusammenhang wird auf einen Vortrag von Anton Löffelmeier auf dem Bayerischen Archivtag 2019 in Coburg hingewiesen (<http://www.kommunalarchive-bayern.de>).

Der Ausschuss „Betriebswirtschaftliche Steuerung“ hat einen neuen Erhebungsbogen für die Kulturstatistik des Statistischen Bundesamtes erstellt, der für die staatlichen Archive etwa 30 Merkmale aufführt.

Außerdem wies Frau Dr. Graf auf die in diesem Jahr anstehende Umstellung der Fototechnik bei der Bundessicherungsverfilmung hin. Hier wird ein Austausch von analogen zu digitalen Fotoaufnahmen stattfinden. Bei Fragen sowie Aufträgen im Bereich der Sicherungsverfilmung können sich die Archivträger gern an Dr. Busse (NLA Hannover) wenden.

Den Ausschuss „Digitale Archive“ hat der Standard xdomea beschäftigt, weil sich in der Praxis gezeigt hat, dass die 3-Stufigkeit

von Akte-Vorgang-Dokument nicht ausreicht. Hier soll ggf. eine Anpassung erfolgen.

Weiterhin berichtete Frau Dr. Graf, dass die DFG-Förderung für Digitalisierung gut angenommen wurde. Sie verband das mit dem Hinweis, sich auch für das laufende Jahr noch zu beteiligen. Im Zusammenhang mit dem Förderprogramm der KEK wurde festgestellt, dass es leider keine Darlegung der Gründe bei abgelehnten Anträgen gibt. Das erschwert eine mögliche Nachbesserung im

Rahmen einer Neubearbeitung. Die Abwicklung bewilligter Anträge leidet aktuell unter Kapazitätsmängeln bei den Dienstleistern.

Nach den Berichten stellten sich dann als neue Mitglieder des VNA vor: Dr. Holger Berwinkel (Universitätsarchiv Göttingen), Teresa Haars (Universitätsarchiv TU Clausthal) und Norman Lippert (Archiv der Firma Tedox-Teppichland).

So ging eine ereignisreiche Mitgliederversammlung in der Paulinerkirche zu Ende.

Berichte aus den Regionalgruppen

Regionalgruppe Südnieidersachsen

von Silke Schulte

Die Regionalgruppe Südnieidersachsen hat sich im Jahr 2019 zweimal getroffen und zwar am 25. März im Stadtarchiv Bad Pyrmont und am 21. Oktober im Stadtarchiv Hann. Münden.

In Bad Pyrmont war die Gruppe erstmalig zu Gast und konnte gleich das neue Domizil des Stadtarchivs besichtigen, das 2017 in die Rathausstraße 7 umgezogen war. Beim Austausch wurde beim TOP „Randvermerke bei Personenstandseinträgen – Kopieren ja oder nein?“ die Vorgehensweise des Stadtarchivs Hannover diskutiert. Die Runde kam aber einhellig überein, dass diese Haltung zu restriktiv sei und vom Gesetzgeber so auch nicht beabsichtigt war. Hier wären die einschlägigen Verwaltungsvorschriften zur Archivierung der Personenstandsbücher (Nds. MBL, Nr. 5/2009, Punkt 1.3) und zum Niedersächsischen Archivgesetz (Nds. MBL, Nr. 38/2006, Punkt 10 und 11) maßgeblich. Nur Randvermerke in Heiratsregistern, die sich auf Adoptionen beziehen, sind aufgrund des Offenbarungsverbots ggfls. abzudecken. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde auf die Bewertungsempfehlungen des Westfälischen Archivamtes ([https://www.](https://www.lwl-archivamt.de/media/filer_public/38/da/38da84b3-f88f-46fc-b443-)

[lwl-archivamt.de/media/filer_public/38/da/38da84b3-f88f-46fc-b443-](https://www.lwl-archivamt.de/media/filer_public/38/da/38da84b3-f88f-46fc-b443-)) und der Bundeskonferenz der Kommunalarchivare (<http://www.bundeskonferenz-kommunalarchiv.de/aufgaben.html>) hingewiesen.

Hann. Münden, wo das Stadtarchiv im Schloss untergebracht ist, war zum dritten Mal Tagungsort und dort wurde vor allem das Thema Ausstellungen diskutiert. Zuerst wurden technische Möglichkeiten für kleinere Ausstellungsprojekte vorgestellt, insbesondere die Zusammenarbeit mit Vermessungsämtern bzw. Ämtern für Geoinformation. Diskutiert wurde auch über die Wahrnehmung von Archiven allgemein und wie man diese verbessern könnte. Den Abschluss bildete ein Rundgang durch die Archivräume und zwei Renaissancegemächer mit flächendeckenden Wandmalereien.

Erstmals an der Besprechung teilgenommen hat Dr. Hilko Linnemann als Nachfolger von Hermann Ahrens im Kreisarchiv Holzminden.

Regionalgruppe Bentheim-Emsland-Osnabrück

von Anna Philine Schöpfer

Nach dreijähriger Pause traf sich am 7. Oktober 2019 die Regionalgruppe im Kreis- und Kommunalarchiv der Grafschaft Bentheim in Nordhorn. Teilgenommen haben Mirko Crabus (Stadtarchiv Lingen), Nina Koch (Archiv der Stadt Osnabrück im NLA OS), Christian Lonnemann (Kreis- und Kommunalarchiv Grafschaft Bentheim), Bernd Oevermann (Deutsches Archiv für Theaterpädagogik in Lingen), Georg Wilhelm (Diözesanarchiv Osnabrück), Anna Philine Schöpfer (Archiv des Landkreises Osnabrück im NLA OS) sowie als Gast Mirella Libera vom Stadtarchiv Hildesheim.

Kreisarchivar Christian Lonnemann führte die Teilnehmenden zunächst durch das Gebäude, das 2016 eigens für das neu eingerichtete Kreis- und Kommunalarchiv errichtet wurde und neben dem Archiv auch das Medienzentrum, den Heimatverein sowie das Kultur- und Denkmalamt des Landkreises beherbergt. Hierbei konnten einige Tipps für die Lagerung und Verpackung sowie die Organisation eines Verbundarchivs ausgetauscht werden.

In der anschließenden Sitzung berichtete Bernd Oevermann vom Wechsel der Leitung des Theaterpädagogischen Instituts in Lingen, und Georg Wilhelm kündigte die Bereitstellung von Kirchenbüchern bis zum Jahr 1909 im Portal *Matricula online* ab Ende Oktober 2019 an.

Den inhaltlichen Schwerpunkt des Treffens bildete aber die Abstimmung gemein-

samer Handlungsstrategien bei der digitalen Langzeitarchivierung. Man war sich einig, dass den Herausforderungen in diesem Bereich nur gemeinsam begegnet werden kann und aus der Absprache untereinander erhebliche Synergien entstehen können. Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen E-Mail-Verteiler für die Regionalgruppe einzurichten sowie eine Übersicht der in den jeweiligen Verwaltungen genutzten Fachverfahren und Dokumentenmanagementsystemen zu erstellen. Mit diesem Softwarekataster können Informationen schnell ausgetauscht und Arbeitskreise zur Bewertung einzelner Fachverfahren gebildet werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Nutzung der Software *archivo* gesprochen, in der die laut Bundesmeldegesetz zu löschenden Familienverketungen bis zur Aussonderung der entsprechenden Meldedaten zwischengespeichert werden können. In Lingen und in der Grafschaft liegt die Zuständigkeit hierfür bei den jeweiligen Meldeämtern, in Stadt und Landkreis Osnabrück wird bislang noch kein System zur Sicherung der Familienverketungen genutzt, und in Hildesheim ist *archivo* archivseitig angeschafft worden.

5. Niedersächsischer Archivtag

Vor dem Verlust bewahren: Archivgut von Sozialen Bewegungen, Vereinen und Gedenkstätten

23./24. März 2020

in Stade (Historisches Rathaus der Hansestadt Stade, Hökerstraße 2)

Anmeldeinformationen

Anmeldungen bis zum 10. Februar 2020 an das Stadtarchiv Stade
(Johannisstr. 5, 21682 Stade) senden. Der Tagungsbeitrag beträgt 45,00 €.

PROGRAMM

Montag, 23. März 2020

- 11:00 Uhr Eröffnung und Grußworte
Sönke Hartlef, Bürgermeister der Hansestadt Stade
Dr. Christina Deggim, Leiterin des Stadtarchivs Stade
Dr. Cornelia Regin, Vorsitzende des VNA e. V.
- 11:30 Uhr **1. Arbeitssitzung:** Freie Archive
Moderation: *Dr. Jürgen Bacia, afas-Archiv Duisburg*
- Freie Archive in Deutschland, Entstehung, Ziele und Schwierigkeiten –
ein Überblick
Cornelia Wenzel, afas-Archiv, Duisburg
- Das Gorleben Archiv - Gedächtnis des Widerstands
Birgit Huneke, Gorleben-Archiv, Lüchow
- Das Hans-Litten-Archiv in Göttingen
Rolf Meier, Hans-Litten-Archiv, Göttingen
- Das Schwullesbische Archiv Hannover -
eine Sammlung von Rainer Hoffschildt
Rainer Hoffschildt, SARCH Hannover

13.30 Uhr	Mittagspause
15:00 Uhr	2. Arbeitssitzung: Archive in Gedenkstätten und Institutionen Moderation: <i>Dr. Christina Deggim, Stadtarchiv Stade</i> Vom Umgang mit heterogenen Sammlungsbeständen im Archiv der Gedenkstätte Lager Sandbostel <i>Ronald Sperling, Gedenkstätte Lager Sandbostel</i> Das Archiv des Museumsdorfes Hösseringen <i>Dr. Ulrich Brohm, Museumsdorf Hösseringen</i> Das Archiv des Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte, Hannover. Bestände und Perspektiven <i>Prof. Dr. Bernd Wedemeyer-Kolwe, NISH Hannover</i> Historische Filmdokumente in Niedersachsen recherchieren, sichern und präsentieren – Zur Arbeit des Archivs im Filminstitut Hannover <i>Dr. Peter Stettner, Filminstitut Hannover</i>
17:00 Uhr	Kaffeepause
17:15 Uhr	a) Stadtführung (90 Min.), Treffpunkt: Historisches Rathaus, Eingang Hökerstraße b) Führung im Neubau des NLA – Abteilung Stade (Dr. Gudrun Fiedler), Treffpunkt: Foyer NLA Stade (Am Staatsarchiv 1, 21680 Stade) c) Arcinsys-Anwendertreffen (Dr. Natascha Noll, im NLA Abteilung Stade) d) Fachberatung für Ehrenamtliche (im Historischen Rathaus Stade, Konferenzraum Givat Shmuel)
19.30 Uhr	Öffentlicher Abendvortrag Flusslandschaft mit Deich: zur Regionalgeschichte der Niederelbe <i>Prof. Dr. Norbert Fischer, Landschaftsverband Stade</i>
20.00 Uhr	Empfang der Hansestadt Stade Ort: Historisches Rathaus Stade, Hökerstr. 2, Oberes Foyer

Dienstag, 24. März 2020

09:00 Uhr	Mitgliederversammlung des VNA e. V., Gäste sind herzlich willkommen Tagesordnung 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 30. April 2019 in Göttingen (einsehbar unter www.vna-online.de) 3. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2019 4. Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2019
-----------	--

	5. Bericht der Rechnungsprüfer 6. Entlastung des Vorstandes 7. Haushaltsvoranschlag 8. Bericht aus der BKK 9. Bericht aus der KLA 10. Bericht der A-NN-Redaktion 11. Neue Mitglieder stellen sich vor 12. Ort, Zeit und Themen künftiger Tagungen 13. Verschiedenes
10:30 Uhr	Kaffeepause
11:00 Uhr	Aktuelle Stunde - Berichte aus den Archiven in Niedersachsen
12:00 Uhr	Mittagspause
13:15 Uhr	3. Arbeitssitzung: Unterbringung der Archivbestände von Initiativen, Vereinen und Privatpersonen in öffentlichen Archiven Moderation: <i>Dr. Gudrun Fiedler, NLA – Abteilung Stade</i> Bürgerpartizipation im kommunalpolitischen Kontext. Überlegungen des BKK-Unterausschusses Überlieferungsbildung zu einer Empfehlung <i>Dr. Max Plassmann, Historisches Archiv der Stadt Köln</i> Aktive Einwerbung von Vereinsarchiven und Nachlässen beim Stadtarchiv Buxtehude <i>Eva Drechsler, Stadtarchiv Buxtehude</i> Nichtamtliche Überlieferungsbildung in der Abteilung Hannover des Niedersächsischen Landesarchivs <i>Dr. Nicolas Rügge, NLA – Abteilung Hannover</i> Behalten oder abgeben? Der Umgang mit dem Vereinsarchiv am Beispiel des Braunschweiger Kanu-Club <i>Dr. Volker Zelinski, BKC Braunschweig</i>
15:00 Uhr	Podiumsgespräch zum Tagungsthema mit Vertretern aus freien und öffentlichen Archiven Moderation: <i>Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer, Leibniz Universität Hannover</i>
16:00 Uhr	Ende der Tagung



Praxisorientierte Lösungen für Ihr Archiv ist in guten Händen!

Sprechen Sie uns an!

 **ACTApro**

Die moderne Software für Archive

- ✓ Benutzerfreundlich und intuitiv bedienbar
- ✓ Konfigurierbare Erschließungsmasken
- ✓ Standardkonform: ISDIAH, ISAD(G), EAD, METS, SAFT
- ✓ Eigenes OAIS-Modul, Schnittstelle zu DA-NRW und DIMAG
- ✓ DMS-Anbindung, offene Schnittstellen
- ✓ Vollständige XML-Datenhaltung und Unicode Unterstützung
- ✓ Kostengünstiges Einstiegermodell
- ✓ Begleitende Beratung und Schulung

- ✓ Datenmigration inklusive

Tel: +49(0)2 28-9 59 96-0
Fax: +49(0)2 28-9 59 96-66

info@startext.de
www.startext.de


innovation in software



Archiv-Nachrichten Niedersachsen

Mitteilungen aus niedersächsischen Archiven

23/2019

ISSN 1617-6820